

**BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN  
KREISVERBAND Frankfurt am Main**

**Protokoll der Kreismitgliederversammlung vom 8.11.2025**

**Sitzungsleitung:** Anna Grundel und Nargess Eskandari-Grünberg  
Tina Zapf Rodriguez und Stefan Majer  
Elke Voitl und Sebastian Deckwarth  
Beatrix Baumann und Bastian Bergerhoff

**Protokoll:** Friederike von Franqué und Katharina Meixner,  
Robin Kitten und Moritz Jungeblodt

**Ort:** Saalbau Ronneburg, Gelnhäuser Str. 2, 60435 Frankfurt am Main  
**Einladung:** per Mail und per Post am 8.10.2025

**Begrüßung**

---

Die Kreismitgliederversammlung beginnt am 8. November 2025 um 9:00 Uhr im Saalbau Ronneburg, Gelnhäuser Str. 2, 60435 Frankfurt am Main.

Die Kreismitgliederversammlung wird von Tara Moradi, der Sprecherin des Kreisverbandes Frankfurt am Main, begrüßt.

**1. Formalia**

---

Als Sitzungsleitung wird vom Kreisvorstand Anna Grundel, Nargess Eskandari-Grünberg, Tina Zapf Rodriguez, Stefan Maher, Elke Voitl, Sebastian Deckwarth, Beatrix Baumann und Bastian Bergerhoff vorgeschlagen. Die Mitgliederversammlung stimmt einstimmig für diesen Vorschlag. Anna Grundel und Nargess Eskandari-Grünberg übernehmen die Sitzungsleitung.

Es werden Friederike von Franqué, Katharina Meixner, Robin Kitten und Moritz Jungeblodt für die Protokollführung vorgeschlagen. Die Mitgliederversammlung stimmt einstimmig für diesen Vorschlag.

Es wird festgestellt, dass form- und fristgerecht per Mail und per Post am 8.10.2025 eingeladen wurde.

Es werden Nicole Lauterwald und Liisa Pärssinnen vorgestellt, die auf der Mitgliederversammlung als Awareness-Ansprechpersonen fungieren

## **1. 1. Beschluss der Tagesordnung**

Anna Grundel stellt die Tagesordnung für die Kreismitgliederversammlung vor. Änderungsanträge liegen nicht vor. Auf Nachfrage werden keine weiteren Wünsche geäußert. Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

## **1. 2. Beschluss der Geschäftsordnung**

Nargess Eskandari-Grünberg stellt die Geschäftsordnung, insbesondere die Redezeiten für die Debatten, vor. Die Geschäftsordnung ist im Anhang zu diesem Protokoll aufgeführt. Auf Nachfrage werden keine Anträge oder Einwände geäußert. Die Geschäftsordnung wird einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen.

## **1. 3 Beschluss des Protokolls vom 23.08.2025**

Anna Grundel fragt, ob es Anträge oder Widerspruch zum Protokoll der Kreismitgliederversammlung vom 23.08.2025 gibt. Es werden keine Einwände erhoben. Das Protokoll wird einstimmig beschlossen.

## **2. Wahlprogramm**

Der Entwurf des Wahlprogramms „GRÜN fängt beim Menschen an“ zur Kommunalwahl 2026 wird von den Sprecher\*innen des Kreisverbandes, Tara Moradi und Burkhard Schwetje, eingebracht. Hiernach findet eine offene Debatte mit zwölf quotiert gezogenen Beiträgen statt. Es reden in der Reihenfolge ihrer Nennung Pia Troßbach, Bastian Bergerhoff, Martina Feldmayer, Wolfgang Strengmann-Kuhn, Beatrix Baumann, Emre Telyakar, Tina Zapf-Rodriguez, Elke Voithl, Hilime Arslaner, Julia Eberz, Wendel Burkhard und Nargess Eskandari-Grünberg.

## **2.0 Einleitung**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel „Einleitung – GRÜN fängt beim Menschen an“ wird aus der Antragskommission von Liisa Pärssinnen vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass der Antrag Ä2 von Manuel Denkwitz übernommen wird und dass der Antrag Ä4 von Christoph Rosenbaum modifiziert übernommen wird. Der Antrag Ä1 von Manuel Stock wird modifiziert in Kapitel 2.19 „Vielfalt: Unsere Stärke“ übernommen. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll. Der Antrag Ä3 der AG Planen, Bauen, Wohnen wurde zurückgezogen. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 2.0 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 2.0 wird einstimmig zugestimmt.

## **2.1 Frankfurt: Europas Grünes Herz**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 1 „Frankfurt: Europas Grünes Herz“ wird aus der Antragskommission von Alex Mitsch vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass der Antrag Ä1 von Daniel Brenner übernommen wird und dass der Antrag Ä2 von Bastian Bergerhoff modifiziert übernommen

wird. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll. Der Antrag Ä1 der Grünen Jugend Frankfurt wird eingebracht. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Die Gegenrede wird von Beatrix Baumann gehalten. Der Änderungsantrag wird abgelehnt. Das Kapitel 2.1 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 1 wird einstimmig zugestimmt.

## **2.2 Frauen: Feminismus und Gleichstellung**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 2 „Frauen: Feminismus und Gleichstellung“ wird aus der Antragskommission von Natascha Kauder vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1, Ä2, Ä3, Ä5, Ä6, Ä7, Ä8, Ä9, Ä10, Ä11, Ä12, Ä14 und Ä15 der AG Frauen übernommen werden. Der Antrag Ä20 der AG Planen, Bauen, Wohnen wird übernommen, jedoch in Kapitel 2.7 „Mobilität: Frankfurt gut verbunden“. Die Anträge Ä4, Ä16, Ä17 und Ä18 der AG Frauen werden modifiziert übernommen. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 2.2 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 2 wird einstimmig zugestimmt.

## **2.3 Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 3 „Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft“ wird aus der Antragskommission von Christoph Rosenbaum vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass der Antrag Ä1 von Jürgen Eiselt, Ä2 von Christian Marx, Ä4 von Kilian Vitt, Ä5 von Manuel Stock und Ä6 von Bastian Bergerhoff modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll. Der Antrag Ä3 von Jürgen Eiselt wird abgestimmt. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Der Änderungsantrag Ä3 wird von Jürgen Eiselt eingebracht. Die Gegenrede hält Thomas Schlimme. An der Debatte beteiligen sich Friederike von Franqué und Bastian Bergerhoff. Der Änderungsantrag wird abgelehnt. Das Kapitel 2.3 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 3 wird einstimmig zugestimmt.

## **2.4 Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 4 „Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima“ wird aus der Antragskommission von Christoph Rosenbaum vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass der Antrag Ä1 von Christian Marx, Ä2 von Daniel Brenner, Ä10 von Miriam Dahlke, Ä11 von Philipp Magiera, Ä15, Ä26 und Ä27 der AG Tierschutz, Ä22 von Martina Feldmayer, Ä23 der AG Planen, Bauen und Wohnen sowie Ä24 von Holger Scheel modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä3, Ä4, Ä5, Ä6 von Daniel Brenner sowie Ä12, Ä13, Ä14, Ä16, Ä17, Ä19, Ä20 und Ä25 der AG Tierschutz, Ä21 von Manuel Denkwitz sowie Ä28 der STG 6 und der AG Grünes Leben am Stadtrand übernommen werden.

Der Änderungsantrag Ä18 der AG Tierschutz wird abgestimmt. Der Änderungsantrag wird abgelehnt. Der Änderungsantrag Ä18 wird von Manuel Denkwitz eingebracht, die Gegenrede hält Julia Eberz. An der Debatte beteiligen sich Beate Huf und Burkhard Schwetje. Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Das Kapitel 4 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 2.4 wird einstimmig zugestimmt.

## **2.5 Klimaanpassung: Stadt gestalten, Klima schützen**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 5 „Klimaanpassung: Stadt gestalten, Klima schützen“ wird aus der Antragskommission von Christoph Rosenbaum vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass der Antrag Ä1 der AG Planen, Bauen und Wohnen übernommen wird. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 2.5 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 5 wird einstimmig zugestimmt.

## **2.6 Wohnraum: Grünraum, Freiraum, eine Stadt für alle**

Das Vrfahren zu den Anträgen zum Kapitel 6 „Wohnraum: Grünraum, Freiraum, eine Stadt für alle“ wird aus der Antragskommission von Daniel Brenner vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä3 von Daniel Brenner, Ä7 von Manuel Denkwitz, Ä9 von Martina Feldmayer, Ä11, Ä13, Ä15, Ä16, Ä17 der AG Planen, Bauen und Wohnen sowie Ä31 der STG6 übernommen werden. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2 von Jürgen Eiselt, Ä4 und Ä5 von Christina Holch, Ä8 von Martina Feldmayer, Ä12, Ä14, Ä18 und Ä19 der AG Planen, Bauen und Wohnen, Ä22 der STG6 und Ä23 von Roman Sztyler modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Die Anträge Ä6 von Burkhard Schwetje und Ä10 der AG Planen, Bauen und Wohnen wurden zurückgezogen. Der Antrag Ä1 von Jürgen Eiselt wird abgestimmt. Die Anträge Ä21 der Grünen Jugend Frankfurt und Ä14 der AG Planen, Bauen und Wohnen werden gegeneinander abgestimmt. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Der Antrag Ä1 wird von Jürgen Eiselt eingebracht. Die Gegenrede hält Desislava Zhecheva. Der Antrag wird abgestimmt. Der Änderungsantrag Ä1 wird abgelehnt. Der Antrag Ä21 wird von Johannes Lauterwald eingebracht. Die Gegenrede hält Bastian Bergerhoff. Der Antrag Ä21 wird abgelehnt. Damit ist Ä14 beschlossen, und im Kapitel 14 sind die Anträge Ä10 und Ä20 übernommen.

Das Kapitel 6 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 2.6 wird einstimmig zugestimmt.

## **2.7 Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 7 „Mobilität: Frankfurt gut verbunden“ wird aus der Antragskommission von Liisa Pärsinnen vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä4 von Frank Frisius, Ä6 von Jürgen Eiselt, Ä17 von Frank Frisius, Ä18 von Beatrix Baumann, AG Soziales und Gesundheit und AG Frauen, Ä19 von Christine Holch, Ä26 von Wolfgang Siefert sowie Ä29, Ä30, Ä31 und Ä32 von Pascal Schieferstein übernommen werden.

Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2 und Ä3 von Falko Görres, Ä5 von Jürgen Eiselt, Ä7, Ä9, Ä12 und Ä13 von Tom Oettinger, Ä14 von Daniel Brenner, Ä21, Ä22 und Ä23 der AG Planen, Bauen und Wohnen, Ä24 von Thomas Schlimme, Ä27 und Ä35 von Pascal Schieferstein, Ä37 der STG6 und Ä38 von Robin Jannis Kitten modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Die Anträge Ä1 von Falko Görres, Ä10 und Ä11 von Tom Oettinger, Ä15 von Robin Jannis Kitten sowie Ä28, Ä33, Ä34 und Ä36 von Pascal Schieferstein wurden zurückgezogen. Die Anträge Ä8 von Tom Oettinger, Ä16 und Ä20 der Grünen Jugend sowie Ä25 von Wolfgang Siefert werden abgestimmt. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Der Antrag Ä8 wird von Magdalena Spieß eingebracht. Es wird keine Gegenrede gehalten. Dem Antrag wird zugestimmt.

Der Antrag Ä16 wird von Marco Paul eingebracht. Die Gegenrede hält Julia Eberz. Es wird ein GO-Antrag zur Erweiterung der Redeliste gestellt, dem zugestimmt wird. An der Debatte beteiligen sich Beatrix Baumann, Burkhard Schwetje, Annette Krause und Bastian Bergerhoff. Ein weiterer GO-Antrag zur Erweiterung der Redeliste wird gestellt und zugestimmt. An der Debatte beteiligen sich außerdem Katharina Knacker und Wolfgang Siefert. Ein GO-Antrag zur Erweiterung der Redeliste wird von Tom Oettinger gestellt, die Gegenrede wird von Tara Moradi gehalten. Der Antrag Ä16 wird abgestimmt und mit einigen Ja-Stimmen angenommen.

Der Antrag Ä20 wird von Beate Huf eingebracht. Die Gegenrede hält Thomas Schlimme. Der Antrag wird abgestimmt und abgelehnt.

Der Antrag Ä25 wird von Wolfgang Siefert eingebracht. Die Gegenrede hält Katharina Meixner. An der Debatte beteiligen sich Paula Hübbe und Wolfgang Strengmann-Kuhn. Der Antrag wird zugestimmt.

Das Kapitel 7 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 2.7 wird einstimmig zugestimmt.

## **2.8 Nachhaltige Wirtschaft: im Haushalt auf Wirkung setzen**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 8 „Nachhaltige Wirtschaft: im Haushalt auf Wirkung setzen“ wird aus der Antragskommission von Frauke Neumann-Silkow vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass der Antrag Ä4 von Martina Düwel modifiziert übernommen wird. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll. Der Antrag Ä2 von Bastian Bergerhoff wird übernommen. Die Anträge Ä3 der AG Planen, Bauen und Wohnen sowie Ä1 und Ä6 von Christian Marx wurden zurückgezogen.

Der Antrag Ä7 von Johannes Lauterwald wird zur Abstimmung gestellt. Bei Zustimmung würde dieser Ä4 ersetzen. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Der Änderungsantrag Ä7 wird von Johannes Lauterwald eingebracht. Die Gegenrede hält Bastian Bergerhoff. An der Debatte beteiligen sich Daniela Heynen und Burkhard Schwetje. Der Änderungsantrag Ä7 wird abgestimmt. Der Antrag wird abgelehnt, und damit bleibt die Übernahme von Ä4 bestehen.

Das Kapitel 8 wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 2.8 wird einstimmig zugestimmt.

### **2.9 Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 9 „Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt“ wird aus der Antragskommission von Frauke Neumann-Silkow vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2 und Ä11 von Daniel Brenner, Ä4 von Daniel Brenner, Ä7 von Kilian Vitt, Ä9 von Bastian Bergerhoff sowie Ä10, Ä14 und Ä16 von Manuel Denkwitz modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1 von Daniel Brenner, Ä12 und Ä13 von Manuel Denkwitz sowie Ä19 der STG6 übernommen werden. Die Anträge Ä3 von Daniel Brenner, Ä8 von Kilian Vitt, Ä17 der AG Planen, Bauen & Wohnen und Ä18 von Johannes Lauterwald wurden zurückgezogen.

Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 2.9 „Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 9 wird einstimmig zugestimmt.

### **2.10 Frankfurter Stadtwirtschaft: klimaneutral, sozial, digital**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 10 „Frankfurter Stadtwirtschaft: klimaneutral, sozial, digital“ wird aus der Antragskommission von Natascha Kauder vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1 von Christian Marx, Ä2 von Daniel Brenner und Ä4 von Nicole Lauterwald modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll. Die Anträge Ä3 von Bastian Bergerhoff, Ä5 von Manuel Denkwitz und Ä6 von Beatrix Baumann werden übernommen.

Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 2.10 „Frankfurter Stadtwirtschaft: klimaneutral, sozial, digital“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 2.10 wird einstimmig zugestimmt.

### **2.11 Smart City: Mit digitalen Mitteln Demokratie fördern**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 11 „Smart City: Mit digitalen Mitteln Demokratie fördern“ wird aus der Antragskommission von Natascha Kauder vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1 und Ä2 von Christian Marx sowie Ä4 von Nicole Lauterwald übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Der Antrag Ä3 von Carsten Zecher wurde zurückgezogen. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 2.11 „Smart City: Mit digitalen Mitteln Demokratie fördern“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 11 wird einstimmig zugestimmt.

### **2.12 „Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 12 „Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht“ wird aus der Antragskommission von Titus Dharmababu vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2 von Kilian Vitt, Ä5 von Sebastian Hakan Deckwarth und Ä11 von Liisa Yasmin Pärssinen modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Die Anträge Ä1 von Daniel Brenner, Ä5, Ä6, Ä7, Ä8 der AG Soziales und Gesundheit, Ä9 und Ä13 von Liisa Yasmin Pärssinen sowie Ä12 von Elke Voitl werden übernommen. Der Antrag Ä3 von Kilian Vitt wird im Kapitel „Vielfalt“ behandelt, und der Antrag Ä10 von Liisa Yasmin Pärssinen wird zurückgezogen.

Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 2.12 „Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 12 wird einstimmig zugestimmt.

### **2.13 Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationengerechtigkeit**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 13 „Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationengerechtigkeit“ wird aus der Antragskommission von Alexander Mitsch vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1 der Grünen Jugend Frankfurt, Ä2 von Kilian Vitt, Ä4 der AG Soziales und Gesundheit und Ä5 von Elke Voitl modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Der Antrag Ä3 der AG Soziales und Gesundheit wird übernommen. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 2.13 „Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationengerechtigkeit“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 13 wird einstimmig zugestimmt.

### **2.14 Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 14 „Wohnen für alle“ wird aus der Antragskommission von Christoph Rosenbaum vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä14 von Christine Holch und Ä20 von Daniel Brenner übernommen werden. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2, Ä3 und Ä5 von Kilian Vitt, Ä8 von Philipp Magiera, Ä9 von Martina Feldmayer, Ä10 und Ä21 der AG Planen, Bauen und Wohnen sowie Ä12, Ä13, Ä15, Ä16, Ä17 und Ä18 von Johannes Lauterwald modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Die Anträge Ä1 und Ä4 von Kilian Vitt sowie Ä11 von Johannes Lauterwald werden abgestimmt. Der Antrag Ä19 der Grünen Jugend Frankfurt hat sich durch den Antrag Ä20 im Kapitel 3 erledigt. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Ein GO-Antrag von David Edelmann wird gestellt, dass Ä1 „15 %“ modifiziert zu „10 %“ wird. Die Gegenrede hält Beatrix Baumann. Der GO-Antrag wird abgestimmt und angenommen.



Der Antrag wird von Noah Freundt Fernández eingebracht. Die Gegenrede hält Desislava Zhecheva. An der offenen Diskussion beteiligen sich Beate Huf und Karin Guder. Der Antrag wird abgestimmt. Dem modifizierten Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Der Änderungsantrag Ä4 wird von Tom Oettinger eingebracht. Es wird ein GO-Antrag gestellt, die beiden Absätze getrennt abzustimmen. Der GO-Antrag wird ohne Gegenstimme angenommen. Ein weiterer GO-Antrag von Bastian Bergerhoff, zu jedem Absatz eine Aussprache von je 2/2 zuzulassen, wird ohne Gegenrede zugestimmt.

Der erste Absatz des Änderungsantrags Ä4 wird abgestimmt und mehrheitlich abgelehnt. An der Diskussion zum zweiten Absatz von Änderungsantrag Ä4 beteiligen sich Beatrix Baumann und Johannes Lauterwald. Der zweite Absatz des Änderungsantrags Ä4 wird abgestimmt und mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag Ä11 wird von Johannes Lauterwald eingebracht. Die Gegenrede hält Desislava Zhecheva. Der Antrag wird abgestimmt und mehrheitlich angenommen.

Das Kapitel 14 „Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 14 wird einstimmig zugestimmt.

### **2.15 Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 15 „Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf“ wird aus der Antragskommission von Martina Düwel vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2 von Maria Meinhard, Ä6 von Valeska Simon, Ä7 von Johannes Lauterwald, Ä9 von Wendel Burkhard, Ä12 der AG Bildung, Ä14 von Valeska Simon und Ä24 von Brigitte Abraham übernommen werden.

Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä3 von Maria Meinhardt, Ä4 von Kilian Vitt, Ä9 und Ä10 von Wendel Burkhard, Ä11 und Ä15 der AG Bildung sowie Ä16, Ä17, Ä18, Ä20, Ä21 und Ä22 von Brigitte Abraham modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Die Anträge Ä5 von Christine Rückert und Ä23 von Brigitte Abraham wurden zurückgezogen. Der Antrag Ä1 von Maria Meinhardt wird abgestimmt. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Der Antrag Ä1 wird von Jaqueline Erla eingebracht. Die Gegenrede hält Bastian Bergerhoff. Der Antrag Ä1 wird abgestimmt und abgelehnt.

Das Kapitel 15 „Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 15 wird einstimmig zugestimmt.



## **2.16 Gesundheit: Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 16 „Gesundheit: Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe“ wird aus der Antragskommission von Martina Düwel vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2 von Philipp Magiera und Ä4 von Sven Ganter übernommen werden. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1 von Jürgen Eiselt und Ä4 der AG Tierschutz modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 16 „Gesundheit: Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 16 wird einstimmig zugestimmt.

## **2.17 Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 17 „Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international“ wird aus der Antragskommission von Natascha Kauder vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1, Ä2, Ä3, Ä4, Ä6 und Ä9 von Julia Eberz sowie Ä8 der AG Planen, Bauen, Wohnen übernommen werden. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä5 von Julia Eberz und Ä7 von Nicole Lauterwald modifiziert übernommen werden.

Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 17 „Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 17 wird einstimmig zugestimmt.

## **2.18 Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 18 „Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play“ wird aus der Antragskommission von Natascha Kauder vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass der Antrag Ä4 von Manuel Denkwitz übernommen wird. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2 von Daniel Brenner, Ä3 von Martina Feldmayer sowie die Anträge Ä4 und Ä5 von Marcus Schmitt modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Der Antrag Ä1 von Falko Görres wurde zurückgezogen. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird bei einer Gegenstimme zugestimmt. Das Kapitel 18 „Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 18 wird einstimmig zugestimmt.

## **2.19 Vielfalt: Unsere Stärke**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 19 „Vielfalt: Unsere Stärke“ wird aus der Antragskommission von Titus Dharmababu vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1 und Ä2 von Dimitrios Bakakis, Ä4 und Ä5 von Martina Feldmayer, Ä6 der AG Planen, Bauen, Wohnen,

Ä7 von Beatrix Baumann, Ä8, Ä9, Ä10, Ä11, Ä14, Ä16 und Ä27 von Emre Telyakar sowie Ä19, Ä20, Ä22, Ä23, Ä24, Ä25, Ä26 und Ä28 von Liisa Yasmin Pärssinen übernommen werden.

Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä3 von Sebastian Hakan Deckwarth, Ä12, Ä15, Ä17, Ä18 und Ä21 von Emre Telyakar sowie Ä29 von Kilian Vitt modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Der Antrag Ä13 von Emre Telyakar wurde zurückgezogen. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig zugestimmt. Das Kapitel 19 „Vielfalt: Unsere Stärke“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 19 wird einstimmig zugestimmt.

## **2.20 Starkes Sicherheitsnetz: Schutz, Hilfe und Prävention**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 20 „Starkes Sicherheitsnetz: Schutz, Hilfe und Prävention“ wird aus der Antragskommission von Alex Mitsch vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä5 von Christoph Rosenbaum und Ä7 von Liisa Yasmin Pärssinen übernommen werden. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä2 und Ä3 von Kilian Vitt, Ä6 und Ä8 von Liisa Yasmin Pärssinen sowie Ä9 der AG Tierschutz modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Der Antrag Ä3 von Sebastian Hakan Deckwarth wurde zurückgezogen. Der Antrag Ä1 von Tom Oettinger wird abgestimmt. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt.

Der Antrag Ä1 wird von Tom Oettinger eingebracht. Christoph Rosenbaum hält eine Gegenrede. Der Antrag wird abgestimmt und mehrheitlich zugestimmt.

Das Kapitel 20 „Starkes Sicherheitsnetz: Schutz, Hilfe und Prävention“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 20 wird einstimmig zugestimmt

## **2.21 Demokratie & Bürger\*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie**

Das Verfahren zu den Anträgen zum Kapitel 21 „Demokratie und Bürger\*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie“ wird aus der Antragskommission von Frauke Neumann-Silkow vorgestellt. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä1 und Ä2 von Robin Jannis Kitten übernommen werden. Es wird vorgeschlagen, dass die Anträge Ä4 von Emre Telyakar sowie Ä5 und Ä6 von Liisa Yasmin Pärssinen modifiziert übernommen werden. Die Modifizierungen befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Die Anträge Ä3 und Ä8 von Robin Jannis Kitten wurden zurückgezogen. Die Anträge Ä7 und Ä9 von Robin Jannis Kitten werden abgestimmt. Das Verfahren wird abgestimmt. Dem Verfahrensvorschlag wird einstimmig bei zwei Enthaltungen zugestimmt.

Der Antrag Ä7 wird von Robin Jannis Kitten eingebracht. Die Gegenrede hält Miriam Dahlke. Der Antrag wird abgestimmt und mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag Ä9 wird von Robin Jannis Kitten eingebracht. An der Debatte beteiligen sich Christine Holch und Sebastian Deckwarth. Der Antrag wird abgestimmt und mehrheitlich zugestimmt.

Das Kapitel 21 „Demokratie und Bürger\*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie“ wird in der so geänderten Form abgestimmt. Dem Kapitel 21 wird einstimmig zugestimmt.

## **2.20 Schlussabstimmung**

---

Beatrix Baumann fragt, ob es eine Gegenrede zum Gesamtantrag, dem Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2026 „Grün fängt beim Menschen an“, in der modifizierten Form gibt. Es meldet sich niemand. Der Antrag wird abgestimmt. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

## **3. Anträge**

---

Bastian Bergerhoff teilt mit, dass keine weiteren Anträge gestellt wurden.

## **4. Verschiedenes**

---

Es wird der Schreibgruppe bestehend aus Mirjam Glanz, Thomas Schlimme, Wolfgang Strengmann-Kuhn und Tara Moradi gedankt, dafür, dass sie einen Entwurf zum Wahlprogramm erstellt und hunderte Vorschläge gesichtet und eingearbeitet haben.

Es wird der Antragskommission bestehend aus Liisa Yasmin Pärssinen, Daniel Brenner, Alexander Mitsch, Natascha Kauder, Frauke Neumann-Silkow, Martina Düwel, Christoph Rosenbaum und Titus Dharmababu gedankt, dass sie Verfahrensvorschläge für über 200 Änderungsanträge zum Wahlprogramm ausgearbeitet haben.

Das Präsidium bedankt sich bei den vielen Mitgliedern, die durch ihre ehrenamtliche Unterstützung während der KMV diese erst möglich gemacht haben. Zudem wird den Mitarbeiter\*innen der Kreisgeschäftsstelle gedankt.

Die KMV endet um 16:05 Uhr.

## **Anhang**

---

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband Frankfurt**

Oppenheimer Str. 17  
60594 Frankfurt  
Tel.: +49 (069) 9637 687 11  
kreisverband@gruene-frankfurt.de  
www.gruene-frankfurt.de

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

## ***Geschäftsordnung der Kreismitgliederversammlung zur Verabschiedung des Kommunalwahlprogrammes***

Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung am 08.11.2025,

### **§1 Gleichberechtigung und Frauenstatut**

Das Frauenstatut ist beim Führen der Redeliste, bei der Besetzung von Präsidium und Antragskommission sowie bei Bewerbungen und der Besetzung von Positionen zu beachten.

### **§2 Papierlose Kreismitgliederversammlung**

Tagesordnungen, Anträge und Bewerbungen für Kreismitgliederversammlungen werden grundsätzlich papierlos über Antragsgrün (frankfurt.antragsgruen.de) behandelt. Einladungen ergehen per E-Mail an alle Mitglieder. Auf expliziten Wunsch kann für die Einladungen für einzelne Mitglieder auch der Postweg genutzt werden, der Wunsch ist durch das jeweilige Mitglied bei der Kreisgeschäftsstelle anzumelden.

### **§3 Präsidium, Mandatsprüfung**

- Der Kreisvorstand benennt das Präsidium der Kreismitgliederversammlung. Das Frauenstatut ist zu beachten.
- Die Mandatsprüfung geschieht durch die Geschäftsstelle oder von ihr beauftragte Personen.

### **§4 Antragskommission**

- Die Kreismitgliederversammlung hat am 22. März 2025 eine Antragskommission gewählt. Sie setzt sich aus 8 gewählten Mitgliedern zusammen.

- Die Antragskommission bereitet die Behandlung von Änderungsanträgen in Zusammenarbeit mit den Antragsteller\*innen vor. Sie kann Empfehlungen zum Abstimmungsverfahren geben. Über die Annahme der Empfehlungen beschließt die Kreismitgliederversammlung.

## **§5 Antragsberechtigung, Stimmrecht, Rederecht**

- Antrags-, Stimm- und Rederecht haben alle Mitglieder des Kreisverbands, deren Mitgliedschaft nicht wegen Zahlungsrückständen ruht.
- Rederecht haben darüber hinaus grundsätzlich alle Teilnehmer\*innen der Versammlung. Über Ausnahmen beschließt die Versammlung auf Vorschlag des Präsidiums.

## **§6 Bewerbungen und Wahlen**

- Maßgeblich für die Zulassung von Bewerber\*innen sind die Regelungen der Satzung sowie ggf. die Regelungen des Parteiengesetzes oder der einschlägigen Wahlgesetze. Im Zweifel entscheidet die Versammlung auf Vorschlag des Kreisvorstands und der Mandatsprüfer\*innen über die Zulässigkeit von Bewerbungen.
- Maßgeblich für das Stimmrecht bei Wahlen sind die Regelungen der Satzung sowie ggf. die Regelungen der einschlägigen Wahlgesetze. Mitglieder, deren Mitgliedschaft wegen Zahlungsrückständen ruht, haben kein Stimmrecht.

## **§7 Antragstellung und Antragsfristen**

- Anträge können von jeder antragsberechtigten Person gestellt werden. Sie sind in jedem Fall schriftlich einzureichen. Hierfür stellt der Kreisverband ein Online-Tool bereit (z.B. Antragsgrün).
- Eigenständige Anträge sind spätestens 7 Tage (7 mal 24 Stunden) vor Beginn der Versammlung einzureichen. Abweichungen sind bei in der Sache begründeter Dringlichkeit auf entsprechenden Antrag durch die Kreismitgliederversammlung zu beschließen. Auch Dringlichkeitsanträge und die darauf bezogenen Änderungsanträge sind über das vorgesehene Online-Tool einzureichen.
- Änderungsanträge zum Tagesordnungspunkt Wahlprogramm sind bis zum 25. Oktober 23:59 Uhr schriftlich über Antragsgrün zu stellen. Bei Anträgen, die nicht das Wahlprogramm betreffen sind Änderungsanträge bis zum Eintritt in das Abstimmungsverfahren (zum entsprechenden eigenständigen Antrag) möglich. Sie sind schriftlich zu stellen, wobei das Präsidium bzw. die Antragskommission technische Hilfestellung leistet.
- Die Antragskommission ist berechtigt, zu Beginn der Abstimmung über Anträge Vorschläge für das Abstimmungsverfahren zu machen. Über die Annahme der Empfehlungen beschließt die Kreismitgliederversammlung.

- Geschäftsordnungsanträge sind sofort nach Beendigung des laufenden Redebeitrags oder der laufenden Abstimmung zu behandeln. Sie werden unmittelbar nach einer Pro- und einer Kontrarede abgestimmt.

- Geschäftsordnungsanträge sind ausschließlich solche
  - o auf Nichtbefassung;
  - o auf Schluss der Redeliste;
  - o auf Schluss der Debatte;
  - o auf Wiedereröffnung der Debatte;
  - o auf Abwahl der Antragskommission oder eines ihrer Mitglieder;
  - o auf Änderung der Tagesordnung nach ihrem Beschluss zu Beginn der Versammlung;
  - o auf eine Unterbrechung der Beratung;
  - o auf Begrenzung der Redezeit abweichend von den allgemeinen Regelungen;
  - o auf Wiederholung der Abstimmung;
  - o nochmalige Verlesung der zur Abstimmung anstehenden Anträge;
  - o auf Feststellung der Beschlussfähigkeit;
  - o darauf, jemandem außerhalb der Redeliste das Wort zu erteilen.

## **§8 Bewerbungsfristen**

- Bewerbungen können online von jeder berechtigten Person eingereicht werden und sind in jedem Fall schriftlich einzureichen.
- Bewerbungen sind spätestens 2 Tage (48 Stunden) vor Beginn der Versammlung einzureichen.

## **§9 Redezeiten**

- Die Redezeit in Debatten beträgt grundsätzlich 2 Minuten pro Beitrag.
- Die Redezeit zu Geschäftsordnungsanträgen beträgt jeweils 3 Minuten für Pro- und Kontra-Rede.
- Die Redezeit bei Antragseinbringungen beträgt 10 Minuten.
- Die Redezeit bei Einbringungen von Änderungsanträgen beträgt 3 Minuten für Pro- und Kontra-Rede
- Abweichende Regelungen sind auf Vorschlag möglich, bedürfen aber der Zustimmung der Versammlung.

## **A0 GRÜN fängt beim Menschen an**

Antragsteller\*in:            Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt:    2.0 Einleitung

### **Antragstext**

1    Liebe Frankfurter\*innen,

2    am 15. März 2026 entscheiden Sie über die Zukunft unserer Stadt.

3    Wir Frankfurter\*innen – Sie und wir – haben es in der Hand, ob Frankfurt eine  
4    Stadt bleibt, die mutig vorangeht, ökologisch, sozial, gerecht und vielfältig.  
5    Mit Ihrer Stimme können Sie ein Zeichen setzen: gegen rückwärtsgewandte Politik,  
6    gegen Spaltung und Stillstand – und für ein weltoffenes, modernes und  
7    solidarisches Frankfurt.

8    Frankfurt ist eine Stadt der Möglichkeiten und der Vielfalt. Menschen aus über  
9    180 Nationen leben hier zusammen und gestalten Wirtschaft, Kultur und  
10   Nachbarschaft. Diese Vielfalt ist unsere größte Stärke und die Grundlage einer  
11   Stadt, die funktioniert. Dazu gehören nach unseren Vorstellungen auch Busse und  
12   Bahnen, die zuverlässig fahren, Wohnungen, die bezahlbar sind, Bäume, die  
13   Schatten spenden, Kinder, die sicher zur Schule kommen, und eine Demokratie, die  
14   im Alltag spürbar ist.

15   Doch wir leben in herausfordernden Zeiten. Populismus, Rückschritt und Egoismen  
16   werden wieder lauter. Rechtsextreme und Demokratiefeinde versuchen, die  
17   Fortschritte der letzten Jahre zurückzudrehen. Als führende progressive Partei  
18   und stärkste Kraft im Römer stellen wir uns diesem Rechtsruck entschieden  
19   entgegen. Wir stehen für eine menschenzentrierte, feministische und  
20   zukunftsorientierte Politik, die Frankfurt vereint, statt es zu spalten.

21   Wir Frankfurter GRÜNE übernehmen Verantwortung – vorausschauend, gerecht und  
22   ökologisch. Denn Zukunft entsteht nur, wenn wir sie gemeinsam anpacken. In den  
23   letzten Jahren haben wir gezeigt, dass positiver Wandel möglich ist. Frankfurt  
24   ist grüner, gerechter und widerstandsfähiger geworden, mit mehr Raum für  
25   Menschen, für Kultur, für Bildung und für soziale Sicherheit. Wir haben viel  
26   erreicht, aber noch mehr vor. Unsere Ideen und Pläne für die kommenden fünf  
27   Jahre finden Sie in den folgenden Kapiteln dieses Wahlprogramms.



Unser Ziel ist es, Frankfurt auf die Zukunft vorzubereiten – sozial, ökologisch und wirtschaftlich stark. Dafür braucht es eine Politik, die Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Verantwortung zusammendenkt. Denn die Klimakrise, steigende Mieten, soziale Ungleichheit, Digitalisierung und wirtschaftlicher Wandel lassen sich nur mit unserer klaren und verantwortungsvollen Ausrichtung lösen.

Unsere Vision ist ein klimaneutrales Frankfurt, das Energie aus Sonne, Wind und Abwärme gewinnt und seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß konsequent reduziert.

Ein Frankfurt, das die Idee der 15-Minuten-Stadt Wirklichkeit werden lässt mit kurzen Wegen, grünen Plätzen und lebendigen Stadtteilen.

Ein Frankfurt, das nachhaltig wirtschaftet, Innovationen fördert und gute Arbeitsplätze schafft.

Ein Frankfurt, in dem sich Kultur und Kunst frei entfalten und Menschen in allen Stadtteilen erreichen.

Und ein Frankfurt, das Vielfalt und Teilhabe stärkt. Unsere Haltung ist feministisch inklusiv, demokratisch und antifaschistisch, denn die größte Gefahr für unsere Demokratie ist der Faschismus und seine Spielarten.

Um all das umzusetzen, braucht es starke GRÜNE im Römer. Keine andere Partei verbindet wie wir den Dreiklang aus Klimaschutz, sozialer Verantwortung und Vielfalt. Wir stehen für Haltung statt Hass, für Fortschritt statt Rückschritt, für Zusammenhalt statt Spaltung.

Dieses Programm ist das Ergebnis eines breiten Beteiligungsprozesses: grüne Mitglieder, Mandatsträger\*innen, Verbände, Vereine, Initiativen und viele engagierte Frankfurter\*innen haben ihre Ideen, Erfahrungen und Perspektiven eingebracht. Es ist ein Programm für alle, die diese Stadt lieben und an sie glauben – ein Programm von Frankfurter\*innen für Frankfurter\*innen.

Wir freuen uns darauf, diesen Weg gemeinsam mit Ihnen weiterzugehen für eine Stadt, in der alle gut leben, arbeiten und sich sicher fühlen können.

Denn bei allem bleiben Sie, die Menschen in Frankfurt, der Mittelpunkt unserer Politik.

Frankfurt bleibt nur zukunftssicher, wenn es grün bleibt.

## **A1 Frankfurt: Europas GRÜNES Herz**

Antragsteller\*in:            Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt:    2.1. Frankfurt: Europas GRÜNES Herz

### **Antragstext**

1 Menschen aus über 180 Nationen prägen unsere Stadt: Wir leben, lieben, studieren  
2 und arbeiten über Grenzen hinweg und machen Frankfurt zu einem Ort, an dem die  
3 europäische Idee jeden Tag Realität ist. Ideen, Kulturen und Sprachen fließen  
4 hier zusammen. Frankfurt zeigt, dass Europa direkt vor unserer Haustür  
5 stattfindet: auf den Straßen, in den Schulen, den Vereinen und den Unternehmen.  
6 Für uns GRÜNE ist Europa deshalb ein selbstverständlicher Teil der  
7 Kommunalpolitik. Wir übersetzen europäische Politik für die kommunalen  
8 Bedürfnisse und Herausforderungen.

9 Der Erfolg des European Green Deal zeigt sich in der Umsetzung vor Ort. Deshalb  
10 haben wir uns bereits in dieser Legislaturperiode für ein klimaneutrales  
11 Frankfurt 2035 stark gemacht. Wir sind Gründungsmitglied und Hauptsitz des  
12 europaweit größten kommunalen Städtebündnisses für den Klimaschutz: Im  
13 „Klimabündnis“ arbeitet Frankfurt intensiv mit anderen europäischen Städten und  
14 Gemeinden zusammen. Denn offene europäische Grenzen und gemeinsame Standards  
15 schaffen nicht nur Wohlstand, sondern auch faire Bedingungen für Unternehmen,  
16 Innovation und eine zukunftsfähige Wirtschaft.

17 Ein starker europäischer Binnenmarkt ist die Grundlage für Frankfurts Erfolg.  
18 Durch den Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB), der neuen EU-Anti-  
19 Geldwäschebehörde (AMLA) und der europäischen Versicherungsaufsicht (EIOPA) ist  
20 unsere Stadt ein Knotenpunkt europäischer Finanz- und Wirtschaftspolitik. Mit  
21 dem Flughafen, seiner Lage an einer wichtigen paneuropäischen Schifffahrtsstraße  
22 und als Straßen- und Eisenbahnknotenpunkt ist Frankfurt außerdem ein wichtiges  
23 logistisches Drehkreuz in Europa – ein wirtschaftliches Kraftzentrum im Herzen  
24 des Binnenmarkts.

25 Frankfurt hat damit beste Voraussetzungen eine Vorreiterrolle in Europa zu  
26 übernehmen: beim Klimaschutz, der nur grenzüberschreitend gelingt; bei der  
27 sozialen Gerechtigkeit, die niemanden zurücklässt, und bei der Verteidigung von  
28 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als europäischen Grundpfeiler. Wir wollen  
29 mehr Austausch und Beteiligung, stärkere Partnerschaften mit europäischen  
30 Städten und eine aktive Rolle Frankfurts in der EU. Persönlichen Begegnungen

schaffen Vertrauen, fördern gegenseitiges Verständnis und stärken das europäische Bewusstsein – entscheidende Voraussetzungen für den Zusammenhalt. Als weltoffene Stadt pflegt Frankfurt zahlreiche internationale Städtepartnerschaften: Jüngster Zugang ist das ukrainische Lwiw (Mai 2024) – ein klares Signal der Solidarität in Zeiten des russischen Angriffskriegs. Frankfurt soll auch bei der Aufnahme geflüchteter Menschen, in der Entwicklungspolitik und der transnationalen Bildungs- und Erinnerungspolitik aktiver Teil progressiver, demokratischer Städtebündnisse sein. Deshalb wollen wir auch gezielt Gruppen ansprechen, die bislang wenig Zugang zu internationalen Austauschmöglichkeiten hatten.

Den großen Herausforderungen unserer Zeit – ob Klimakrise, Energieabhängigkeit oder soziale Spaltung – können wir nur gemeinsam begegnen. Wir GRÜNE tragen bereits seit fünf Jahren Verantwortung für unsere weltoffene Metropole und bekennen uns in Zeiten eines erstarkenden Nationalismus und zunehmender Abschottung ganz klar zu den europäischen Werten: Freiheit, Vielfalt und Nachhaltigkeit.

## **Unsere grünen Ziele für Frankfurt:**

Wir werden ...

- **Frankfurt zum Demokratie-Labor Europas machen.** Dazu werden wir ein Digitales Europaportal einführen: zu EU-Rechten, Beteiligungsformaten und Fördermöglichkeiten. Außerdem soll Frankfurt Mitglied in „Solidarity Cities“ & ICORN (International Cities of Refuge Network) werden, um eine Zuflucht für bedrohte Journalist\*innen und Kunstschaaffende sowie ein Residency-Programm für Menschenrechts-Aktivist\*innen schaffen
- **ein Frankfurt Climate Finance Forum schaffen.** Dazu wollen wir eine jährliche Konferenz mit EZB, EIB, AMLA und anderen Finanzplatz-Akteur\*innen zu Green-Bond-Standards und sozial gerechter Transformation organisieren. Außerdem wollen wir uns gemeinsam mit unseren Partnerstädten für den Titel der „European Green Capital“ bewerben.
- **Mobilität junger Frankfurter\*innen innerhalb Europas fördern.** Dazu wollen wir an dem Programm zur jährlichen Vergabe von 200 kostenlosen Interrail-Tickets an junge Frankfurter\*innen unter 25 Jahren festhalten und ihre Anzahl sogar weiter aufstocken.
- **Europa vor Ort steuern.** Dazu soll die Europa-Stabsstelle zum Büro für Europäische Transformation erweitert werden, das EU-Förderprogramme (Horizon, LIFE, NetZeroCities) aktiv einwirbt und städtische Projekte koordiniert. Das Büro soll Bürger\*innen, und Unternehmer\*innen kleiner und

mittelständischer Unternehmen bei der Beantragung europäischer Fördergelder unterstützen. Zusätzlich werden wir ein interdisziplinäres Europaforum Frankfurt einrichten und den jährlichen Demokratietag Europa um einen Bürgergipfel, einem Jugendrat und Bürgerräte mit den Partnerstädten ausbauen.

- **Vereine und Bürgerinitiativen fördern.** Die Stadt weitert ihre Unterstützung für Vereine, Städtepartnerschaftsvereine und Bürgerinitiativen aus, die im Sinne der europäischen Einigung aktiv sind. Voraussetzung ist eine klare Ausrichtung an den demokratischen Grundwerten. Gefördert werden kulturelle Austauschformate, Begegnungen und Projekte mit europäischen Partnerstädten – insbesondere, wenn sie zur Stärkung des europäischen Zusammenhalts und der zivilgesellschaftlichen Vernetzung beitragen.
- **Frankfurts Rolle als transnationale Metropole mit Partnerstädten, zivilgesellschaftlichen Initiativen und EU-Projekten strategisch ausbauen.** Dazu gehört ein Aktionsplan „Lwiw – Wiederaufbau & Resilienz“, der einen engen Austausch bei Stadtplanung, Energie und Kultur vorsieht. Neue Freundschaften mit Kommunen in Moldau, Georgien und auf dem Westbalkan begleiten den EU-Beitritt auf kommunaler Ebene.
- **das Zukunftsforum Flucht und Teilhabe als kommunales Austauschformat mit Partnerkommunen etablieren.** Der Fokus liegt auf gerechter Migrationspolitik, Menschenrechten und Empowerment.
- **den europäischen Austausch der Stadtverwaltungen fördern.** Mitarbeitende der Stadtverwaltung erhalten die Möglichkeit, über mehrere Wochen in der Verwaltung einer europäischen Partnerstadt mitzuarbeiten. Der Austausch bietet wertvolle Einblicke in andere kommunale Strukturen, stärkt die europäische Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene und bringt neue Impulse für die tägliche Arbeit in Frankfurt.
- **den schulischen Austausch erweitern.** Wir setzen uns dafür ein, dass europaweite Austauschprogramme für Schüler\*innen über den Sprachunterricht hinaus gezielt auch interkulturelle Kompetenzen und Werte vermitteln. Ziel ist es, dass jede\*r Schüler\*in in der Zeit von der Grundschule bis zum Abschluss der Berufsausbildung oder des Abiturs mindestens einmal an einem europäischen Austauschprogramm teilnehmen kann. Die Stadt stellt dafür entsprechende Fördermittel zur Verfügung, sodass auch Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien die Möglichkeit offensteht.
- **Erasmus+ für Auszubildende stärken.** Während das Erasmus-Programm für Studierende bereits gut etabliert ist, soll die Stadt Frankfurt gezielt die Teilnahme von Auszubildenden am Erasmus+-Programm fördern. Dies geschieht durch gezielte Information, Beratung, Koordinierungsarbeit sowie

durch Empowerment der Berufsschulen – in enger Zusammenarbeit mit Kammern, Unternehmen und Trägern der beruflichen Bildung.

- **den Bau der Europäischen Schule voranbringen.** Frankfurt fördert gezielt seine Europäische Schule. Für alle Mitarbeitenden der europäischen Institutionen sowie internationale Fachkräfte und deren Familien ist sie ein wichtiges Angebot. Nach der finalen Auswahl eines neuen Standorts setzen wir uns dafür ein, dass die Arbeiten für den Neubau schnell beginnen können und es eine gute und effiziente ÖPNV Anbindung gibt. Die europäische Schule als internationaler und vielfältiger Lernort soll auch in das Stadtviertel, das sie beherbergen wird, ausstrahlen und sich dort vernetzen.

## **A2 Frauen: Feminismus und Gleichstellung**

Antragsteller\*in:            Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt:    2.2 Frauen: Feminismus und Gleichstellung

### **Antragstext**

Frankfurt ist Vorreiterin in der Frauenpolitik. Wir sehen es als unsere Pflicht an, diesen Weg entschlossen fortzusetzen und dem Schutz von Frauen und Mädchen höchste Priorität einzuräumen: Für eine Stadt, in der alle Frauen sicher, frei und selbstbestimmt leben können.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein akutes, systemisches und damit – leider – alltägliches Problem, das in vielen Fällen verborgen bleibt. Noch immer erleben Frauen das eigene Zuhause als den gefährlichsten Ort. Hinter verschlossenen Türen gedeiht die Gewalt, die meist vom Partner oder der Familie ausgeht. Das muss aufhören und ins Bewusstsein der Stadtgesellschaft gelangen. Wir setzen uns konsequent dafür ein, bestehende Schutzangebote und Unterstützungsstrukturen auszubauen. Lücken, die der erste Bericht zur Umsetzung der Istanbul Konvention in Frankfurt sichtbar gemacht hat, müssen wir schließen. Dabei haben wir die verletzlichsten Gruppen besonders im Blick: Frauen in prekärer Prostitution, obdachlose Frauen, Seniorinnen, geflüchtete, lesbische und trans Frauen sowie Frauen mit Behinderung.

Gleichzeitig treten wir entschieden gegen rechte Kräfte an, die hart erkämpfte Gleichstellungsrechte angreifen und Frauen zurück in traditionelle Rollenmuster drängen wollen. Frauenpolitik ist Querschnittsaufgabe. Sie gehört in alle Bereiche der Politik: von Stadtplanung über Gesundheit bis Wirtschaft und soziale Sicherung.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Care-Arbeit fair verteilt und wertgeschätzt wird, in der Frauen wirtschaftlich unabhängig leben können und in der Frauen und Mädchen sichtbar sind und aktiv mitgestalten. Frankfurt setzt mit uns Maßstäbe: als sichere Stadt für alle Frauen, als Vorbild für Geschlechtergerechtigkeit und als solidarische Gemeinschaft, in der Gleichstellungspolitik von allen getragen wird.

### **Unsere grüne Vision für Frankfurt:**

Wir wollen...

- die Istanbul-Konvention konsequent umsetzen, damit Frankfurt für alle Frauen und Mädchen eine sichere und gewaltfreie Stadt wird.
- gelebte Gleichstellung und echte Teilhabe von Frauen in allen Lebensbereichen.
- eine faire Verteilung und Anerkennung von Sorgearbeit.
- wirtschaftliche Unabhängigkeit und Karrierechancen für alle Frauen.
- eine solidarische Stadtgesellschaft, die Frauenrechte stärkt und Diskriminierung entschieden entgegentritt.

### **Schutz von Frauen und Mädchen**

Gewalt gegen Frauen ist ein systemisches Problem, das in vielen Fällen unsichtbar bleibt. Besonders gefährdet sind Frauen in ihrem eigenen Zuhause. Wir Grüne begegnen dieser Realität mit dem konsequenten Ausbau von Schutz- und Unterstützungsstrukturen, klaren Interventionsmechanismen und umfassenden Präventionsmaßnahmen. Wir wollen, dass jede Frau, die von häuslicher Gewalt betroffen ist, unabhängig von Einkommen und Vermögen, Herkunftsort und Wohnsituation sowie Aufenthaltsstatus, Zugang zu einer Schutzeinrichtung erhält.

Der strukturellen Diskriminierung von und Gewalt an Frauen muss sich die Gesellschaft entschieden entgegenstellen. Deshalb setzen wir Grüne uns seit Jahren für die vollständige und vorbehaltlose Umsetzung der Istanbul Konvention ein.

Wir werden:

- spezifische Schutzangebote für besonders gefährdete Gruppen wie prostituierte, obdachlose, geflüchtete, trans\*, lesbische, ältere Frauen und Frauen mit Behinderungen ausbauen – inklusive Schutzwohnungen mit bedarfsgerechter Platzzahl.
- um Gewalt zu beenden und erneute Gewaltausübung zu verhindern, die Täterarbeit ausbauen und zum Opferschutz, vor allem bei häuslicher Gewalt, Verhaltensänderungen bei den Tätern herbeiführen.
- das Spanische Modell flächendeckend umsetzen: durch den Einsatz von Gefährderbeurteilungen, Fallanalysen und elektronischen Fußfesseln konnte Spanien Gewalt und Femizide erfolgreich eindämmen.



- ein kommunales Modellprojekt nach dem hessischen Vorbild „man“ ausbauen, um Männer und Jungen gezielt als Multiplikatoren für Gleichstellung und Gewaltfreiheit zu gewinnen.
- Präventionsangebote wie das Heroes-Projekt und Selbstbehauptungstrainings wie die von "Frauen in Bewegung e.V." für alle Altersgruppen stärken und ausweiten.
- Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt als verpflichtenden Bestandteil in allen Einrichtungen der Jugend-, Senioren-, Geflüchteten- und Behindertenhilfe verankern.
- das Konzept „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ zunächst als Modellprojekt räumlich begrenzt einführen und bei Erfolg in weiteren Stadtteilen ausrollen.
- die psychosoziale "Broken-Rainbow"-Beratung für queere Menschen sowie das Angebot für neurodivergente Betroffene sichern.

### **Sicherheit im öffentlichen Raum**

Menschen, und besonders Frauen und Mädchen, meiden Orte, an denen sie sich nicht sicher fühlen – auch öffentliche Räume. Diese Ängste nehmen wir sehr ernst. Sicherheit im öffentlichen Raum ist für uns Grüne eine Frage der Gerechtigkeit. In unserer Stadt sollen sich alle Menschen sicher und frei bewegen können. Stadtplanung muss ganz besonders die Sicherheit von Frauen und Mädchen gewährleisten und Angsträume abbauen.

Wir wollen:

- in Verkehrs- und Stadtplanung konsequent geschlechtsspezifische Aspekte einbeziehen – mit Fokus auf Beleuchtung, Sichtachsen, Haltestellen, Brücken, Parks und Unterführungen.
- mit Frauenreferat, Polizei, Stadtplanung, VGF, Gastronomie und Clubszene konkrete Maßnahmen für mehr Sicherheit im Nachtleben und auf Heimwegen entwickeln.
- auf Bundesebene darauf hinwirken, dass gewaltbetroffene Migrantinnen mit unsicherem Aufenthaltsstatus einen eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten.
- den Einsatz professioneller, gender- und gewaltsensibel geschulter

Dolmetscher\*innen in der Beratung von Betroffenen verbindlich machen.

- die Beratungsmöglichkeiten zu digitaler Gewalt und Cybermobbing für Frauen und Mädchen verbessern, wie bereits im Jugend- und Sozialamt sowie im Frauensoftwarehaus geschehen.
- eine jährliche „Internationale Woche gegen Frauenhass“ initiieren und das gemeinsam mit Kultur, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Partnerstädten.
- eine Fachtagung zu religiösem Extremismus mit Fokus auf Frauen veranstalten, um einen entstigmatisierenden öffentlichen Umgang zu fördern.
- eine jugendgerechte, datenschutzkonforme App für Mädchen entwickeln, partizipativ gestaltet, mit Informationen zu Schutzräumen, Beratungsangeboten und sicheren Freizeitorten, orientiert am Frankfurter Frauenguide.
- Gleichstellung und echte Teilhabe von Frauen in allen Lebensbereichen erreichen und absichern.

### Care- und Sorgearbeit fair verteilen

Für andere Menschen zu sorgen, sowohl beruflich als auch privat, ist essenziell für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aber nach wie vor ist Care-Arbeit ungleich verteilt und wird weiterhin insbesondere von Frauen geleistet. Sie haben weniger Zeit für sich, erwirtschaften geringere Einkommen und erwerben damit auch wesentlich geringere Rentenansprüche, was für sie in vielen Fällen in Altersarmut mündet. Wir Grüne setzen uns für ein Ende der stereotypen Zuschreibung und die faire Verteilung von Care- und Sorgearbeit ein. Wir kämpfen für die Entlastung von Frauen und die Anerkennung des gesellschaftlichen Stellenwerts von Care-Arbeit.

Wir wollen

- Initiativen zur fairen Aufteilung von Sorgearbeit finanziell fördern.
- eine großangelegte Kampagne zur Anerkennung und gerechten Aufteilung von Care-Arbeit starten, inkl. Aktionstagen, Preisverleihungen und starken Vorbildern.
- Frankfurt zur stillfreundlichen Stadt machen: mit Stillräumen in öffentlichen Gebäuden, Wickelmöglichkeiten in allen Toiletten und einem

125 familienfreundlichen Label für Betriebe.

- 126 • ein städtisch unterstütztes Modellprojekt zur Elterngeld-Aufstockung für  
127 die paritätische Elternzeit prüfen.
- 128 • ein Gutscheinmodell für haushaltsnahe Dienstleistungen für  
129 Alleinerziehende mit Frankfurt-Pass einführen: zur gezielten Entlastung  
130 und gegen prekäre Arbeitsverhältnisse.

### 131 **Karriere, Gleichstellung, Unabhängigkeit**

132 Frauen verdienen nach wie vor weniger als Männer und sind nicht gleichberechtigt  
133 an Entscheidungen beteiligt. Wir Grüne wollen, dass alle Menschen unabhängig von  
134 ihrem Geschlecht, die gleichen Chancen und Rechte haben. Gleichberechtigung  
135 bedeutet für uns auch gleiche Bezahlung und faire Chancen für Frauen in  
136 Führungspositionen, denn Erwerbstätigkeit schützt vor Altersarmut und stärkt die  
137 Unabhängigkeit. Deshalb wollen wir strukturelle Hürden, auf die Frauen immer  
138 wieder stoßen, beseitigen.

139 Wir wollen:

- 140 • Programme für Wiedereinsteigerinnen nach der Eltern- und Pflegezeit,  
141 Teilzeit-Qualifizierungen, IT-Kurse und Berufsscoachings weiter ausbauen.
- 142 • Frauenquoten in Führungspositionen in der Stadtverwaltung und den  
143 städtischen Betrieben konsequent durchsetzen.
- 144 • Netzwerke und Mentoring für Frauen in Führung stärken.
- 145 • den Preis „Familienfreundlichste Arbeitgeber“ einführen, basierend auf  
146 klaren Kriterien wie Vollzeit-Quoten von Frauen, hohen Anteilen von  
147 Männern in Elternzeit sowie flexiblen Arbeitszeitmodellen.
- 148 • die Frauendezernentin dauerhaft im Leitungsgremium der SWAK (Ständige  
149 Wirtschafts- und Arbeitsmarktkonferenz der Stadt Frankfurt) verankern.
- 150 • Rahmenbedingungen für selbständige Frauen verbessern, u.a. mit einem  
151 Modellprojekt zum Mutterschutz.
- 152 • uns für Frauenwirtschaftstage, Gründerinnenfonds und Wettbewerbe  
153 einsetzen.

- mit IHK, HWK und Verbänden gezielte Übergänge aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ermöglichen.
- die EU-Entgelttransparenzrichtlinie in einer lokalen Kampagne thematisieren.
- Mädchen und Frauen für MINT-Berufe und Jungen für Care-Berufe begeistern.
- die finanzielle Bildung für Frauen ausbauen, um ihre Vorsorgekompetenz zu stärken und Altersarmut vorzubeugen.

### **Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte**

Sexuelle Selbstbestimmung und medizinische Versorgung sind Grundrechte, die wir sichern und stärken.

Wir werden:

- das Modellprojekt „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“ verstetigen und weiterentwickeln sowie die anonyme Dokumentation von Gewaltfolgen/Spurensicherung in städtischen Kliniken als Standard etablieren.
- die medizinische Versorgung schwangerer Frauen ohne Versicherungsschutz garantieren und absichern.
- Sexual- und Schwangerschaftskonfliktberatung weiterhin fördern.
- Schwangerschaftsabbrüche in städtischen Kliniken mit gynäkologischer Abteilung als Regelangebot etablieren.
- die Kostenübernahme für Verhütungsmittel und die Pille danach für bedürftige Frauen sichern.
- kostenlose Menstruationsartikel in Schulen flächendeckend anbieten.
- FGM/C-betroffene Frauen durch kultursensible Weiterbildung von Ärzt\*innen und Fachkräften besser versorgen und unterstützen.
- prüfen, wie sich Frankfurt am Aufbau einer mikrochirurgischen Versorgung für Genitalrekonstruktion beteiligen kann.

- 181
- 182
- die Arbeit des LIBS (inkl. Frauen\*Festival) langfristig fördern und sichern.

## **A3 Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft**

Antragsteller\*in:            Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt:    2.3 Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in  
die Zukunft

### **Antragstext**

1 Die Klimakrise ist für viele Menschen in den vergangenen Monaten immer spürbarer  
2 geworden. Wetterextreme wie Hitzewellen oder Überschwemmungen treten immer  
3 häufiger auf. Flutkatastrophen wie 2021 im Ahrtal oder 2024 in Valencia  
4 (Spanien) haben deutlich gemacht, wie wichtig eine klimaresiliente Stadtplanung  
5 und jedes verhinderte zehntel Grad Erderwärmung sind. 2024 war das erste Jahr,  
6 in dem die globale Oberflächentemperatur im Schnitt bereits um 1.5 Grad über dem  
7 vorindustriellen Niveau lag – genau jenes Minimalziel, auf das sich die  
8 Weltgemeinschaft im Pariser Klimaschutzabkommen geeinigt hatte. Jedoch steigt  
9 die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre kontinuierlich weiter und  
10 das Eintreten einer zwei, drei oder vier Grad wärmeren Welt wird immer  
11 wahrscheinlicher – inklusive aller daraus resultierenden Folgen für die Natur  
12 und die Menschen in der Welt, in Europa und auch in Frankfurt.

13 Sind diese Zukunftsszenarien alternativlos? Nein. Sind wir Menschen machtlos  
14 gegen diese Entwicklungen? Definitiv nicht. Die Eindämmung der globalen  
15 Klimakrise entscheidet sich in der Politik, in den Parlamenten, in der  
16 Wirtschaft und bei uns in Frankfurt am 15. März 2026 mit einem Kreuz auf dem  
17 Wahlzettel. Die Realität in den vergangenen Monaten zeigt: Sobald GRÜNE in Land  
18 und Bund nicht mehr in Regierungsverantwortung sind, werden Fortschritte in der  
19 Klimapolitik wieder zurückgedreht und Klimamaßnahmen in den Hintergrund  
20 gedrängt.

21 Klimaschutz bedeutet auch Schutz unserer Stadt. Frankfurt gehört schon heute zu  
22 den heißesten Städten Deutschlands. Hitzeinseln in den Quartieren, überhitzte  
23 Straßen und ausgetrocknete Plätze sind für viele Menschen eine tägliche  
24 Belastung. Gleichzeitig drohen Starkregen und Überschwemmungen, wenn innerhalb  
25 weniger Stunden so viel Wasser fällt wie sonst in einem ganzen Monat oder Jahr.  
26 Wir wollen Frankfurt so umbauen, dass es beides aushält: mehr kühlendes Grün,  
27 mehr offene Flächen, die Regen aufnehmen können, und eine Stadtplanung, die auf  
28 die Extremwetter von morgen vorbereitet ist. So machen wir Frankfurt  
29 widerstandsfähig: für uns und die kommenden Generationen.

Die Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Zeit und Frankfurt trägt als Weltmetropole eine besondere Verantwortung, lokal zu handeln. Wir haben uns das Ziel gesetzt, unsere Stadt bis 2035 klimaneutral zu machen. Damit das gelingt, müssen wir die Energiewende mit voller Kraft vorantreiben: Gebäude energetisch sanieren, Dächer und Fassaden zu Solarflächen ausbauen, und die Wärmeversorgung Schritt für Schritt auf erneuerbare Energien umstellen.

Uns ist klar: Klimaschutz gelingt nur, wenn er sozial gerecht ist. Deshalb setzen wir auf eine Politik, die Eigentümer\*innen, Mieter\*innen und soziale Einrichtungen gleichermaßen unterstützt – durch Beratung, Förderung und klare Leitplanken. So verbinden wir Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Chancen.

Wir haben in der vergangenen Koalition bereits mit vielem angefangen: Wir haben die Erstellung der kommunalen Wärmeplanung auf den Weg gebracht, wir haben mit dem Masterplan Mobilität die Grundlagen für eine Verkehrswende gelegt, wir haben in Zusammenarbeit mit dem Klimaentscheid ein großes Maßnahmenpaket beschlossen. Dies alles wollen wir fortsetzen. Frankfurt kann eine Vorreiterstadt für die Energiewende werden, wenn wir heute die richtigen Entscheidungen treffen.

Unsere grünen Ziele für Frankfurt:

Wir werden...

- das Ziel, **Frankfurt bis 2035 klimaneutral zu machen**, konsequent weiterverfolgen.
- Frankfurt **grüner und kühler** machen, Straßen, Plätze und Dächer bepflanzen und unsere Stadt nach dem Prinzip der Schwammstadt zum Wasserspeicher machen.
- durch weitere Trinkwasserbrunnen, kühle Orte, Hitzeaktionspläne und Maßnahmen gegen Hochwasser **die Bevölkerung schützen**.
- **unsere Solaroffensive fortsetzen und den Ausbau der Photovoltaik in Frankfurt stark beschleunigen**. Dazu investieren wir in Photovoltaik auf städtischen Gebäuden und beraten, vernetzen und fördern die Eigentümer\*innen gewerblicher Gebäude sowie andere Institutionen (z.B. die Kirchengemeinden).
- **die Installation von Photovoltaik auf Dächern von vorgesehenen Neubauten im Stadtgebiet zum Standard machen**. Im April 2025 haben wir einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erreicht, der eine Solarpflicht bei Neubauten auf mindestens 50% der nutzbaren Dachflächen vorsieht.



Diesen Beschluss wollen wir verteidigen und zukünftig auch die Fassaden von Hochhäusern einbeziehen.

- **die Förderung von Maßnahmen im privaten und unternehmerischen Bereich durch das Programm „Klimabonus“ weiter ausbauen.** Wir haben 21 Millionen Euro bereitgestellt, um klimafördernde Projekte wie Solaranlagen, Batteriespeicher und Ladesäulen, Dach-, Fassaden- und Hofbegrünungen sowie Regenwasserspeicher zu unterstützen. Dieses Programm wird so gut angenommen, dass wir es mit mehr Mitteln ausstatten werden.
- **die Fernwärmenetze massiv ausbauen, damit in Zukunft umweltfreundlich erzeugte Wärme Wohnungen und Büros heizen kann.** Bis Sommer 2026 soll die Kommunale Wärmeplanung, an der derzeit gearbeitet wird, beschlossen werden. Die Planungen sollen in den Ortsbeiräten und in großen öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt werden. So machen wir transparent, wann und wie der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern im Wärmebereich gelingt. Zusätzlich zu den 245 Millionen Euro, die wir in den Jahren 2022 bis 2025 für Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen bereitgestellt haben, werden wir für die Jahre ab 2026 weitere Gelder in mindestens gleicher Größenordnung investieren.
- **den Bau eines Großwärmespeichers beim Heizkraftwerk West durch die Mainova politisch unterstützen,** damit sich Stromproduktion und Wärmeproduktion je nach Bedarf effizient gestalten lassen.
- **uns dafür einsetzen, dass die Mainova aus dem Lobbyverband „Zukunft Gas“ (aktueller Name „Gas und Wasserstoff Wirtschaft“) austritt.** Die Mitgliedschaft untergräbt das Vertrauen in die Abkehr von fossilen Brennstoffen.
- **die Energieberatung für Bürgerinnen und Bürger verbessern.** Andere Städte haben gezeigt, dass durch verstärkte proaktive Ansprache und Beratung (sog. „Energiekarawanen“) die Sanierungsraten ansteigen. Außerdem wollen wir die Zahl von Informationsveranstaltungen zu Energieberatung erhöhen und die dafür erforderlichen Mittel entsprechend aufstocken. Handwerksbetriebe sollen über nicht fossile Lösungen noch mehr Informationen und Schulungen erhalten. In Zusammenarbeit mit den Fachverbänden werden wir potenzielle Hindernisse auf dem Weg zu nicht fossilen Lösungen im privaten Wärmebereich identifizieren und nach Möglichkeit beseitigen. Wir werden die Bekanntheit der bestehenden Beratungseinrichtungen steigern und positive Beispiele energetisch effizienter Gebäude herausstellen.
- **die Energiewende sozialverträglich umsetzen.** Ein verstärktes Augenmerk legen wir auf die Unterstützung von Menschen mit geringen finanziellen

Ressourcen und auf die Beratung und Unterstützung von Besitzer\*innen von öffentlich genutzten Gebäuden, wie z.B. Kirchengemeinden oder Trägervereine sozialer Einrichtungen.

- **das Potenzial der Nutzung von Geothermie forciert ausloten und nach Möglichkeit ausnutzen.** Die Voraussetzungen für die Nutzung von Geothermie sind in weiten Teilen des Stadtgebiets sehr gut. Daher wollen wir sie von Geothermie weiter vorantreiben.
- **die Abwärme der Rechenzentren in die Wärmeplanung integrieren.** In Frankfurt gibt es dahingehend noch viel ungenutztes Potential. Im Gallus zum Beispiel wird ein neues Areal mit 1300 Wohnungen in Kürze fertiggestellt. Das Quartier nutzt künftig die Abwärme des nahen gelegenen Rechenzentrums zum Heizen.
- **die Abwärme des Industrieparks Höchst für die Wärmeversorgung der angrenzenden Stadtteile erschließen.** Das Potenzial ist seit Jahren bekannt. Jetzt geht es darum, die Pläne dafür voranzutreiben.
- **städtische Gebäude auf fossilfreie Wärmeversorgung umstellen.** Damit wollen wir zeigen, wie vielfältig die Ansätze für eine fossilfreie Wärmeversorgung sind: von Fernwärme und Wärmepumpen über Geo- und Solarthermie bis hin zu Abwärme aus der Umgebung und energetische Sanierung.
- **Neubauten wie Schauspiel und Oper energetisch klimaneutral bauen.** Wir haben mit dem Neubau des Höchster Krankenhauses bereits gezeigt, dass sich auch schwierige Funktionsgebäude in Passivhausbauweise errichten lassen. Plus-Energie-Häuser der ABG und der KEG in Frankfurt zeigen ebenfalls die technische Machbarkeit und die vielen wirtschaftlichen Vorteile zukunftsweisender Bauarten. Schauspiel und Oper sollen einen langen Zeitraum überdauern und entsprechend zukunftsfähig errichtet bzw. ausgestattet sein.
- **dem Fachkräftemangel für die klimaneutrale Energiewirtschaft entgegentreten.** Unsere Ideen und Visionen hierzu sind im Kapitel Wirtschaft zu finden.
- **die Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften unterstützen.**

## **A4 Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima**

Antragsteller\*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.4 Umweltmetropole: Frankfurt blüht für  
Menschen, Tiere und das Klima

### **Antragstext**

Grün in der Stadt ist nicht nur wichtig für das Klima, sondern auch für das Lebensgefühl der Menschen in Frankfurt. Wir wollen, dass sie sich wohl fühlen und ihre Umgebung als angenehm empfinden. Bäume und Blumen, Sträucher und Wiesen leisten dazu einen bedeutenden Beitrag. Wir haben in der vergangenen Wahlperiode Parks neu eröffnet, bestehende Grünzüge aufgewertet und mehr als 10 Hektar neue Wiesenflächen angelegt. Wir haben uns das Ziel gesetzt, bis 2030 rund 10.000 neue Bäume zu pflanzen und dies zu etwa einem Drittel bereits umgesetzt. Wir nehmen die Menschen mit auf dem grünen Weg. Mit einer Initiative vor Ort haben wir in Frankfurt-Eckenheim den ersten Tiny Forest gepflanzt. Auch bei kleinen Entsiegelungsaktionen wie Green-it-up oder den Mini-Beeten geben wir Anwohner\*innen die Möglichkeit, ihre Umgebung selbst aktiv grüner und schöner zu machen. Wir wollen mehr Grün auf Dächern und Fassaden. Mit der Gestaltungssatzung für Freiraum und Klima haben wir dafür verbindliche Vorgaben geschaffen. Viele weitere Maßnahmen zur Begrünung setzen wir Schritt für Schritt um.

### **Unsere grünen Ziele für Frankfurt:**

Wir wollen ...

- Die Artenvielfalt in unserer Stadt erhalten.
- Den Grüngürtel ausbauen und weiterentwickeln.
- Trinkwasser sparen, den Schutz vor Hochwasser verbessern und Frankfurt zur wasserspeichernden Schwammstadt umgestalten.
- uns für konsequenten Tierschutz einsetzen.

### **Frankfurts Flora und Fauna schützen:**

Die meisten Menschen wollen in einer grünen Umgebung leben. Stadtparks und Spielplätze, Bäume in den Straßen, Wiesen und Blumen im ganzen Stadtgebiet sind wichtig für unser Wohlbefinden. Frankfurt hat sieben ausgewiesene Naturschutzgebiete. Zudem bieten Grüngürtel und Stadtwald bedrohten Tier- und Pflanzenarten Lebensraum. Wir haben ein beispielhaftes Arten- und Biotopschutzkonzept erstellt. Unser Ziel ist es, dass auch künftige Generationen diesen Reichtum an Flora und Fauna erleben. In einer wachsenden Stadt sind Flächen rar und gerade Grünflächen Begehrlichkeiten und Interessenskonflikten ausgesetzt. Die Bevölkerung aber schätzt ihren Grüngürtel als Erholungsraum und grüne Oase in der Klimakrise. Wir werden ihn verteidigen.

Wir werden...

- **unsere Grünanlagen attraktiver machen.** Mit dem Wachstum der Bevölkerung ist auch der Bedarf an zugänglichen Grünflächen gestiegen. Wir haben die Mittel für die Pflege der Grünanlagen bereits deutlich erhöht, sind uns aber im Klaren darüber, dass noch mehr Ressourcen nötig sind, um den erhöhten Anforderungen gerecht zu werden.
- **neue Grünanlagen entwickeln und Verbindungen zwischen den Grünanlagen schaffen.** Das „Grüne Ypsilon“ zwischen den Stadtteilen Ginnheim und Dornbusch bildet eine wichtige Grünverbindung von der Innenstadt in den Grüngürtel und flankiert mehrere Wohngebiete. Große Teile dieses Vorhabens hat die Stadt bereits in der laufenden Legislaturperiode umgesetzt. Wir werden an unserem grünen Leuchtturm auch in Zukunft weiterbauen.
- **die Plätze in der Stadt begrünen und hitzeresilienter machen.** Mit dem Leitfaden für klimaangepasste Stadtplatzgestaltung haben wir die Arbeitsgrundlage dafür geschaffen. Der Luisenplatz und der Paul-Arnsberg-Platz sind nur zwei von vielen öffentlichen Orten, die wir bereits umgestaltet haben. In Abstimmung mit den Anwohner\*innen und Gewerbetreibenden vor Ort läuft derzeit die Umgestaltung des Riedbergplatzes ebenso wie die des Atzelbergplatzes auf Hochtouren. Und die nächsten Grünvorhaben sind schon bestimmt ...
- **das „Straßenbegleitgrün“ ökologischer pflegen, seltener mähen und Wanderkorridore für zahlreiche Tierarten schaffen.**
- **die Grünanlagen vielfältiger und insektenfreundlicher gestalten.** Mit der Einrichtung von Wildwiesen (Hummel-Pin) haben wir bereits ein Zeichen gesetzt. Es könnte aber noch viel bunter werden! Nach Möglichkeit sollten bei jeder Mahd Rückzugsstreifen für Insekten stehen bleiben.
- **das Potenzial der Grünflächen großer Wohnanlagen für Biodiversität und**

**Klima heben.** Wir werden auf die Wohnungsbaugesellschaften zugehen mit dem Ziel, eine ökologischere Pflege für diese Grünflächen und ihren Baumbestand zu erreichen.

- **ungenutzte Flächen entsiegeln und renaturieren.** Dabei unterstützen wir auch private Initiativen wie Pat\*innen für „Mini-Beete“ dabei, versiegelte Fläche wieder zu öffnen und die geeigneten Pflanzen auszuwählen. Durch Teilnahme am bundesweiten Wettbewerb „Lass die Steine hüpfen“ werben wir für Entsiegelung und messen uns mit anderen Städten. Mit dem Projekt „Green it up – mein kunterbuntes Quartier“ setzt Frankfurt hier bereits in vielen Stadtteilen Maßstäbe.
- **eine verbindliche Kompensationsstrategie entwickeln.** Frankfurt wächst stärker als viele andere Großstädte, was zu Eingriffen in Natur und Landschaft führt. Mit der Kompensationsstrategie legen wir fest, dass es für jede wegfallende Grünfläche einen Ausgleich innerhalb der Stadtgrenzen geben muss. Das ist unser Ansatz für eine ökologische Entwicklung und bessere Lebensqualität, mit der Umweltziele erreicht werden und die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten steigt.
- **netto Null bei der Entsiegelung anstreben:** Als mittelfristiges Ziel streben wir an, dass im Stadtgebiet insgesamt mehr Fläche entsiegelt als versiegelt wird. Jeder Neuversiegelungen muss eine Entsiegelung in möglichst unmittelbarer Nähe folgen.
- **Wanderbaumalleen nach dem Vorbild von München einsetzen:** Durch mobile Bäume in Kübeln lassen sich triste Straßen wochenweise in grüne Alleen verwandeln. Sie geben Anwohner\*innen einen guten Vorgeschmack auf eine dauerhafte Bepflanzung mit schattenspendenden Bäumen und überbrücken die Zeit bis es soweit ist.
- **innerstädtische Gewässer freilegen** – nicht nur um Biodiversität zu fördern und das Mikroklima zu verbessern, sondern auch um neue Freizeitmöglichkeiten zu schaffen und die Lebensqualität in der Stadt zu erhöhen.
- **Haus- und Gebäudewände begrünen,** so wie die Wand am Müllheizkraftwerk in Heddernheim. Die Vertical Meadows (senkrechte Wiesen) bestehen aus Pflanzen mit einem großen Wert für die Biodiversität. Überall, wo hohe Wände zur Verfügung stehen, werben wir für das Konzept. Bereits jetzt können die Bürger\*innen Frankfurts über den „Klimabonus“ Fördergelder für die Begrünung ihrer Fassaden beantragen. Diese Mittel wollen wir verstetigen.

- **landwirtschaftliche Flächen zukünftig stärker unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten verpachten.** Die Stadt Frankfurt und stadtnahe Stiftungen besitzen große landwirtschaftliche Flächen, die an Landwirt\*innen verpachtet sind. Wir setzen uns dafür ein, dass bei neuen Verträgen oder Vertragsverlängerungen Kriterien der sozial ökologischen Nachhaltigkeit noch stärker als bisher zum Tragen kommen.
- **keine gentechnisch veränderten Pflanzen, kein Glyphosat und keine Neonikotinoide auf kommunalen Flächen zulassen.** Die bereits im Koalitionsvertrag von 2021 verankerte Vereinbarung werden wir auch in Zukunft beibehalten.
- **die Landwirtschaft für Agroforst-Projekte gewinnen.** Agroforst, die Kombination von Landwirtschaft mit Baumkulturen, hat sich bereits in anderen Ländern bewährt. Wir sind uns sicher, dass dies auch in Frankfurt möglich ist.
- **Maßnahmen gegen zu viel Licht in der Nacht ergreifen.** Wir entwickeln eine Lichtleitlinie für die öffentliche Beleuchtung und einen Lichtleitfaden für den Privatbereich. Ein Sofortprogramm zur Nachrüstung besonders problematischer Lichtquellen, ein kommunales Förderprogramm für private Eigentümer\*innen, Gewerbe und Vereine sowie eine stadtweite Lichtanalyse mit der Ausweisung ökologischer Dunkelzonen tragen dazu bei, störende Lichtquellen sukzessive abzuschalten.
- **die Deutschherrenbrücke zur grünen Verbindungsachse von Oberrad bis zum Ostpark umbauen.** Wenn die Deutsche Bahn die Brücke in 3-4 Jahren durch eine neue ersetzt und schließlich stilllegt, soll daraus eine grüne Achse oder „Green Line“ für Rad- und Fußverkehr erhalten bleiben und gleichzeitig stark begrünt werden – ein ganz besonderes Verbindungsstück und Symbol für ein grünes Frankfurt.
- **das Projekt zum Schutz der letzten Feldhamster ausweiten.** Sie waren in Frankfurt beinahe ausgestorben. Lediglich ein einziger Bau ließ sich noch nachweisen. Im Mai 2023 wurden dank unserer Etatanträge schließlich einige Feldhamster ausgewildert. Wenige Monate später ergab eine Zählung über 50 Jungtiere. Wir wollen dieses Projekt auf größeren Flächen fortführen und auf weitere Arten übertragen.
- **ein Programm zum Schutz der Wildbienen als wichtigem Teil des Ökosystems auflegen.** Wir weiten das Projekt „Frankfurt summt“ perspektivisch aus, kartieren regelmäßig die Wildbienenbestände, legen spezielle Blühflächen an und motivieren Menschen mit Bildungsangeboten zur Umgestaltung ihrer Gärten und Balkone.

- 136 • **unsere Streuobstwiesen verjüngen, erhalten und neue anlegen.** Sie sind  
137 Hotspots der Biodiversität, CO<sub>2</sub>-Speicher und grüne Klassenzimmer zugleich.  
138 Jede Frankfurter Schule könnte perspektivisch die Patenschaft für eine der  
139 Wiesen übernehmen.
  
- 140 • **die Möglichkeit der Umsetzbarkeit eines urbanen Waldgartens nach dem**  
141 **Vorbild von Berlin und Kassel prüfen.** Dort werden die Projekte  
142 wissenschaftlich begleitet. Universitäten, Vereine, Stadt, und die  
143 Stadtgesellschaft sind beteiligt. Das Bundesamt für Naturschutz fördert  
144 Waldgärten aus dem Bundesprogramm Biologische Vielfalt.
  
- 145 • **Jugend- bzw. Stadtfarmen stärker unterstützen und weiter aufbauen.** Wir  
146 haben im Rennbahnpark bereits eine erste Kinderfarm eröffnet – ein  
147 ausbaufähiges Projekt! Auch auf dem Georgshof in Nied soll nun eine  
148 Kinder- und Jugendfarm entstehen. Bei der ehrenamtlichen Arbeit im  
149 Gemeinschaftsgarten entwickeln Menschen aller Generationen schnell ein  
150 grünes Bewusstsein.
  
- 151 • **den Grüngürtel als Lernort für nachhaltige Entwicklung nutzen.** Bildung und  
152 Naturschutz zusammendenken: Das vermitteln Vereine wie Umweltlernen e.V.  
153 oder die NaturLots:innen auf dem alten Flugplatz Bonames. Sie haben die  
154 Expertise, in Exkursionen und Mitmach-Aktionen den Menschen die Natur nahe  
155 zu bringen. Wir wollen die Erfolge fortführen und, mit mehr Ressourcen  
156 hinterlegt, deutlich ausbauen.
  
- 157 • **den Grüngürtel weiter ausbauen.** Dazu wollen wir prüfen, wie sich die  
158 Fließwasserverbindungen entlang des Berger Hangs und des Bornheimer Hangs  
159 naturnah entwickeln lassen, wie die Auenlandschaft im Frankfurter Osten  
160 ökologisch gestaltet werden kann und wie der Grüngürtel weiterwachsen  
161 kann. Perspektivisch sollen auch Flächen zwischen Nieder-Eschbach und  
162 Bonames zum Grüngürtel anschließen, der sich im Westen zukünftig bis  
163 Zeilsheim erstrecken soll.
  
- 164 • **NaturLots:innen im ganzen Gebiet des Grüngürtels einsetzen.** NaLos sind als  
165 Kümmerer jetzt schon in der gesamten Rhein-Main-Region Best-Practice. Sie  
166 informieren dort über Naturschutzbelange, helfen den Freizeitwert der  
167 Grüngebiete langfristig zu erhalten und melden Müll und Verstöße gegen  
168 Natur- oder Landschaftsschutz. Wir wollen ihre Rolle weiter ausbauen und  
169 mit Mitteln unterstützen.
  
- 170 • **Flächenpflege durch Beweidung im Grüngürtel erproben.** Dazu legen wir ein  
171 Förderprogramm für Modellprojekte auf: Robuste Rinder, Pferde,  
172 Wasserbüffel, sollen möglichst ganzjährig auf ausgewiesenen Flächen  
173 grasen. Dies würde bestimmte Pflanzen und Kleintiere besonders fördern und  
174 außerdem eine Attraktion für die Bevölkerung darstellen.



- **den Stadtwald noch stärker nach ökologischen Kriterien bewirtschaften und die aktuelle Waldstrategie dahingehend weiterentwickeln.** Mulden und Gräben tragen dazu bei, dass das Regenwasser versickert. Im Wald der Stadt Frankfurt am Taunushang sind wir mit solchen Maßnahmen schon sehr erfolgreich. Im Gegensatz zum Land Hessen wenden wir hier das weltweit anerkannte FSC-Siegel an. Grundsätzlich sollen die vielfältigen klimatischen, ökologischen und sozialen Funktionen des Waldes im Vordergrund stehen, also Erholung, Arten- und Biotopschutz, sowie der Erhalt einer gesunden, klimaresilienten Mischwaldstruktur.
- **einen „runden Tisch“ einberufen,** an dem sich Umweltgruppen, Stadtforst, Umweltamt und andere Stakeholder austauschen und Konzepte für eine zukunftsfähige Bewirtschaftung des Waldes entwickeln.
- **die Verbindungen zwischen Grüngürtel und Innenstadt verbessern.** Das Konzept der „Strahlen“, die von der der Stadtmitte in den Grüngürtel führen, ist nach wie vor sinnvoll. Wir wollen einige Straßen und Wege zu grünen Korridoren erweitern, die als Hotspots der Biodiversität miteinander verbunden sind und es den Anwohnenden ermöglicht, den Grüngürtel über begrünte Wege zu erreichen.
- **Menschen motivieren, in ihren Gärten und Vorgärten Biotope zu anzulegen.** Dazu werden wir Wettbewerbe ausrichten und Förderprogramme auflegen. Themen wie Wildbienen- und Vogelschutz spielen dabei eine wichtige Rolle.
- **die bestehende Förderung „Klimabonus“ bekannter machen.** Noch mehr Hausbesitzer\*innen und Unternehmen sollen erfahren, dass die Stadt die Begrünung ihrer Häuser mit Zuschüssen unterstützt.
- **Partizipationsangebote zur Pflege von Grünflächen und Stadtbäumen ausweiten.** Vielerorts übernehmen Anwohner\*innen bereits die Pflege von Flächen um Bäume. Diese Möglichkeit wollen wir noch bekannter machen und Nachbarschaften für größere Flächen gewinnen. Auch Vereinen wie Wildwiesen e.V. sollen die Pflege für solche Flächen übernehmen dürfen.
- **das Arten- und Biotopschutzkonzept bekannter machen und Finanzmittel einwerben.** Wir werden Veranstaltungen zum Arten- und Biotopschutzkonzept anbieten und Menschen stärker an der Umsetzung beteiligen. In wirtschaftsstarken Branchen wie der Finanzbranche wollen wir Akteur\*innen die Möglichkeit anbieten, sich persönlich finanziell an Artenschutzprojekten zu beteiligen.
- **den Einsatz schwimmender Inseln auf dem Main („Enteninseln“) erproben.** Als Beitrag zur Biodiversität bieten bepflanzte, schwimmende Inseln

Wasservögeln und anderen Tieren am Main Schutz und sind ein grüner Blickfang in Ufernähe.

- **die Ausweisung neuer Klein-Naturschutzgebiete für die Genehmigung durch die Untere Naturschutzbehörde vorbereiten**, um Trittsteinbiotope zwischen den größeren Naturschutzgebieten zu gewinnen.

## Wasserversorgung und Überflutungsvorsorge

Und Wasser? Wasser ist Leben. Wir benötigen es nicht nur zum Trinken und Kochen. In jedem Lebensmittel, das wir einkaufen, steckt Wasser – vom Anbau über Transport und Verarbeitung bis zum fertigen Produkt. Süßwasser ist ein kostbares Gut, das wir schützen, gerecht verteilen und verantwortungsvoll nutzen müssen. Für uns Grüne ist Wasser Gemeingut und Menschenrecht zugleich. Frankfurt bezieht seit über 150 Jahren Wasser aus dem hessischen Umland. Kaum eine Metropolregion der Welt kann sich alleine mit Wasser versorgen. Aber mit einer wachsenden Bevölkerung ist auch klar: ein Mehr an Import darf nicht die Antwort sein. Vielmehr wollen wir eine Wasserpolitik, die ökologisch tragfähig ist, soziale Gerechtigkeit sichert und auf Nachhaltigkeit setzt.

Auch in Zeiten der Klimakrise spielt Wasser in Frankfurt eine große Rolle: Extremregenereignisse nehmen zu, Sommer werden heißer und trockener. Mit der Entwicklung Frankfurts zur Schwammstadt kann es uns gelingen, Regenwasser vor Ort zu sammeln, zur Kühlung in Hitzeperioden zu nutzen und Überflutungen vorzubeugen.

Wir Grüne stehen hinter einer Wasserpolitik, die den gesamten Kreislauf betrachtet. Das bedeutet auch: Das Abwasser aus unseren Kläranlagen muss sauber und frei von ökologischen Risiken sein.

Wir werden...

- **die Eigenproduktion von Trinkwasser durch Ausweitung der Mainwasserversickerung im Stadtwald erhöhen.** Derzeit stammt etwa ein Viertel des Frankfurter Trinkwassers aus dem Stadtwald, diesen Anteil wollen wir durch Ausweitung der Versickerungsflächen erhöhen.
- **den Kinzigstausee für die Trinkwasserversorgung nutzbar machen.** Die Trinkwasserversorgung zwischen Frankfurt und Schlüchtern wird damit auf eine breitere Grundlage gestellt.
- **Mikroschadstoffe wie Medikamentenrückstände aus dem Abwasser der Kläranlagen filtern lassen.** Dazu ist eine sogenannte „vierte

Reinigungsstufe“ erforderlich. Die entstehenden Kosten dafür sollen in Zukunft über den Gebührenhaushalt abgerechnet werden.

- **Neubaugebiete unter Wasserschutz-Gesichtspunkten planen und bauen.** Regenwasser soll dort künftig gesondert aufgefangen und zur Bewässerung verwendet werden. Das gelingt über Brauchwasserkreisläufe.
- **Mulden anlegen, um bei Starkregen Wasser aufzufangen.** In Grünanlagen, neben Straßen, auf Spielplätzen und Sportanlagen wollen wir – je nach Möglichkeit – Wasser in Mulden auffangen. Dies mildert die Folgen von Starkregenereignissen ab und bringt an heißen Tagen auch Kühlung.
- **die Zusammenarbeit mit den Gemeinden am Taunushang intensivieren, um Hochwasserrisiken durch die Taunusbäche zu verringern.** Wir stellen finanzielle Mittel für Renaturierungsmaßnahmen an Taunusbächen bereit, die gleichzeitig dem Hochwasserschutz Frankfurts dienen. Mit Wasserrückhalte-Maßnahmen schon außerhalb Frankfurts lassen sich Überflutungsrisiken in der Stadt abmildern.
- **Beratung zur Vorsorge vor Schäden durch Starkregen anbieten.** Frankfurt hat eine vorbildliche Starkregengefahrenkarte vorgelegt, die im Internet für alle Menschen einsehbar ist. Besonders bedrohten Gebieten und Straßen wollen wir eine Basisberatung mit Informationsveranstaltungen, Flyern und Online-Services zur Schadensprävention anbieten. Am Frankfurter Berg sollen Anwohner\*innen über öffentliche und private Maßnahmen der Starkregenvorsorge informiert werden. Das Modell werden wir auch in anderen Stadtteilen nutzen.
- **die Renaturierung der Gewässer weiter vorantreiben und natürliche Retentionsflächen schaffen.** Wo immer die Stadt Zugriff auf Gewässer hat, wollen wir Ufer abflachen, Mäander einbauen, Gewässerrandstreifen sichern und möglichst ökologisch pflegen. Die ökologische Aufwertung dient, wo möglich, auch dem Hochwasserschutz und wird mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet.
- **die Nidda wieder komplett fischgängig machen.** Der Abbau der Wehre, die die Wanderung von Fischen in der Nidda bisher verhinderten, ist fast abgeschlossen. Nach dem Höchster Wehr haben wir nun auch das Sossenheimer Wehr geöffnet und renaturiert. Die Renaturierung des Praunheimer Wehrs ist weitgehend abgeschlossen. Für das Hausener Wehr läuft der Antrag auf Planfeststellung. Jede dieser Umbaumaßnahmen hat positive ökologische Effekte und steigert die Naherholungsqualität der Nidda erheblich.
- **die Renaturierung des Fechenheimer Mainbogens weiter vorantreiben.** Dort

ist bereits ein neuer Altarm entstanden. Ein zweiter, sehr großer Altarm soll nun hinzukommen und zur weiteren Renaturierung des Mainbogens führen. Momentan läuft das dazu nötige Flurbereinigungsverfahren. Wir unterstützen dieses Projekt weiterhin nach Kräften.

- **die Wasserrahmenrichtlinie zum Gewässerschutz verstärkt umsetzen.** Wir wollen Uferrandstreifen ökologischer bewirtschaften, weitere Flächen entlang von Gewässern aufkaufen und dafür das Vorkaufsrecht der Stadt nutzen. Verstöße gegen den Gewässerschutz wollen wir besser kontrollieren und dafür die entsprechenden Ressourcen bereitstellen. Bei Verpachtung städtischer Flächen mit Gewässerrandstreifen an Landwirt\*innen soll es klare Absprachen und Kontrollen geben.
- **mit mehr Ressourcen ausgestattet die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestabstands zu Gewässerrändern kontrollieren.** So stellen wir sicher, dass keine Schadstoffe in die Gewässer gelangen.
- **mehr Brauchwasser zur Bewässerung nutzen.** Grünanlagen sollen vermehrt mit Main- oder Brauchwasser bewässert werden. Der Einbau weiterer Zisternen im ganzen Stadtgebiet erhöht die dafür nutzbare Brauchwassermenge. Gute Ergebnisse sind bereits an den Zisternen im Grünzug Platenstraße oder in der Taunusanlage zu verzeichnen. Hier wird in Zukunft das Wasser zudem über Drainagen gesammelt und abfließendes Regenwasser der Hochhausfassaden zur Bewässerung der Grünanlagen genutzt.
- **auch Sportanlagen möglichst nur noch mit Brauchwasser bewässern.** Das würde große Mengen an Trinkwasser einsparen. Denn selbst Kunstrasen braucht Feuchtigkeit. Noch müssen rechtliche Fragen (zur Haftung) geklärt werden. Bei einem positiven Prüfergebnis kann es losgehen.
- **die Zahl der Trinkbrunnen in Frankfurt weiter erhöhen.** Der freie Zugang zu Wasser auf öffentlichen Plätzen ist bei Hitze eine wichtige Maßnahme zum Gesundheitsschutz. Gleichzeitig möchten wir die Initiative „Refill“ bekannter machen: Geschäfte mit dem „Refill“-Aufkleber machen darauf aufmerksam, dass sie Leitungswasser kostenfrei in mitgebrachte Trinkflaschen abfüllen.
- **uns für „Nebelduschen“ auf Frankfurts öffentlichen Plätzen einsetzen.** Ein entsprechender Prüfauftrag ist bereits verabschiedet. Nebelduschen sorgen auf öffentlichen Plätzen auf Knopfdruck mit feinem Wassernebel für Abkühlung. Eine erste Nebeldusche gibt es bereits an der Hauptwache. Bei der stadtweiten Umsetzung folgen wir dem Beispiel der Stadt Wien, wo bereits 175 Nebelduschen installiert sind.

- **Wasserfontänen und Wasserspiele weiter ausbauen.** Solche Elemente sorgen für Kühlung, machen Spaß und steigern als Spiel- und Kommunikationsmittel die Attraktivität der Nachbarschaft.
- **Frankfurt zur Blue Community machen.** Damit verpflichten wir uns, Wasser als Menschenrecht und Gemeingut zu schützen, die öffentliche Wasserversorgung dauerhaft in kommunaler Hand zu sichern und Leitungswasser gegenüber Flaschenwasser zu fördern. Gleichzeitig bauen wir internationale Partnerschaften auf, um den Zugang zu sauberem Wasser weltweit zu stärken.

## Frankfurt kann sauber

Eine Wohlfühlstadt ist sauber. Deshalb ist die Stadtreinigung tagtäglich im Frankfurter Stadtgebiet unterwegs. Und wir geben ihr mit vielen Initiativen und hohen Investitionen politischen Rückenwind: Die Kapazitäten zur Entsorgung von Sperrmüll haben wir um 50% erhöht. In unserem Konzept „Sauberkeit aus einer Hand“ haben wir die Zuständigkeiten vereinfacht, effektiver geordnet und das Programm zudem auf die ÖPNV-Haltestellen ausgeweitet. Das tut dem Stadtbild gut und steigert die Attraktivität des ÖPNV zusätzlich. Auch „Stadtsauberkeit Plus“ im Frankfurter Westen, in der Innenstadt und im Bahnhofsviertel trägt wesentlich zu mehr Sauberkeit bei. So werden die Abfalleimer im Bahnhofsviertel bis zu viermal täglich geleert. Die Nassreinigung der Straßen beginnt bereits morgens um 4:30 Uhr. Bis zu zehn Kubikmeter Abfall holt die Stadtreinigung täglich allein aus dem Bahnhofsviertel – häufig achtlos weggeworfener Müll. Das Geld in die Stadtreinigung ist gut investiert. Und doch könnte mehr Achtsamkeit aller Einwohner\*innen den Stadtraum in Sachen Müll und Sauberkeit zusätzlich entlasten. Viele Engagierte beim jährlichen Cleanup Day zeigen, dass die Frankfurter\*innen Sauberkeit können und sich ein sauberes Stadtbild sehr wünschen.

Wir werden...

- **uns für eine Verpackungssteuer nach dem Tübinger Modell einsetzen.** Dort hat sich das Aufkommen von Einwegverpackungen im öffentlichen Raum nach deutlich reduziert.
- **Pfandsysteme wie beispielsweise Recup und Vytal sichtbarer machen,** damit Mehrweg für Restaurants, Cafés und To-go-Angebote zur selbstverständlichen Alternative wird. Zusätzlich werden wir bei allen städtischen Veranstaltungen auf Einwegverpackungen verzichten.
- **Sauberheitskampagnen wie Cleanffm und den CleanUp Day mit Beteiligung der Bevölkerung weiter ausbauen.** Sauberkeit beginnt mit dem Bewusstsein der

Menschen für eine saubere Stadt. Dafür sind Vorbilder sehr wichtig. Eine Rekordteilnahme von 7647 Teilnehmenden am „CleanUp Day“ 2025 soll uns Anreiz sein, diesen Weg weiter zu verfolgen. Die Sauberkeitspat\*innen motivieren dazu, gemeinschaftlich Verantwortung zu übernehmen.

- **im Rahmen der städtischen Zuständigkeiten auch in den Fahrzeugen des ÖPNV für mehr Sauberkeit sorgen.**
- **die Möglichkeit, Müllaufkommen digital zu melden, weiter ausbauen.**
- **das Toilettenkonzept, für das wir 9,2 Millionen Euro bereitgestellt haben, Zug um Zug weiter umsetzen.** Viele neue bzw. neu sanierte Toilettenanlagen in Frankfurt sind bereits fertiggestellt. Jetzt sollen an rund 20 weiteren Orten neue Toiletten entstehen oder marode Anlagen saniert werden.
- **den Weg zur „Zero Waste City“ weitergehen.** Das Prinzip „Null Abfall“ erhält Ressourcen durch verantwortungsvollen Konsum, nachhaltige Produktion sowie die Wiederverwendung und Verwertung von Abfall. Die Zertifizierung als Zero Waste City ist ein Programm des Zero Waste Europe-Netzwerks. Das Umweltamt hat bereits einen Katalog aus Maßnahmen erstellt, die die Stadt in den kommenden Jahren umsetzen wird.
- **das Recycling von Baustoffen wie Beton bekannter machen und fördern.** In Frankfurt gibt es bereits Unternehmen, die Baustoffrecycling aktiv betreiben.

### Tierschutz in der Stadt

Auch Tiere – ob Haustiere, Nutztiere oder Stadtwild – lieben es grün. Sie sollen in Frankfurt ein möglichst gutes Leben haben. Eine tierfreundliche Stadt ist eine lebenswerte Stadt. Dies ist nicht nur aus ethischen Gründen geboten, sondern stärkt auch das Verantwortungsbewusstsein und das soziale Miteinander.

Wir werden...

- **die bestehenden Tierschutzregelungen in Frankfurt streng anwenden.** Damit das Veterinäramt Kontrollen noch häufiger und wirksamer durchführen kann, ist die personelle Ausstattung zu verbessern.
- **Tierschutzverbänden mehr Gehör verschaffen** und uns bei der Landesregierung für ein Verbandsklagerecht von Tierschutzorganisationen einsetzen.
- **bei der Stadtentwicklung die Bedürfnisse von Tieren mitdenken.** Neubau- und

Sanierungsprojekte sollen Lebensräume für Tiere miteinbeziehen: durch begrünte Dächer und Fassaden, strukturreiche Grünflächen, Nistkästen und Quartiere für Vögel, Fledermäuse oder Insekten sowie Durchlässe in Zäunen für Kleintiere wie Igel.

- **Tierschutzbeauftragte und einen Tierschutzbeirat einsetzen.** Um den Tierschutz in der Stadtverwaltung dauerhaft zu verankern, streben wir die Schaffung eines kommunalen Tierschutzbeauftragten an. Ergänzend regen wir die Einrichtung eines Tierschutzbeirats an, in dem Vertreter\*innen von Tierschutzorganisationen, Tierheimen, Veterinäramt und anderen relevanten Gruppen regelmäßig zusammenkommen.
- **einen städtischen Tierschutzpreis einführen,** der vorbildliches Engagement von Privatpersonen, Initiativen oder Institutionen im Sinne von Tierwohl und Tierrechten würdigt. Die jährliche Verleihung soll öffentlich sichtbar machen, wie vielfältig und wirkungsvoll sich Menschen in Frankfurt für Tiere einsetzen.
- **die Tierheime stärken und finanziell absichern.** Das Frankfurter Tierheim und ähnliche Tierschutzvereine und Auffangstationen brauchen ausreichende Unterstützung. Sie übernehmen eine wichtige öffentliche Aufgabe.
- **der Umsetzung der Katzenschutzverordnung mehr Gewicht geben.** Frankfurt hat eine solche Verordnung für das gesamte Stadtgebiet erlassen. Sie schreibt vor, dass freilaufende Katzen kastriert, gekennzeichnet und registriert sein müssen. Wir begrüßen diesen wichtigen Schritt und werden auf eine effektive Umsetzung drängen. Die Zahl von geschätzt 18.000 streunenden Katzen zeigt, wie groß das Problem ist. Unkontrollierte Vermehrung führt zu großem Leid: Viele Streuner sind krank, unterernährt und brauchen Hilfe.
- **das professionelle Stadttaubenmanagement weiter ausbauen.** Wir wollen mehr betreute Taubenschläge und -türme in Frankfurt einrichten. Dort erhalten die Tiere artgerechtes Futter. Ihre Eier werden gegen Attrappen ausgetauscht.
- **Beschränkungen der Einsatzzeiten von Mährobotern zum Schutz von Igel und anderen Wildtieren aussprechen.** Mähroboter stellen, besonders für nachtaktive Tiere wie Igel, eine große Gefahr dar, da die Tiere nicht fliehen und so leicht verletzt oder getötet werden. Die Stadt Hildesheim untersagt den Einsatz aus Gründen des Tierschutzes und zum Schutz vor Lärm sowohl nachts als auch zur Zeit der Mittagsruhe und an Sonn- und Feiertagen. Diesem Beispiel wollen wir folgen.

- **Zirkussen mit Wildtieren keine städtischen Flächen zur Verfügung stellen.** Sie können Tieren kein artgerechtes Leben bieten. Ständiger Transport, beengte Käfige und mangelnde Beschäftigung führen zu massivem Stress und Leiden. Mit dem Nutzungsverbot zeigt Frankfurt Verantwortung.

## Flughafen

Der Frankfurter Flughafen mit über 80.000 Arbeitsplätzen hat eine große Bedeutung für die Stadt und ist durch seine Hub-Funktion für sehr viele Wirtschaftsbereiche sehr wichtig. Jedoch gehen vom Flughafen auch massive Belastungen aus, wie Lärm, Ultrafeinstaub und andere Schadstoffe. Unsere Ideen und Konzepten zur Weiterentwicklung des Flughafens sind im Kapitel Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt zu finden.



## A5 Klimaanpassung: Stadt gestalten, Klima schützen

Antragsteller\*in:            Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.5 Klimaanpassung: Stadt gestalten, Klima schützen

## Antragstext

Starkregen und Hitze gehören zu unserem Alltag. Darunter leiden wir alle – ganz besonders aber unser Ökosystem und die Schwächsten unter uns. Wir müssen nicht nur die fortschreitende Klimakrise eindämmen und die Klimakatastrophe verhindern, sondern auch ihren nicht mehr aufzuhaltenden Folgen entgegentreten. Die am stärksten Betroffenen müssen wir schützen, die Stadt als Lebensraum erhalten und Hitzeinseln verhindern oder eingrenzen. Die Anpassung unserer hochverdichteten Stadt an den Klimawandel ist eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahrzehnte. Wir bauen die Zukunft!

## Unsere grünen Ziele für Frankfurt

Wir werden...

- die Klimafolgenanpassung zu einem zentralen Planungskriterium für die städtische Entwicklung machen.
- Dach- und Fassadenbegrünung weiter fördern und ausbauen und an der Gestaltungssatzung Freiraum und Klima festhalten.
- „Schwammstadt“- Konzepte fördern und umsetzen, damit Frankfurt bei Starkregen und Hochwasser besser geschützt ist.
- durch blau-grüne Infrastruktur eine Stadt schaffen, die sowohl mit Starkregen als auch mit Hitze und Trockenheit umgehen kann.
- das Programm zur klimangepassten Gestaltung von öffentlichen Plätzen weiter ausbauen und beschleunigen.
- deutlich mehr Flächen entsiegeln und grüne Oasen in der Stadt schaffen.

- bei behutsamer Verdichtung die Qualität unserer Freiräume erhalten und weiterentwickeln
- einen verbindlichen Plan für die Entwicklung unserer Freiflächen erstellen und einen Grünflächenanteil je Einwohner\*in einhalten. Dafür stellen wir zusätzliche Mittel und Personal bereit.
- Vorbild sein und als Stadt selbst ein Pilotprojekt zum wassersensiblen Umbau städtischer Liegenschaften starten.
- ein modernes Regenwassermanagement einführen.
- den städtischen Wasserhaushalt durch eine verbindliche Zisternensatzung für Neubauten und bei umfangreichen Sanierungen stärken.
- die Einführung einer Wassernutzungssteuer (Wassercent) prüfen lassen, die jedoch sozial gestaffelt sein muss. Einkommensschwache Haushalte dürfen nicht unverhältnismäßig belastet werden.
- quartiersbezogene Energiekonzepte zum integralen Bestandteil der Stadtentwicklung machen, um CO<sub>2</sub>-neutral und gleichzeitig resilient gegenüber klimatischen Veränderungen zu werden.
- auf Multicodierung von Flächen und Gebäuden setzen: Rasenflächen dienen z.B. auch zur Wasserrückhaltung bei Starkregen. Indem Flächen gleich mehrere Funktionen erfüllen, wird knapper Raum effizient genutzt.
- den Grüngürtel bewahren und mit weiteren Grünflächen vernetzen, um den Arten- und Naturschutz zu stärken.
- die Finanzierung der Grünflächenpflege absichern. Eine nachhaltige Grünflächenpolitik sorgt dafür, dass das Pflegebudget für Frankfurts Grünflächen automatisch mitwächst.

## **A6 Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle**

Antragsteller\*in:            Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt:    2.6 Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine  
Stadt für alle

### **Antragstext**

Frankfurt steht angesichts seines Wachstums vor großen Herausforderungen. Steigende Mieten und Immobilienpreise machen bezahlbaren Wohnraum für immer mehr Menschen unerreichbar. Besonders dramatisch ist die Entwicklung bei den Sozialwohnungen. Der Bestand ist auf ein historisches Tief geschrumpft. Das steht in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Bedarf.

Zudem ist Frankfurt die drittdichteste Stadt Deutschlands. Das erhöht den Nutzungsdruck auf die verfügbaren Flächen enorm. Ohne planvoll gesteuerte Nachverdichtung gehen wertvolle Grünflächen und Bäume verloren, was im Widerspruch zur notwendigen Klimaanpassung steht.

Angesichts der Klimakrise ist es jetzt umso wichtiger, Frankfurt in eine klimaresiliente, durchgrünte und entsiegelte Stadt zu verwandeln. Das bedeutet, Flächen so zu gestalten, dass sie bei Hitze abkühlen, Wasser speichern und Schatten spenden. Um die Klimaziele zu erreichen, muss Frankfurt seinen Gebäudebestand deutlich schneller sanieren.

Für eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung braucht es einen strategisch, integrierten Ansatz. Er soll kooperative Verwaltungsstrukturen und innovative Beteiligungsprozesse fördern sowie Digitalisierung nutzen, um Flächen- und Interessenskonflikte sichtbar zu machen. Er soll aber auch Planungs- und Genehmigungsprozesse vereinfachen und Bürokratie abbauen. Nur gemeinsam können wir Frankfurt zukunftsfähig, krisenfest und lebenswert gestalten.

### **Unsere grüne Vision für Frankfurt**

Wir wollen...

- **eine Stadt, die für alle Menschen lebenswert ist** – nicht nur für Privilegierte.

- **unserer Stadt nachhaltig, krisenfest und gerecht weiterentwickeln.**  
Zentrale Bausteine sind für uns Grüne dabei Klimaanpassungsmaßnahmen, nachhaltige Mobilität, eine resiliente Nutzungsmischung, **öffentlicher Raum mit hoher Aufenthaltsqualität**, sozial gerechte Wohnangebote und Digitalisierung.
- **die komplexen Herausforderungen unserer wachsenden Stadt integriert und partizipativ angehen** und das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellen.

## **Nachhaltige und gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung**

Wir bauen für die Zukunft. Wir wollen, dass in Frankfurt nachhaltig, gerecht und sozialverträglich gebaut wird. Städtebau darf nicht den Investor\*innen dienen, sondern muss sich am Gemeinwohl orientieren. Zu attraktiven Stadtvierteln kommen wir mit einer konsequenten Planungskultur.

Wir werden...

- **in einem integrierten Stadtentwicklungskonzept 2040+ die Prinzipien der Leipzig Charta einer gerechten, grünen und produktiven Stadt verankern** und damit verbindliche Leitlinien für alle Planungen schaffen.
- **kontinuierliches Monitoring und Evaluation von Projekten mitdenken.**  
Planungen und Konzepte müssen praxisnah sein und umgesetzt werden.
- **stärker als bisher auf das Prinzip der integrierten Planung setzen**, die alle relevanten Aspekte der Stadtentwicklung miteinander verzahnt: Ressortübergreifende Projektteams entwickeln Quartiere und Querschnittsthemen. Die Koordination übernimmt das Stadtplanungsamt.
- **das Prinzip der Partizipation stärken**, indem wir Quartiersbeiräte einsetzen, die Beteiligungskultur in der Verwaltung stärken und dem Leitbild der Koproduktion folgen. Das heißt: Ein regelmäßiges Stadtentwicklungsforum bringt alle relevanten Akteur\*innen zusammen und sorgt für Transparenz und Austausch.
- **Barrierefreiheit sowie die Perspektiven von Menschen mit Behinderungen und Pflegebedarf von Anfang an in die Stadtplanung integrieren** und altersgerechten, inklusiven Wohnraum als festen Bestandteil einer gerechten Stadtentwicklung verankern.
- **bei unseren Planungen die regionale Dimension berücksichtigen** und uns

intensiv mit den Umlandkommunen abstimmen. Das gilt insbesondere auch für den neuen „Stadtteil der Quartiere“ im Nordwesten.

- **den Ansatz der feministischen Stadtplanung verfolgen**, der auf sozialer Gerechtigkeit und Partizipation aufbaut.
- **nachhaltige Baustandards in der Stadtplanung verankern**. Ökologische Nachhaltigkeit und Resilienz sind zentrale Werte für eine zukunftsfähige Stadt. Wir treffen dazu verbindliche Vereinbarungen mit Investor\*innen. Gleichzeitig verabschieden wir uns von überholten Standards, die im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen nicht mehr sinnvoll erscheinen.
- **für alle Neubauvorhaben verbindliche Klimaneutralitätsziele in städtebaulichen Verträgen festlegen**.
- **überall dort, wo Verkehrsinfrastruktur ausgebaut wird, eine städtebauliche Begleitplanung auflegen**.
- den U4-Lückenschluss zukünftig mit neuen Möglichkeiten und Erweiterung der und Freiraumnutzung verbinden.
- Gesundheitsschutz zum festen Bestandteil der Stadtplanung machen: Gesund sind **durch** viele gut erreichbare Parks und Grünflächen **mit ausreichend Sitz- und Beschattungsmöglichkeiten**, konsequenter Lärmschutz sowie die Förderung gesunder Mobilität und sauberer Luft für alle.
- **Toiletten und sauberes Trinkwasser in der Stadt flächendeckend zugänglich machen**.
- **mit dem Ansatz des Animal-Aided Design (ADD) auch die Bedürfnisse von Tieren in der Stadtplanung berücksichtigen** und in Frankfurt eine gute Kultur der Koexistenz etablieren.
- **die Stadt soll sicherstellen, dass Handwerkskammern und -betriebe systematisch und frühzeitig in Planungsprozesse einbinden** und die Gewerbeflächenstrategie der Stadt entsprechend erweitern.

## Lebenswerte und zukunftsfähige Stadtquartiere

Wir verfolgen bei der Stadtplanung einen ganzheitlichen Ansatz. Ob bei der Entwicklung neuer oder der Aufwertung bestehender Quartiere: Jedes Viertel ist einzigartig und erfordert eine individuelle Lösung, die das Gemeinwohl in den

Mittelpunkt stellt.

Wir setzen auf lebendige, vielfältige Quartiere, in denen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Bildung, Kultur, Sport und Freizeit eng miteinander verbunden sind. Das erleichtert den Alltag, ermöglicht kurze Wege, die sich zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem ÖPNV zurücklegen lassen, und schont die Umwelt. Eine gute Durchmischung sorgt außerdem dafür, dass alle Menschen am öffentlichen Leben teilhaben können.

Unsere Vision sind Quartiere, die soziale Vielfalt, ökologische Verantwortung und eine gute städtebauliche Qualität gleichermaßen fördern. Bewohner\*innen sollen an der Gestaltung mitwirken können. Ihre Lebensansprüche und Bedürfnissen werden Teil der Planung.

Wir werden...

- **uns bei der Entwicklung von Quartieren am Konzept der „15-Minuten-Stadt“ orientieren:** Alles ist in der Nähe und gut erreichbar. Mit der Nutzungsmischung steigen Lebensqualität und ökologische Nachhaltigkeit. In allen Stadtteilen werden die Nahversorgungszentren gestärkt. Mit der ABG Frankfurt Holding richten wir Kioske für den täglichen Bedarf ein.
- **Neubaugebiete ökologisch vorbildlich planen.** Von Energieverbrauch bis Wasserwirtschaft und Begrünung gelten für solche Gebiete künftig hohe ökologische Ansprüche.
- **unsere Spielplätze und Freizeitanlagen weiterentwickeln.** Wir haben bereits wesentlich mehr Geld für eine bessere Pflege von Spielplätzen und Freizeitanlagen bereitgestellt. Über 20 neue Plätze für Groß und Klein sind hinzugekommen. Frankfurt hat damit pro Kopf mehr als dreimal so viele Freizeitanlagen wie München. Diese Investitionen wollen wir weiter ausbauen und überall Barrierefreiheit berücksichtigen. Das Ziel ist eine „beispielbare Stadt“ mit Calisthenics Anlagen und Spielplätzen für alle Altersgruppen.
- **ein Programm zur Belebung der Erdgeschosszonen entwickeln.** Die Förderung wichtiger lokaler Geschäfte und ein gutes Leerstandmanagement sorgen für lebendige Zentren in allen Stadtteilen.
- **uns für eine sozial gerechte und inklusive Stadtentwicklung einsetzen.** Eine gute soziale Durchmischung stärkt den Zusammenhalt und fördert gleiche Chancen für alle.
- **in benachteiligten Stadtteilen gezielt in hochwertig gestaltete**

126           **öffentliche Räume mit Bürger\*innenbeteiligung, mobilitätsfördernde und**  
127           **soziale Infrastruktur investieren.**

- 128           • **Geflüchteten und Wohnungslosen dezentrale Wohneinheiten in allen**  
129           **Stadtteilen anbieten.**
  
- 130           • **Inklusion und Barrierefreiheit als wichtige Planungskriterien verankern**  
131           **und fördern. die Barrierefreiheit weiter ausbauen,** Uunter anderem durch  
132           Universal Design und die Umsetzung der UN-BRK  
133           (Behindertenrechtskonvention) soll Frankfurts Barrierefreiheit spürbar  
134           zunehmen.
  
- 135           • **urbane Gärten und essbares Stadtgrün in allen Quartieren fördern und**  
136           **bürgerschaftliche Initiativen unterstützen.**
  
- 137           • **das Frankfurter Programm Aktive Nachbarschaft ausbauen.** Langfristig soll  
138           in allen Stadtteilen ein flächendeckendes Quartiersmanagement entstehen.  
139           Indem wir Nachbarschaftsinitiativen fördern, stärken wir lokale Netzwerke.
  
- 140           • **die Qualität der öffentlichen Räume unserer Stadt verbessern.** Durch  
141           vorgezogene Maßnahmen z.B. für Klimafolgenanpassung lässt sich die  
142           Umsetzung beschleunigen.
  
- 143           • **konsumfreie Räume mit hoher Aufenthaltsqualität schaffen, die vor Ort**  
144           **mitgestaltet werden.**
  
- 145           • **Dritte Orte für junge Menschen schaffen und stärken.** Neben der Schule und  
146           ihrem Zuhause brauchen Jugendliche weitere Orte an denen sie sich  
147           konsumfrei und selbstbestimmt aufhalten können.
  
- 148           • **Mehr Begegnungsräume schaffen und ermöglichen, auch in den äußeren**  
149           **Stadtteilen.** Dazu zählen wir unter anderem die Außengastronomie.
  
- 150           • **Kirchengebäude, die zum Verkauf stehen, für städtische Zwecke sichern.**  
151           Damit decken wir den Bedarf an sozialer Infrastruktur weiter.
  
- 152           • **den Mainkai für den Autoverkehr sperren.** Auf Grundlage eines öffentlichen  
153           Planungswettbewerbs wird dieser Abschnitt am Fluss zu einem großzügigen  
154           Grün- und Aufenthaltsraum umgestaltet.
  
- 155           • **die Innenstadt beleben und aufwerten.** Dazu braucht es ein integriertes  
156           Innenstadtmanagement unter Federführung des Stadtplanungsamts, das alle  
157           Aspekte von Aufenthaltsqualität bis Bausubstanz, von Barrierefreiheit bis

Erreichbarkeit und gut durchmischter Nutzung im Blick hat. Eine jährliche Innenstadtkonferenz setzt Höhepunkte im Prozess.

- **die Planung für den „Stadtteil der Quartiere“ weiter voranbringen** –vertraglich für alle Seiten und unter Berücksichtigung eines sehr hohen Anteils an bezahlbarem Wohnraum und Grünflächen.
- **den Gutleuthafen/Guleut-West zum produktiven Quartier entwickeln.** Hier zeigt sich, wie urbane Produktion, Handwerk und Wohnen in Innenstadtnähe in Zukunft aussehen können. Den Gutleuthafen verstehen wir als Leuchtturm, von dem starke Entwicklungsimpulse für die ganze Stadt ausgehen. Mittels ämterübergreifender Zusammenarbeit und unter Beteiligung der Anwohner\*innen werden wir uns für eine beschleunigte Umsetzung stark machen.
- **die südliche Platensiedlung gemeinsam mit den Anwohner\*innen weiterentwickeln.** Mit einem transparenten Bebauungsplanverfahren, das gute Planung, soziale Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum und Grünflächen von Anfang an einschließt, stärken wir das Vertrauen und ermöglichen eine nachhaltige und sozialgerechte Nachverdichtung.
- **einen neuen städtebaulichen Entwurf für die versiegelten Flächen der Günthersburghöfe beauftragen.** Um die Grünflächen für die öffentliche Nutzung zu erhalten, sollte die Stadt sie übernehmen und erschließen.
- **den Kulturcampus als innovatives Quartier mit dem „Offenen Haus der Kultur“ und Angeboten für gemeinschaftliches Wohnen realisieren.** Der Umbau des Juridicums soll demonstrieren, wie eine Umbaukultur gelingen kann, die die bestehende Bausubstanz einbezieht und ihren kulturellen Wert erhält.
- **das VGF-Depot in Eckenheim nachhaltig und multifunktional umgestalten.** Mit seiner wachsenden Bahnflotte braucht Frankfurt dringend weitere Kapazitäten. Statt jedoch neue Flächen zu versiegeln, setzen wir auf die Reaktivierung der Bestände.

## Städtische Lenkung und Nachverdichtung

Mit der hohen Nachfrage nach Wohnraum nimmt der Druck auf Freiflächen zu. Aber auch die Bedeutung von Klimaschutz und Klimaanpassung steigt: Grüne Infrastruktur macht die Stadt klimaresilienter. Die massive Konkurrenz um Flächen stellt Kommunen vielerorts vor große Herausforderungen.

Für uns Grüne muss Bauen höchste Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Wir setzen



für Frankfurt auf das Prinzip der Nachverdichtung. Das verringert den Flächenverbrauch und schafft als Grundlage für eine lebendige und gerechte Stadtgesellschaft sowohl bezahlbaren Wohnraum als auch eine gute soziale und grüne Infrastruktur. Auch hier zählt für uns eine ausgewogene Nutzung.

Wir werden...

- **bei der Nachverdichtung auf das Prinzip der dreifachen Innenentwicklung setzen:** Die Stadt schafft neuen Wohnraum, fördert nachhaltige Mobilität, wertet Freiräume ökologisch und sozial auf und saniert ihren Gebäudebestand.
- **städtische Räume, die ihre ursprüngliche Funktion verlieren, umwandeln.** So nutzen wir sie gezielt als Ressource mit Potenzial für die Innenentwicklung. Die Stadt muss dafür das städtebauliche Sanierungsrecht konsequent anwenden und das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellen.
- **auch auf gezielte Nachverdichtungspotenziale und die Transformation von Gewerbe-, Industrie- und Büroflächen setzen.** Damit erzielen wir eine stärkere funktionale Durchmischung und integrieren urbane Produktion in die Quartiere.
- **unsere Bestandsquartiere kompakt und zukunftsfähig weiterentwickeln** und auch dabei auf eine ausgewogene Nutzungs-Balance achten. Eine bauliche und funktionale Verdichtung darf nur mit einem quantitativen und qualitativen Ausbau des Freiraums sowie der Mobilitätsangebote einhergehen.
- **den Frankfurter Baulandbeschluss mit seinen verbindlichen Quotenanwenden, evaluieren und weiterentwickeln.** Unser Ziel ist ein „Frankfurter Baukasten“ für bezahlbares Wohnen und gute Stadtentwicklung nach dem Vorbild München.
- **eine aktive Liegenschaftspolitik etablieren.**
- **den kommunalen Zwischenerwerb und das Vorkaufsrecht aktiv nutzen** und mit einem rollierenden Immobilienfonds die nötige finanzielle Flexibilität schaffen.
- **mit einem kommunalen Monitoring den Frankfurter Immobilienmarkt systematisch beobachten** und relevante Verkaufsprozesse frühzeitig erkennen.

## Nachhaltiges Bauen

Wohnraum wird dringend benötigt. Gleichzeitig verbrauchen Bauvorhaben hohe Mengen an Ressourcen und Energie. Für uns Grüne ist klar: Alle Bürger\*innen sollen auch morgen gut und gerne in unserer Stadt leben können. Um die Wohnkosten zu senken und die Umwelt zu schonen, setzen wir auf klimagerechte Standards und nachhaltiges Bauen.

Wir werden...

- **den kommunalen Gebäudebestand konsequent ökologisch nachhaltig sanieren** – mit **konsequent** nachhaltigen Baumaterialien, Kreislaufwirtschaft und innovativen Energielösungen.
- **eine ganzheitliche Bewertungsmatrix einführen**, die neben der Wirtschaftlichkeit auch die CO2-Bilanz, den kulturellen Wert und die stadträumliche Bedeutung berücksichtigt. Der vorhandene Bestand stellt mit seiner „grauen Energie“ ein enormes Ressourcenlager dar, das es zu bewahren gilt.
- **dem Prinzip „Sanierung vor Abriss“ folgen** und eine entsprechend gründliche Prüfung zur Pflicht machen.
- **die Bauwirtschaft in die „Zero Waste City“-Strategie integrieren** und gezielte Anreize schaffen, um Unternehmen bei der Umsetzung von Zero-Waste-Prinzipien zu unterstützen. Sie wird entscheidender Teil einer ressourcenschonenden und kreislaforientierten Stadtentwicklung.
- **bei eigenen Bauprojekten auf lokale Kreislaufwirtschaft setzen** und Recyclingstationen errichten. Wir stärken die Rolle der FES als zentralem Partner für die Bauschutt-Aufbereitung. Frankfurt benötigt perspektivisch eine lokale Infrastruktur mit Lagern für aufbereitete Materialien und wiederverwendbare Gebäudeteile.
- **durch gezielte Vorgaben bei der Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen den Einsatz ressourcenschonender Materialien fördern**. Gemeinsam mit Hersteller\*innen werden wir Lösungen erarbeiten, die nachhaltige Produktionsprozesse erleichtern.
- **Nachhaltigkeit zum festen Bestandteil von Wettbewerben machen**. Mit dem Hochhausentwicklungsplan haben wir uns bereits auf diesen Weg begeben. Nun soll die Erfahrung in alle städtischen Wettbewerbe einfließen.
- **die Potenziale der Digitalisierung auch im Bereich Bauen nutzen**, z.B. durch Building Information Modeling (BIM). Wir werden digitale Bebauungsplanverfahren nach dem bundesweiten XPlanung-Standard einführen,

der bereits in anderen deutschen Großstädten erfolgreich zum Einsatz kommt. Das ermöglicht eine niedrigschwellige Bürgerbeteiligung, beschleunigte Planungsprozesse und eine bessere behördenübergreifende Zusammenarbeit.

- **uns für die Weiterentwicklung nachhaltiger Baustandards einsetzen.** Im Gebäudetyp E („Einfaches Bauen“) sehen wir eine vielversprechende Alternative zu konventionellen Bauweisen.
- **bei geeigneten Projekten z.B. mit der ABG modellhaft und wissenschaftlich begleitet vorangehen,** um den Frankfurter Passivhausstandard zeitgemäß weiterzuentwickeln.
- **die kommunale Wärmewende vorantreiben** und uns in diesem Zusammenhang für einen Mix aus Fördern und Fordern einsetzen. Neben dem neuen Frankfurter Modernisierungsbonus brauchen wir ein aktives Beratungsnetzwerk für private Eigentümer\*innen. Durch die Verknüpfung mit der kommunalen Wärmeplanung geben wir ihnen Planungssicherheit und fördern quartiersbezogene Ansätze.
- **uns beim Gesetzgeber für verbindliche Regelungen der Abwärmenutzung von Rechenzentren stark machen.**
- **den Fernwärme-Ausbau mit der Sanierungsoffensive verknüpfen, um sowohl Kosten als auch Belastungen zu senken.**
- **neue Quartiere von Anfang an klimaneutral planen,** wo möglich unter Nutzung von Geothermie, Solarenergie-Pflicht und Sektorkopplung.
- **die Autobahn 661 einhausen,** weil sie aktuell Stadtteile trennt, Lärm verursacht und wertvolle Flächen zerschneidet. Mit der Einhausung lassen sich neue Grünflächen erschließen, die Quartiere Bornheim, Seckbach und der Riederwald miteinander verbinden und Versäumnisse früherer Verkehrspolitik korrigieren. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund sich an den Kosten beteiligt.

## **A7 Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*in:            Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt:    2.7 Mobilität: Frankfurt gut verbunden

### **Antragstext**

Frankfurt ist eine hochverdichtete Metropole. Noch nie waren so viele Menschen in der Stadt wie heute. Tagsüber sind es deutlich über eine Million; 460.000 Menschen pendeln täglich zwischen Frankfurt und dem Umland. Und die Stadt wächst weiter. Um die Mobilität angesichts des begrenzten Raums auch weiterhin erhalten zu können, ist es notwendig, vermehrt auf platzsparende Verkehrsmittel und Verbindungen zu setzen: ÖPNV, Fahrrad und Wege zu Fuß verbrauchen nur einen Bruchteil von dem, was für den PKW-Verkehr benötigt wird. Für die Mobilität in einer wachsenden Stadt, aber auch für Klimaschutz und Lebensqualität setzen wir deshalb auf den Umweltverbund aus ÖPNV, Fahrrad und Fußverkehr. Durch diesen Ansatz erhalten wir zugleich für alle, die darauf angewiesen sind, die Möglichkeit, in Frankfurt Auto zu fahren.

Der Erfolg gibt uns Recht. Jüngste Studien haben gezeigt: Die mit dem Fahrrad zurückgelegten Strecken werden länger. Sehr stark zugenommen hat darüber hinaus der Fußverkehr. Hier ist ein Sprung von 25,9 Prozent (2018) auf 37,1 Prozent (2023) festzustellen. Der ÖPNV hat fast wieder das Niveau der Zeit vor Corona erreicht, während der Autoverkehr deutlich zurückgegangen ist: von 33,1 Prozent auf 23,4 Prozent. Trotzdem ist die Autodichte auf den Straßen hoch, was belegt, dass der Platz dafür endlich ist und wir Mobilität nur in einem Mix mit ÖPNV, Fahrrad und Fußverkehr aufrechterhalten können.

Auch die Sicherheit im Straßenverkehr steht für uns im Mittelpunkt. Mit der „Vision Zero“ setzen wir uns das Ziel, die Zahl der Verkehrstoten in Frankfurt auf null zu senken – so wie es Helsinki bereits 2024 gelungen ist.

### **Unsere GRÜNE Vision für Frankfurt**

Wir wollen...

- **den ÖPNV schneller, zuverlässiger und sicherer machen.**
- **Fußwege für alle frei und das Zufußgehen zum angenehmen Erlebnis machen.**

- **Fahrradfahren in Frankfurt weiterhin komfortabel und sicher machen.**

- **dem Autofahren einen angemessenen Anteil am verfügbaren Raum überlassen und den CO<sub>2</sub>-neutralen Autoverkehr fördern.** Die von Handwerker\*innen, Lieferdiensten oder Menschen mit Behinderung benötigten Kraftfahrzeuge sollen dabei eine hohe Priorität haben.

## **ÖPNV: Stabiler Takt in einem stark ausgebauten Streckennetz**

Der öffentliche Personennahverkehr, kurz ÖPNV, ist von zentraler Bedeutung für eine fließende Mobilität in Frankfurt. Mehr als 250 Millionen Fahrgäste haben 2024 Busse und Bahnen genutzt. Damit ist der ÖPNV das Rückgrat der Mobilitätswende. Wir bauen ihn weiter aus. Klar ist: Der Bau neuer Strecken ist aufwendig und erfordert sehr viel Zeit. Oft sind neue Linien erst nach Jahren oder Jahrzehnten fertiggestellt. Doch wer nicht anfängt, kommt auch nicht weiter. Wohl in keiner Regierungszeit wurden in Frankfurt so viele ÖPNV-Großprojekte gleichzeitig vorangetrieben wie in den Jahren von 2021 bis 2025. Wir werden diesen Weg konsequent fortsetzen. Für einen stabilen Takt im ausgebauten Streckennetz wollen wir weitere Fahrer\*innen ausbilden. Außerdem setzen wir uns für zuverlässigere und pünktlichere Bahnen und Busse und für mehr Sauberkeit in den Bahnhöfen ein. Der vorgelegte Gesamtverkehrsplan Schiene 2035 ist das seit Jahrzehnten größte Ausbaukonzept für S- und U-Bahn und erstmals auch wieder für ein deutlich erweitertes Straßenbahnnetz.

Wir werden...

- **die Regionaltangente West fertig bauen.** Nach jahrzehntelanger Planung befindet sie sich nun endlich im Bau. Damit wird im Westen eine leistungsfähige Direktverbindung vom Hochtaunuskreis bis nach Frankfurt-Höchst, zum Flughafen und Stadion geschaffen, die die innerstädtischen Knotenpunkte wie den Hauptbahnhof deutlich entlasten.
- **den Bau der nordmainischen S-Bahn als Grünes Landesprojekt vorantreiben.** Im Jahr 2025 war für die lange geplante Strecke zwischen Hanau und Frankfurt-Konstablerwache endlich der erste Spatenstich. Anfang der 2030er Jahre soll die neue Trasse fertig sein.
- **den sechsgleisigen Ausbau der Achse Stadion-Hauptbahnhof mit einer neuen Mainbrücke weiter vorantreiben.** Das Projekt ist wichtig, um S-Bahn, Regional- und Fernverkehr vor dem Hauptbahnhof zu entflechten und soll 2030 fertig sein. Reisende werden von deutlich mehr und pünktlicheren Zügen profitieren.

- **den Bau des Fernbahntunnels weiter unterstützen.** Allerdings drängen wir auf umweltverträgliche Verfahren und legen bei der Auswahl der Varianten großen Wert darauf, dass während der langen Bauzeit keine Sperrung von U-Bahnstrecken nötig wird.
- **beim Lückenschluss für die U4 zwischen Ginnheim und Bockenheimer Warte die festgelegte, umweltverträgliche und attraktive Variante verfolgen.**
- **den Ausbau der U5 über das Europaviertel hinaus bis zum künftigen Wohngebiet Römerhof vorantreiben.**
- **auf der anderen Seite der U5 die Verlängerung von Preungesheim bis zur Station Frankfurter Berganstreben** und damit den Anschluss der U5 an die S6 erreichen.
- **uns für eine Verlängerung der U7 aussprechen, um den neuen Stadtteil der Quartiere im Nordwesten anzubinden** und von vornherein als autoarmen Stadtteil zu planen.
- **mit der Verlängerung der U7 auch den Bau eines P+R-Platzes Taunusblick verbinden.** Perspektivisch ist eine Verlängerung bis nach Steinbach möglich. Damit entstehen in dieser Region weitere Verbesserungen des ÖPNV-Angebots.
- **mit der Verlängerung der A-Strecke (U1,2,3,8) zur Sachsenhäuser Warte neue Wohngebiete an das U-Bahn-Netz anschließen** und Sachsenhausen so vom Verkehr entlasten.  
Damit ergibt sich außerdem die Möglichkeit, dass Fahrgäste der Buslinien aus dem Süden schon an der Babenhäuser Landstraße in die U-Bahn einsteigen. Durch einen Rückbau der Babenhäuser Landstraße von vier auf zwei Fahrstreifen werden Flächen für P+R sowie für Entsiegelungen und Aufforstungen im Stadtwald frei.
- **die Straßenbahnhaltestelle vor dem Hauptbahnhof viergleisig ausbauen.** Dieser Ausbau, der im Zusammenhang mit dem Bau des Fernbahntunnels beschleunigt geplant werden konnte, wird die Zahl der Straßenbahnfahrten nahezu verdoppeln. Gleichzeitig wird das Vorhaben neue Lösungen für den Fuß- und Radverkehr am Hauptbahnhof bringen.
- **eine Ringstraßenbahn von Bornheim über Eckenheim, Nordend, Ginnheim bis Bockenheim planen und bauen.** Das Projekt wurde bereits in den jeweiligen Ortsbeiräten vorgestellt. Die neue Linie wird Stadtteile ohne Umwege über die Innenstadt miteinander verbinden, Wege verkürzen und die Innenstadtlinien stark entlasten.

- **durch eine Verlängerung der U4 die Anbindung von Bergen vorantreiben.** Die vom RMV vorgestellte Variante einer Regionaltangente Ost durch den Berger Hang direkt unterhalb von Bergen sehen wir kritisch, denn der Bau darf so wenig wie möglich in den Natur- und Erholungsraum eingreifen. Deswegen haben wir uns für eine vergleichende Variantenuntersuchung stark gemacht, die alle Aspekte für Mensch und Umwelt mitberücksichtigt.
- **das Durchkommen der Buslinien auf viel befahrenen Straßen beschleunigen.** Dazu wollen wir die Blockade der Busspuren z.B. durch abgestellte Fahrzeuge verhindern und zusätzliche Busspuren einrichten.
- **die Verbindungen über den Main durch neue Buslinien über bestehende Brücken verbessern.** Eine Busverbindung zwischen Sindlingen und Schwanheim über die Werksbrücke West wäre ebenso möglich wie zwischen Osthafen und Oberrad über die Osthafenbrücke. Auch Verbindungen über andere Brücken sollten attraktiver werden.
- **gemeinsam mit der Stadt Offenbach die Möglichkeit einer Ringstraßenbahn zwischen Fechenheim und Oberrad prüfen.** Eine Machbarkeitsstudie wurde bereits in die Wege geleitet. Konkrete Ergebnisse stehen aus.
- **weitere günstige Flat-Angebote für den ÖPNV entwickeln.**
- **Menschen mit niedrigem Einkommen besonders günstige ÖPNV-Angebote machen:** Schon jetzt können Frankfurt-Pass-Inhaber\*innen das Deutschlandticket für 29 Euro erwerben. Diese und ähnliche vergünstigten Flat-Angebote wollen wir auf weitere bedürftige Gruppen ausweiten.
- **die Technik im S-Bahntunnel so digitalisieren, dass 28 statt 24 Züge pro Stunde durch den Tunnel fahren können.** Bei einer wachsenden Stadt wie Frankfurt wäre eine höhere Kapazität für die Zukunftsfähigkeit des ÖPNV ein großer Gewinn. Entsprechende Planungen wollen wir schnellstmöglich bei der Bahn und dem RMV anregen.
- **noch im Jahr 2026 auch die Stationen Niddapark und Römerstadt barrierefrei nachrüsten.** Damit wären alle 84 U-Bahnstationen Frankfurts barrierefrei ausgestattet.
- **den barrierefreien Ausbau der Bus- und Straßenbahnhaltestellen weiter fortsetzen.** Nach den zahlreichen Umbauten der vergangenen Jahre, sind inzwischen deutlich mehr als die Hälfte aller Stationen barrierefrei.
- **auf die Deutsche Bahn einwirken, damit auch die S-Bahn-Stationen endlich alle barrierefrei werden.** S-Bahn-Stationen sind wichtige Knotenpunkte im

ÖPNV mit Zehntausenden von Fahrgästen täglich. Dennoch fehlen an Stationen wie der Galluswarte, am Westbahnhof oder an der Ostendstraße weiterhin Aufzüge. Die Deutsche Bahn ist für den Umbau verantwortlich. Sie soll auch künftige Reparaturen an Aufzügen deutlich beschleunigen.

- **auf die Deutsche Bahn einwirken, damit ein flächendeckendes Angebot an Toiletten in den S-Bahnhöfen besteht.**
- **die Sauberkeit der Haltestellen weiter verbessern.** Wir haben dazu das Konzept der „Reinigung aus einer Hand“ bereits auf die oberirdischen Stationen ausgeweitet. Wir setzen uns dafür ein, dass die dafür notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden.
- **viele weitere E-Busse einsetzen.** Ihr Einsatz hat sich in Frankfurt sehr bewährt und die Technik schreitet schnell voran. Elektrisch angetriebene Busse sind abgasfrei und klimafreundlich, aber auch leiser. Für Anwohner\*innen sind sie deshalb ein Segen. Mittelfristig möchten wir die gesamte Busflotte elektrifizieren.
- **dafür eintreten, dass die U- und Straßenbahnen der VGF (wie seit Anfang 2024) weiter mit sauberem Ökostrom fahren.** Dies wollen wir möglichst auf den gesamten Betrieb des RMV ausdehnen.
- **autonomes Fahren im ÖPNV unterstützen, um fehlendes Fahrpersonal zu kompensieren.** Dazu müssen die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen werden.
- **die Umweltprämie „Deutschlandticket für abgegebenes Auto“ weiterführen.** Im Juli 2024 haben wir die Möglichkeit geschaffen, dass Frankfurter\*innen, die auf ein eigenes Auto verzichten, ein kostenloses Deutschland-Jahresticket erhalten. Dafür hat die Stadt 500.000 Euro im Haushalt bereitgestellt. Dieses Konzept wollen wir fortführen, um den Autoverkehr in der Stadt zu verringern.
- **den Ausbau und Betrieb des ÖPNV auskömmlich finanzieren** und neue Finanzierungsquellen erschließen: In der Pendlerhauptstadt Frankfurt sollen sich Unternehmen an den Kosten beteiligen. Wir werden uns weiter für eine entsprechende Arbeitgeberabgabe einsetzen. Unternehmen, die ihren Mitarbeiter\*innen ein Jobticket finanzieren, sollen zumindest teilweise von der Abgabe entlastet werden. So kann das Vorhaben auch eine Steuerungswirkung entfalten.
- **die City Maut als weitere mögliche Finanzierungsquelle für den ÖPNV vorantreiben.** Bisher werden die Autostraßen ausschließlich öffentlich finanziert, während Nutzer\*innen von Bussen und Bahnen den ÖPNV zu mehr



als 50% selbst tragen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Schaffung einer Rechtsgrundlage zur City-Maut ein. In Frankfurt bereiten wir ihre Einführung vor, damit sie zügig umgesetzt werden kann, sobald die Rechtsgrundlage geschaffen wurden.

### **Weniger Motorisierter Individualverkehr (MIV) besser gelenkt**

Der Masterplan Mobilität sieht vor, den Anteil des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) am Verkehrsaufkommen bis 2035 um 10 Prozent zu reduzieren – aus unserer Sicht ein realistisches Ziel, das den Bedürfnissen aller Frankfurter\*innen gerecht wird. Eine Straße ist mehr als nur eine Fahrbahn für Autos. Entlang der Straße leben, laufen, begegnen sich Menschen. Auch Bäume, Büsche, Beete, Bänke brauchen Platz. Es soll ruhig und sicher sein. Die Fahrbahn muss anderen Verkehrsmitteln wie ÖPNV oder Fahrrad genügend Raum geben. Dennoch wollen wir Staus vermeiden, wo es geht, und Lösungen für das wachsende Bedürfnis nach Lieferungen aller Art finden.

Wir werden...

- **Tempo 20/30/40 je nach innerörtlichem Straßentyp als stadtverträgliche Geschwindigkeit unterstützen.** Frankfurt hat sich 2022 der Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ angeschlossen. Diese Initiative fordert den Bund dazu auf, die rechtlichen Voraussetzungen zu erfüllen, dass Städte selbst Geschwindigkeitsbegrenzungen anordnen können, wo sie es selbst für sinnvoll und notwendig halten.
- **die Parkraumbewirtschaftung auf weitere Gebiete ausdehnen.** Anwohner\*innen sollen bevorzugt in der Nähe ihrer Wohnungen parken dürfen, um unnötigen Parkplatzsuchverkehr zu vermeiden. Auswärtige sollen nach Möglichkeit direkt zu Parkhäusern geleitet werden oder den ÖPNV nach Frankfurt nehmen.
- **ein modernes und funktionierendes Parkleitsystem installieren.** Nach der erfolgreichen Realisierung des digitalen Parkdatenservers für Onlinenutzer und Navigationssysteme (Projekt „Parken und Leiten“) wollen wir die verfügbaren Daten mit dem Städtischen Verkehrsleitinformationssystem VLIS auch auf die Straße bringen.
- **Superblocks nach dem Vorbild von Barcelona und anderen Städten einrichten.** Drei davon sind bereits beschlossen. In Bockenheim wurden mit den Verkehrsmessungen schon erste Maßnahmen zur Umsetzung eingeleitet. Wir wollen das Konzept gezielt ausweiten, den Verkehr dort auf die großen Hauptachsen verlagern und Wohngebiete gezielt entlasten. Wir unterstützen die zahlreichen Initiativen, wie „Superblock Bockenheim“ oder die

Initiative für einen Superblock rund um die Berger Straße.

- **die Anlieferung durch Paketdienste und den Lieferverkehr umweltverträglicher und stadtverträglicher gestalten.** Die Teilstrategie Logistik im Masterplan Mobilität beschreibt, wie der zunehmende Lieferverkehr geordnet werden soll. So wollen wir Lieferzonen ausweisen und vermehrt Mikro-Depots und Paketstationen einrichten. An zentralen Orten im Stadtteil oder an Supermärkten sollen Quartierdepots für Waren und Pakete eingerichtet werden.
- **vermehrt Parkplätze tagsüber für den Lieferverkehr reservieren und sie nachts Anwohner\*innen zur Verfügung stellen.** In den fahrradfreundlichen Nebenstraßen setzen wir dieses Konzept bereits um und machen damit positive Erfahrungen.
- **rund 1000 Mobilitätsstationen errichten und damit E-Scootern, Leihfahrrädern und Car-Sharing feste Plätze zuweisen.** E-Scooter sollen nicht mehr überall herumstehen, sondern primär in diesen Stationen. In der Innenstadt funktioniert das bereits. Wir wollen dieses Konzept nun auf die ganze Stadt ausrollen, wenn auch die Dichte der Stationen nicht überall die gleiche sein kann. Es wird kleine, mittlere und große Stationen geben. An den größeren wird dann auch der Umstieg vom E-Scooter, Leihfahrrad oder ÖPNV auf das Car-Sharing-Auto möglich sein.
- **uns dafür einsetzen, dass Scancars zur automatischen Erfassung falsch parkender Autos erlaubt werden.** Wir wollen auf Bundesebene über den Städtetag und auf allen weiteren möglichen Wegen eine Gesetzesänderung erwirken und fordern das Land Hessen auf, in Frankfurt einen Modellversuch zuzulassen.
- **die Verkehrssituation vor Schulen verbessern.** Es kann nicht sein, dass so viele Eltern ihre Kinder mit dem Auto zur Schule bringen, weil sie die Verkehrssituation als zu gefährlich einschätzen. Schulwege müssen an jeder Stelle, insbesondere direkt vor den Schulen, für alle Kinder sicher sein. Nachdem die ersten beiden Schulstraßen gut funktionieren, werden wir diese Maßnahme an weiteren Orten ausweiten. Außerdem werden wir die Initiative „Bici-Bus“ weiterhin unterstützen.
- **Tempo 30 vor allen Altenheimen einrichten** und wo möglich und sinnvoll Verkehrsüberwege anlegen, die den besonderen Bedürfnissen der Bewohner\*innen Rechnung tragen.
- **gegen den Ausbau der A5 kämpfen.** Die Stadt Frankfurt soll sich weiterhin klar gegen den vom Bundesverkehrsministerium geplanten 10-spurigen Ausbau

der A5 aussprechen. Statt Autobahnen zu verbreitern, sollten Brücken saniert und der ÖPNV ausgebaut werden. Eine Verbreiterung der A5 wäre eine unzumutbare Belastung für alle, die jetzt schon in der Nähe oder direkt neben der Autobahn leben. Über den Zeitraum jahrelanger Bauarbeiten wäre die Kapazität der Autobahn zudem drastisch eingeschränkt – und das nur, um irgendwann eine in Zeiten der allgemeinen Mobilitätswende weit überdimensionierte A5 zu haben. Wir werden uns gegen jeden weiteren Autobahnausbau auf Frankfurter Gemarkung wehren.

### Vorfahrt für E-Mobilität

Das Auto mit Verbrennermotor hat keine Zukunft. Die EU will die Neuzulassungen ab 2035 verbieten. Zum Vergleich: In Norwegen beträgt der Anteil neu zugelassener Elektro-Autos bereits heute 97 Prozent. Der Antrieb mit Strom aus erneuerbaren Energien ist eine schnell umsetzbare, einfache Lösung, um den Autoverkehr leiser und klimafreundlicher zu gestalten. Außerdem werden in den nächsten Jahren die Preise für Diesel und Benzin deutlich steigen, so dass sich E-Autos auch individuell zunehmend rechnen. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen: Eine Wende des Antriebssystems ist noch keine Mobilitätswende! E-Autos verbrauchen genauso viel Platz wie Verbrenner und sind bei Unfällen genauso gefährlich. Da wir als GRÜNE das Autofahren weiter ermöglichen wollen, fördern wir den Ausbau der E-Mobilität mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen.

Wir werden...

- **die Zahl der Ladestationen im Stadtgebiet weiter erhöhen.** Wir haben fast aus dem Nichts inzwischen deutlich über 1000 Ladestationen an öffentlichen Straßen errichten lassen. Wir führen nun Ausschreibungen für die Wahl vieler weiterer Standorte durch, wobei die Ortsbeiräte mit ihrer guten Ortskenntnis einbezogen werden. Wir werden alle Stadtteile berücksichtigen.
- **das Aufladen von E-Autos am eigenen Haus nach Möglichkeit erleichtern.**
- **Parkhäuser stärker auf E-Mobilität auslegen** und, wie in der vergangenen Wahlperiode bereits begonnen, die dortigen Lademöglichkeiten stark ausbauen.
- **in Ladestationen aller Art mittelfristig Rücklademöglichkeit ins öffentliche Stromnetz integrieren** – so schaffen wir ein resilientes Stromnetz, das für große und wechselnde Herausforderungen gewappnet ist.
- **Elektro-Taxis fördern** und im Zuge des Ausbaus der Ladestationen nach und nach auch die Umstellung der Taxiflotte auf E-Mobilität einfordern.

Gleiches gilt für Fahrdienste und Car-Sharing.

## Radfahren sicherer und komfortabler machen

Rund 20 Prozent aller Wege in Frankfurt werden mit dem Fahrrad zurückgelegt. Dabei nimmt die zurückgelegte Strecke, nicht zuletzt dank des Aufkommens von E-Bikes, deutlich zu. Fahrradfahren ist gesund, leise und klimafreundlich.

Menschen, die mit dem Fahrrad unterwegs sind, haben – wie alle anderen auch – ein Recht auf Sicherheit. Ihr Leben und ihre Gesundheit sind zu schützen. Beim Radentscheid haben über 40.000 Menschen ihrem Wunsch nach besserer Radinfrastruktur Ausdruck verliehen. Und wir haben das Radfahren in Frankfurt in den letzten Jahren entsprechend sicherer und auch komfortabler gemacht. Während der Bau neuer ÖPNV-Strecken Jahrzehnte dauern kann, lassen sich Verbesserungen in der Radinfrastruktur oft sehr schnell umsetzen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen

Wir werden...

- **die Fahrradverbindungen in den peripheren Stadtteilen systematisch ausbauen.** Infolge des Radentscheids haben wir im inneren Stadtgebiet das Radwegenetz drastisch verbessert. Nun wollen wir solche Verbesserungen auch in den äußeren Stadtteilen umsetzen und mehr Verbindungen wie zwischen Nieder-Eschbach und Nieder-Erlenbach Realität werden lassen. Für den Frankfurter Westen liegt bereits das Radverkehrskonzept West zur Umsetzung vor. Wir werden solche Konzepte für alle vier Himmelsrichtungen erstellen und nach und nach realisieren.
- **den Ausbau von Schnellradwegen weiter vorantreiben.** Die Planungen für den Schnellradweg nach Darmstadt wurden kürzlich vorgestellt. Für die Routen nach Wiesbaden und Hanau hat die Planung begonnen.
- **weitere Straßen fahrradfreundlich ausbauen und begrünen,** wie wir es am Beispiel Oeder Weg, Kettenhofweg und Grüneburgweg vorgemacht haben. In den neu eingerichteten, fahrradfreundlichen Nebenstraßen hat der Autoverkehr stark abgenommen und der Fahrradverkehr zugenommen. Die Aufenthaltsqualität ist deutlich gestiegen. Wir wollen diese bundesweit beachteten Erfolgsmodelle ausweiten.
- **die Ergebnisse des „Radentscheids“ konsequent weiter umsetzen.** Im Beschluss „Fahrradstadt Frankfurt“, der durch die Verhandlungen mit der Initiative Radentscheid entstanden ist, gibt es viele Straßen, die noch nicht umgesetzt wurden. Wir stehen weiter hinter dem Beschluss und setzen ihn um.

- **mehr Rechtsabbiegepeile für Fahrräder installieren.** An den meisten Ampeln können Radfahrende gefahrlos rechts abbiegen ohne zu warten. Das wollen wir durch mehr solcher Pfeile legalisieren.
- **mehr Radwege vom Bürgersteig auf die Straße verlegen.**
- **den Ausbau von Fahrradbügeln weiter vorantreiben.** Wir haben in den letzten Jahren zirka 2000 neue Fahrradbügel pro Jahr errichtet und wollen dieses Tempo beibehalten. So halten wir die Sichtachsen von Kreuzungen frei und verbessern die Fahrradinfrastruktur.
- **die Planung von neuen Radwegen außerhalb von Wohngebieten vorantreiben,** sodass auch dezentralere Stadtteile gut mit dem Rad erreichbar sind.

## **Fußverkehr: Gut und gerne unterwegs in der Flanierstadt**

Zu Fuß unterwegs sein zu können, ist ein Grundbedürfnis fast aller Menschen. Sich überall in der Stadt frei zu Fuß bewegen zu können, ist deshalb das Mindeste, was wir ermöglichen werden. Wir wollen, dass die Straßen sicher werden, dass Kinder zu Fuß alleine sicher zur Schule kommen und dass sich auch alte und körperlich eingeschränkte Menschen sicher durch Frankfurt bewegen können. Unterwegs in der Stadt muss es für alle ausreichend Orte zum Ausruhen und für Begegnungen geben. Auf einen Plausch mit der Nachbarin um die Ecke...

Wir werden...

- **die vom Verkehrsdezernat entwickelte Fußverkehrsstrategie für Frankfurt umsetzen.** Ziel ist es, den Fußverkehr zu fördern und sicherzustellen, dass Fußgänger\*innen sich sicher und komfortabel in der Stadt bewegen können. Dieses Vorhaben ist Teil des Masterplans Mobilität.
- **die Arbeit der ersten Fußverkehrsbeauftragten für Frankfurt unterstützen.** Mit der Schaffung dieser Stelle haben wir ein deutliches Zeichen gesetzt, dem Fußverkehr mehr Bedeutung beizumessen. Wir werden ihn auch mit mehr Personal in den Ämtern fördern.
- **Kreuzungen und Fahrbahnüberquerungen sicherer machen.** Die größte Gefahr für Fußgänger\*innen besteht beim Überqueren von Autostraßen. Damit das sicherer wird, müssen gerade die Sichtachsen der Kreuzungen in Tempo-30-Zonen freigehalten werden.
- **Ampeln und Ampelschaltungen ändern.** Sie stellen manchmal Barrieren im

Fußverkehr dar. Wir werden deswegen überprüfen, wo Ampeln durch Zebrastreifen ersetzt oder wo Vorrangampeln eingesetzt werden können. Müssen zur Überquerung einer Straße mehrere Ampeln passiert werden, wollen wir hier mehr „grüne Wellen“ für Fußgänger\*innen erwirken.

- **den Mainkai für den Fußverkehr öffnen und für den Autoverkehr schließen.** Der Autoverkehr beeinträchtigt die Erholungsqualität am Mainufer derzeit sehr und stellt ein sehr störendes Hindernis zwischen dem Eisernem Steg und Römerberg dar, wo sich große Tourist\*innenströme bewegen. Bei vielen Veranstaltungen hat sich gezeigt, dass eine Öffnung dieser Fläche für die Menschen sehr gut angenommen wird und verkehrstechnisch machbar ist. Städte wie Paris, wo noch weit größere Straßen entlang der Seine vom Autoverkehr befreit wurden, können uns zum Vorbild dienen.
- **mehr öffentliche Bänke aufstellen.** Zum Fußverkehr gehört auch, dass man sich ausruhen kann. Dies ist gerade für Ältere, Schwangere und Menschen mit Behinderung wichtig und erhöht grundsätzlich die Lebensqualität für alle.
- **die Einkaufsstraßen attraktiver machen.** In den Einkaufsstraßen der Quartiere, wo viele Menschen zu Fuß unterwegs sind, braucht es dafür mehr Platz. Das gilt z.B. auf der Berger Straße, der Leipziger Straße oder der Schweizer Straße. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort und den Gewerbetreibenden entwickeln wir entsprechende Konzepte.
- **die nutzbare Breite von Gehwegen erhöhen.** Es muss mittelfristig möglich sein, überall mit Kinderwagen, Rollstuhl oder Rollator durchzukommen. Zwei Menschen müssen nebeneinander auf dem Gehweg laufen können. Das gilt ganz besonders, wenn Menschen mit Behinderung eine Begleitperson benötigen.
- **Hindernisse auf den Gehwegen beseitigen.** An Kreuzungen und Überwegen müssen noch viele Bordsteinkanten abgesenkt werden. Langfristiges Ziel ist es, alle Fußwege barrierefrei mit Doppelquerungen auszustatten. Wir werden den Weg, den wir in dieser Wahlperiode begonnen haben, konsequent fortsetzen und Hindernisse auf Gehwegen beseitigen. Umgekehrt darf es keine neuen Parkscheinautomaten, Ladesäulen oder ähnliches Mobiliar auf Gehwegen geben.
- **Baustellen barrierefreier machen.** Wir möchten das Freiburger Konzept zur barrierefreien Sicherung von Baustellen nach Notwendigkeit auf Frankfurt anwenden. Dabei sollen Baustellen so gestaltet werden, dass sie für Menschen mit Sinnes- und Mobilitätseinschränkungen klar erkennbar und sicher passierbar sind. Baustellen sollen auch besser gegen unzulässiges Betreten gesichert werden.

- **Wegweiser für wichtige Fußverkehrsachsen aufstellen und mit Zeitangaben versehen.** Wir haben es geschafft, in der ganzen Stadt Wegweiser für den Radverkehr aufzustellen. Für die Innenstadt und wichtige Fußverkehrsachsen wollen wir die Wegweiser mit Zeitangaben für den Fußverkehr ergänzen.
- **die Kaiserstraße weiter aufwerten.** Die Umgestaltung des Hauptbahnhofes führt dazu, dass wir auch das Bahnhofsviertel verkehrlich neu ordnen müssen. Dies birgt u.a. für die Kaiserstraße, die vom Bahnhof bis zur Hauptwache reicht und neben einem schönen Baum- und Gebäudebestand auch von vielen tolle Läden gesäumt wird, eine sehr große Chance. Sie sollte wieder zu einer durchgehenden Flaniermeile werden. Der Anfang ist mit dem Kaisertor bereits gemacht.

## **A8 Nachhaltige Wirtschaft: im Haushalt auf Wirkung setzen**

Antragsteller\*in:            Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt:    2.8 Nachhaltig Wirtschaft: im Haushalt auf  
Wirkung setzen

### **Antragstext**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik. Nachhaltigkeit bedeutet für uns ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltig.

Ökonomisch setzen wir auf die „grüne Null“. Verschuldung ist sinnvoll, wenn das geliehene Geld in zukunftsgerichtete Investitionen fließt und damit zukünftige Ausgaben vermeidet und langfristig gute Infrastruktur und Lebensqualität für die Frankfurter\*innen sichert. Wir wollen die Finanzierung langfristig sichern. Gleichzeitig sind wir bereit, kurzfristig über Verschuldung Investitionen zu ermöglichen, um eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen und zukünftige finanzielle Belastungen zu vermeiden.

Wir wollen eine Haushalts- und Finanzpolitik, die auf eine wirkungsorientierte Haushaltsführung ausgerichtet und dabei auch ökologisch und sozial nachhaltig ist. Der Haushalt muss so aufgestellt sein, dass Ressourcen nicht einfach verteilt werden, sondern nach ihrer Wirksamkeit beurteilt. Welche Probleme löst eine Maßnahme? Um das sichtbar zu machen, werden wir eine Nachhaltigkeitsberichterstattung und verstärkt auch Genderbudgeting einsetzen. Bereits bei der öffentlichen Beschaffung und Vergabe fördert die klare Vorgabe ökologischer und sozialer Kriterien solche nachhaltigen Veränderungen. Zudem setzen wir auf ökologisch und sozial verantwortliche Finanzanlagen.

### **Unsere grünen Ziele für Frankfurt**

Wir werden...

- **die Politik der „grünen Null“ weiterverfolgen.** Sie erlaubt es, Kredite für nachhaltige Investitionen aufzunehmen (z.B. bei der Energiewende) und verhindert langfristig zusätzlichen Belastungen in den künftigen kommunalen Haushalten.
- **die Investitionen in Klimaschutz und Klimawandelanpassung gezielt**



26 **fortsetzen.** Parallel fordern wir weiterhin Unterstützung durch Bund und  
27 Land, denn die Zukunftstransformation ist eine gesamtgesellschaftliche  
28 Aufgabe.

- 29 • **die Beschaffung durch die Stadt und durch städtische Unternehmen fairer**  
30 **und nachhaltiger gestalten,** den Schutz von Umwelt und Menschenrechten  
31 entlang der Produktions- und Lieferkette sicherstellen und Leistungen  
32 möglichst regional einkaufen.
- 33 • **Vergaben an eine Tarifbindung knüpfen,** wobei Bund und Land die  
34 gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen müssen. Die bestehenden  
35 rechtlichen Möglichkeiten wollen wir ausschöpfen.
- 36 • **soziale Härten bei der Grundsteuer abfedern.** Wir werden die Verteilung der  
37 Steuerlasten durch die neue Grundsteuer analysieren, um soziale Härten zu  
38 identifizieren. Betroffene wollen wir gezielt durch  
39 Unterstützungsleistungen entlasten.
- 40 • **Wir wollen ein echtes Gender Budgeting.** Damit wollen wir im städtischen  
41 Haushalt deutlich machen, wie sich Ausgaben und Maßnahmen auf die  
42 Geschlechtergerechtigkeit auswirken. Das ist ein wichtiges Instrument, um  
43 echte Gleichberechtigung sicherzustellen.
- 44 • **Fördermöglichkeiten transparenter und einfacher zugänglich machen.** Dazu  
45 wollen wir eine „Kompetenzstelle Fördermittel“ und ein Förderkataster  
46 einrichten und so das Know-how über lokale wie überregionale Fördertöpfe  
47 stärker bündeln. Überregionale Fördertöpfe, z.B. der Ministerien, sollen  
48 leichter gefunden und zugänglich werden.
- 49 • **uns für grüne und bürgerintegrative Finanzierungsmittel und ESG-**  
50 **förderliche Anlagen einsetzen** und dazu immer auch die Nutzung alternativer  
51 Finanzinstrumente entlang der Chancen am Kapitalmarkt prüfen.  
52 Möglichkeiten sind u.a. die projektbezogene Begebung von Green Bonds oder  
53 die Beteiligung von Bürger\*innen an Finanzierungsvorhaben.
- 54 • **unsere nachhaltige Anlagenpolitik weiter ausbauen:** Wir legen städtische  
55 Vermögenswerte verstärkt in den Bereiche Klimaschutz sowie ökologische und  
56 soziale Nachhaltigkeit an.
- 57 • **uns für Nachhaltigkeitsberichterstattung, dezentrale Haushaltssteuerung**  
58 **und Haushaltswahrheit einsetzen,** um die Folgen städtischen Handelns  
59 entlang ökologischer wie sozialer Kriterien transparent zu machen.
- 60 • **das Land finanziell an an den Kosten beteiligen, die durch überregionale**

61       **Angebote entstehen.** Frankfurt steht zur interkommunalen Solidarität, sieht  
62       sich aber auch als Leistungserbringer für die Region und das Land Hessen  
63       insgesamt und ist auf entsprechende Unterstützung angewiesen. Darüber  
64       müssen wir weiter verhandeln.

## **A9 Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt**

Antragsteller\*in:            Kreisvorstand  
Tagesordnungspunkt:    2.9 Wohnstadt, Weltstadt,  
   Wirtschaftsmetropole: für ein faires und  
   nachhaltiges Frankfurt

### **Antragstext**

Die vielfältige Unternehmenslandschaft in Frankfurt gewährleistet eine hohe Lebensqualität. Damit das auch in Zukunft der Fall ist, gestalten wir den Wirtschaftsstandort nachhaltiger. Denn als europäische Wirtschaftsmetropole hat Frankfurt auch eine Vorbildfunktion für andere Großstädte.

Wir wollen eine Wirtschaft, die Verantwortung übernimmt für Gesellschaft und Umwelt, die sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze bietet und in der Region verankert ist: eine Wirtschaft im Dienst der Menschen. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, Frankfurts Unternehmen konstruktiv zu begleiten und die wirtschaftlichen Ziele mit Klimaplan und Kreislaufwirtschaft in Einklang zu bringen.

Uns ist bewusst, dass es in unserem dicht bewohnten Stadtgebiet bei wachsender Einwohnerzahl zu Interessenkollisionen kommen kann. Der Bedarf an Wohnraum, an Grünflächen für mehr Lebensqualität, der Erhalt der Artenvielfalt und die notwendige Anpassung an den menschengemachten Klimawandel sind große Herausforderungen mit Konfliktpotenzial. Wir wollen diese Konflikte im Dialog mit Wirtschaft, Ortsbeiräten und Naturschutzverbänden lösen und zu innovativen und ausgleichenden Vereinbarungen im Interesse aller Bürger\*innen kommen.

Unsere grüne Vision für Frankfurt

Wir wollen...

- **ein zukunftsfähiger Industriestandort sein** und die Industrie dafür nachhaltiger ausrichten.
- **gute Bedingungen für den Einzelhandel und eine hohe Aufenthaltsqualität schaffen** – sowohl in der Innenstadt, als auch in den Stadtteilzentren und

Randlagen.

- **eine Stadt sein, die das Handwerk wertschätzt.** Dafür müssen sich die Bedingungen für das Handwerk verbessern.
- **auch für Kreativwirtschaft, Tourismus und Start ups eine attraktive Metropole bleiben .**

## **Finanzplatz Frankfurt: Stärken nutzen und ausbauen**

Frankfurt gehört zu den führenden Finanzplätzen der Welt, ist neben Paris führender Finanzplatz in der EU und Deutschlands Finanzplatz Nummer eins. Viele gut bezahlte Arbeitsplätze sind damit verbunden. Wir wollen, dass dies so bleibt.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Finanzplatz seine bestehenden Stärken, insbesondere bei neuen Technologien und nachhaltigen Finanzlösungen, ausbaut. Wir wollen außerdem erreichen, dass Frankfurt für die zahlreichen deutschen und europäischen Finanzinstitute, die EZB und Aufsichtsbehörden ein attraktiver Standort bleibt. Dazu gehört, neben einer entsprechend guten Infrastruktur, ein großes Angebot an Wohnraum und gut ausgebildeten Fachkräften, eine starke Willkommenskultur und eine ebenso starke Vernetzung der Wirtschaft mit Politik und Wissenschaft.

Wir werden...

- **uns dafür einsetzen, dass Frankfurt Vorreiter im Bereich Sustainable Finance bleibt.** Wir unterstützen politisch eine starke Vernetzung zwischen den Verantwortlichen der Bank- und Versicherungsbranche, den Aufsichtsbehörden, den unabhängigen Gremien sowie den Hochschulen.
- **weiterhin die jährlich stattfindende Fair Finance Week unterstützen –** organisatorisch durch lokale Akteur\*innen und Institutionen als auch politisch und kommunikativ durch die Stadtverwaltung.
- **in enger Abstimmung mit der Finanzbranche das Thema Geldwäschebekämpfung angehen.**
- **die Gründung und Ansiedlung europäischer FinTechs und finanznaher Dienstleistungsunternehmen unterstützen.**

## Frankfurt soll moderner Industrie- und Logistikstandort bleiben

Frankfurt ist nicht nur ein wichtiger Finanzplatz, sondern auch ein bedeutender Industriestandort mit einem engen Netzwerk aus produzierenden Unternehmen, verarbeitendem Handwerk und industrienahen Dienstleistungen. Diesen Motor der wirtschaftlichen Entwicklung soll unser Masterplan am Laufen halten.

Wir werden...

- **den Masterplan Industrie zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts fortführen.**
- **den Osthafen erhalten.** Allen Überlegungen, ihn durch andere Nutzungen in seiner Struktur zu verändern, stellen wir uns weiterhin entschieden entgegen. Der Osthafen ist aus unserer Sicht für die nachhaltige Entwicklung des produzierenden Gewerbes in unserer Stadt grundlegend.
- **die Straßenverbindungen in den Gewerbegebieten zügig sanieren** und dafür noch höhere personelle Kapazitäten und Investitionsmittel bereitstellen.

## Räume für Industrie und Gewerbe effizient nutzen

Eine vielfältige und wachsende Stadt wie Frankfurt braucht einen breiten Branchenmix und Arbeitsplätze für Beschäftigte aller Berufe und Bildungsstufen. Das stärkt die Krisenfestigkeit und sichert hohe Gewerbesteuer-Einnahmen, von denen die Bürger\*innen der Stadt ganz unmittelbar profitieren. Wir wollen daher die für Industrie und Gewerbe verfügbare Gesamtfläche und Infrastruktur erhalten und behutsam erweitern.

Wir werden...

- **das Leerstandskataster für Gewerbeflächen ausbauen und proaktiv einsetzen**, um Leerständen zu vermeiden und neue Unternehmen anzusiedeln. In dem Kataster müssen alle relevanten Objektdaten inklusive drohender Leerstände digital erfasst, fortlaufend verwaltet und aktualisiert werden. Das Kataster soll mit städtischen Verwaltungsprozessen, insbesondere mit Stadtplanung und Wirtschaftsförderung, verknüpft werden.
- **mit unseren Nachbarkommunen gemeinsame Gewerbegebiete ausweisen** und die Flächennutzung so optimieren.

## Gewerbegebiete nachhaltig entwickeln

Unternehmen sind für einen erheblichen Anteil von Treibhausgasemissionen der Stadt verantwortlich. Dabei haben klassische Gewerbegebiete auch in anderer Hinsicht einen erhöhten Anpassungsbedarf an die Folgen der menschengemachten Erderwärmung: Sie weisen in der Regel einen hohen Versiegelungsgrad auf und sind abhängig von funktionierender Infrastruktur wie Verkehrswegen sowie einer entsprechenden Wasser- und Energieversorgung. Ihre Gestaltung muss sich bei zunehmender Verdichtung und Durchmischung der Stadt in Zukunft außerdem stärker an den Bedürfnissen der Wohnbevölkerung am Standort und der dort arbeitenden Menschen anpassen.

Wir werden...

- **das Beratungsangebot „Klimaschutz für Frankfurter Unternehmen“ intensivieren.** Das Frankfurter Klimareferat und die Wirtschaftsförderung stehen mit Unternehmen bereits in engem Kontakt, um sie gezielt bei der Umsetzung von Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung, Mobilität, Umweltschutz und Nachhaltigkeit zu unterstützen.
- **darauf hinwirken, dass Gewerbegebiete ein Standortmanagement einrichten.** Vorbild dafür ist das nachhaltige Industrie- und Gewerbegebiet Fechenheim-Nord/Seckbach.
- **krisenfeste grüne Gewerbegebiete fördern.** Für eine nachhaltige Entwicklung wollen wir neben effizienten, nachhaltigen Energieträgern auch den Anteil an Grünflächen erhöhen. Wir wollen außerdem einen möglichst breiten Branchenmix in den Gewerbegebieten erreichen. Die Vergabe von Grundstücken soll an solchen Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet werden.
- **die nachhaltige Erreichbarkeit von Gewerbegebieten verbessern,** indem wir neue Fußwege und Radverbindungen dorthin schaffen. Durch Freizeitangebote sollen die Gewerbeparks für die Menschen in den Betrieben und am Standort attraktiver und offener werden.

### Potenziale der Kreislaufwirtschaft heben

Der Kreislaufwirtschaft, in der Materialien und Produkte so lange wie möglich wiederverwendet, repariert oder aufgearbeitet werden, gehört die Zukunft. Frankfurt hat deshalb die Circular Cities Declaration unterzeichnet und ist seither Teil der europäischen Initiative pro Kreislaufwirtschaft. Durch eine konsequente Förderung zirkulärer Prinzipien vernetzen wir Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt, bremsen die Ressourcenverschwendung und stärken die Wertschöpfung in der Region. Unternehmen müssen wesentlich weniger Rohstoffe importieren, werden unabhängiger und, im Fall von Krisen, widerstandsfähiger. Sie reduzieren ihre Treibhausgasemissionen und schaffen neue Arbeitsplätze. Als

Metropole mit intensiver Bautätigkeit spielt für uns die Bauwirtschaft eine Schlüsselrolle. Kreislaufwirtschaft trägt hier zur signifikanten Verringerung der Treibhausgasemissionen bei, die durch Bau und Rückbau von Immobilien entstehen. Damit Kreislaufwirtschaft gelingt, ist eine enge Koordination mit Kommunen und der Wirtschaft im gesamten Rhein-Main-Gebiet unerlässlich.

Wir werden...

- **für die Logistik der Kreislaufwirtschaft an kurzen Wegen arbeiten.**
- **Initiativen der Kreislaufwirtschaft unterstützen**, um eine effiziente Nutzung von Nebenprodukten und Rohstoffen innerhalb der Region zu fördern. Für neue Gewerbeansiedlungen sollten industrielle Symbiosen aktiv gefördert werden.
- **Real-Labore zur Förderung innovativer Ansätze in der Kreislaufwirtschaft als Experimentierräume stärken.** Wir wollen den Bekanntheitsgrad des bestehenden Zero Waste Labs der FES erhöhen. Zudem setzen wir uns für strategische Partnerschaften mit Wirtschaftsbetrieben und Hochschulen ein. Wir werden prüfen, inwiefern weitere gemeinwohlorientierte Aktivitäten in gesonderten städtischen Gesellschaftsstrukturen vorteilhaft entwickelt werden können.
- **den Secondhand-Handel ausweiten.** Viele Secondhand- und Recycling-Kaufhäuser Frankfurts liegen in Gewerbegebieten am äußeren Stadtrand. Wir wollen mit den Anbietern und dem Einzelhandel prüfen, inwiefern sich ähnliche Angebote auch in höher frequentierten Lagen etablieren lassen.
- **Förderprogramme für Startups mit nachhaltigen Geschäftsmodellen entwickeln**, die Kreislaufprinzipien bereits im Produktdesign verankern. Das soll jungen Unternehmen helfen, innovative Ansätze marktfähig zu machen und die Kreislaufwirtschaft als festen Bestandteil der lokalen Wirtschaft voranbringen.

## **Aufenthaltsqualität in Innenstadt und Stadtteilzentren verbessern**

Der Einzelhandel ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Allerdings steht er vor großen Herausforderungen: Menschen kaufen immer seltener in lokalen Fachgeschäften ein und immer häufiger in Online Shops. Hinzu kommen hohe Standortmieten in den begehrten Innenstadtlagen, eine stetige Abhängigkeit von großen europäischen und amerikanischen Ketten und hohe Leerstände in Shopping Centern.

Wir müssen sowohl die Innenstadt inklusive Altstadt als auch die Stadtteilzentren neu beleben und an die sich wandelnden Einkaufsbedürfnisse anpassen. Eine bunte Mischung aus Kultur, Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Gastronomie trägt in Zukunft zu attraktiven Zentren bei, in denen Menschen im Mittelpunkt stehen. Dazu müssen Leerstände umgenutzt werden.

Stadtentwicklung und Stadtplanung müssen diese Entwicklungen künftig mitdenken, Anpassungen möglich machen und dabei auch die gute Erreichbarkeit dieser neuen pulsierenden Zentren muss im Rahmen der über entsprechende Verkehrskonzepte mitgedacht werden. sicherstellen. Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept wollen wir entsprechend fortschreiben.

Wir werden...

- **im Dialog mit den Verbänden und Gewerbevereinen die Aufenthaltsqualität in den Zentren verbessern.** Einkaufsstrassen werden wir verkehrsberuhigt und sicher gestalten. Durch Begrünung, Verschattung, gezielt platzierte Sitzgruppen und Trinkwasserbrunnen ist die Aufenthaltsqualität zu jeder Jahreszeit hoch. Das verschafft dem Einzelhandel eine stabile Basis für geschäftlichen Erfolg.
- **eine Mischung aus Geschäften verschiedener Kategorien, eine vielfältige Gastronomie, Räume für temporäre Ausstellungen und Kleinkunst-Theater öschaffen.** Ferner soll es Platz für Gründer\*innen und kleine Shops geben, die sich die Lage z.B. durch subventionierte Standortmieten und Umbaukosten leisten können. Wir wollen in den Zentren mehr Räume ohne Konsumzwang für Begegnung, Kreativität und zum „Abhängen“ schaffen.
- **die Stabstelle Stadtmarketing in ihrer wichtigen, koordinierenden Querschnittsfunktion mit weiteren personellen Ressourcen ausstatten.**
- **längere Öffnungszeiten der Außengastronomie möglich machen.** Dafür werden wir – moderiert durch Stadt und Ortsbeiräte – einvernehmlichen Vereinbarungen zwischen Anwohner\*innen und ihrem berechtigten Interesse nach Ruhe sowie Gastronomie und Kiosken te beanregen.

## **Lebendige Stadtteile, auch am Stadtrand**

Seit Jahren ist ein wirtschaftlicher und sozialer Wandel an den Stadträndern Frankfurts festzustellen. Einzelhändler und Dienstleister ziehen sich aus diesen Gebieten zurück und der Leerstand von Gewerbeimmobilien nimmt zu. Gewachsene Strukturen sind zunehmend bedroht, wie zahlreiche Beispiele aus den verschiedenen Ortsbezirken zeigen. Diesen Trend wollen wir umkehren. Unsere Vision ist die 15-Minuten-Stadt, in der alle Dinge und Dienstleistungen des



täglichen Bedarfs fußläufig oder mit dem Rad erreichbar sind.

Wir werden...

- **die bestehende Wirtschaftsförderung absichern und durch eine stadtteilübergreifende Gewerbestrategie ergänzen.**
- **besonders schützenswerte und förderungswürdige Gewerbebetriebe identifizieren und weitestmöglich unterstützen.** Besonderes Augenmerk liegt auf Betrieben, die aus Sicht der Bürger die Stadtteilidentität prägen und eine große Bedeutung für die Nahversorgung und das soziale Gefüge haben.
- **mit politischer Unterstützung die Quartierszentren erhalten.**
- **in einer Bürger\*innen-Befragung stadtteilweise ermitteln, welche öffentlichen und privaten Einrichtungsangebote fehlen.** Im Anschluss soll die Stadt prüfen, wie sich Lücken schließen lassen: ob etwa leerstehende Räume als Treffpunkte zur Verfügung gestellt werden können. Lassen sie sich beispielsweise von den städtischen Ehrenbeamten für den Austausch mit der Bevölkerung nutzen?
- **langfristig die Stadtteilwirtschaft durch die Verlagerung von allen Ämtern, die direkten Kontakt mit Bürger\*innen haben, in die Außenbezirke verlagern.** Durch Mitarbeiter\*innen und Kund\*innen der Behörden. entsteht vor Ort u.a. zusätzliche Kaufkraft.

## Handwerk stärken

Das Handwerk ist wichtig – für Klimaschutz, Digitalisierung, Versorgungssicherheit und sozialen Zusammenhalt. In Frankfurt stehen viele kleine und mittlere Handwerksbetriebe unter Druck: Hohe Mieten, fehlende Gewerbeflächen und Nachwuchsmangel gefährden ihre Zukunft. Die Stadt hat sich zur Förderung des Handwerks bekannt, doch der politische Wille muss nun in die konkrete Umsetzung übergehen. Gleichzeitig braucht es eine strategische Bündelung der Fachkräftepolitik für grüne Schlüsselberufe. Wichtig ist zudem, die Bedürfnisse des Handwerks frühzeitig in Planungsprozesse einzubeziehen und bestehenden Betrieben langfristige Perspektiven am Standort zu geben.

Wir werden...

- **perspektivisch mehrere Handwerkerhöfe im Stadtgebiet etablieren.**
- **für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik sowie für Elektro- und**

**Bauhandwerk gezielte städtische Kooperationsplattformen mit Kammern, Schulen und Ausbildungszentren etablieren.**

- **eine zentrale Koordinierungsstelle „Grüne Berufe“ schaffen.** Die Stadt bündelt bereits verschiedene Aktivitäten zur Fachkräfteentwicklung. Sie sollen gezielt auf klima- und energierelevante Berufe ausgerichtet werden.
- **den Bestand der Handwerksbetriebe vor Verdrängung durch Umnutzung, Mieterhöhung oder Standortverlust schützen.**
- **Flächen für das Handwerk sichern** z. B. durch gezielte Grundstücksvergabe, mehrgeschossige Gewerbebauten oder klare Festsetzungen in Bebauungsplänen. Die Gewerbeflächenstrategie werden wir entsprechend anpassen.

## **Gründungsmetropole Frankfurt**

Die vielfältige Wirtschaft Frankfurts spiegelt sich auch in der Startup-Szene wider. Wir wollen die Rolle der Stadt als Gründungsmetropole gegenüber anderen Standorten stärken. Neben etablierten Programmen wie „Frankfurt Forward“ legen wir den Fokus auf Gründungen von Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte.

Wir werden...

- **im Gründungszentrum „Kompass“ alle Gründungsaktivitäten der Stadt bündeln** und gezielt Formate fördern, die Gründer\*innen mit Investoren aus dem Rhein-Main-Gebiet zusammenbringen. So mobilisieren wir Vermögen für junge Ideen. Ein weiterer Schwerpunkt soll die Beratung von Gründer\*innen mit Migrationsgeschichte sein.
- **die erfolgreiche Gründungsförderung für Gründerinnen bauen wir aus.**
- **den Frankfurter Gründer\*innenpreis fortführen.** Wir wollen, dass bei den Teilnahmebedingungen nachhaltige und gesellschaftlich wirksame Konzepte ausreichend berücksichtigt werden.
- **den Co-Finanzierungspool für Projekte von Gründer\*innen verstetigen** und damit eine verlässliche Finanzierung für diese Projekte durch andere Institutionen ermöglichen.
- **Gründer\*innen und Kulturschaffenden ermöglichen, vorübergehenden Leerstand kreativ zu nutzen.** Dazu gehören auch leerstehende städtische Immobilien.

- **das Programm „Frankfurt Forward“ weiterführen.**

- **„Futury“ als Gründungszentrum fördern.**

## **Kultur- und Kreativwirtschaft unterstützen**

Die Kultur- und Kreativbranche ist für Frankfurt von großer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung. Über 4.000 ansässige Unternehmen gehören dazu. Sie sind auch Impulsgeber für andere Branchen. Die Kultur- und Kreativbranche fördert die internationale Wahrnehmung und Attraktivität Frankfurts, etwa durch Veranstaltungen wie die Buchmesse. Mit über 14.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hat die digitale Kreativwirtschaft (Software und Games) bereits heute den mengenmäßig größten Anteil an der Kultur- und Kreativwirtschaft. Das Potenzial für Frankfurt ist enorm. Durch den Internetknotenpunkt ist die Stadt ein erstklassiger Standort für internationale digitale Events. Lokale Veranstalter\*innen und Kreativkräfte wollen wir unterstützen und ihr Business sichtbar machen.

Wir werden...

- **für die Frankfurter Verlage und den Börsenverein des Deutschen Buchhandels weiterhin ein offener Ansprechpartner sein** und uns für deren Belange einsetzen. Wir wollen, dass die Buchmesse als wichtige Leitmesse und kulturelles Großereignis dauerhaft erhalten bleibt und Anerkennung erfährt.
- **für die Games-Branche Räume zur Vernetzung schaffen** und den Aufbau der Community unterstützen.
- **die Austragung von Gaming-Events in Frankfurt fördern** mit dem Ziel, diese in der Stadt zu etablieren und Frankfurt als Games-Standort bekannter zu machen.
- **Frankfurt als Drehort stärken**, indem wir Genehmigungsverfahren verschlanken und so die Zahl der Produktionen von Serien und Filmen in und aus Frankfurt erhöhen.

## **Tourismus-Stadt Frankfurt**

Der Tourismus in der Stadt und der Region verdient als Wirtschaftsfaktor eine höhere Wertschätzung. Frankfurt kann sich mit anderen deutschen Städten hier sehr wohl messen und belegt auf den Ranglisten regelmäßig einen der vorderen Plätze. Im Bereich Geschäftsreisen/ Messen konkurriert die Stadt sogar auf dem

internationalen Markt der "Weltstädte".

Wir werden...

- **ein Update des Masterplans Tourismus 2030 vornehmen.** Wir wollen, dass entscheidende Faktoren wie Vermarktungsstrategien, langfristige Budgetplanung, sowie die Bau- und Verkehrsplanung im Bereich Tourismus an die deutlich gestiegenen Anforderungen angepasst werden.
- **Tourismus und Messe durch eine bessere Zusammenarbeit noch enger verzahnen.** Die Akteur\*innen arbeiten oft parallel anstatt gemeinsam. Hier ist ein Umdenken besonders seitens der stadteigenen Gesellschaften nötig. Wir wollen, dass die Stadt Frankfurt und ihre stadteigenen Gesellschaften sich als Dienstleister der touristischen Anbieter verstehen.
- **einen Runden Tisch Tourismus für touristische Dienstleister\*innen einrichten.**

## Rechenzentren zum Nutzen aller gestalten

Wir wollen, dass Frankfurt bedeutendster Standort für Rechenzentren in der EU bleibt. Allerdings haben sich Rechenzentren zu einer der am schnellsten wachsenden, energieintensiven Branchen entwickelt. Zudem stellt der zunehmende Bedarf von Rechenzentren an Energie und Energie und Stromanschlüssen die Stadt eine große Herausforderung für die Stadt dar. In den letzten Jahren wurden zudem viele Betriebe aus Frankfurt verdrängt, weil Rechenzentribetreiber Grundstücke weit über den üblichen Marktpreisen kaufen konnten. Die Ansiedelung von Rechenzentren braucht deshalb künftig eine bessere Koordination und planungsrechtliche Steuerung. Der Abgleich mit anderen Prioritäten der Stadt wie Klimaverträglichkeit, Wärmewende oder Erhalt von Arbeitsplätzen und Gewerbestrukturen muss sichergestellt sein.

Mit dem aktualisierten „Gewerbeflächenentwicklungsprogramm“ haben wir ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das bestehendes Gewerbe besser schützt und die Entwicklung von Standorten für Rechenzentren besser steuert. Wir streben einen dauerhaften Dialog mit Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft an, um eine für alle vorteilhafte Entwicklung zu gestalten und die Kräfte im Bereich Digitalisierung und KI zu bündeln. Es geht aber auch darum zu überprüfen, inwiefern Genehmigungsverfahren beschleunigt werden können, um im Standort-Wettbewerb bestehen zu können.

Wir werden...

- **das “Gewerbeflächenentwicklungsprogramm” zur Ansiedelung von Rechenzentren fortschreiben.** Ziel muss es sein, dass die Abwärme der Rechenzentren genutzt werden kann und die Rechenzentren sich besser in die Gesamtstadt einordnen. Die Rahmenplanung muss regelmäßig überprüft und an technische Entwicklungen angepasst werden. Einer unregulierten Entwicklung erteilen wir eine Absage.
- **ein Konzept für die Nutzung der Abwärme von Rechenzentren erarbeiten.** Um das große Potenzial praktisch nutzbar zu machen, bedarf es noch einiger Schritte und größerer Investitionen insbesondere in Nahwärmenetze und das Fernwärmenetz.
- **neue Rechenzentren nur noch an Standorten zulassen, an denen die Abwärme genutzt werden kann.** Dazu gehört auch, dass immer genügend Platz für eine Großwärmepumpe eingeplant werden vorhanden sein muss, außerdem muss und die Stromversorgung von Rechenzentrum und Großwärmepumpe ohne Einbußen an anderer Stelle in der Stadt sicher gestellt ist sein, ohne dass dieser Strom an anderer Stelle fehlt. Über den Deutschen Städtetag werden wir darauf hinwirken, dass Damit die notwendigen Prioritäten bei der Anmeldung von großen Stromverbrauchern gesetzt werden können, werden wir über den Deutschen Städtetag auf die Bundesebene einwirken. Wir werden uns dafür einsetzen, dass und neue nur noch Rechenzentren nur noch mit Wasserkühlung zugelassen werden.
- **uns für die nachhaltige und möglichst mehrgeschossige Bauweise von Rechenzentren einsetzen,** um den Flächenbedarf und die Hitzebelastung möglichst gering zu halten.

## Eine Zukunft für den Flughafen

Frankfurt und der Frankfurter Flughafen – das ist eine spannungsreiche Beziehung. Die Region leidet massiv unter dem Flugverkehr – viel zu viele Menschen jeden Tag und jede Nacht. Auch die Gefährdungen durch erhöhte Ultrafeinstaub-Werte machen wirksame Gegenmaßnahmen erforderlich. Andererseits trägt der Flughafen zur Internationalität, zur Wirtschafts- und Innovationskraft unserer Stadt und Region bei und schafft ein großes und vielfältiges Arbeitsplatzangebot. Wir wollen dieses Arbeitsplatzangebot im Interesse der Beschäftigten, aber auch der Stadt krisenresistenter machen. Wir wollen den Flughafen klima- und raumverträglich entwickeln und seine Zukunft sichern.

Der Flughafen soll sich zu einem nachhaltigen Mobilitätsunternehmen weiterentwickeln: durch Ausweitung der Nachtruhe, die Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Bahn, eine bessere Verzahnung mit dem öffentlichen Nahverkehr und durch den klimaneutralen Betrieb der eigenen Infrastruktur.

Wir werden ...

- **uns dafür einsetzen, Klimaneutralität für den Frankfurter Flughafen schneller zu erreichen.** Dazu werden wir gemeinsam mit der Fraport einen Plan erarbeiten. Für die Flughafen-Infrastruktur (Gebäude und Logistik) wollen wir Klimaneutralität bereits bis 2035 erreichen.
- **Kooperationen statt Konkurrenz fördern.** Frankfurt setzt sich gemeinsam mit anderen Flughafenstandorten für gesetzliche Änderungen auf Bundes- und Europaebene ein, um Kooperationen für nachhaltige Mobilität zu ermöglichen.
- **über die kommunalen Vertreter\*innen in den Aufsichtsgremien wirksame Strategien zum Klima- und Lärmschutz einfordern.** Sie sollen u.a. darauf hinwirken, dass über entsprechende Flughafenentgelte der Einsatz lärmarmen Fluggeräte begünstigt wird.
- **die interkommunale Zusammenarbeit mit den Flughafenanrainerkommunen verstärken,** um in den Gremien gemeinsame Positionen zu verabschieden. Die gemeinsamen Forschungsaktivitäten zu den gesundheitlichen Auswirkungen der Luftverkehrsemissionen auf die Bevölkerung setzen wir fort. Wir werden kommunale Vertreter\*innen dazu anhalten, keine neuen finanziellen Anreize für die künstliche Ansiedlung von Flugverkehr zu schaffen.
- **weiter für ein echtes Nachtflugverbot von 8 Stunden kämpfen.** Wir setzen uns außerdem für Lärmpausen am Tag und eine Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene ein. Wir wachen darüber, dass die sogenannten Mediationsnacht (Flugverbot von 23:00 Uhr bis 5:00 Uhr) uneingeschränkt umgesetzt wird.
- **keinem weiteren Ausbau des Flughafens zustimmen.**
- **die Forschung und Entwicklung für klimaschonenden, nachhaltigen Luftverkehr mit erneuerbaren Treibstoffen unterstützen.**
- **uns weiter für die Reduktion der Ultrafeinstaubbelastungen durch Kerosin-Reinigung aus dem Flughafenbetrieb einsetzen.** Darüber hinaus sollen organisatorische Maßnahmen geprüft werden, z.B. wie sich die Laufzeit der Turbinen am Boden verkürzen lässt.

## **A10 Frankfurter Stadtwirtschaft: klimaneutral, sozial, digital**

Antragsteller\*in:            Kreisvorstand  
Tagesordnungspunkt:    2.10 Frankfurter Stadtwirtschaft:  
   klimaneutral, sozial, digital

### **Antragstext**

Wir wollen nachhaltiges und faires Wirtschaften in Frankfurt populärer machen. Das stärkt auch Betriebe, die bereits lokal produzieren. Die Stadt Frankfurt selbst muss hier als Vorreiterin und Vorbild für Wirtschaft und Zivilgesellschaft auftreten. Seit 2011 ist Frankfurt „Fairtrade-Stadt“. Maßgeblich für zentrale Einkaufsentscheidungen ist das Fairtrade-Siegel: Die Stadt verpflichtet sich damit, bei allen Beschaffungen Umwelt- und Sozialstandards zu berücksichtigen und bevorzugt nachhaltige Produkte. Das gilt auch für die Anlage städtischer Gelder, die die Stadt nach fairen Kriterien vornimmt. Damit das Fairtrade-Prinzip an Reichweite gewinnt, arbeitet die Verwaltung mit der Zivilgesellschaft zusammen. In der Praxis gibt es dennoch einige Defizite und Lücken – beispielsweise bei der dezentralen Beschaffung oder Veranstaltungen mit städtischer Beteiligung. Die wollen wir schließen bzw. beseitigen.

### **Unsere grünen Ziele für Frankfurt**

Wir werden...

- **dafür sorgen, dass Nachhaltigkeit auch bei städtischen Veranstaltungen stärker berücksichtigt wird.** Weil die Stadt deren Ausrichtung überwiegend an privatwirtschaftliche Unternehmen vergibt, müssen die Vergabekriterien entsprechend angepasst werden. Für genehmigungspflichtige, nicht-städtische Veranstaltungen auf Flächen der Stadt muss es eine Mehrweg-Pflicht und Sanktionsmöglichkeiten geben. Die dort regelmäßig anfallenden Müllmengen sind mit den Nachhaltigkeitsprinzipien von Frankfurt unvereinbar.
- **die logistische Unterstützung bei Veranstaltungen prüfen.** Wir wollen, dass die Stadt Frankfurt lokale Veranstalter\*innen von Festen bei der Umsetzung des Nachhaltigkeits- und Mehrweggedankens stärker unterstützt. Dazu gehört beispielsweise, dass sie selbst regelmäßig benötigte Geräte und Materialien gemeinnützig vorhält und zu entsprechend niedrigen Kosten

29 ausleiht.

- 30 • **städtische Unternehmen bei ihrer Umstellung auf nachhaltiges Wirtschaften**  
31 **weiter begleiten.** Entsprechende Vorgaben und formulierte Erwartungen  
32 schaffen hier Transparenz. Auch gemeinsame Projekte fördern den  
33 praxisnahen Austausch.

## 34 **Gut für alle: Verwaltungsprozesse vereinfachen** 35 **und verschlanken**

36 Die Verwaltungsprozesse der Stadt Frankfurt wollen wir verbessern und  
37 beschleunigen. Es geht nicht nur um Digitalisierung, sondern auch um eine  
38 Verschlinkung und Vereinfachung. Grundlage dafür sind eine systematische Analyse  
39 der Abläufe und Abstimmungswege in den Ämtern, ausreichend personelle Ressourcen  
40 zur Begleitung der Veränderungsprozesse und die Akzeptanz für Veränderungen bei  
41 der Belegschaft. Die Kommunikation mit der Verwaltung soll für alle möglichst  
42 nutzerfreundlich und effizient sein. Die Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes  
43 wollen wir so schnell wie möglich erfüllen. Wir werden die Empfehlungen des  
44 Hessischen Rechnungshofes sowie des Städtetages zu Compliance und  
45 Entbürokratisierung dazu eingehend auf ihre Umsetzbarkeit prüfen.

46 Wir werden...

- 47 • **Prozesse datenbasiert und vorausschauend steuern.** Für die Planung von  
48 Verwaltungstätigkeiten und Entscheidungen verfolgen wir die Idee des  
49 „Digital Twin“. Wir wollen für alle wichtigen Verwaltungsprozesse eine  
50 gute Datenbasis vorhalten und Entscheidungen zunächst simulieren.
- 51 • **die ämterübergreifende Zusammenarbeit fördern und agiler vorgehen.** Dazu  
52 werden wir Projekte über Organisationsgrenzen hinweg ausrichten, mit  
53 entsprechenden Personalressourcen ausstatten und zügig umsetzen. Das regt  
54 auch zum Wissensaustausch zwischen den Ämtern an.
- 55 • **geeignete Prozesse nicht nur verbessern, sondern auch automatisieren, um**  
56 **Freiräume zu schaffen und Stellen gezielt zu entlasten.** Wir wollen die  
57 Kommunikation innerhalb der Ämter stärken und eine Fehlerkultur einführen.
- 58 • **die Informationsfreiheitssatzung der Stadt Frankfurt nach den Bedürfnissen**  
59 **der Bürger\*innen weiterentwickeln.** Wir setzen uns für einen offenen und  
60 transparenten Umgang der Verwaltung mit Daten und Vorgängen ein.
- 61 • **eine faire Lastenverteilung sicherstellen.** Wir werden überprüfen, welche  
62 Leistungen die Stadt für das Land und den Bund erbringt und inwieweit



diese städtischen Leistungen in Bezug auf das Konnexitätsprinzip („Wer bestellt, der bezahlt“) auch mit Finanzmitteln hinterlegt sind.

- **städtische Finanz- und Verwaltungsprozesse kontrollieren und verbessern.** Den Sonderausschuss „Controlling & Revision“ werden wir beibehalten. Zudem werden wir sämtliche Berichte der Verwaltung auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen und redundante Tätigkeiten abschaffen.
- **die Umsetzung von Beschlüssen nachhalten.** Wir wollen agile Methoden und Instrumente in der Verwaltung einführen, die es erlauben, Prozesse transparent zu gestalten. So soll es möglich sein, dass Bürger\*innen nach Entscheidungen und Reformen einen Einblick in die Fortschritte der Umsetzung bekommen.
- **digitale Medienbrüche innerhalb einzelner Ämter und darüber hinaus vermeiden.** So werden wir bei der Beschaffung von Software stärker auf digitale End-to-End-Prozesse achten.
- **Bürgerbeteiligung ausbauen, beschleunigen und vereinfachen.** Das Portal „Frankfurt-fragt-mich“ und den „Mängelmelder“ werden wir weiterentwickeln und genauer darauf achten, dass auf die eingestellten Anregungen auch Rückmeldung folgt. Das Meldetool für Anzeigen im ruhenden Verkehr werden wir so umgestalten, dass Meldungen über externe Dienstleister an das Ordnungsamt wieder möglich sind.
- **Barrierefreiheit in der Verwaltung gewährleisten.** Die Frankfurter Behinderten-Arbeitsgemeinschaft (FBAG) beziehen wir bei allen kritischen Verwaltungs- und Veränderungsprozessen mit Blick auf Barrierefreiheit beratend ein. Die FBAG erhält die dafür benötigten Ressourcen.
- **Mehrsprachigkeit ausbauen.** Eine internationale, multikulturelle Stadt wie Frankfurt bietet Informationen zu wesentlichen Verwaltungsprozessen wenigstens in englischer Sprache an. So finden sich bereits wesentlich mehr Menschen ohne fremde Hilfe in Verwaltungsfragen zurecht. Für die Übersetzung nutzen wir datenschutzkonforme Bots.

## Die Stadt als gute Arbeitgeberin

Nur zufriedene Mitarbeiter\*innen sind motiviert und erbringen langfristig gute Arbeit. Arbeitsplätze bei der Stadt sollen deshalb so gestaltet sein, dass sie mit den persönlichen Lebensentwürfen der Mitarbeiter\*innen vereinbar sind. Ihre Zufriedenheit ist uns sehr wichtig. Die Stadt verzichtet bereits auf eine Befristung von Stellen. An vielen weiteren Verbesserungen arbeiten wir. Das volle Potenzial der multikulturellen Frankfurter Gesellschaft soll sich auch in

99 der Belegschaft der Ämter und städtischen Unternehmen widerspiegeln.

100 Wir werden...

- 101 • **das Angebot flexibler Arbeitsplätze erweitern.** Wir wollen flexible  
102 Arbeitsplätze auch außerhalb der Innenstadt anbieten und dazu als  
103 Pilotprojekt auch Arbeitsplätze für geeignete digitale Tätigkeiten im  
104 Frankfurter Westen und anderen Stadtteilen einführen.
- 105 • **gute Führungskräfte in der Stadt fördern und Führungskräfte trainings**  
106 **stärken.** Ein besonderes Augenmerk legen wir auf Querschnittskompetenzen  
107 und interdisziplinäre Zusammenarbeit, die der Transformation der  
108 Verwaltung zugute kommen.
- 109 • **die Diversität in Führungspositionen sowohl in der Verwaltung als auch in**  
110 **den Unternehmen der Stadt Frankfurt steigern.**
- 111 • **uns für mehr Arbeits- und Praktikumsplätze für Menschen mit Behinderungen**  
112 **in der Stadtverwaltung einsetzen.** Dazu gehören auch Praktikumsplätze für  
113 kognitiv behinderte Menschen.
- 114 • **Pendler\*innen nachhaltig unterstützen.** Angestellte der Stadt erhalten  
115 weiterhin günstige Tickets für den ÖPNV. Für noch mehr nachhaltigen  
116 Verkehr zu Fuß und mit dem Rad prüfen wir die Möglichkeit von Jobrädern  
117 und schaffen, sofern noch nicht vorhanden, in allen Ämtern auch sichere  
118 Abstellmöglichkeiten.

## **A11 Smart City: Mit digitalen Mitteln Demokratie fördern**

Antragsteller\*in:            Kreisvorstand  
Tagesordnungspunkt:    2.11 Smart City: Mit digitalen Mitteln  
                                 Demokratie fördern

### **Antragstext**

1 Digitalisierung bietet gute Chancen für einen besseren Bürger\*innen-Service:  
2 Wenn der Zugang zu Verwaltungsleistungen leichter wird, Verwaltungsprozesse  
3 effizienter und Ämter in der Smart City besser vernetzt sind, fördert das das  
4 Vertrauen in die Politik. Nicht zuletzt bietet die digitale Transformation auch  
5 große Chancen für den Klimaschutz.

6 Wir wollen die Vorteile der digital vernetzten Stadt für unseren Wohlstand und  
7 ein gerechtes, demokratisches Miteinander nutzen. Unser Ziel ist es, die  
8 Digitalisierung der Dienstleistungen nachhaltig, sozial und zukunftsorientiert  
9 zu gestalten. Dabei setzen wir auf Inklusion, ökologische Verantwortung und die  
10 Stärkung der digitalen Teilhabe. Digitale Inklusion heißt für uns, allen  
11 Frankfurter\*innen, unabhängig von Alter, Bildungsniveau, Muttersprache oder  
12 Einschränkung den barrierefreien Zugang zu digitalen Diensten zu ermöglichen. Um  
13 Ausgrenzungen zu verhindern, ist es wichtig, dabei immer auch analoge  
14 Möglichkeiten aufrechtzuerhalten.

15 Die Basis für die Transformation bereiten erfolgreich umgesetzte Projekte wie  
16 die Informationsfreiheitsgesetz, die den Zugang zu Informationen der Stadt  
17 bereits vereinfacht hat, und die aktuelle Rahmenstrategie Digitalisierung der  
18 Stadt Frankfurt am Main. Sie ist aus der Meta-Strategie Digitalisierung  
19 Frankfurt 2.0 hervorgegangen und bringt die Transformation zu einer modernen,  
20 bürger\*innennahen, effizienten und zukunftsfähigen Stadtverwaltung maßgeblich  
21 voran. Die Verwaltung ist das Betriebssystem unserer Gesellschaft. Ein Staat,  
22 der einfach funktioniert, schafft Vertrauen und Planungssicherheit für  
23 Bürger\*innen und Unternehmen.

24 Der demografische Wandel macht auch vor der Frankfurter Stadtverwaltung nicht  
25 Halt. Wir wollen mehr Mitarbeitende für die Verwaltung gewinnen, indem wir die  
26 Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin erhöhen. Der systematische Aufbau  
27 digitaler Kompetenzen in der gehört dazu. Breit angelegte Schulungsprogramme  
28 tragen zur erfolgreichen digitale Transformation der Stadt bei.

Auch Kommunen stehen im Fokus von Cyberangriffen, die große Teile der Verwaltung für längere Zeit lahmlegen können. Die Arbeitsfähigkeit wiederherzustellen, verursacht enorme Kosten. Der Schutz aller Daten und Systeme hat in der digitalen Stadt deshalb hohe Priorität. Für die Smart City setzen wir auf höchste Datenschutzstandards und vollständige Transparenz über Datenerhebung und -nutzung. Durch ethisch verantwortungsvolle Kooperationen mit Wissenschaft und lokaler Wirtschaft fördern wir Innovationen und stärken gleichzeitig die demokratische Kontrolle über die Daten der Stadt. Die Stadtgesellschaft soll Verwaltungshandeln mitgestalten können. Digitalisierung erweitert auch die Möglichkeiten partizipativer Ansätze, die wir gezielt fördern.

### Unsere grünen Ziele für Frankfurt

Wir werden...

- **die Effizienz in den Verwaltungsprozessen steigern.** Dafür setzen wir auf die Verwendung standardisierter Schnittstellen zu Fachverfahren und einer einheitlichen E-Akte. Wir haben in der Digitalstrategie 2.0 klare Prämissen für die Digitalisierung der Stadt festgelegt: neben Effizienz sind das Barrierefreiheit, Nachhaltigkeit, Sicherheit und Bürgernähe.
- **die Steuerung und strategische Planung der Verwaltungsdigitalisierung konsequent zentralisieren.** Kompetenzen bündelt das neue Transformation Office der Stadtverwaltung, das als zentrale Planungs- und Steuerungsinstitution fungiert. Hier laufen alle städtischen Digitalisierungsvorhaben zusammen mit dem Ziel, dass bis 2030 alle Verwaltungsleistungen online verfügbar sind.
- **eine ressortübergreifende Datenstrategie entwickeln.** Die Einführung einer Struktur verlinkter offener Daten mit gemeinsamen Standards und Schnittstellen schafft die Grundlage für eine effizientere Verwaltungsarbeit und bessere Dienstleistungen. Die systematische Analyse und Verknüpfung von Daten ermöglicht sowohl Bürger\*innen als auch Verwaltungsmitarbeiter\*innen die bessere Nutzung von Daten.
- **soweit möglich auf freie und offene Software sowie Open-Source-Lösungen und herstellerunabhängige Standards setzen.** Dadurch erhöhen wir die digitale Souveränität der Stadt. Durch reformierte Vergaberichtlinien sowie Ausstiegsszenarien und Migrationsstrategien für den Umstieg auf quelloffene Programme kommen wir diesem Ziel näher.
- **den Einsatz von KI gemäß der deutschen Umsetzung der europäischen KI-Verordnung fördern,** um Verwaltungsmitarbeiter\*innen gezielt bei ihrer Arbeit zu unterstützen und ihnen Sicherheit im Umgang mit KI zu geben.

- **die Cybersicherheit verbessern.** Wir legen den Fokus auf vorzeitiges Erkennen von Risiken, kontinuierliche Modernisierung bestehender Systeme sowie einheitliche Notfallpläne. Die Weiterbildung der Mitarbeiter\*innen, regelmäßige Übungen und weitere Maßnahmen aus dem BSI-Grundschutz sollen helfen, Angriffe auf kritische Infrastrukturen zu verhindern.
- **ressourcenschonende Hardware und nachhaltige IT-Lösungen in allen kommunalen Einrichtungen einführen** und die IT-Vergabekriterien darauf ausweiten.
- **Digitalisierung als Werkzeug für den Klimaschutz nutzen**, z. B. mit dem Ausbau von Sensor-Technologien zur Überwachung von Wasserpegeln, Energieverbrauch, Luftqualität und Abfallmanagement. Selbst der Stresslevel junger Bäume ist mittels Sensorik messbar; der Baumbestand lässt sich über KI-basierte Bilderkennung erfassen.
- **die verfügbaren Daten für Bürger\*innen besser sichtbar machen**, um den einfachen Zugang zu Informationen zu stärken.
- **die Umsetzung der Informationsfreiheitsgesetz in Frankfurt konsequent fördern.**
- **die urbane Datenplattform weiter öffnen**, um zivilgesellschaftliche Initiativen und innovative Lösungsansätze aus der Stadtgesellschaft dort abzubilden.
- **digitale Beteiligungstools als zusätzliche Möglichkeiten der Partizipation am Stadtgeschehen ausbauen.** Bürger\*innen sollen sich sowohl bei formalen Prozessen als auch bei allen informellen Prozessen digital einbringen können. Das ermöglichen lebendige, pluralistische und öffentliche digitale Diskussionsräume, die wir schaffen wollen.
- **digitale Bildung als Demokratieggarant voranbringen.** Digitale Lernräume wie das TUMO-Lernzentrum zur MINT-Förderung bei Jugendlichen und das digitale Stadtlabor, eine offene Plattform für Bürger\*innen-Beiträge aus ganz Frankfurt, werden wir konsequent ausbauen.
- **alle Akteur\*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft für eine gemeinsame digitale Strategie vernetzen.** Wir kooperieren weiter mit engagierten Initiativen wie Datenschützer Rhein-Main, den CCC Frankfurt und Node e.V. und veranstalten Hackathons mit der Stadtverwaltung als digitale demokratiefördernde Möglichkeit. Wir werden mehr Frauen und Mädchen für IT-Berufe in der Verwaltung gewinnen. Mit Barcamps, Innovationslabs und anderen Formaten stärken wir die Innovationskraft der

102 Stadt.

103 • **die Zusammenarbeit mit Landes- und Bundesbehörden intensivieren, um eine**  
104 **flächendeckende Versorgung mit digitalen Dienstleistungen zu erreichen.**  
105 Hierfür setzen wir konsequent auf die bundID (zukünftig DeutschlandID) als  
106 bundesweit einheitlichem Nutzerkonto.

107 • **an dem Ziel festhalten, mindestens 90% der Privathaushalte bis zum Jahr**  
108 **2030 mit einem Glasfaseranschluss zu versorgen.** Frankfurt braucht eine  
109 moderne Versorgung mit schnellem Internet für alle.

## A12 Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragsteller\*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.12 Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

### Antragstext

Grüne Sozialpolitik richtet sich an alle Menschen in Frankfurt. Sie ist die Grundlage für ein gutes und gelingendes Zusammenleben. Die sozial gerechte Stadt ist die Basis für eine funktionierende Stadtgesellschaft, lebenswerte Quartiere und eine nachhaltige Wirtschaft.

Wir wollen ein buntes, vielfältiges Frankfurt, an dem alle Menschen selbstbestimmt teilhaben können – frei von Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt. Eine erfolgreiche Sozialpolitik unterstützt die soziale Balance, die ein sicheres und solidarisches Miteinander und auch Aushandlungsprozesse auf Basis demokratischer Grundwerte ermöglicht.

Unsere Sozialpolitik hilft Menschen in besonderen Notsituationen. Wir stellen Hilfe bereit, wenn sie gebraucht wird. Denn, je nach Lebenslage, haben Menschen ganz unterschiedliche Wünsche und Bedürfnisse: Lebensalter, Erwerbstätigkeit, Erziehungsauftrag, Sorgearbeit, finanzielle Situation, Bildungsstand, Wohnsituation u.v.m. beeinflussen, ob und wobei eine Person Unterstützung braucht.

### Unsere grüne Vision für Frankfurt

Wir wollen...

- **soziale Angebote gut und verständlich vermitteln:** durch aufsuchende Sozialarbeit (betroffene Menschen werden aktiv angesprochen), lebensnahe Informationen und Veranstaltungen. Auf positive Beispiele, Anlaufstellen und Hilfsangebote in der Stadt machen wir aufmerksam.
- **die Ressourcen und Potenziale der Frankfurter Bürger\*innen einbeziehen,** indem wir Möglichkeiten des Engagements aufzeigen und möglichst viele Gruppen an der sozialen Stadtentwicklung beteiligen.

- **dass hilfesuchende Menschen in Frankfurt auch schnell und einfach Hilfe bekommen.** Leistungen, auf die sie ein Anrecht haben, sollen von den Behörden proaktiv angeboten werden.

## Quartiere gestalten

Quartiersmanager\*innen bzw. Nachbarschaftsbüros unterstützen Menschen in ihrem direkten Lebensumfeld dabei, sich zu vernetzen, zu organisieren und Gemeinschaft zu erleben. Sie sorgen für Begegnungen im Quartier und können bei Bedarf niedrigschwellige Hilfen sowie bürgerschaftliches Engagement vermitteln. Ihre Arbeit wirkt gegen Einsamkeit und die damit einhergehenden gesundheitlichen und sozialen Probleme.

Gemeinsam mit den Menschen im Quartier wollen wir Begegnungsräume gestalten. Sie sollen für möglichst alle Menschen, aber auch für einzelne Gruppen, insbesondere Kinder, Frauen, Jugendliche, Familien und ältere Menschen, ansprechend, offen und einfach zugänglich sein. Vor allem soll hier kein „Konsumzwang“ bestehen.

Wir werden...

- **die Anzahl der Quartiersmanager\*innen/ Nachbarschaftsbüros schrittweise erhöhen.** Dafür prüfen wir die Nutzung von Bundes-/Landesmitteln. Den Bedarf ermitteln wir auf Basis der Armutsgefährdung sowie der Lebenslagenkarten. Mittelfristig sind in allen Frankfurter Stadtteilen Quartiersmanager\*innen/ Nachbarschaftsbüros geplant.
- **Kochen und essen als Gemeinschaftserlebnis fördern.** In den Stadtteilen soll es jeweils mindestens einen offenen, gut erreichbaren und barrierefreien Ort für günstiges Mittag- oder Abendessen geben. Ältere Menschen, die dort nicht alleine hingelangen, und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sollten die Möglichkeit erhalten, einen Fahrdienst zu nutzen.
- **für die Gemeinwesenarbeit auch Grundstücke sichern.** Bei der Stadtteilplanung und der Vergabe von städtischen Grundstücken muss Gemeinwohlorientierung Berücksichtigung finden: z.B. durch die Vergabe von Erbbaurechten für gemeinnützige Träger zu günstigeren Konditionen, mittels Konzeptvergaben oder durch die Öffnung von Erdgeschossflächen zur nachbarschaftlichen Nutzung bei Wohnbauprojekten. Kirchliche Gebäude und Gemeindezentren, die zum Verkauf stehen, wollen wir zu öffentlichen sozialen Räumen umgestalten.
- **kreative Initiativen, die Menschen in den Stadtteilen über soziale Lagen**



61 hinweg zusammenbringen, unterstützen.

## 62 Ich für meine Stadt Frankfurt am Main

63 Ein großer Teil der Bevölkerung Frankfurts möchte sich aktiv für die  
64 Stadtgesellschaft engagieren. Wie? Das richtet sich ganz individuell nach den  
65 persönlichen Vorlieben und Möglichkeiten. Einfach zugängliche Informations- und  
66 Beratungsangebote vermitteln die Vielfalt der Möglichkeiten bürgerschaftlichen  
67 Engagements und bringen Interessen und Bedarfe zusammen.

68 Wir werden...

- 69 • **die Vermittlung von bürgerlichem Engagement weiter ausbauen.** Die Beratung  
70 soll auf individuelle Vorstellungen und persönliche Vorlieben eingehen und  
71 – unter anderem über eine digitale Plattform (bestehende  
72 Beratungsangebote, aktuell [www.frankfurt-hilft.de](http://www.frankfurt-hilft.de)) – ein Clearing  
73 herbeiführen: gut verständliche dargestellte Bedarfe werden mit  
74 Engagementprofilen zusammengebracht.
- 75 • **eine Übersicht städtischer sozialer Projekte zur Förderung von Teilhabe**  
76 **für private und institutionelle Spenden erstellen** (z.B. wie #weitergeben,  
77 Bündnis gegen Kinderarmut, Angebote im Trägernetzwerk). So wird  
78 transparent, wofür die jeweiligen Träger die überlassenen Geldmittel  
79 einsetzen und es entsteht Verbundenheit zwischen Spender\*in und  
80 Organisation.

## 81 Kreativität ohne Konsum: Räume der Begegnung 82 ausbauen

83 Frankfurt braucht mehr offene Plätze und öffentliche Räumlichkeiten, in denen  
84 Menschen machen können, worauf sie Lust haben – ohne Konsumzwang und  
85 unabhängig von ihrem Geldbeutel; egal, ob man in Ruhe ein Buch lesen oder seine  
86 Gedanken schweifen lassen möchte, Menschen kennenlernen, sich unterhalten, mit  
87 Freund\*innen entspannen, spielen oder kreativ sein. An ihrer Gestaltung sollen  
88 verschiedene Gruppen mitwirken können. Auch Klimaoasen, die an heißen Tagen  
89 einen kühlen Aufenthalt ermöglichen, gehören dazu.

90 Frankfurt hat bereits einige Orte wie den Musikbunker, die Saalbauten und das  
91 Haus der Jugend, die Bürger\*innen kostengünstig für Familienfeiern,  
92 Vereinsarbeit, kreatives Schaffen und Sport nutzen können. Wir wollen  
93 auswerten, wie das angenommen wird und die Konzepte entsprechend anpassen.

94 Wir werden...

- **Orte, die regelmäßig besucht werden, sozial gestalten.** So bieten etwa „Friedhofscafés“ auf Friedhöfen eine einfache Einkehrmöglichkeit und beleben den Ort. Konzepte wie die „Babbel-Bank“ laden Menschen zum Treffen und zur Kommunikation ein. Solche Ideen wollen wir fördern.
- **Räume in der Stadt ermitteln, die nicht oder nur zeitweise genutzt werden** und sie für eine Mehrfach- oder Zwischennutzung öffnen. Gemeinderäume werden z.B. vorübergehend für Band-, Tanz- oder Chorproben genutzt, leere Ladengeschäfte und Etagen in Kaufhäusern für Jugendliche eingerichtet oder zeitweise in Clubs umfunktioniert. „Pop-up“ hat Konjunktur. Auch für große, leerstehende Gebäude wie die alte Zentralbibliothek entwickeln wir neue Nutzungskonzepte.
- **bei allen zukünftigen Großprojekten soziale, konsumfreie Räume einplanen** und freie Nutzungsmöglichkeiten schaffen. Dies gilt insbesondere für prestigeträchtige Kulturprojekte in bester Lage, wie den Neubau der Städtischen Bühnen oder den Kulturcampus. Vorbilder wie das „Amare“ in Den Haag, die Stadtbibliothek „Oodi“ in Helsinki oder das Stadthaus in Kopenhagen finden sich in vielen europäischen Nachbarstädten.
- **bei der Suche nach Räumlichkeiten die „RADAR- Kreativräume“ für Frankfurt nutzen.** RADAR dient eigentlich der Vermittlung von Gewerberäumen und arbeitet im Auftrag des Frankfurter Stadtplanungsamtes in Kooperation mit dem Kulturamt und der Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH. Die Nutzung soll aber ausgeweitet werden.

## Einsamkeit begegnen

In Frankfurt nimmt Einsamkeit in allen Altersgruppen zu. Untersuchungen haben gezeigt, dass sie sich genauso lebensverkürzend auswirkt wie Rauchen. Folgen von Einsamkeit sind Depressionen, Suizidgefährdung, Alkoholismus und der Verlust von Teilhabe am sozialen Leben. Da es einsamen Menschen häufig schwerfällt, die Initiative zu ergreifen, kann der Zustand unbemerkt chronisch werden. Und obwohl Frankfurt über zahlreiche soziale Angebote von Kirchengemeinden, Vereinen, Sozialeinrichtungen u.v.m. verfügt, erreichen diese Hilfen betroffene Menschen zu selten.

Jeder Stadtteil sollte deshalb vernetzende und beratende Profis, wie z.B. eine\*n Quartiersmanager\*in, haben, die auf besonders betroffene Menschen aktiv zugehen: auf ältere Menschen, psychisch Erkrankte, Studierende, Alleinerziehende usw.. Einsamkeit zu bekämpfen, trägt auch zur Stärkung der sozialen Integration und Zusammengehörigkeit der gesamten Gesellschaft bei.

Wir werden...

- **den Ansatz der aufsuchenden Sozial- und Bürgerarbeit weiter ausbauen und finanziell absichern** (z.B. das Sozialrathaus mobil).
- **eine intersektionale „Frankfurter Strategie gegen Einsamkeit“ entwickeln**, die zahlreiche Dezernate und Politikfelder einbindet: Bildung/Jugend, Gesundheit, Frauen, Kultur, Sport und Freizeit, Diversität, Planen, Bauen und Wohnen, Demokratie und Bürger\*innen-Beteiligung. Grundlage der integrierten Arbeit kann u.a. eine Studie zum Thema Einsamkeit in Frankfurt sein.
- **hauptamtlich und ehrenamtlich beschäftigte Personen in der sozialen Arbeit besser vernetzen**, zum Beispiel die Quartiersmanager\*innen, Nachbarschaftshelfer\*innen oder Stadtbezirksvorsteher\*innen.

## **Inklusion und Barrierefreiheit**

Wir streben eine inklusive Gesellschaft an, in der niemand ausgegrenzt wird. Häufig wird der Begriff Inklusion nur für Menschen mit Behinderungen verwendet. Für uns bedeutet Inklusion die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe für alle. Inklusive Sozialpolitik schafft Strukturen bzw. verändert bestehende Strukturen so, dass alle Menschen an der Gesellschaft teilhaben können.

Uns ist wichtig zu betonen, dass Menschen mit Behinderung nicht behindert sind, sondern behindert werden. Für sie ist der Abbau von Barrieren besonders wichtig. Von weniger Barrieren, zum Beispiel im öffentlichen Raum, im Wirtschaftsleben, bei Behörden oder in der digitalen Welt, profitieren wir aber alle.

Deutschland hat 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet. Dies beinhaltet die Verpflichtung „Menschen mit Behinderungen“ ein Leben in Chancengleichheit, Selbstbestimmung und Diskriminierungsfreiheit zu ermöglichen. In der „Inklusiven Gesellschaft“ nehmen alle Menschen gleichberechtigt ihren Platz ein. Es ist Aufgabe der Stadt Frankfurt dieses „Menschenrecht“ umzusetzen.

Hindernisse, die dem entgegenstehen, werden wir weiter abbauen – physisch, digital, institutionell und mental. Barrierefreiheit ist keine Sondermaßnahme. Sie ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und gilt für alle Lebensbereiche, beginnend bei der Wohnung und dem Arbeitsplatz, bis hin zur Freizeitgestaltung im öffentlichen Raum, der Fortbewegung, Gesundheit und kulturellen Teilhabe. Denn für Menschen mit Behinderungen ist der Alltag auch in Frankfurt trotz vieler Fortschritte weiterhin voller Hürden, die eine gesellschaftliche Teilhabe erheblich erschweren.

Wir werden...

- **Inklusion als Querschnittsaufgabe in allen städtischen Ämtern und Vorhaben verankern** – mit Zielvereinbarungen und jährlichem Monitoring.
- **die Expertise der betroffenen Menschen einholen und ihre Beteiligung zusammen mit der Frankfurter Behindertenarbeitsgemeinschaft (FBAG) sicherstellen.** Dafür wird diese entsprechend neu ausgerichtet und finanziert.
- **die Frankfurter Behindertenarbeitsgemeinschaft (FBAG) neu strukturieren** und als zentrales Beteiligungsgremium mit festen Sitzungsterminen, Budget und mehrsprachiger Öffentlichkeitsarbeit ausstatten.
- **die Zusammenarbeit der „Stabsstelle Inklusion“ und der Frankfurter Behindertenarbeitsgemeinschaft verstärken.** Die Stabsstelle hat Bauherren und Verkehrsgesellschaften zur Barrierefreiheit beraten und Umbauten öffentlicher Gebäude ebenso gefördert wie die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Erwerbs- und Kulturleben. In öffentlichen Ämtern und Einrichtungen hat sie darüber hinaus eine barrierefreie Kommunikation unterstützt.
- **die Stabsstelle Inklusion weiter ausbauen.** Sie erhält die Aufgabe, alle Ämter und Aktivitäten der Stadt im Bereich Inklusion zu koordinieren
- **das „Community Outreach Programm“ weiter ausbauen.** Menschen mit Behinderungen kennen ihre Bedarfe selbst am besten. Deswegen ist eine engere Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Selbstvertretungen wichtig. Dafür erhält die Stabsstelle Inklusion künftig eine Koordinierungseinheit.
- **eine Untersuchung in Auftrag geben, die die Barrierefreiheit von Gebäuden der Grundversorgung untersucht.** Dazu gehören medizinische und therapeutische Praxen, Banken, Apotheken, die Post sowie Lebensmittelgeschäfte in den Stadtvierteln.
- **barrierefreie Kommunikation auf städtischen Webseiten, in Ämtern, Publikationen und Veranstaltungen verbindlich vorschreiben.**
- **uns für barrierefreie Angebote bei allen öffentlichen Leistungen einsetzen.**
- **uns dafür stark machen, dass die Stadt als inklusive Arbeitgeberin weiterentwickelt und wahrgenommen wird.**
- **Leitlinien für eine inklusive Durchführung von Ausstellungen, Events und**

**Veranstaltungen entwickeln**, insbesondere unter städtischer Beteiligung.

- **Fortbildungen für alle Ämter zum Thema Barrierefreiheit durchführen.**
- **die Mittel zur barrierefreien Kommunikation für öffentliche Ämter und Einrichtungen aufstocken.**
- **einen Mängelmelder für Barrieren einführen**, der analog zum Radverkehrsmelder Mängel systematisch an die Verwaltung weiterleitet.
- **die Mittel zum barrierefreien Umbau öffentlicher Gebäude deutlich aufstocken**, insbesonderein Schulen, Kultureinrichtungen, Ämtern und öffentlicher Infrastruktur.
- **gezielte Angebote für queere Menschen mit Behinderungen** aufbauen –mit Fokus auf Empowerment, Schutzräume und Beratung.

## **Armut überwinden**

Mehr als 160.000 Menschen in Frankfurt haben weniger als 1.381 Euro pro Monat (bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) zur Verfügung und leben damit unterhalb der Armutsgrenze. Wir streben eine Gesellschaft ohne Armut an, in der niemand ausgegrenzt wird, Menschen genügend Geld haben, Sozialleistungen dort ankommen, wo sie benötigt werden, und Menschen in Armut eine Arbeitsmarkt-Perspektive haben.

Armut bleibt oft unsichtbar und ist mehr als zu wenig Geld. Sie bedeutet Einschränkungen und Ausgrenzung in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Bildung, soziale und kulturelle Teilhabe. Gegen Armut muss Politik an all diesen Stellen ansetzen. Wir wollen insbesondere Kinderarmut als Handlungsschwerpunkt beibehalten. Aber auch die Altersarmut steigt rapide an. Und selbst viele Erwerbstätige haben ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze oder nur geringfügig darüber. All diese Menschen haben wir mit unserer Politik im Blick.

Wir werden...

- **einen Fonds für das Frankfurter Bündnis gegen Kinderarmut bereitstellen.** Der Fonds dient zur Umsetzung von Maßnahmen, mit denen wir die Stigmatisierung von Kinder und Jugendlichen verhindern, die von Armut betroffen sind, und ihre Teilhabe sichern.
- **uns dafür einsetzen, dass die Bekämpfung von Armut bei politischen Entscheidungen ämterübergreifend Berücksichtigung findet.**

Lebenslagenkarten und Sozialmonitoring als notwendige Datenbasis werden dazu laufend aktualisiert. Wir setzen auf Pilotprojekte, um schnell und praxisorientiert Erfahrungen zu sammeln.

- **den Frankfurt-Pass als wirksames Instrument der Teilhabe und Armutsbekämpfung um weitere Leistungen ausbauen.** Außerdem wollen wir eine regelmäßige Nutzer\*innenbefragung durchführen.
- **eine Kampagne starten, um ein gesellschaftliches Bewusstsein für Armut zu schaffen** und dabei deutlich machen, wo Armut Teilhabe ganz konkret verhindert (z.B. kostenintensive Klassenfahrten).
- **dorthin gehen, wo Menschen Hilfen gegen Armut brauchen und erweitern dazu unsere vor Ort-Angebote** wie den Bus „mobiles Sozialrathaus“.

## Besserer Zugang zum Arbeitsmarkt

Erwerbstätigkeit bedeutet Einkommen – und auch soziale Teilhabe. Deshalb muss der Zugang zum Arbeitsmarkt über die gesamte Erwerbsbiografie offen bleiben. Das fängt bereits beim Einstieg ins Erwerbsleben an. Die Jugendberufsagentur Frankfurt, das Jugendjobcenter, ist ein vorbildlicher Ansatz auch für andere Städte. Frankfurt hat damit eine einheitliche Anlaufstelle nur für Jugendliche und junge Erwachsene geschaffen, die Unterstützung brauchen. Wir wollen aber noch weiter gehen.

Wir wollen für Eltern, insbesondere Mütter, Arbeitsmarkthürden abbauen. Dazu gehört insbesondere, das Angebot an Kinderbetreuung auszubauen – eine Grundvoraussetzung für den (Wieder-)Einstieg. In der Steigerung der Erwerbsquote von Frauen liegt im übrigen das größte Arbeitskräftepotenzial. Sie leisten ungleich mehr unbezahlte Care-Arbeit als Männer, sind diejenigen die sich mehr um die Kinder kümmern und auch Angehörige pflegen. Deshalb arbeiten sie überproportional häufig in Teilzeit.

Die volle Erwerbstätigkeit von Frauen ist damit nicht nur ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch ein entscheidender Beitrag zu mehr Chancengleichheit und einer gerechten Gesellschaft. Die Herausforderungen, die Frauen auf dem Arbeitsmarkt noch immer erleben, nehmen wir sehr ernst.

Allein durch Digitalisierung und ökologischen Wandel entstehen viele neue Arbeitsplätze, für die es auch neue Qualifikationen braucht. Weiterbildung ist der Schlüssel, um hier den Anschluss zu schaffen, Menschen in Erwerbstätigkeit zu halten und auch fit für neue Beschäftigung zu machen. Bundesweit werden auf grüner Initiative hin Weiterbildungsagenturen eingeführt, die in Hessen Bildungspunkte heißen. Mit dem neu eingerichteten Bildungspunkt Frankfurt bei

der Bundesagentur für Arbeit gibt es – ähnlich wie bei der Jugendberufsagentur – jetzt eine Anlaufstelle für alle Fragen, die mit Weiterbildung zu tun haben.

Wir wollen auch ältere Menschen, die noch arbeiten möchten, bei der Suche nach geeigneten Arbeitsplätzen unterstützen und sehen hier viel Potenzial. Gleiches gilt für die in Frankfurt besonders wichtige Gruppe sind von Menschen mit Migrationshintergrund: Sie haben teilweise selbst dann, wenn sie schon lange hier leben oder sogar hier geboren und Deutsche sind, Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Noch mehr gilt das für Geflüchtete und Menschen aus anderen EU-Staaten.

Diese brauchen Unterstützung und Zugang zum Arbeitsmarkt von Anfang an. Wir wollen auch die Integration von Menschen mit Schwerbehinderung in Arbeit unterstützen.

Wir werden...

- **Jugendliche, die weder zur Schule gehen, noch in Ausbildung oder Beschäftigung sind, durch aufsuchende Hilfen erreichen.**
- **für die bestehenden Angebote werben:** die Gesellschaft für Jugendbeschäftigung (gjb), die Frankfurter Jugendberufshilfe, das Frankfurter Arbeitsmarktprogramm (FRAP) und die Beratungs-, Orientierungs- und Qualifizierungsangebote speziell für Frauen.
- **mit dem Jobcenter und der Arbeitsagentur den Bildungspunkt verbessern.** Er muss sowohl öffentlich als auch intern noch bekannter werden. Außerdem muss deutlicher werden, dass der Bildungspunkt nicht nur für Arbeitssuchende bestimmt ist, sondern für alle, die sich weiterbilden wollen. Als sinnvoll betrachten wir eine Kooperation mit VHS und IHK.
- **die Chancen für Menschen mit Migrationsgeschichte – insbesondere von Frauen – auf dem Arbeitsmarkt verbessern.** Bildung, Sprachkurse und Kinderbetreuung sind Voraussetzungen für ihre Teilhabe.
- **uns dafür einsetzen, dass sich die arbeitspolitischen Instrumente stärker an den Zielgruppen orientieren** und auch den kulturellen Hintergrund berücksichtigen. Um das zu erreichen, werden wir mit dem Jobcenter, der Arbeitsagentur und der FRAP-Agentur (Frankfurter Arbeitsmarktprogramm) in den Dialog treten.
- **uns für einen inklusiven Arbeitsmarkt einsetzen.** Zusätzliche Beschäftigungen auf dem „sozialen Arbeitsmarkt“ (§16i SGB II) und Arbeitsgelegenheiten (§ 16d SGB II) sind für diejenigen Menschen geeignet,

die mit den Erfordernissen des ersten Arbeitsmarktes aus den unterschiedlichsten Gründen nicht Schritt halten können.

## **Wohnungs- und Obdachlosigkeit überwinden**

Die letzte Bundesregierung hat einen Nationalen Aktionsplan zur Überwindung von Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit bis 2030 beschlossen. Wir wollen, dass sich Frankfurt als eine der Großstädte, die besonders von Obdachlosigkeit betroffen ist aktiv daran beteiligt. Mehr noch: Wir wollen vorangehen: Wohnen ist ein Menschenrecht. Frankfurt soll die erste Großstadt in Deutschland sein, die Obdachlosigkeit überwindet – ein sehr ambitioniertes Ziel. Wir müssen das Hilfesystem dazu so umbauen, dass es alle Menschen erreicht und alle die Chance auf ein besseres Leben haben. Frankfurt braucht dazu einen eigenen Aktionsplan.

Wir werden...

- **einen Frankfurter Aktionsplan zur Überwindung von Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit erstellen** und dafür alle relevanten Akteur\*innen der Stadt, die am Wohnungsmarkt beteiligt oder mit dem Thema Obdach-/Wohnungslosigkeit zu tun haben, an einen Tisch holen.
- **ein integriertes Konzept zur Wohnraumbeschaffung für obdachlose und wohnungslose Menschen entwickeln** und dazu ebenfalls alle relevanten Kräfte miteinander verzahnen. Die städtische ABG muss dabei eine Vorreiterrolle übernehmen.
- **allen Obdachlosen menschenwürdige Übernachtungsmöglichkeiten anbieten.**
- **Housing First weiter ausbauen.** Sofern individuell möglich und gewünscht, wollen wir im Rahmen dieses Ansatzes Wohnungen mit regulärem Mietverhältnis und sozialarbeiterischer Begleitung anbieten.
- **Menschen, für die Housing First nicht in Frage kommt, Notüber-nachtungen anbieten** und alternativ dazu menschenwürdige Übernachtungsmöglichkeiten auch unter freiem Himmel schaffen.
- **Notunterkünfte so gestalten, dass Platz und Sicherheit für alle gewährleistet sind.**
- **die Akzeptanz von Übernachtungseinrichtungen erhöhen, indem wir für mehr Privatsphäre und Sicherheit sorgen**, z.B. durch abschließbare Einzelzimmer und die Erlaubnis von Haustieren.



- **besonders schutzbedürftige Gruppen gezielt unterstützen**, zum Beispiel queere, insbesondere trans\* Personen, Frauen, Jugendliche und Familien, Obdachlose mit Tieren, ältere Menschen und Zugewanderte.

- **Frauen aus Frauenhäusern Wohnungen bereitstellen.**

- **Wohnungsverlust vorbeugen.** Damit die Stadt Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, möglichst früh helfen kann, muss die Kooperation zwischen den Behörden noch besser werden.

- **bei diesem Thema mit anderen Städten zusammenarbeiten.** Beim Land Hessen wollen wir einen hessischen Aktionsplan zur Überwindung von Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit einfordern und unsere Mitarbeit anbieten.

## Sozial – digital und analog

Kaum jemand überblickt den Dschungel der vielfältigen Sozialleistungen und Unterstützungsmöglichkeiten. Und wenn die Leistungen bekannt sind, heißt es: Formulare, Formulare und rennen von einer Behörde zur anderen. Dem wollen wir ein Ende bereiten. Nicht die Menschen sollen laufen, sondern die Daten. Wir denken alle Leistungsberechtigungen im Sozialen von den Menschen aus. Besteht ein Anspruch auf Leistung des Hilfesystems, sollen diese in einem Kontakt erfasst und bestätigt werden.

Zugang zur digitalen Welt gehört längst zur sozialen Teilhabe dazu. Wir wollen deswegen dafür sorgen, dass alle Menschen in die Lage versetzt werden, das Internet zu nutzen. Besonders schwierig ist die digitale Teilhabe für wohnungs- und obdachlose Menschen und zum Teil auch für Menschen mit geringen Einkommen. Ihnen fehlt häufig nicht nur der technische Zugang, sondern auch die Qualifikation sich digital zurechtzufinden. Wir wollen deswegen insbesondere ältere Menschen mit digitalen Weiterbildungen unterstützen, die zugleich auch (digitale) Medienkompetenzen vermitteln.

Wir werden...

- **eine digitale Plattform einführen, auf der Nutzer\*innen sich einmal anmelden müssen.** Danach werden sie auf alle ihre Ansprüche automatisch geprüft. Die Nutzer\*innen können dann erlauben, dass diese Daten gespeichert werden, und Anträge auf Basis der frei gegebenen Daten ausgefüllt werden. Die Plattform macht Leistungsansprüche auf Knopfdruck sichtbar und entlastet auch die Verwaltung.

- **die Möglichkeiten der Digitalisierung zum Wohle aller nutzen**, z.B. durch Vereinfachung von behördlichen Prozessen, mehr Beratung / Information, Inklusion durch KI, Sprachassistenten etc.
- **dafür sorgen, dass es an viel mehr Stellen im öffentlichen Raum kostenloses WLAN gibt.**
- **dafür einsetzen, dass es überall im Stadtgebiet kostenlos nutzbare Rechner mit Internet-Zugang bzw. Internet-Räume gibt.**
- **über die Social-Media-Kanäle der Stadt Frankfurt mehr Menschen über ihre Rechte und die sozialen Angebote der Stadt aufklären** und auch neue Kanäle aufbauen.
- **digitale Lots\*innen einsetzen**, die beim Zugang zu den digitalen Dienstleistungen helfen.

## **Energetische Sanierung und Klimaschutz in Sozialeinrichtungen**

Soziale Einrichtungen, sind mit ihrem großen Anteil an Wohn- und Funktionsgebäuden im öffentlichen Raum ein beträchtlicher Klimafaktor. Neben der unzureichenden Erfassungslage des Gebäudebestandes und des verzweigten Zuständigkeitsbereiches stellt das Sozialgesetz ein Hinderungsgrund für die Umsetzung von Gebäudesanierungs-Maßnahmen dar. Investitionen in Klimaschutz und Klimaanpassung sind laut Gesetz nicht mit dem Wirtschaftlichkeitsgebot vereinbar. Zudem sind die Betreiber nicht immer die Gebäudeeigentümer und profitieren somit nicht von den eingesparten Energiekosten. Gesetzliche Grundlagen und administrative Prozesse müssen deshalb so angepasst werden, dass Investitionen in den Klimaschutz und die Klimaanpassung für soziale Einrichtungen möglich werden.

Wir werden...

- **Förderprogramme für gemeinnützige, soziale Einrichtungen auflegen**, um sinnvolle Maßnahmen zur CO<sub>2</sub> Reduktion sowie zur Klimaanpassung auch in diesem Sektor attraktiv zu machen.
- **prüfen, ob die Stadt Frankfurt die Umsetzung dieser Maßnahmen übernehmen kann.** Denn Investitionen z.B. in Dämmung, Verschattung, Einsatz erneuerbarer Energien, Fassaden- und Dachbegrünung sowie Kühllosen gleichen sich durch Einsparungen bei den Energiekosten wieder aus.

## A13 Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationengerechtigkeit

Antragsteller\*in:                      Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.13 Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für  
Generationsgerechtigkeit

### Antragstext

Wir wollen eine generationengerechte Stadt. Unsere Sozialpolitik richtet sich an alle Frankfurter\*innen unabhängig vom Alter. Wir wollen deswegen gezielte Maßnahmen für unterschiedliche Altersgruppen aber auch das generationenübergreifende Miteinander fördern.

## Kinder und Jugendliche

Eine der wesentlichen Faktoren sozialer Ungleichheit ist das Aufwachsen in Armut. Betroffene Kinder und Jugendliche sehen sich mit vielfältigen Problemen konfrontiert, die sie selbst kaum beeinflussen können, aber langfristige Folgen nach sich ziehen. Unter anderem werden ihre Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt, es fehlt beispielsweise an Zugängen zu mindestens einer gesunden warmen Mahlzeit am Tag und auch der Zugang zu Bildungsabschlüssen und einer chancenreichen Zukunft wird erschwert. Wir etablieren deshalb Angebote in den Quartieren, die Kinder und Jugendliche unabhängig ihres sozio-kulturellen Hintergrunds in ihrem direkten Lebensumfeld ansprechen und stärken.

## Unsere grünen Ziele für Frankfurt

Wir werden...

- **niedrigschwellige Zugänge für Kinder- und Jugendlichen zu den Beteiligungsformaten der Stadtgesellschaft etablieren**, um die Perspektiven der jüngeren zu stärken und politisch abzubilden.
- **niedrigschwellige Kulturangebote sowie Bildungsangebote zur Demokratieförderung dezentral in den Stadtteilen und Quartieren etablieren**, z.B. Ausbau Programm Frankfurter Flöhe.
- **kulturelle und politische Bildung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit etablieren**.

- **offene Jugendsozialarbeit sichern und ausbauen.** Investition in die Gebäudeunterhaltung und Modernisierung der Einrichtungen, Abbau von Barrieren.

- **Maßnahmen zur Stärkung inklusiver und barrierearmer Teilhabechancen und Begegnungsräume für alle Kinder durchführen.**

## Familien in Frankfurt

Familie ist da, wo Menschen zusammenleben, die für einander Verantwortung übernehmen, insbesondere für Kinder, aber auch für Ältere. Die Care-Arbeit, die in Familien geleistet wird, ist eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft. Familien stehen aber auch oft vor großen Herausforderungen.

Die Gruppe der Alleinerziehenden ist mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert, den Alltag zu organisieren, den Lebensunterhalt zu sichern, sozialer Isolation entgegen zu wirken und ist stark von Armut bedroht. Diese Gruppe benötigt einen niedrigschwelligen, einfachen und schnellen Zugang zum gesamten Hilfesystem.

## Unsere grünen Ziele für Frankfurt

Wir werden...

- **uns dafür einsetzen, dass mittelfristig soziale Leistungen Familien mit möglichst einfachen Verfahren oder sogar antragsfrei bei bekannten Verhältnissen und Datenfreigabe zur Verfügung stehen.**
- **Wege suchen, um Familien auf Hilfe aktiv aufmerksam zu machen, z.B. nach der Geburt eines Kindes.** Hier könnte die Familie automatisch von den zuständigen Ämtern kontaktiert werden und Informationen dazu erhalten, welche Hilfen ihr zusteht. Die Leistungen werden den Eltern aktiv angeboten und die Antragstellung unterstützt.
- **dezentrale Strukturen in den Quartieren schaffen, für Beratung und Unterstützung direkt im Sozialraum.**
- **Nachbarschaftshilfen und Familienzentren unterstützen sowie Nachbarschaftsinitiativen fördern.**
- **das wirksame und etablierte Programm „Frühe Hilfen“ als kommunale Verantwortung weiter fortführen.**

- **ein Alleinerziehendenzentrum in Frankfurt als zentrale Anlaufstelle mit wichtigen Leistungen für Alleinerziehende einführen:** Familien- und Gesundheitslots:innen, Digitale Plattform / Broschüre mit allen Informationen zu Leistungsangebot, Miet- und Sozialberatung, Freizeittreff und Begegnungsräumen, Kinderbetreuung.

## Älter werden in Frankfurt

Der Anteil der älterwerdenden Menschen ab 55 Jahre wird aufgrund der sog. Generation der „Baby Boomer“ dynamisch ansteigen. Im Jahr 2030 ist mehr als jede zehnte Frankfurter:in über 75 Jahre alt. Auch im Alter sollen Frankfurter\*innen selbstbestimmt leben können und an der Gesellschaft teilhaben. Sind Unterstützungen in der Lebensführung notwendig, sollen dies weitestmöglich ambulant im gewohnten Lebensumfeld ermöglicht werden. Es geht um ein Miteinander, das die unterschiedlichen Lebensweisen der Generationen und auch damit verbundene Konfliktpotenziale kennt und auf Herausforderungen Antworten sucht und kennt. Die Stärkung der Lebensqualität und der gesellschaftlichen Teilhabe im sozialen Umfeld erreichen wir nur gemeinschaftlich.

Die sogenannten „Babyboomer“ gehen sukzessive in den Ruhestand. Wir sehen darin ein großes Potenzial für bürgerschaftliches Engagement und wollen für diese neuen und auch die „alten“ Senior\*innen Möglichkeiten und Unterstützung zu bieten, wenn sie sich engagieren wollen, und dafür die notwendigen Strukturen schaffen.

## Unsere grünen Ziele für Frankfurt

Wir werden...

- Quartiere generationengerecht gestalten und damit auch altersgerecht mit Einzelhandel in der Nähe, Begegnungsräumen, Barrierefreiheit, ggf. mit Übergangslösungen, Einbeziehung von Sportvereinen, Quartiersmanagements, Treffpunkten und Einrichtungen für lebensältere Menschen, die sich in den Sozialräumen vernetzen und den Menschen und ihren Angehörigen offenstehen
- **geeignete Konzepte entwickeln, die eine Erreichbarkeit der zunehmend wachsenden Zielgruppe an Informationen gewährleisten.** Mögliche Zugangswege (analog, digital, netzwerkgestützt, zugehend) werden geprüft und zielgerichtet eingesetzt. Vernetzung der Akteure für die Durchführung von Präventionsmaßnahmen gegen Einsamkeit und Pflegebedürftigkeit (Förderung über § 123 SGB XI)
- **Programm „Würde im Alter“ als festen Bestandteil der Frankfurter Strukturen in der Altenhilfe weiter fortführen**

- **dafür sorgen, dass Frankfurt Mitglied im weltweiten Netzwerk „Age-friendly-City – Generationengerechte Stadt – der WHO wird**
- **ein Altersforschungshaus in Frankfurt in Kooperation mit der FrankfurtUniversity of applied Sciences konzipieren und umsetzen und fördern lebensnahe Lösungen für den Erhalt der Selbständigkeit im Alter.** Das Haus steht lebensälteren Menschen und allen Angehörigen und Interessierten offen und bietet laufend einen Überblick über neueste Erkenntnisse der Forschung, digitaler Hilfsmittel und Angebote, wie diese konkret in die Lebenswelt der älterwerdenden Frankfurter\*innen integriert werden können (Beratung und Finanzierungsmodelle)
- **alle Frankfurter\*innen, die 65 werden, zu einer Infoveranstaltung „Gut Altern in Frankfurt“ einladen,** um alle Informationen zu wichtigen Strukturen, Beratungs- und Hilfeleistungen und Möglichkeiten des Engagements in Frankfurt zu erhalten.
- **die „Offenen Senior\*innendienste, das heißt die vielfältigen und etablierten Strukturen für lebensältere Menschen in Frankfurt erhalten und auf die zukünftigen Anforderungen ausrichten.** Die Orte der Begegnung sind Wohlfühlorte und werden funktional ausgestattet und gleichermaßen ästhetisch einladend.
- **einen gleichberechtigten Zugang zu Pflegeberatung und -unterstützung für alle lebensälteren Menschen ermöglichen.** Unabhängig von kulturellem Hintergrund und sozialer Einbindung. Insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund sowie alleinlebende Senior\*innen sollen besser erreicht werden. Dazu wird der Pflegestützpunkt Frankfurt um eine zusätzliche Fachkraft mit interkultureller Kompetenz erweitert.
- **verzahnen ambulante und stationäre Angebote, damit Pflege sich verlässlich und wohnortnah an die Lebenssituation der Menschen anpasst. So ermöglichen wir eine nahtlose Versorgung und entlasten Angehörige. Kurzzeit- und Tagespflege sowie wohnortnahe Pflegewohngemeinschaften sollen den Übergang zwischen Zuhause und Pflegeheim erleichtern und die Selbstbestimmung stärken.**
- **Den Pflegenotstand bekämpfen.** Menschen im Pflegesektor sind Stützen unserer Gesellschaft und in einer immer älter werdenden Bevölkerung wichtiger denn je. Wir setzen uns für eine angemessene Bezahlung, faire Arbeitsbedingungen und höhere Personalschlüssel ein.

## **A14 Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht**

Antragsteller\*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.14 Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

### **Antragstext**

1 Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnen ist ein Menschenrecht.  
2 Dennoch leben viele Menschen in unserer Stadt mit der Angst, sich die eigene  
3 Wohnung bald nicht mehr leisten zu können. Die Mieten steigen. Der Platz reicht  
4 für die Familie kaum aus. Als Studierende oder Auszubildende bezahlbaren  
5 Wohnraum zu finden, ist beinahe unmöglich. Diesen Zustand akzeptieren wir nicht.  
6 Jeder Mensch braucht ein sicheres, bezahlbares Zuhause!

7 Grüne Politik steht für gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik. Wir setzen uns  
8 für mehr sozialen Wohnungsbau ein. Wir unterstützen Genossenschaften und  
9 Initiativen, in denen sich Menschen zusammenschließen, um gemeinsam neuen  
10 Wohnraum, lebendige Nachbarschaften und lebenswerte Quartiere zu schaffen.

11 Wohnen soll außerdem klimafreundlich sein. Von energieeffizientem Bauen und  
12 Sanieren profitieren sowohl die Umwelt als auch die Menschen, die Heizkosten  
13 sparen. Dabei darf keine Sanierung zu übersteuerten Mietpreisen führen. Soziales  
14 und Umwelt gehören für uns untrennbar zusammen.

### **Unsere grüne Vision für Frankfurt**

16 Wir werden...

- 17 • **explodierende Mieten stoppen** und Wohnen wieder für alle bezahlbar machen.
- 18 • **den Bau von bezahlbarem Wohnraum durch Fördermittel und den Abbau**  
19 **bürokratischer Hürden beschleunigen** – insbesondere im sozialen und  
20 **gemeinnützigen Wohnungsbau.**
- 21 • **den Mieterschutz stärken.** Um Mieter\*innen vor übermäßigen Mietsteigerungen  
22 zu schützen, setzen wir uns für die Einführung einer wirksamen  
23 Mietpreisbremse ein. Zudem sollen Mieterrechte gestärkt und der  
24 Kündigungsschutz verbessert werden.

- **gegen den Leerstand vorgehen**, unter anderem durch Anreize für die Umnutzung leerstehender Gebäude oder durch Sanktionen bei spekulativem Leerstand.

- **Frankfurt zur Hauptstadt des gemeinschaftlichen Wohnens entwickeln.** Alternative Wohnformen sollen nicht die Ausnahme, sondern eine selbstverständliche und attraktive Option für alle sein, die sich nach echter Nachbarschaft und gemeinsamer Verantwortung sehen.

## Bezahlbares Wohnen für alle

Mieten explodieren und Familien finden keine bezahlbaren Wohnungen mehr. Die Preise für eine neue Mietwohnung kennen nur eine Richtung: nach oben. Bezahlbarem Wohnraum zu schaffen, ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit und für uns Grüne eine Grundvoraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die steigenden Mieten belasten vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen überproportional. Viele Haushalte sind inzwischen durch die Wohnkosten überlastet. Wohnen wird zum Armutsrisiko. Das muss aufhören!

### Unsere grünen Ziele für Frankfurt

Wir werden...

- **alle Möglichkeiten nutzen, damit jährlich wieder mehr öffentlich geförderte Wohnungen bereitgestellt werden als aus der Sozialbindung herausfallen.**
- **den Anteil öffentlich geförderter und langfristig gemeinwohlorientierter Wohnungen erhöhen** und diese möglichst auf alle Stadtteile verteilen.
- **Möglichkeiten zur Mietpreisbegrenzung bei möbliert vermieteten Wohnungen prüfen.** Der Möblierungszuschlag muss transparent im Mietvertrag ausgewiesen und seine Höhe begrenzt werden, um die Umgehung der Mietpreisbremse zu verhindern.
- **uns für ein Mietkataster mit transparenten und realistischen Durchschnittsdaten einsetzen**, unter anderem durch automatische Meldung von neu geschlossenen Mietverträgen.
- **das Instrument der sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutz) offensiver anwenden** und Milieuschutzgebiete wo möglich ausweiten.
- **zusätzlich zu den rechtlichen Möglichkeiten verschiedene Anreize und**



**Fördermöglichkeiten prüfen**, die Haus- und Wohnungseigentümern eine sozial sinnvolle Vermietung von Wohnraum ermöglichen.

- **Mieten fair deckeln** und die geltende Selbstbeschränkung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ABG und der Nassauischen Heimstätte bei Mieterhöhungen erneut verlängern.
- **bestehende Wohnblocks mit Sozialbindung und niedrigschwelliger sozialer Betreuung erhalten und ausbauen**, indem die Finanzierung der Betreuung gesichert und die Sozialbindung rechtzeitig verlängert wird.
- **Wohnformen für Menschen mit speziellen Bedarfen unterstützen**, z.B. Pflege-Wohngemeinschaften oder Wohnen für Menschen mit chronischen Erkrankungen insbesondere psychischen Erkrankungen, Sucht oder Demenz.
- **Projekte wie Mehrgenerationenhäuser fördern**, damit Alt und Jung im Quartier zusammenleben können.
- **die Versorgungslücke an barrierefreiem Wohnraum, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, schließen.**
- **Innovationen und experimentellem Bauen Raum geben.** Die Gebäudeklasse E steht für einfaches, experimentelles Bauen. Ziel ist es, unter Einhaltung der Sicherheitsstandards Baukosten nachhaltig zu senken.

## **Potenzial für neuen Wohnraum aktivieren**

Frankfurt wächst – und mit dem Wachstum steigt der Druck auf den Wohnungsmarkt. Um dem Wohnraummangel zu begegnen, ist eine aktive Bodenpolitik notwendig, die es möglich macht, dass unsere Stadt Gestaltungsoptionen gewinnt bzw. zurückerlangt.

Aktuell gibt es in unserer Stadt 13.000 leerstehende Wohnungen. Das ist ein Skandal! Für uns Grüne ist klar: Nichts ist bei einem so angespannten Wohnungsmarkt ungerechter als dauerhafter Leerstand. Der Wohnungsbestand ist die wichtigste wohnungspolitische Ressource unserer Stadt.

Genossenschaftliches Wohnen und gemeinschaftliche Wohnprojekte leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung und Schaffung bezahlbaren Wohnraums sowie zur Bildung stabiler Nachbarschaften. Deshalb wollen wir sie durch gezielte Maßnahmen ausbauen, stärken und fördern.

Wir werden...

- **den Leerstand von Wohnraum konsequent bekämpfen**, eine kommunale Leerstandsatzung erlassen und durchsetzen. Weitere Instrumente sind ein städtisches Leerstandsmonitoring und eine Plattform, um Leerstände zu melden.
- **den Baulandbeschluss konsequent anwenden**. Den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, wie der ABG und der Nassauischen Heimstätte kommt dabei eine besondere wohnungspolitische Rolle zu, die sie auch erfüllen sollen.
- **weiterhin grundsätzlich keine städtischen Flächen verkaufen**. Kommunale Flächen sind Gemeingut und müssen es auch bleiben.
- **kreative Zwischennutzungen im Leerstand aktivieren**, ein systematisches städtisches Zwischennutzungsmanagement für städtische Immobilien etablieren und verfügbare Räume über eine Online-Plattform vermitteln.
- **die Einnahmen aus der Erbpacht für städtische Grundstücke zweckgebunden in den Liegenschaftsfonds der Stadt Frankfurt einzahlen**, um damit dauerhaft Grundstücksankäufe tätigen zu können.
- **Büros in Wohnungen umwandeln**.
- **Nachverdichtungspotenziale im Bestand nutzen** und neue Flächen in zentralen Lagen aktivieren.
- **Bebauungsplanverfahren für neue Quartiere** und einzelne Entwicklungen auch außerhalb des schon bebauten Gebiets, wie dem neuen Stadtteil der Quartiere vorantreiben.
- **Wohnungstausch für lebensphasen-gerechtes Wohnen im heimischen Stadtteil anregen** und koordinieren.
- **genossenschaftliches Wohnen massiv ausbauen**. Dafür werden wir die bereits eingeführte 15%-Quote für gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen im Baulandbeschluss konsequent durchsetzen. Bei größeren Neubaugebieten prüfen wir eine mögliche Erhöhung des Anteils.
- **die Neugründung einer städtischen Genossenschaft prüfen** und zusätzlich den Liegenschaftsfonds deutlich aufstocken, um ihn auch für genossenschaftliche Projekte zu nutzen.
- **gemeinschaftliche Wohnprojekte fördern** und das Netzwerk Frankfurt für

gemeinschaftliches Wohnen unterstützen. Clusterwohnen verdient dabei unsere besondere Aufmerksamkeit: Diese innovative Wohnform kombiniert private Rückzugsmöglichkeiten mit großzügigen Gemeinschaftsbereichen und ist besonders flächeneffizient und gemeinschaftsfördernd.

- **gemeinschaftlichen Wohnprojekten, die unsere Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlkriterien erfüllen, künftig kommunale Grundstücke zu einem Erbbauzins von nur 1% des Bodenwerts zur Verfügung stellen.**
- **mit einem Förderprogramm für gemeinschaftliche Wohnprojekte Finanzierungslücken schließen.**
- **durch den kommunalen Liegenschaftsfonds immer mehr Grundbesitz für die Stadt zukaufen, auf dem Wohnprojekte realisiert werden.**
- **lokale Unternehmen als Partner gewinnen** und gezielt Wohnen für Beschäftigte fördern, um den allgemeinen Wohnungsmarkt zu entlasten.
- **Hitzeschutz bei allen Neubauprojekten und Sanierungen der Stadt einplanen.** Vermieter\*innen müssen Zuschüsse aus einem Klimaanpassungsfonds erhalten, um Immobilien im Bereich Isolierung, Außenverschattung, Begrünung und ggf. auch Kühlung nachzurüsten.

### **Studierenden- und Azubi Wohnen stärken**

Frankfurt ist mit durchschnittlich 665 Euro für ein WG-Zimmer die zweit teuerste Universitätsstadt Deutschlands. Für viele junge Menschen wird Wohnen zum existentiellen Problem. Die dramatisch hohen Mieten führen zu einer sozialen Auslese beim Hochschulzugang. Nur wer sich Frankfurt leisten kann, studiert hier. Das können wir nicht akzeptieren. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Die Lebensqualität junger Menschen in Ausbildung ist ein wichtiger Maßstab für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung, die allen Bevölkerungsgruppen gerecht wird. Wohnangebote für Auszubildende spielen außerdem eine wichtige Rolle bei der Fachkräftegewinnung.

Bezahlbarer Wohnraum für Studierende und Auszubildende ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage.

Wir werden...

- **das „Frankfurter Programm zur Wohnraumförderung“ als Basis für mehr**

153 **bezahlbaren Wohnraum konsequent anwenden**, um preisgünstige Wohnheimplätze  
154 zu schaffen.

- 155 • **mindestens eine 5%-Quote für Studierende und Auszubildende bei allen**  
156 **Neubauprojekten der ABG und Nassauischen Heimstätte durch freiwillige**  
157 **Partnerschaften durchsetzen.**
- 158 • **eine Quote im aktualisierten Baulandbeschluss für neu entwickelte**  
159 **Baugebiete oder bereitgestellte Flächen verankern**, auf denen das  
160 Studierendenwerk bauen kann.
- 161 • **die Rahmenvereinbarungen mit dem Studierendenwerk auf andere**  
162 **Wohnungsgesellschaften ausweiten**, um eine Versorgungsquote von mindestens  
163 10% zu erreichen.
- 164 • **auch für Auszubildende den Wohnungsbau deutlich verstärken** und die  
165 Gründung eines Frankfurter Azubiwerks vorantreiben. Hierzu werden wir  
166 strategische Partnerschaften mit Unternehmen, Kammern, dem DGB und  
167 Verbänden schmieden, die als Finanzierungspartner und Träger fungieren.  
168 Mit dem Azubiwerk wollen wir in den kommenden 10 Jahren mindestens 500  
169 bezahlbare Wohnplätze für Auszubildende schaffen.
- 170 • **uns gegenüber der Bundesregierung für eine ortsbezogene bzw. städtische**  
171 **differenzierte Wohnraumpauschale beim BaföG einsetzen.**

## 172 **Mieter\*innenschutz**

173 Menschen dürfen nicht aus ihren Stadtvierteln und Wohnungen verdrängt werden,  
174 nur weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können! Mieter\*innenschutz stärkt  
175 den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

176 Wir werden...

- 177 • **Strukturen wie die Mietberatung im Amt für Wohnungswesen, die Stabstelle**  
178 **Mieterinnenschutz oder die GIMA Frankfurt aufrechterhalten**. Frankfurt  
179 braucht ausreichend Kapazitäten für diese Formen der Hilfe und Kontrolle  
180 gegen Mietwucher. Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch wahrnehmen.
- 181 • **uns dafür einsetzen, dass auf Landesebene die Möglichkeit erhalten bleibt,**  
182 **als Kommune einen Umwandlungsvorbehalt geltend zu machen.**
- 183 • **auf Bundesebene die Möglichkeit längerfristiger und nicht vorzeitig**  
184 **ablösbarer Sozialbindungen einfordern.**

- **einen stadtweiten Mieter\*innenbeirat einberufen**, der sich für die Rechte von Mieter\*innen gegenüber der Stadtverwaltung, dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung einsetzt. Bei wohnungspolitischen Maßnahmen soll er gehört werden.
- **fairen Verhalten von privaten Vermieter\*innen in einer Kampagne sichtbar machen und belohnen.**
- **das „Faire-Mieten-Gesetz“ der Grünen Bundestagsfraktion für ein echtes soziales Mietrecht unterstützen.** Für den Schutz von Mieter\*innen ist es dringend notwendig, die Mietpreisbremse zu erhalten, Ausnahmen für neue und möblierte Wohnungen abzubauen und die Möglichkeit zur Mieterhöhung bei bestehenden Mietverträgen einzuschränken.

## **A15 Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Antragsteller\*in:            Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt:    2.15 Bildungsoffensive: Für ein gutes  
Lernklima von Kita bis Beruf

### **Antragstext**

Kinder sind unsere Zukunft. Sie sollen unter den besten Bedingungen groß werden, egal ob in der U3-Betreuung, der Kindertagesstätte, der Grund- und weiterführenden Schule oder beim Übergang von der Schule ins Berufsleben. Um das zu erreichen, wollen wir Grüne am Ausbau qualitativ hochwertiger Bildungs- und Betreuungsangebote arbeiten und marode Schulgebäude sanieren. Wir setzen uns für eine inklusive Bildungslandschaft ein, die Chancengerechtigkeit auf allen Bildungsetappen herstellt und Beteiligung ermöglicht. Für uns ist dabei klar: Es darf hier nicht auf den Geldbeutel der Eltern oder den Wohnort ankommen. Wir setzen uns für Chancengleichheit in der ganzen Stadt ein!

Frankfurt steht darüber hinaus vor der Herausforderung, den Fachkräftebedarf in zentralen Sektoren wie Bildung, Pflege, Handwerk und Klimaschutz zu sichern. Die berufliche Bildung und die duale Ausbildung spielen dabei eine Schlüsselrolle. Frankfurt braucht für mehr Fachkräfte moderne Ausbildungsorte, attraktive Arbeitsbedingungen, kommunale Bündnisse mit der Wirtschaft und bezahlbaren Wohnraum. Nur so halten wir junge Menschen in der Stadt und gewinnen sie für gesellschaftliche Aufgaben.

Frankfurt muss den Wandel zur nachhaltigen, gerechten und wirtschaftlich resilienten Stadt aktiv gestalten. Wer morgen Fachkräfte binden will, muss heute Bildungsorte bauen, gute Chancen eröffnen und Ausbildung neu denken. Wir wollen Frankfurt zur Bildungs- und Ausbildungsmetropole machen und zu einer Stadt, die Vielfalt lebt und allen jungen Menschen echte Perspektiven bietet.

### **Unsere grüne Vision für Frankfurt**

Wir wollen...

- **positive Lernorte schaffen** und Schulgebäude wieder unterrichts- und lerntauglich machen.

- **Inklusion erfolgreich gestalten.**
- **unsere Stadt in ihrer Position als sozial nachhaltige und bildungsgerechte Stadt stärken.**
- **jeder Familie ein passendes und verlässliches Angebot der frühkindlichen Bildung und außerschulischen Betreuung machen** und den qualitativen und quantitativen Ausbau von Kita-Plätzen vorantreiben.
- **Schulen für die Folgen der Klimakrise fit machen** und zu Orten ausbauen, die den heutigen und zukünftigen Anforderungen an Lernräume gerecht werden.

## **Den Jüngsten die besten Chancen bieten**

Kitas und Kindertagespflegeeinrichtungen betrachten wir als Orte der frühkindlichen Bildung, des gemeinsamen Lernens und der individuellen Förderung. Für uns Grüne dürfen gute Startchancen nicht vom Elternhaus oder der Herkunft abhängen. Bildung ist ein Recht für alle, von klein auf!

Frühkindliche Bildung ist eine Investition in die Zukunft unserer vielfältigen Stadt. Besonders wichtig ist uns deshalb die Förderung der sprachlichen Bildung, um Bildungsgerechtigkeit von Anfang an zu sichern. Kitas sind unerlässlich für Chancengleichheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb ist der Ausbau von Betreuungsplätzen für uns eine zentrale Aufgabe – für die Kinder, ihre Familien, die Wirtschaft und eine gerechte Gesellschaft. Nur mit einer guten Kinderbetreuung schaffen wir eine nachhaltige, inklusive Zukunft für alle.

Wir werden...

- **den Ausbau von Kita-Plätzen vorantreiben.**
- **uns für die Attraktivität von Kitas einsetzen** und dem bestehenden Fachkräftemangel entgegenzutreten, vor allem durch bessere Ausbildungskonditionen, eine kürzere Ausbildungszeit, erweiterte Ausbildungskapazitäten und bezahlbare Wohnangebote. Mit wertschätzenden Maßnahmen wie reduzierten oder kostenfreien Eintritt in Kultur- und Freizeiteinrichtungen, kann Frankfurt Fachkräfte wie Erzieher\*innen halten.
- **für bessere Arbeitsbedingungen, sowohl der Erzieher\*innen als auch der Einrichtungsleitungen, sorgen.** Sozialassistent\*innen, Auszubildende und Praktikant\*innen dürfen nicht auf den Betreuungsschlüssel angerechnet

werden. Zusätzliche Kräfte u.a. für Hausmeister- und Verwaltungstätigkeiten sollen die Häuser stundenweise entlasten.

- **die Ausbildung von Pädagog\*innen für Kinder mit individuellem Unterstützungsbedarf attraktiver machen.**
- **die Kita-Anmeldung erleichtern** und uns für eine transparente Vergabe von Kita-Plätzen einsetzen. Benachteiligte Familien sollen leichter Zugang zu Kita-Plätzen erhalten.
- **die Kommunikation zwischen Kita-Leitung, Erzieher\*innen und Eltern mit Hilfe von digitalen Mitteln vereinfachen.**
- **eine Qualitätsoffensive für Einrichtungen auf den Weg bringen.** Eltern von Kindern mit besonderen Bedürfnissen brauchen mehr individuelle Angebote. Dafür erhalten Fachkräfte u.a. Fortbildungsangebote und Supervisionen.
- **die Öffnungszeiten von Kitas flexibilisieren.**
- **den Bau von Betriebs-Kitas fördern.**
- **ein Betreuungsplatz-Sharing anstreben.** Damit können sich mehrere Familien einen Kita-Platz teilen und ihn an verschiedenen Wochentagen nutzen. Der monatliche Preis je Familie sinkt entsprechend.
- **beider Kitaplatz-Vergabe künftig dafür eintreten, dass der Rechtsanspruch des Kindes auf Bildung stärker berücksichtigt wird.** Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung und dieses Recht beginnt in der Kita. Bei der Platzvergabe sollen in Zukunft deshalb insbesondere Familien bedacht werden, die einen Kitaplatz sehr dringend benötigen.
- **die Kindertagespflege als tragende Säule frühkindlicher Bildung stärken** und setzen uns für eine angemessene Vergütung von Tageseltern ein.
- **flexible Betreuungsmodelle und die „Über-Nacht-Betreuung“ finanziell absichern** z.B. durch Kooperationen zwischen Kita und Tageseltern.
- **sprachliche Bildung ab der Kita insbesondere solchen Kindern zugutekommen lassen, die einen erhöhten Unterstützungsbedarf haben,** zum Beispiel Kindern, die Deutsch als Zweitsprache (DaZ) lernen. Wir unterstützen die gezielte Förderung der Deutschkenntnisse. Gleichzeitig betonen wir den Mehrwert von Mehrsprachigkeit und die Gleichwertigkeit aller Sprachen.



- **aktiv an der Weiterentwicklung der bereits bestehenden Familienzentren mitwirken.** Eine bessere Zusammenarbeit von Kitas und Grundschulen überbrückt mögliche Brüche beim Übergang.

## **Ganztag für alle Grundschulkinder Frankfurts**

Wir setzen uns dafür ein, dass kein Kind durch das Betreuungsnetz fällt. Ganztagsbetreuung verbessert nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern hat auch eine gesellschaftliche Dimension. Der Anspruch auf Ganztagsbetreuung fördert die Chancengleichheit aller Kinder.

Wir werden...

- **die räumlichen Voraussetzungen für den Ganztag schaffen, indem wir Schul-Mensen bauen.**
- **das Ganztagsangebot flächendeckend qualitativ ausbauen.**
- **uns für eine größtmögliche Verlässlichkeit und hohe Qualität für den Ganztag in allen Stadtteilen bzw. Bildungsregionen Frankfurts einsetzen.** Der zügige Ausbau der notwendigen Infrastruktur und Kooperationen mit Vereinen vor Ort tragen dazu bei.
- **Eltern von Kindern mit Sprachdefiziten, Behinderungen oder anderen besonderen Bedarfen bei der Wahl von Förderangeboten unterstützen.** Dazu kooperieren wir mit den Trägern der Jugendhilfe und Elterninitiativen.
- **in weiterführenden Schulen das Ganztagsangebot für Schüler\*innen bis zur siebten Klasse qualitativ und quantitativ ausbauen.**
- **Schulräume durch neue und flexiblere Schließsysteme ganztägig nutzbar machen.**

## **Für Schulen mit gutem Lernklima**

Frankfurt braucht eine echte Schulbau- und Sanierungsoffensive, denn in vielen Gebäuden kann aktuell weder gelehrt noch gelernt werden. Diese Situation muss sich ändern: Wir wollen in den Ausbau und die nachhaltige Sanierung von Schulen in Frankfurt investieren und die öffentliche Verwaltung dabei unterstützen, das Bestandsmanagement effizient, modern und nachhaltig zu gestalten. Wir wollen neue, moderne und inklusive Bildungsräume schaffen, in denen Kinder sich wohlfühlen, leben und lernen können. Diese Maßnahmen umfassen, neben den

Schulgebäuden, auch Toiletten, Kantinen, Turnhallen, Schwimmbäder und Schulgärten.

Ein zweiter Schwerpunkt liegt in der Klimafolgenanpassung im Schulsektor: Schulinfrastruktur muss besser vor Schäden durch Extremwetterereignisse (Starkregen, Stürme) geschützt werden und darf die Gesundheit von Schüler\*innen und Lehrer\*innen nicht beeinträchtigen. Steigende Temperaturen und starke Sonnenstrahlung erhöhen das Risiko der UV- und hitzebedingten Erkrankungen. Deshalb setzen wir uns für integrierte Klimaschutzkonzepte und einen städtischen Hitzeschutzplan für Schulen ein.

Wir werden...

- **die Schulbauoffensive weiter vorantreiben** und Schulgebäude zu Orten mit positiver Lernatmosphäre umbauen.
- **die sehr hohen Investitionsmittel für den Schulbau und die Schulsanierungen schnell und effizient nutzen.** Dazu brauchen wir eine klare politische Priorisierung und die entsprechenden Strukturen in den Ämtern der Stadt, sowie eine gute Zusammenarbeit zwischen dem zuständigen Dezernat und den Ämtern.
- **die Auslagerung der wichtigsten Bau- und Sanierungsprojekte an eine Bildungsbaugesellschaft unterstützen.**
- **Schulräume im Rahmen der Sanierung zu gesunden Lernorten umgestalten**, die bei Hitze im Sommer abkühlen.
- **einen umfassenden städtischen Hitzeschutzplan für Schulen erarbeiten** und Schulen bei der Erstellung von Hitzeaktionsplänen unterstützen.
- **in enger Kooperation mit den Schulen integrierte Klimaschutzkonzepte erstellen**, die auf Programmen wie „Energie und Klimaschutz an Frankfurter Schulen“ sowie dem Modell der „Klimaschulen“ basieren.
- **ein Budget für Schulen zum kurzfristigen Hitzeschutz einrichten**, um mit akuten Hitzewellen umgehen zu können, z.B. durch die Anschaffung von Ventilatoren.
- **durch Energieeffizienzmaßnahmen alle Schulen bis 2030 klimaneutral umbauen:** durch die Umstellung auf LED-Beleuchtung, energetische Sanierungen, den Einsatz erneuerbarer Energie, verbesserte ÖPNV-Angebote und weniger Ressourcenverbrauch. Klimaschutzkriterien bei der Beschaffung sparen CO<sub>2</sub> und Kosten.

- **schnell umsetzbare Projektideen der Schulen fördern**, die sie unbürokratisch, in Eigenverantwortung und mit finanzieller Unterstützung der Stadt realisieren können.
- **in allen Schulen Trinkwasserbrunnen installieren.**
- **sicherstellen, dass alle Schulen mit hygienischen, funktionstüchtigen und altersgerechten Sanitäreinrichtungen ausgestattet sind.**
- **dafür sorgen, dass in allen Schulen kostenfreie Hygieneartikel wie Tampons und Binden bereitgestellt werden.**
- **in die Fassaden- und Dachbegrünung von Schulgebäuden investieren.**
- **Schulhöfe entsiegeln** und durch mehr Grünflächen, Bäume und Wasserelemente naturnah umgestalten.
- **Schulgärten und „Grüne Klassenzimmer“ als lebendige Räume für nachhaltige Bildung fördern.**
- **weitere Projekte nach dem Konzept der „Kinder- und Jugendfarm“ (pädagogisch betreute Aktivspielplätze) auf den Weg bringen.**
- **Bildungsräume mit mehr Rückzugsmöglichkeiten, dialogfördernden Lernangeboten und Platz für Bewegung ausstatten.**
- **die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken** und gemeinsam mit dem Ernährungsbeirat Frankfurt Konzepte für gesunde, regionale und nachhaltige Verpflegung in Kitas und Schulküchen entwickeln.
- **uns dafür einsetzen, dass die Themen der nachhaltigen Entwicklung verstärkt thematisiert werden** und dazu die Kooperation mit dem Verein Umweltlernen ausbauen.
- **barrierefreie Verkehrswege für Kinder sicherstellen.**

## **Demokratiebildung: Mitbestimmung lernen**

In einer demokratischen Gesellschaft sollen Schüler\*innen frühzeitig demokratische Teilhabe als Grundstein für ein friedliches und wertschätzendes Miteinander in unserer Gesellschaft erleben und aktiv an der Schulgemeinschaft mitwirken können.

Wir werden...

- **dafür Sorge tragen, dass Demokratiebildung fester Bestandteil von Unterricht und Schulalltag wird.**
- **Kindern und Jugendlichen mehr Mitsprache ermöglichen.** Ein Grüner Erfolg ist das Kinder- und Jugendparlament in Frankfurt, das wir auch künftig finanziell und ideell fördern werden. Öffentliche Gremien wie die Ortsbeiräte sollten regelmäßig in verschiedenen Schulen tagen.
- **Lehrgänge für die Verwaltung zum Thema Kinderrechte einführen und Kinderrechte damit zu einem Maßstab städtischen Handelns machen.**
- **Erzieher\*innen Fortbildungen zu Demokratiebildung anbieten.**
- **das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen systematisch durch Umfragen erheben.**
- **ausreichend finanzielle Mittel für Demokratieförder-Tage an allen Schulen bereitstellen.**

## Rückenwind für digitale Bildung an Schulen

Wir wollen Frankfurt zur Vorreiterin bei der digitalen Bildung machen. Mit den erforderlichen Geräten sind viele Schulen bereits ausgestattet. Nun gilt es, deren sinnvollen Einsatz zu festigen. Es mangelt aber an praktikablen Regeln, an der Administration durch Fachpersonal und einer an den Unterrichtsinhalten orientierten Fortbildung des Lehrkörpers.

Wir Grüne wollen digitale Bildung sozial und ökologisch nachhaltig voranbringen. Dabei begreifen wir die Digitalisierung an Bildungseinrichtungen auch als wertvolle Möglichkeit, Inklusion und Teilhabe für alle zu fördern.

Wir werden...

- **die digitale Ausstattung und deren Einsatz im Unterricht vorantreiben** und Frankfurt zur Vorreiterin bei der digitalen Bildung machen. Dafür statten wir alle Schulen und Lernräume mit digitalen Lernmitteln aus und fördern digitale Kompetenzen ab der Grundschule.
- **die besondere Expertise des Medienzentrums Frankfurt in diesen Prozess einbeziehen.**

- **den innovativen und nahtlosen Einsatz zeitgemäßer Lernmaterialien, frei zugänglicher Bildungsressourcen und Open-Source-Technologien fördern.** Künstliche Intelligenz (KI), Programmieren und auch die kritische Reflexion neuer Technologien erweitern das Angebotsspektrum.
- **uns dafür einsetzen, dass es barrierefreie Lernmaterialien sowie digitale Geräte mit entsprechender technischer Erweiterung an allen Schulen gibt,** um auch beim digitalen Lernen Inklusion zu verwirklichen. Bei Neuanschaffungen sollen Schüler\*innen mit Förderbedarf und Behinderung besonders berücksichtigt werden.
- **Lehrkräfte optimal auf den digitalen Unterricht vorbereiten.** Deshalb intensivieren wir die Kooperation mit Universitäten und der Bildungsforschung. Wir setzen uns für mehr Medienkompetenz, vielfältige Fortbildungen sowie Schulungen zu pädagogischen Konzepten des digitalen und KI-gestützten Unterrichts ein.
- **eine städtische Plattform für Schulen und Lehrkräfte einrichten,** auf der alle wichtigen Informationen für die pädagogische Praxis gebündelt zu finden sind: von Formularen, einer Übersicht aller Fristen (beispielsweise zur Meldung von pädagogischem Förderbedarf) sowie beispielhafte Abläufe und Vorgehensweisen (z.B. beim Übergang von Jahrgangsstufe 4 zu 5) oder Budget-Übersichten und ihre Verwendungszwecke. Dazu gehören auch alle relevanten Informationen des Hessischen Kultusministeriums.
- **die Zusammenarbeit mit innovativen Lernräumen wie dem TUM0-Lernzentrum und der Stadtbücherei stärken.** Gemeinsam mit Vereinen für digitale Bildung werden wir das Stadtlabor ausbauen, Informatik-Fachtage, Projektstage und Hackathons veranstalten.

## **Lernen, leben, lachen: Inklusive und gesunde Schule**

Wir wollen Schulen zu Orten machen, an denen gleichermaßen gelernt, gelebt und gelacht wird. Kinder bringen Wissensdurst, Kreativität und Lernfreude mit in die Schule. Diese Fähigkeiten wollen wir über die gesamte Schulzeit erhalten und fördern. Deshalb setzen wir uns für inklusive Bildungskonzepte ein, die gesunde Ernährung, psychosoziale Gesundheit und ein besseres Lernklima für alle beinhalten.

Wir werden...

- **die Umsetzung inklusiver Bildungskonzepte fördern** und dafür mehr

Ressourcen bereitstellen. Alle Kinder sollen – unabhängig von Herkunft oder Fähigkeiten – die gleiche Chance auf eine qualitativ hochwertige Bildung haben. Das erfolgreiche Modellprojekt zur inklusiven Beschulung werden wir weiter ausbauen.

- **ein tolerantes Schulklima, gendersensible Pädagogik, individuelle Leistungsbeurteilungen und Diversität fördern.**
- **uns für individuelle Förderung, interkulturelles Lernen, angepasste Klassengrößen und bessere Kooperationen mit den Eltern einsetzen.**
- **alle Schulen räumlich und personell so ausstatten, dass Schüler\*innen mit Förderbedarf dort inklusiv unterrichtet werden können.**
- **Schulsozialarbeit als wichtige präventive Maßnahme ausbauen.**
- **uns dafür einsetzen, dass mehr Stellen für Schulpsycholog\*innen geschaffen werden, um die psychische Gesundheit aller Schüler\*innen zu verbessern.**
- **Projekte zur Gewaltprävention an jeder Schule etablieren** (z.B. gegen Mobbing). Der Einsatz von Konfliktlots\*innen, eine Streitschlichter\*innen-Ausbildung sowie Mentoringprogramme wirken Gewalt entgegen.
- **Schulen bei der Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendhilfe, mit Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und sozialen Diensten unterstützen.**
- **die Zusammenarbeit mit dem Ernährungsrat stärken und mehr Schulküchen und Mensa-Plätze zu schaffen.**
- **die Ausschreibung des Schulcaterings für nachhaltige und lokale Anbieter\*innen vereinfachen.**
- **mit dem Schulamt, Anbieter\*innen und dem Ernährungsrat die Rekommunalisierung der Kita- und Schulverpflegung fördern.** Bei der Vergabe von Cateringaufträgen werden wir mehr Transparenz einfordern und die Qualität des Schulessens genauer prüfen. Schulen sollen außerdem mehr Ernährungsbildung anbieten.
- **Ernährungsbildung von klein auf fördern.**
- **Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung einführen.**
- **den „Runden Tisch Schulernährung“ regelmäßig einberufen und alle**

relevanten Akteur\*innengruppen mit einbeziehen.

## **Gut vernetzt, gut genutzt, gut geschützt**

Kindertagesstätten und Schulen sind Orte, an denen sich alle Kinder wohlfühlen sollen. Hier erhalten sie in schwierigen Lebenslagen auch Hilfe. Eine gute Vernetzung mit anderen Institutionen in der Stadt stärkt Kitas und Schulen bei dieser Aufgabe den Rücken.

Wir werden...

- **das Modell der Kinder- und Familienzentren (KiFaZe) in Frankfurt ausbauen** und den Finanzierungsrahmen anpassen.
- **uns für die Einführung des Modellprojekts Kitasozialarbeit nach dem Vorbild in Rheinland-Pfalz in ausgewählten Stadtteilen einsetzen.**
- **Grundschulen zu Stadtteilzentren weiterentwickeln:** Im Anschluss an das Ganztagsangebot sollen ihre Räumlichkeiten vielseitig nutzbar sein. Eine stärkere Vernetzung mit Vereinen, Anbietern der Jugend-/Sozialhilfe sowie Kitas ist dafür zielführend.
- **die Kooperationen zwischen Grundschulen und Kindertagesstätten verbessern.**
- **die Schulhöfe in den Stadtteilen zur allgemeinen Nutzung öffnen, z.B.** durch die Vereinfachung der Haftungs- und Schlüsselfragen.

## **Ausbildung attraktiver gestalten**

Junge Menschen sollen eine Ausbildung wieder als echte Perspektive erleben können. Neben guten Inhalten zählt auch das Umfeld: Wohnen, soziale Sicherheit und eine Stadt, die Ausbildung wertschätzt. Gerade in Frankfurt mit seinem angespannten Wohnungsmarkt, braucht es kommunale Programme für Azubi-Wohnraum. Auch für soziale Berufe wie Pflege, Erziehung und Gesundheit sind sichere, wohnortnahe Bedingungen wichtig, um Fachkräfte zu binden. Wer ausbildet, braucht Sichtbarkeit – und öffentliche Anerkennung.

Wir werden...

- **das städtische Ausbildungsmarketing stärken.** Die Stadt sollte gemeinsam mit Kammern, Verbänden und Bildungsträgern ein übergreifendes Ausbildungsmarketing entwickeln. Ziel ist es, die Sichtbarkeit und

Attraktivität der dualen Ausbildung zu erhöhen – insbesondere durch stadtweite Kampagnen, Social-Media-Formate und eine verstärkte Präsenz auch an Gymnasien.

- **Azubi-Wohnraum kofinanzieren.** Die Stadt entwickelt ein kommunales Förderprogramm für Azubi-Wohnheime, das Wohnungsbaugesellschaften und gemeinwohlorientierte Träger gezielt einbindet. Erfolgreiche Modelle wie in München können als Vorbild dienen.
- **die Zielgruppenansprache diversifizieren.** Bereits bestehende Programme zur Berufsorientierung sollen gezielt weiterentwickelt werden – insbesondere für bislang unterrepräsentierte Gruppen wie Frauen in Technik, Menschen mit Behinderung oder Studienabbrecher\*innen. Die Stadt kann diese Programme u. a. durch schulische AGs, aufsuchende Formate oder Berufsmessen ergänzen.
- **ein Investitionsprogramm zur Unterstützung der kommunalen Schulträger für die Modernisierung von beruflichen Schulen auf den Weg bringen.**
- **den Zugang zur Ausbildung für benachteiligte Jugendliche verbessern.** Die Stadt soll Angebote für Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf gezielt ausbauen – etwa durch sozialpädagogische Begleitung, niedrigschwellige Beratung und Übergangsmaßnahmen zwischen Schule und Ausbildung.
- **die individuelle Ausbildungsbegleitung für Schulabsolvent\*innen aus benachteiligten Familien weiter fördern.** Berufliche Schulen bieten Durchlässigkeit in der Bildungskarriere und Chancen auf höhere Bildungsabschlüsse. Das werden wir herausstellen.
- **Teilzeitangebote von städtischen Trägern und Arbeitgebern gezielt ausbauen.** Viele Auszubildende müssen parallel auch Pflegearbeit zu Hause leisten. Wir entlasten sie damit.
- **den Berufsbildungscampus West zügig umsetzen.** Höchst erhält damit einen neuen und gemeinsamen Standort für die Paul-Ehrlich-Schule und die Ludwig-Erhard-Schule. Die Flächen dafür muss die Stadt schnellstmöglich sichern.

## Berufliche Bildung und Weiterbildung stärken

Eine moderne und leistungsfähige Berufsbildungslandschaft ist die Grundlage für die Fachkräfteversorgung von morgen. Frankfurt muss dem jahrzehntelangen Investitionsrückstau bei seinen Berufsschulen entschieden entgegentreten. Viele



Schulstandorte sind sanierungsbedürftig oder räumlich überlastet – und entsprechen nicht mehr den Anforderungen einer dualen Ausbildung im digitalen und klimagerechten Zeitalter. Die Stadt steht in der Verantwortung, attraktive Lernorte zu schaffen, schulübergreifende Kooperationen zu stärken und schulische Berufsorientierung stärker mit den Bedarfen der lokalen Wirtschaft zu verknüpfen.

Berufliche Bildung ist ein zentrales Element eines durchlässigen Bildungssystems, das Chancengerechtigkeit fördert, gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und Integration sowie Bildungserfolge unterstützt. Gleichzeitig besteht ein hoher Bedarf an qualifizierten Fachkräften. Grüne Ziele sind daher eine höhere Attraktivität beruflicher Bildung, ihr gleichwertiges Ansehen im Verhältnis zum Studium und eine bessere Berufswahlkompetenz der künftigen Azubis.

Lebenslanges Lernen stärkt eine demokratische Gesellschaft. Mit dem Wandel unserer Gesellschaft verändern sich auch die Anforderungen, die Beruf und Alltag an den und die Einzelne\*n stellen. Weiterbildung ist eine Investition in die Zukunft!

Wir werden...

- **Lernorte besser vernetzen.** Die Stadt soll die bestehenden Lernortkooperationen zwischen Schulen, überbetrieblichen Ausbildungszentren, Hochschulen und Betrieben weiter fördern und institutionell verankern – z. B. durch feste Ansprechpartner\*innen, gemeinsame Formate und eine Koordinierung im Bildungsdezernat.
- **uns dafür einsetzen, den Bildungspunkt für die berufliche Bildung und Weiterbildung aufzuwerten.** Jobcenter, Arbeitsagentur und weitere Akteur\*innen wie die VHS und die IHK beziehen wir ein.
- **Praxistage und Praktikumsmodelle in Schulen fördern.** Die Stadt soll gemeinsam mit Schulen und Betrieben flexible Praxismodelle ermöglichen: etwa mehrtägige Praxistage, projektbezogene Praktika oder Schnupperformate. So können Jugendliche frühzeitig Einblicke in berufliche Felder gewinnen und Ausbildungshemmnisse abbauen.
- **Kooperationsvereinbarungen mit Kammern ausbauen.** Mit der IHK und der HWK soll verbindliche Vereinbarungen zur Ausbildungsoffensive treffen – z. B. durch regelmäßige Abstimmungen, gemeinsame Programme zur Berufsorientierung und abgestimmte Übergangsstrategien zwischen Schule und Ausbildung.

- **den niedrigschwelligen Zugang zu guten Bildungsangeboten wie Bildungsurlaube oder Freizeitangebote fördern** und die Kurse für Deutsch als Fremdsprache quer zu allen Altersgruppen ausbauen.
- **Kurse für ein inklusives Publikum und Unterricht für erwachsene Analphabeten fördern.**

## **Kritisch und kreativ mit mehr Medienkompetenz**

Mediale Kommunikation wird in unserer Gesellschaft immer wichtiger und ist im Alltag allgegenwärtig. Der digitale Raum ist mit dem analogen Raum längst zu einer Realität verwoben. Das macht Medienbildung immer bedeutender. Sie ist unabdingbar für die gesellschaftliche Teilhabe sowie die individuelle Selbstverwirklichung, umfasst sämtliche Medien und betrifft alle Altersgruppen.

Medienbildung trägt dazu bei, dass Menschen Medien lesen und verstehen, sie kritisch hinterfragen und Desinformationen erkennen können. Darüber hinaus vermittelt Medienbildung viele Fähigkeiten, um Medien selbst einzusetzen – von Bildgestaltung bis Filmproduktion. Bewegtbild wird immer wichtiger. Der eigene kreative Einsatz trägt auch zum besseren Verständnis bei. Schließlich gehört zur Medienkompetenz auch die Kenntnis der Bandbreite und Eignung von Medien. Medienbildung fördert grundsätzlich eine kritische Haltung und schützt im Effekt Gesellschaft und Demokratie vor Manipulation und Deep Fakes. Eine wichtige Zielgruppe von Medienbildung sind Eltern und Lehrkräfte, die Medien beurteilen können müssen und auch mit Bewusstsein als Mittel der Vermittlung einsetzen.

Wir werden...

- **die Zusammenarbeit von Schulen mit dem Medienzentrum Frankfurt weiter ausbauen und fördern.**
- **problemorientiertes Lernen und den Einsatz von Medien als Kollaborationstools fördern.**
- **die Medienkompetenz zum kritischen Umgang mit Deep Fakes, Chatbots und KI intensiv fördern.**
- **die Bild- und Filmkompetenz gezielt fördern**, um sowohl Desinformationen besser zu erkennen, als auch um Medien selbst nutzen zu lernen. Dazu fördern wir die Vernetzung der Frankfurter Kultur- und Bildungseinrichtungen.
- **die vorbildliche Arbeit des AK Medien weiter unterstützen.** Der

412 Arbeitskreis widmet sich vor allem der Medienbildung von Kindern und  
413 Jugendlichen.

414 • **uns dafür einsetzen, dass es ein besseres Medienbildungsangebot für**  
415 **Erwachsene gibt.** Dazu wollen wir die Akteur\*innen im Bereich Medienbildung  
416 und Erwachsenenbildung an einen Tisch holen und eine Initiative nach dem  
417 Vorbild des AK Medien schaffen.

418 • **uns dafür einsetzen, das Angebot an Medienbildung für Lehrkräfte und**  
419 **Eltern zu verbessern.**

## **A16 Gesundheit: Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe**

Antragsteller\*in:            Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt:    2.16 Gesundheit: Menschenrecht und  
                                 Gemeinschaftsaufgabe

### **Antragstext**

Gesundheit ist Teil einer gerechten, klimaresilienten Stadt für alle. Wir stehen für eine barrierefreie, inklusive Gesundheitsversorgung mit hoher Qualität und wollen die medizinische Grundversorgung im ganzen Stadtgebiet flächendeckend nicht nur sicherstellen, sondern ausbauen. Sie soll nachhaltig und zukunftsorientiert an veränderte Bedarfe angepasst werden. Nicht alle Menschen dieser Stadt profitieren derzeit gleichermaßen vom Recht auf Gesundheit. Das wollen wir ändern. Für uns ist Gesundheit keine Ware, sondern ein Menschenrecht..

Frankfurt steht vor großen gesundheitspolitischen Herausforderungen: von ungleichen Lebensbedingungen bis hin zu steigenden Temperaturen. Die gesundheitlichen Folgen der Erderhitzung sind schon heute körperlich und psychisch deutlich spürbar. Gesundheit für alle fängt mit Prävention und guter Ernährung an, aber eben auch mit einem besseren Schutz vor den Klimaveränderungen und ihren Folgen. Unsere Maßnahmen zur Klimaanpassung an Gebäuden und im öffentlichen Raum tragen dazu bei, die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels abzumildern. Wir verbinden Klimapolitik mit Gesundheitsschutz, weil beides zusammengehört.

### **Unsere grüne Vision für Frankfurt**

Wir wollen...

- **Prävention als Fundament städtischer Gesundheitspolitik verankern.**
- **Frankfurt auf die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise vorausschauend vorbereiten.**
- **eine flächendeckende, solidarische Gesundheitsversorgung für alle sicherstellen.**

- **Ressourcen für gleiche Gesundheitschancen überall fair verteilen.**

## **Gut für die Gesundheit: Natur in der Stadt**

Wir müssen unser Gemeinwesen besser auf neue Belastungen einzustellen, die schwere Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen haben. Schädliche Einflüsse wie der Klimawandel, Umweltbelastungen oder Pandemien treffen auf ein Gesundheitswesen, das weder strukturell noch finanziell diesen zunehmenden Anforderungen gewachsen ist.

Daher müssen wir mehr für Prävention tun. Krankheiten durch Klimawandel und Umweltverschmutzung können wir so eindämmen oder verhindern. Die Zahl der Hitzetoten liegt bundesweit aktuell bei rund 5.000 pro Jahr. Hinzu kommt eine noch größere Zahl von Menschen, die klimabedingt an Herz-Kreislauf-, Lungen- und Bronchialerkrankungen oder Depressionen leiden, was vorzeitige Sterbefälle begünstigt.

Natur hat einen sehr positiven Einfluss auf uns Menschen. Frankfurts Grünflächen und -anlage wirken als schattenspendende Oasen in der Stadt gesundheitsfördernd und tragen auch zum psychischen Wohlbefinden bei.

Bei der Prävention von Erkrankungen darf der soziale Aspekt nicht außer Acht gelassen werden: Die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels treffen vornehmlich Kinder, Schwangere, alte Menschen und finanziell Schwächere. Schwierige soziale Lagen gelten erwiesenermaßen auch als Risikofaktor für chronische Erkrankungen.

Wir werden...

- **die Hitzeresilienz in der Stadt fördern und Erholungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum schaffen.** Dies erreichen wir, indem wir dem Hitzeplan des Gesundheitsamtes folgend, Bürger\*innen informieren und beraten, kühle Orte in der Stadt identifizieren und nutzen und die Gesundheits- und Sozialsysteme auf Hitzeperioden gut vorbereiten.
- **Sozial- und Gesundheitseinrichtungen bei der Hitzeanpassung unterstützen,** z.B. indem wir die Finanzierung von Investitionskosten durch die Stadt Frankfurt zeitlich begrenzt anheben.
- **Gebäude- und Fassadensanierungen fördern,** insbesondere die Außenverschattung. Das gilt ausdrücklich auch für Gebäude mit günstigem Wohnraum oder Sozialwohnungen.

- **öffentliche Plätze mit Sitzgelegenheiten, kostenlosem Zugang zu Trinkwasser, Verschattung und intensiver Begrünung gestalten** – insbesondere in der Innenstadt und Stadtteilen mit dichter Bebauung und hoher Einwohnerzahl.

## **Für eine nachhaltige und gesunde Ernährung**

Was wir wann essen und wie wir Lebensmittel einkaufen, lagern und zubereiten, hat einen bedeutenden Einfluss auf das Klima und unsere Gesundheit. Eine gesunde und nachhaltige Ernährung ist daher nicht nur eine individuelle, sondern auch eine soziale und politische Aufgabe. Unser Ziel ist es, möglichst vielen Menschen den Zugang zu einer solchen Ernährung zu ermöglichen. Besonders wichtig ist uns die ausgewogene und vielfältige Verpflegung von Kindern und Jugendlichen in Kitas und Schulen, um dort gesundheitliche Risiken zu verringern und Krankheiten vorzubeugen.

Die Stadt Frankfurt am Main hat bereits 2015 den „Milan Urban Food Policy Pact“ unterzeichnet. Sie verpflichtet sich damit, die städtische und stadtnahe Landwirtschaft zu fördern und der Bevölkerung den Zugang zu gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln zu sichern. Nachhaltige Versorgungsketten leisten einen maßgeblichen Beitrag zur Gesundheit der Bevölkerung und machen auch die Regionalwirtschaft widerstandsfähig. Darüber soll der flächendeckende Zugang zu Trinkwasser gewährleistet werden, der gerade im Zuge von zunehmenden Hitzesommern lebensnotwendig ist.

Wir werden...

- **eine kommunale Ernährungsstrategie entwickeln**, um aus den Vorgaben des „Milan Urban Food Policy Pact“ geeignete lokale Maßnahmen abzuleiten.
- **den Frankfurter Ernährungsrat stärker einbinden und finanziell fördern.** Ernährungsräte bündeln zivilgesellschaftliche Initiativen und unterstützen als lokale Kompetenzzentren eine nachhaltige Ernährungspolitik.
- **dafür sorgen, dass Frankfurt dem Netzwerk der Bio-Städte beiträgt.** Dieses Netzwerk setzt sich unter anderem für eine stetige Erhöhung des Bio-Anteils in der öffentlichen Beschaffung und für die Bereitstellung urbaner Flächen zum privaten und gemeinschaftlichen Obst- und Gemüseanbau ein. Wir fordern zudem, dass bei städtischen Veranstaltungen verstärkt auf ein umwelt- und sozialverträgliches Speisen- und Getränkeangebot geachtet wird – durch regionale, saisonale und möglichst pflanzliche Produkte und die vorzugsweise Nutzung fair gehandelter Waren.
- **eine zentrale Anlaufstelle für nachhaltige Ernährung innerhalb der**

**Stadtverwaltung einrichten**, damit das Thema querschnittlich bzw. ressortübergreifend Berücksichtigung findet. Die Stelle übernimmt die Koordination und Umsetzung entsprechender Maßnahmen.

- **ein „House of Food“ (HOF) als „Umschlagort für Wissen und Waren“ in Frankfurt aufbauen**, der Menschen zusammenbringt, Erfahrungsaustausch ermöglicht und das Thema nachhaltige und regionale Ernährung erlebbar macht. Die ersten Aktivitäten des HOF unterstützen wir bereits und begrüßen sowohl die bisherigen Initiativen als auch das entstandene Konzept. Nun braucht es einen festen Standort samt öffentlicher Gemeinschaftsküche und „Food Hub“ für die Verarbeitung, Logistik und Vermarktung lokal und regional produzierter Lebensmittel. Das HOF soll insbesondere kleinen Erzeugern helfen, ihre Produkte zu verarbeiten und zu vermarkten. Es soll auch dazu beitragen, dass Frankfurts Schüler\*innen eine erschwingliche Mittagsverpflegung mit ausgewogenen und gesunden (Bio-)Zutaten erhalten.
- **die Versorgung mit kostenlosem Trinkwasser bei Veranstaltungen verbessern.** Wir werden Veranstalter\*innen verpflichten, an allen Veranstaltungsorten mit städtischer Beteiligung oder Förderung (z.B. Waldstadion, Messe, Festhalle) und in allen städtischen Einrichtungen wie Museen oder Theatern kostenlos Trinkwasser anzubieten. Alle anderen Veranstalter\*innen wollen wir motivieren, dem Vorbild zu folgen.
- **die Marktordnung so umgestalten, dass sie regionalen und nachhaltigen Erzeuger\*innen mehr Anreize zur Teilnahme bietet.** Ihr Anteil auf den Wochenmärkten soll deutlich steigen. Mit gestaffelten Marktgebühren hätten sie handfeste Vorteile: Wer regionale Bio-Produkte anbietet oder andere nachhaltige Erzeugnisse verkauft und aktiv zur Müllvermeidung beiträgt, wird finanziell begünstigt.

## **Kliniken: Flächendeckende medizinische Versorgung aus öffentlicher Hand**

Die anhaltende Krise um die Krankenhausfinanzierung stellt alle Akteur\*innen im Gesundheitswesen vor große Herausforderungen. Auch auf den Klinikverbund Frankfurt-Main-Taunus/Varisano mit dem Krankenhaus in Höchst und auf die Kliniken der Stiftung Hospital zum Heiligen Geist wirkt sich die Situation spürbar aus. In dieser schwierigen Lage setzen wir uns klar für eine verlässliche, wohnortnahe und qualitativ hochwertige stationäre Versorgung in öffentlicher Hand und unter kommunaler Verantwortung ein.

Wir werden...

- **den Klinikverbund Frankfurt-Main-Taunus aufrechterhalten und stärken.** Mit den Standorten in Höchst, Bad Soden und Hofheim ist er ein wichtiger Garant für eine flächendeckende kommunale Gesundheitsversorgung. Das Klinikum in Höchst ist einer von vier Maximalversorgern in Frankfurt. Der Verbund bietet exzellente Medizin, bleibt somit unverzichtbar und in öffentlicher Hand.
- **das Zukunftskonzept „Varisano“ unterstützen.** Wir stehen hinter dem Restrukturisierungskonzept mit dem Ziel, den Klinikverbund bis Ende 2029 wirtschaftlich zu stabilisieren. Als Gesellschafter sichern wir bis dahin die erforderliche Liquidität und begleiten die Strukturveränderungen.
- **die bauliche Entwicklung weiterführen.** Die ausstehenden baulichen Erneuerungen am Standort Höchst – insbesondere den Neubau einer psychiatrischen Klinik – befürworten und begleiten wir weiter.
- **moderne Angebote auch in einer der ältesten Stiftungen der Stadt schaffen.** Das Nordwestkrankenhaus bietet eine sehr umfangreiche und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung. Auch das deutlich kleinere Hospital zum Heiligen Geist in der Innenstadt ist ein Standort mit Zukunft. Wir wollen beide Häuser weiterentwickeln und dafür die Chancen der Krankenhausreform nutzen.
- **die kommunale Krankenhausplanung stärken.** Die Stadt ist nicht nur Trägerin von Krankenhäusern, sondern sie unterstützt auch alle anderen stationären Angebote bei ihrer Vernetzung und Fortentwicklung. Das von uns geschaffene Format der Frankfurter Krankenhauskonferenz und die Arbeit des Klinikreferats wollen wir dauerhaft etablieren. Diese Strukturen ermöglichen es der Stadt, gemeinsam mit Trägern und Einrichtungen aktiv an der Krankenhausplanung des Landes mitzuwirken. So können wir frühzeitig Chancen und Herausforderungen erkennen, Synergien zwischen den Kliniken fördern und die medizinischen Ressourcen effizienter nutzen.

## **Nichtstationäre Behandlungsangebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen**

Die seelische Belastung von Menschen aller Altersstufen nimmt zu. Die Betroffenen und ihre Familien brauchen frühzeitig Hilfe durch gezielte Angebote. Neben der klinischen Betreuung hat Frankfurt ein gutes Netzwerk der Sozialpsychiatrie. Für den Übergang in die Eigenständigkeit nach einem Klinikaufenthalt und auch für das Leben mit einer Erkrankung braucht es eine vielfältige Begleitung.

Wir werden...



- **die Unterstützung für Kinder von psychisch oder an Sucht erkrankten Eltern ausbauen.** Dazu müssen die vorhandenen Angebote gestärkt und die aufsuchenden Hilfen abgesichert werden.
- **Angehörige von psychisch erkrankten Menschen weiter in der Selbsthilfe unterstützen** – einerseits bei der Organisation ihrer Selbsthilfetreffen, andererseits indem wir fachlich geleitete Gruppen einrichten, um diese Selbsthilfefähigkeit zu stärken.
- **die Etablierung von speziellen Angeboten für pflegende Angehörige mit Depressionen sowie Schwerbehinderte mit psychischer Belastung prüfen.**
- **uns dafür einsetzen, dass mehr inklusive Arbeitsplätze auch für psychisch erkrankte Menschen geschaffen werden.**
- **uns beim Land Hessen für den Aufbau einer stationären Kinder- und Jugendpsychiatrie mit tagesklinischer Betreuung in Frankfurt einsetzen.** Wenn Kinder und Jugendliche schwere psychische Auffälligkeiten zeigen, mangelt es derzeit an Behandlungsplätzen.
- **uns für eine sozial-psychiatrische ambulante Betreuung und Tagesklinik für Kinder und Jugendliche in Frankfurt einsetzen** – ähnlich dem Bamberger Hof für Erwachsene.
- **die Gemeindepsychiatrie als Alternative zur stationären Behandlung von (chronisch) psychisch erkrankten Menschen stärken.**

## **Post-COVID-Ambulanzen einrichten: spezialisierte Diagnostik für Betroffene**

Die Versorgung von Patient\*innen mit Post-COVID-Syndrom ist derzeit bereits in einer spezialisierten Ambulanz im Universitätsklinikum Frankfurt möglich. Für Betroffene, die sich am Arbeitsplatz infiziert haben, ist die BG-Unfallklinik Frankfurt zuständig. Daneben gibt es Selbsthilfegruppen und verschiedene ambulante Angebote.

Im Januar 2025 sind neue Abrechnungsmöglichkeiten für die Behandlung von Long-COVID-Patient\*innen eingeführt worden. Das Leistungsangebot im ambulanten Bereich umfasst nun auch Beschwerden nach einer Impfung gegen SARS.

Wir werden...

- **uns beim Land dafür einsetzen, dass Diagnose- und Therapieplätze für die medizinischen Folgen einer COVID 19-Infektion bzw. -Impfung in Frankfurt weiter ausgebaut werden.**
- **uns in Gesprächen mit dem Land und der Kassenärztlichen Vereinigung für eine spezialisierte Fachberatung zu Long-COVID einsetzen.**

## **Gesundheitszugang für alle – auch ohne Krankenversicherung**

Der Zugang zu medizinischer Hilfe ist ein Menschenrecht. Das Gesundheitsamt der Stadt Frankfurt und verschiedene Träger halten deshalb auch für die Gesundheitsversorgung von Menschen ohne oder mit unklarem Krankenversicherungsstatus eine Clearingstelle und kostenlose Behandlungsangebote vor: für Obdachlose, Drogenkonsument\*innen, psychisch Kranke oder Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis. Eine besondere Rolle spielen dabei nicht versicherte schwangere Frauen. Durch das Modellprojekt „Sichere Geburt“ ist ihre frühe Versorgung durch Geburtskliniken mit Hebammenbetreuung auch über die Geburt hinaus gewährleistet. Nichtversicherte werden in Frankfurt darüber hinaus auch von niedergelassenen Ärzt\*innen ehrenamtlich versorgt und die Kosten für Diagnostik und Therapie häufig durch Spenden finanziert.

Mehrere deutsche Städte haben bereits damit begonnen, sogenannte "Gesundheitskioske" einzurichten. Mit diesen einfachen Vorort-Angeboten erreichen sie auch Menschen, die sonst Hemmungen haben, Sozialeinrichtungen, Krankenhäuser oder ambulante Gesundheitsangebote aufzusuchen. Die Kioske übernehmen im Gesundheitssystem eine Lotsenfunktion, erkunden als Anlaufstelle zunächst das Ausmaß der Bedürftigkeit und vermitteln Facharzt-Termine. Sie unterstützen auch beim Ausfüllen von Anträgen für Behindertenausweise oder Reha-Anträge und helfen bei Ablehnungsbescheiden Widersprüche zu formulieren. Schließlich kümmern sie sich nach dem Gemeindekrankenschwesterprinzip auch präventiv um die Gesundheitsversorgung ihrer Patient\*innen.

Wir werden...

- **die vielfältigen, in den vergangenen Jahren aufgebauten Angebote für nichtversicherte Menschen dauerhaft etablieren und ausweiten.** Hierzu zählen beispielsweise „Sichere Geburt“, „Checkpoint Frankfurt“, die Modellprojekte zur Suizid-Prävention „Frans“ und „Frappee“ sowie humanitäre Behandlungsangebote für Nichtversicherte.
- **uns beim Land Hessen für die Einführung eines anonymen Krankenscheins für Nichtversicherte einsetzen.** Der Krankenschein sichert den Zugang zu Gesundheitsleistungen und gewährleistet in bestimmten Fällen (z.B. bei

237 fehlender Aufenthaltserlaubnis) die Wahrung der Anonymität. Frankfurt wird  
238 sich an einem entsprechenden Modellprojekt beteiligen.

- 239 • **in Frankfurt einen Gesundheitskiosk einrichten und testen.** Einige Städte  
240 wie Hamburg oder Köln haben hiermit bereits gute Erfahrungen gesammelt.

## 241 **Drogenpolitik: Den Frankfurter Weg mutig** 242 **weitergehen**

243 Den „Frankfurter Weg“ hat die Stadt Ende der 1980er als Reaktion auf die reine  
244 Repressionspolitik und die hohe Zahl von Drogentoten beschlossen. Er besteht aus  
245 den vier Säulen Prävention, Beratung/Therapie,  
246 Überlebenssicherung/Schadensminimierung und Angebotsreduktion/Strafverfolgung.  
247 Das Hilfesystem wurde um akzeptierende und humanitäre Ansätze ergänzt. So  
248 entstanden die ersten Drogenkonsumräume, mit denen viele Drogenkonsument\*innen  
249 erstmals erreicht wurden. Ergänzt um repressive Maßnahmen trug das dazu bei, die  
250 offene Drogenszene und die Zahl der Drogentoten in Frankfurt drastisch zu  
251 verringern. Auch die Belastungen für Anwohnende, Gewerbetreibende und Gäste im  
252 Bahnhofsviertel gingen zurück. Die Einrichtungen der Drogenhilfe sind heute über  
253 die ganze Stadt verteilt und betreuen über 5000 drogenkonsumierende Menschen.

254 Die offene Drogenszene – aktuell handelt es sich um zirka 200 Menschen – hält  
255 sich dort auf, wo Drogen am leichtesten zu haben sind: auf einem kleinen Areal  
256 von 2-3 Straßen im Bahnhofsviertel. Und dort müssen entsprechend auch die Hilfen  
257 zu finden sein: Konsumräume, Streetwork, medizinische Hilfen, Aufenthaltsräume  
258 und Schlafplätze sind heute im Bahnhofsviertel angesiedelt. Die Szene ist unter  
259 Kontrolle. Wir setzen uns entschieden gegen die Vertreibung von  
260 drogenkonsumierenden Menschen und eine Verlagerung der genannten  
261 Hilfseinrichtungen in andere Stadtteile ein.

262 Durch die zunehmende Verbreitung von Crack, inzwischen Hauptdroge in Frankfurt,  
263 haben sich die Herausforderungen im Bahnhofsviertel verschärft. Es gibt weltweit  
264 bislang keine wirksame Therapie für Crackkonsument\*innen. Die Szene ist zudem  
265 sehr heterogen geworden. Viele psychisch erkrankte, vorzeitig gealterte oder  
266 obdachlose Menschen zählen dazu.

267 Generell unterliegt das Bahnhofsviertel starken Veränderungen. Es gibt viele  
268 Baustellen. Der Verkehr und die Verdrängungsprozesse durch den Wandel der  
269 umliegenden Quartiere nehmen zu. Müll und Dreck sind Dauerthemen. Die  
270 Kriminalität geht nur schleppend zurück, worunter das Sicherheitsempfinden  
271 leidet. All das verschärft die Konflikte um den öffentlichen Raum und das  
272 soziale Miteinander – und verlangt von der Drogenpolitik neue Antworten.

273 Frankfurt hat den Frankfurter Weg seit 2022 energisch vorangetrieben und

ausgebaut. So wurden ein Koordinierungsbüro und ein Hygienecenter eingerichtet, zusätzliche Toilettenanlagen aufgestellt, psychiatrische Hilfen auf die Straße geschickt, die Öffnungszeiten der Angebote erweitert, die Zahl der Ordnungskräfte und der Reinigungsintervalle der FES erhöht, die Polizeipräsenz verstärkt und vieles mehr. Diesen Frankfurter Weg wollen wir fortsetzen. Wir wagen mutig Neues. und machen den Frankfurter Weg zukunftsfähig.

Wir werden...

- **uns der aktuell größten Herausforderung, dem massiven Crack-Konsum und der drohenden Fentanyl-Welle, mit dem neuen Integrierten Suchthilfezentrum stellen** – einem Meilenstein: Es hat das Potential, das Elend von der Straße zu holen und notleidenden Menschen wirklich zu helfen. Die Eröffnung ist für Mitte 2026 geplant. Crackkonsument\*innen erhalten hier psychosoziale Beratung, medizinische und psychiatrische Versorgung sowie Übernachtungs-, Aufenthalts- und Konsummöglichkeiten unter einem Dach. Als bundesweit erste Einrichtung wird das Integrierte Suchthilfezentrum auf die Versorgung von Menschen mit Crackabhängigkeit spezialisiert sein.
- **gemeinsam mit anderen Großstädten das bundesweite Modellprojekt für medikamentöse und substanzgestützte Behandlungsansätze bei Crack- und Kokainabhängigkeit weiter fachlich vorbereiten und seine Umsetzung politisch vorantreiben.**
- **in Bezug auf Crack neue Ansätze in der Prävention, der Schadensminimierung, den medizinischen und pflegerischen Hilfen sowie psychosozialer und psychiatrischer Begleitung entwickeln.**
- **uns beim Land und im Hessischen Städtetag für einen hessischen Drogenhilfeplan einsetzen**, den das Land finanziell unterstützt. Ein hoher Anteil von Drogenkranken, die sich im Bahnhofsviertel aufhalten, kommt von außerhalb Frankfurts. Daraus ergibt sich eine Verantwortung für ganz Hessen.
- **uns beim Land dafür einsetzen, auch für drogenabhängige, obdachlose und Menschen ohne Anspruch auf Sozialleistungen einen anonymen Krankenschein einzuführen.**
- **die Überprüfung illegaler Drogen, das sogenannte Drug-Checking, einführen.** Das Wissen über die Zusammensetzung der Inhaltsstoffe von Drogen kann im Zweifelsfall über Leben und Tod entscheiden. Bereits 2023 hat der Bund den Weg dafür geebnet. Wir drängen darauf, dass die hessische Landesregierung bald eine diesbezügliche Ausführungsverordnung erlässt.

- **uns auf Bundesebene und über den Deutschen Städtetag für ein Modellprojekt zur stationären pflegerischen Versorgung von älter werdenden drogenkonsumierenden Menschen einsetzen.**
- **den Bau einer direkt an das Krisenzentrum Eastside angegliederten Pflegeeinrichtung speziell für multimorbide und schwer pflegebedürftige Drogenkonsument\*innen ermöglichen.** Es ist unsere humanitäre Verpflichtung, für diese Gruppengerechte Angebote zu schaffen, anstatt die Betroffenen auf der Straße und ohne entsprechende Pflege sich selbst zu überlassen.
- **die Liberalisierung der restriktiven Konsumraumverordnung und der Rahmenbedingungen für Substitutionsbehandlung und Diamorphinvergabe durchsetzen.** Auch durch die Zulassung des „Ameisenhandels“ (Verkauf von kleinsten Mengen) in niedrighwelligen Einrichtungen würden mehr suchtkranke Menschen erreicht. Die Kriminalisierung des Drogenkonsums behindert die Arbeit der Drogenhilfe. Deshalb ist es notwendig, ordnungspolitische und gesetzliche Rahmenbedingungen auf Bundesebene zu ändern.
- **das Angebot an niedrighwelliger Substitution und gezielter Heroinvertgabe erweitern.** Abstinenz darf nicht Voraussetzung dafür sein, dass akut konsumierende Menschen psychiatrische Versorgung erhalten.
- **dafür sorgen, dass Abhängige von illegalen Drogen einen besseren Zugang zur Regelversorgung im Frankfurter Gesundheitssystem erhalten** und dort wie alle anderen Patient\*innen willkommen sind. Dafür braucht es bei niedergelassenen Ärzt\*innen und bei Krankenhäusern einen Perspektivwechsel. Menschen, die Drogen konsumieren, sind schwerstkrank. Ihre Stigmatisierung wollen wir beenden.
- **die Bewerbung für die Umsetzung eines Cannabis-Modellprojektes aufrechterhalten.** Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung diesen Weg mitgeht.

## **A17 Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international**

Antragsteller\*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.17 Kultur für alle: lebendig, vielfältig,  
international

### **Antragstext**

Frankfurt lebt von Kunst und Kultur – und von ihrer Vielfalt. Kunst muss nichts, kann aber viel: Sie baut Brücken zwischen Lebenswelten, schafft Gemeinschaft und wirkt tief in unsere Gesellschaft hinein. Sie ist Unterhaltung und doch viel mehr: Sie bricht Tabus, überschreitet Grenzen und verbindet. Sie vermittelt neue Perspektiven, fördert Haltung und damit Demokratie. Sie ist frei und muss frei bleiben!

Kultur ist keine Selbstverständlichkeit und alles andere als Luxus. Als Grüne setzen wir uns leidenschaftlich für eine lebendige, vielfältige und internationale Kulturlandschaft in Frankfurt ein. Ob Oper, Schauspiel, Kinder- und Jugendtheater, ob Museen, Festivals, Kinos, Clubs oder öffentlicher Raum: Frankfurts Kulturszene ist vielgestaltig und erfolgreich. Und diese kulturelle Vielfalt wollen wir erhalten, widerstandsfähig gegen Krisen machen und vor Verdrängung schützen. Die Arbeitsbedingungen für Künstler\*innen und Kreative müssen wir kontinuierlich verbessern. Dazu gehören faire Gagen, auskömmliche Fördermittel für Produktionen und bezahlbare Räume. Wir wollen Kultureinrichtungen vor Angriffen schützen, die ihre künstlerische Freiheit, ihre Kreativität und Sprache einschränken oder ihnen ihre inhaltliche Ausrichtung diktieren wollen. Unsere Förderprogramme passen wir an die vielfältigen Bedürfnisse der unterschiedlichen Kultursparten an. Transparenz und der Abbau von bürokratischen Hürden sind uns dabei ein besonderes Anliegen.

Kulturelle Bildung ist der Schlüssel für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und für eine offene Gesellschaft. Sie stärkt das Selbstvertrauen, regt zum Nachdenken an, fordert zum Experimentieren auf und motiviert, Gesellschaft selbst aktiv mitzugestalten. Kulturelle Bildung ermöglicht Teilhabe und fördert den sozialen Zusammenhalt. Unser Ziel ist, dass sie allen Menschen überall offensteht – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status, inklusiv, von Anfang an und ein Leben lang. Dafür schaffen wir die passenden Rahmenbedingungen, bringen alle Akteur\*innen an einen Tisch, bauen Barrieren ab und verankern Teilhabe durch Kultur als Grundrecht und Querschnittsaufgabe in unserer Stadt.

Eine lebendige Erinnerungskultur ist essenziell, um das Bewusstsein für unsere gemeinsame Geschichte zu stärken und eine offene, tolerante Gesellschaft für die Zukunft zu gestalten.

## Unsere grüne Vision für Frankfurt

Wir wollen...

- **die freie und vielfältige Kultur in unserer Stadt stärken.** Dazu werden wir eine nachhaltige Förderung ausbauen und bürokratische Hürden abbauen.
- **eine umfassende Öffnung des Kulturbetriebs für alle erreichen** und Angebote der kulturellen Bildung sowie kostenfreie Kulturangebote ausweiten. Zugangshürden aufgrund von Geschlecht, Herkunft oder Sprachen bauen wir konsequent ab.
- **Kunst und Kultur widerstandsfähig gegen Krisen machen** und die Arbeitsbedingungen für Künstler\*innen verbessern.
- **Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft im Kulturbetrieb etablieren**, um Kosten zu sparen und die Umwelt zu schonen.

## Kultur stärken – Förderpolitik transparent ausrichten

Kultur ist Ausdruck unserer Vielfalt und Freiheit. Wir setzen uns für eine lebendige, freie Kulturlandschaft ein, die allen Menschen offensteht. Dafür ist eine gute Förderpolitik mit den entsprechenden Rahmenbedingungen notwendig. Wir kämpfen für auskömmliche Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie eine faire Bezahlung. Die Fördermittelvergabe für Produktionen und Spielstätten muss transparent gestaltet werden, damit Mittel dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

Wir werden...

**Deshalb kämpfen wir für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie eine faire Bezahlung.** einen Kulturbeirat einführen, der als Interessensvertretung der Kulturszene agiert und die Politik und Verwaltung berät. Unter diesem Kulturbeirat werden wir den Theaterbeirat neu strukturieren und transparenter gestalten.

- **eine unabhängige Beratungsstelle schaffen**, die bei Förderanträgen sowohl

an die Stadt wie auch an Dritte weiterhilft. Hier laufen sämtliche Kompetenzen der Kulturförderung zusammen. Damit sich alle Menschen angesprochen fühlen, muss diese Stelle auch in der Lage sein, die Internationalität der Frankfurter Kulturszene zu bedienen.

- **die freie Szene erhalten und nachhaltig fördern.** Dazu werden wir die Produktionsfördermittel erhöhen und die Budgets der freien Institutionen (Häuser, Gruppen) so anheben, dass die Inflation ausgeglichen wird und die Gagen der Künstler\*innen den Empfehlungen ihrer jeweiligen Gewerkschaften entsprechen.
- **die vielfältige und freie Tanzszene nachhaltig fördern** und ihre Einrichtungen stärken.
- **die freie Theaterszene für ein junges Publikum stärken** und die Kooperationen mit Schulen und Kitas ausbauen.
- **dafür sorgen, dass städtische kulturelle Institutionen und freie Szene noch enger zusammenarbeiten** und städtische Kulturbauten anderen Kulturschaffenden flexibel offenstehen.
- **den Mousonturm als Bühne mit Modellcharakter und wichtigem Bindeglied zur freien Szene stärken** und streben eine deutliche Erhöhung der institutionellen Förderung an.
- **wichtige Festivals finanziell absichern**, die kostenfrei zugänglich im öffentlichen Raum stattfinden.
- **die Filmfestivalkultur stärken** und uns für ein Film- und Festivalhaus in Frankfurt einsetzen. Dafür muss die Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2021 überarbeitet werden und die Standortsuche weitergehen.
- **Frankfurt als Literatur- und Buchmessestadt stärken** und das Literaturhaus unterstützen. Mehr Fördermittel sollen an freie Veranstalter\*innen und Festivals wie „Frankfurt liest ein Buch“ oder „Stadt Land Buch“ als Kinder- und Jugendbuchfestival fließen.
- **einen stärkeren Fokus auf Sub- und Clubkultur legen**, für die bisher nur wenige finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.
- **die Möglichkeiten zur Zwischennutzung ausweiten** und bezahlbare Proberäume und Ateliers als Arbeitsgrundlage für Kulturschaffende erhalten, bzw. schaffen und fördern.



- **die Förderung des Bridges Kammerorchesters und der Philharmonie der Sinti und Roma erhöhen und verstetigen.** Diese Orchester werden wir zudem auf der Suche nach neuen Proberäumen unterstützen.
- **uns dafür einsetzen, dass städtische Förderung für künstlerische und administrative Belange gewährt wird.** Dafür braucht es ein Konzept zur Nutzung städtischer Liegenschaften durch Kulturveranstaltungen.
- **die Musikschule als wichtigen Baustein unserer Kultur –und Bildungslandschaft stärken.**

## **Räume für Kultur sichern und vernetzen**

Frankfurts Kulturszene hat einen Namen. Diese Vielfalt müssen wir erhalten und sicherstellen, dass Institutionen langfristig planen und in nachhaltige Lösungen investieren können.

Räume für (freie) Kunst und Kultur in unserer Stadt abzusichern, ist angesichts immens gestiegener Mieten und der Knappheit verfügbarer bezahlbarer Räume eine besondere Herausforderung. Ohne hinreichende Ateliers und Proberäume für Tanz und Musik droht die zunehmende Verdrängung der Kulturszene. Deshalb wollen wir vorhandene Räume für Kunst und Kultur sichern und flächendeckend neue Räume schaffen.

Wir werden...

- **uns weiter für den zügigen Neubau der Städtischen Bühnen in der Variante der Kulturmeile einsetzen:** energetisch klimaneutral geplant, flexibel und ganztägig nutzbar, barrierefrei zugänglich.
- **dafür sorgen, dass der laufende Betrieb der Städtischen Bühnen in den kommenden Jahren auskömmlich finanziert und langfristig gesichert ist.** Nur so können beide Häuser ihr anspruchsvolles Programm auch in Zukunft verwirklichen. Damit sich die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden verbessern, müssen unter anderem Planstellen ausreichend besetzt sein, Haustarifverträge aktualisiert und Kostensteigerungen aufgrund von Tarifabschlüssen übernommen werden.
- **uns für eine finanzielle Beteiligung des Landes Hessens an den Baukosten für die Städtischen Bühnen und eine höhere Beteiligung an den Kosten für den laufenden Betrieb einsetzen.** Denn etwa die Hälfte der Besucher\*innen kommt aus dem Umland.

- **für den Geschäftsbetrieb der Alten Oper einen Finanzierungsausgleich schaffen**, der aufgrund gestiegener Kosten für Energie und Dienstleister notwendig ist.
- **die Stadtbibliothek als dritten Ort nachhaltig stützen** und prüfen, ob sich die Öffnungszeiten ausweiten lassen.
- **auf die Öffnung der städtischen Kulturbauten für anderen Kulturschaffende, unter anderem die freie Szene, drängen.dezentrale Kulturorte erhalten und ausbauen**. Kulturinstitutionen, die nicht auf den Kulturcampus umziehen, sollen an ihren bisherigen Standorten Planungssicherheit und die notwendige Infrastruktur vorfinden.
- den Ausbau der Liegenschaft Schwedlerstraße 2-4 für die Nutzung des Ensemble Modern, der Internationalen Ensemble Modern Akademie und der Jungen Deutschen Philharmonie sowie eine städtische Übernahme der Kommunikationsfabrik in der Schmidtstraße 12 unterstützen, um beide Institutionen langfristig als Kulturorte zu sichern.
- **private Betreiber\*innen beim Ausbau des Berger Kinos unterstützen** bzw. eine alternative Nutzung als kommunales Kino prüfen.
- **das English Theatre Frankfurt weiter fördern** und langfristig absichern.
- **uns dafür einsetzen, dass Kunst und Kultur bei allen großen städtischen Bauprojekten (z.B. durch Kunst am Bau) eingeplant werden**.
- **dafür sorgen, dass Veranstaltungen unbürokratisch genehmigt werden**.
- **Spielstätten für Vereine und Ensembles in Frankfurt erhalten** und neue schaffen. Städtische Veranstaltungsräume sollen ihnen zu günstigen Konditionen zur Verfügung stehen.
- **Kunst und Kultur im öffentlichen Raum wie die Weseler Werft fördern** und weitere Orte, an denen Kulturveranstaltungen möglich sind, erschließen. Denn der Bedarf an solchen Orten ist hoch und steigt weiter.
- **neue und bestehende Initiativen bei der Suche nach einem geeigneten Gebäude für ein gemeinschaftliches Materiallager unterstützen**. Die Stadt soll Bereitstellung und Betrieb personell und finanziell fördern.
- **Kulturangebote in allen Stadtteilen flächendeckend verankern**, damit sie für alle Menschen in unserer Stadt erreichbar sind.

- **die Mietverträge für die städtischen Musikbunker verlängern** und die Popularmusikszene bei der Suche nach geeigneten Räumen unterstützen.
- **die Clubkultur in Frankfurt stärken** und uns dafür einsetzen, dass Clubs bei städtebaulichen Planungen als Kulturorte berücksichtigt und geschützt werden. Ihre Einstufung als kulturelle Einrichtungen soll in Bebauungs- und Genehmigungsverfahren verankert werden.
- **ein kommunales Flächenkonzept für die Nachtkultur fördern:** Mit einer aktiven Liegenschaftspolitik soll die Stadt Clubbetreiber\*innen geeignete Räume zu fairen Konditionen überlassen – insbesondere für nichtkommerzielle, inklusive und gemeinwohlorientierte Projekte.
- **Clubs und Veranstalter\*innen, die Räume für queere, migrantische, FLINTA- und andere marginalisierte Communities schaffen, unterstützen.** Diese Projekte sollen gezielt gefördert und öffentlich sichtbar gemacht werden,
- **Nachtkultur anwohnerfreundlich fördern,** das Konzept des Nachtrats überprüfen und gegebenenfalls anpassen. In der Innenstadt und in den Randgebieten wollen wir Orte identifizieren, an denen sich unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften eine Nachtkultur entwickeln kann, ohne dass Anwohnende in ihrer Nachtruhe gestört werden.
- **Stadt- und Straßenfeste – und damit eine solide Geschäftsgrundlage für Schausteller\*innen – sicherstellen.** Dazu gehört auch der Plan, mobile Sicherungselemente wie Fahrzeugsperrern an Veranstalter\*innen bedarfsmäßig zu verleihen. Anfallende Ausgaben für Sicherheit sollen vorfinanzieren werden können.
- **mithilfe einer Checkliste zur zunehmend barrierefreien Gestaltung von Märkten, Straßenfesten, Festivals und Veranstaltungen anregen.**

## **Kulturelle Bildung ohne Barrieren:**

Kulturelle Bildung ermöglicht Teilhabe für alle. Sie stärkt die persönliche Entwicklung, kräftigt das Urteilsvermögen gerade junger Menschen, fördert den sozialen Zusammenhalt und ist unverzichtbar für eine inklusive, weltoffene Gesellschaft. Sie muss allen zugänglich sein.

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass kulturelle Bildung ein elementarer Bestandteil unseres Bildungssystems und zu einem selbstverständlichen Teil der Daseinsvorsorge wird. Wir wollen Menschen dabei unterstützen, das Kulturangebot

zu finden, das zu ihnen passt, das ihre Lebensrealität widerspiegelt und einen echten Mehrwert in ihrem Leben schafft.

Wir werden...

- **die gleichberechtigte Teilhabe, Förderung und Repräsentation von Frauen, People of Colour, Migrant\*innen und Geflüchteten, queeren Menschen, wirtschaftlich Benachteiligten und Menschen mit Behinderung fördern.** Den barrierefreien Zugang zu Kunst und Kultur werden wir unter anderem durch die Entwicklung eines Leitfadens für kulturelle Teilhabe und ein eigenes Förderbudget ermöglichen.
- **Barrierefreiheit im Kulturbereich baulich weiterhin fördern.**  
Barrierefreiheit wird sowohl bei Sanierungen als auch bei Neubauten zur Auflage.
- **die organisatorische Zuständigkeit für kulturelle Bildung als Schnittstelle zwischen den Dezernaten „Kunst und Kultur“, „Bildung“ und „Soziales“ anlegen.** Ziel ist es, die Angebotspalette von freier Szene, Vereinen und Kulturinstitutionen sichtbarer zu machen und die Verzahnung von Kultur, Schule, Kitas sowie sozialen Einrichtungen voranzutreiben.
- **uns für eine gemeinsame Programmplattform einsetzen,** die Bedarfe von Schulen, Kitas und Familien mit Theater-, Museums- und anderen Kulturangeboten niedrigschwellig verknüpft.
- **einen Fonds für kulturelle Bildung einrichten.**
- **für freie Theaterproduktionen in Frankfurts Stadtteilen eine verpflichtende Aufführungsförderung etablieren** und die Produktionsförderung entsprechend aufstocken. Jedes Kind in Frankfurt soll die Gelegenheit zu mindestens einem Theaterbesuch im Jahr bekommen.
- **den Zugang zu Büchern und Literatur in allen Stadtteilen verbessern.**  
Frankfurts Kinder haben ein Recht auf Literatur als selbstverständlichem Teil ihrer Bildungsbiographie. Deshalb wollen wir für alle Altersklassen auch Schreibwerkstätten und Workshops anbieten.
- **die Jugendkunstschule „Atelier 1318“ ausbauen und fördern.**
- **Leistungsanträge für Kulturschaffende vereinfachen und digitalisieren.**  
Niedrigschwellige und transparente Verfahren bedeuten mehr Barrierefreiheit.

- **uns für eine intersektionale Kulturpolitik in Frankfurter einsetzen**, die das Zusammenwirken verschiedener Diskriminierungsdimensionen berücksichtigt. Damit fördern wir eine inklusivere und gerechte Gesellschaft.
- **uns dafür einsetzen, dass Führungspositionen in Kulturinstitutionen, Organisationen und Verbänden geschlechtergerecht besetzt werden.** Dabei spielt auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine große Rolle.
- **für Künstler\*innen mit Behinderungen eine institutionell gebundene Förderstruktur aufbauen.**

## **Historische Verantwortung und Erinnerungskultur:**

Wir tragen Verantwortung dafür, dass aus unserem Erinnern eine bessere Zukunft für uns alle erwächst. Erinnerungskultur gehört zur Identität und zum Gesicht unserer Stadt. Dazu muss sie sich auch zeitgemäßer Formate bedienen. Denn nur eine Erinnerungskultur, in der sich die Vielfalt unserer Gesellschaft spiegelt, kann Gemeinschaft stiften und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Wir werden...

- **Frankfurts Erinnerungskultur stärken und Gedenkstätten in unserer Stadt gestalten. und stärken**
- **unsere Museen bei der Provenienzforschung, der Aufarbeitung der NS-Raubkunstbestände und der Sammlung aus kolonialen Kontexten unterstützen.** Das gilt einschließlich der noch in der Nachkriegszeit erworbenen oder verkauften Kunstwerke.
- **die Paulskirche als Symbol der Demokratie durch das Haus der Demokratie stärken.** Wir werden die Ergebnisse des Wettbewerbsverfahrens zur Gestaltung von Paulskirche und Haus der Demokratie offen prüfen. Gemeinsam mit Land und Bund wollen wir das Konzept von 2019 und die Empfehlungen der Expert\*innen von 2023 Schritt für Schritt umsetzen.
- **uns gegen Antisemitismus und für ein lebendiges Gedenken an die Shoah einsetzen.** Wir wollen die jüdische Geschichte in unserer Stadt sichtbar machen.
- **uns gegen Antiziganismus und für ein aktives Erinnern an den Porajmo an den Sinti und Roma einsetzen.**

- **bei allen Neubauvorhaben archäologische Bodengutachten zur Pflicht machen.**  
Wichtige Ausgrabungsfunde sollen in die zukünftige Bebauung einbezogen und der Öffentlichkeit barrierefrei zugänglich gemacht werden.
- **für den Standort Nida als Dependance des Archäologischen Museums zusätzliches wissenschaftliches Personal und entsprechende finanzielle Mittel bereitstellen.** Für die museumspädagogische Arbeit schaffen wir eine zusätzliche Stelle.
- **einen weiteren Versuch unternehmen, die Ernst-May-Siedlung in der „Römerstadt“ auf die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufnehmen zu lassen.**
- **einen Ernst-May-Fonds eröffnen,** um notwendige Renovierungs- und Sanierungs-Arbeiten durchzuführen.
- **eine interaktive Stadtkarte entwickeln,** die mit dem Geoportal und der Frankfurt History App verbunden ist, um die Geschichte der Stadt auch digital zugänglich zu machen.

## **A18 Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play**

Antragsteller\*in:            Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt:    2.18 Sportstadt für alle: Frankfurt fördert  
Fair Play

### **Antragstext**

Frankfurt ist Deutschlands Sporthauptstadt. Hier sind nicht nur der DFB und der Deutsche Olympische Sportbund beheimatet. Hier finden auch unzählige Sportgroßveranstaltungen wie die EURO 2024 statt.

Aber auch der Breitensport spielt in Frankfurt eine große Rolle: In mehr als 400 Vereinen, auf mehr als 100 Sportplätzen und in zahlreichen Sport- und Parkanlagen sowie Sporthallen ist eine Vielzahl von Aktivitäten möglich – und neue Trends kommen ständig hinzu.

Sport fördert Gesundheit, Gemeinschaft und Toleranz und baut Vorurteile ab. Deshalb setzen wir uns für eine vielfältige und inklusive Sportförderung ein, die alle Menschen in unserer Stadt erreicht. Wir schaffen künftig noch mehr Sportanlagen und -plätze im Freien, die Bürger\*innen vereinsunabhängig und kostenfrei nutzen können. Weitere barrierefreie, inklusive und gut erreichbare Sportanlagen sollen hinzukommen, damit alle Frankfurter\*innen die Möglichkeit haben, sich sportlich zu betätigen. Sport ist politisch und fördert als buntes Fair Play-Angebot gelebte Demokratie.

Bewegung ist für viele Frankfurter\*innen ein wichtiger Teil des Lebens. Neben der körperlichen Gesundheit fördert Sport die Selbstbestimmung und persönliche Entfaltung. Er bringt Menschen zusammen und trägt wesentlich zur sozialen Integration bei.

Um den Vereins- und Breitensport gezielt fördern zu können, werden wir gemeinsam mit Vereinen, dem Sportkreis, Vertreter\*innen aus den Bereichen Gesundheit und Bildung und weiteren Akteur\*innen eine Bedarfsanalyse und einen Sportentwicklungsplan erarbeiten. So werden wir u.a. gezielt eine aktive Teilhabe von Frauen und Mädchen fördern.

### **Unsere grünen Ziele für Frankfurt**

Wir werden...

- **eine bedarfsgerechte Sportinfrastruktur schaffen und erhalten** sowie Sport allen Frankfurter\*innen niedrigschwellig zugänglich machen.
- **weitere kostenlose, frei zugängliche Sport- und Bewegungsangebote im öffentlichen Raum einrichten**, die die unterschiedlichen Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigen.
- **dafür sorgen, dass Barrierefreiheit in allen Frankfurter Sportstätten gewährleistet ist** und uns für mehr inklusive Sport- und Bewegungsangebote einsetzen. Digitale Auskünfte zur Barrierefreiheit und eine Leitlinie zur barrierefreien Durchführung von Veranstaltungen schaffen hier Transparenz.
- **Schulhöfe und -sportanlagen für alle öffnen** und alle von Vereinen genutzten städtischen Sporthallen auch während der Ferienzeiten zur Nutzung offen halten.
- **dafür sorgen, dass die städtischen Bäderbetriebe die Schulschwimmbäder übernehmen.**
- **uns für mehr Wasserflächen, mehr Schwimmlernbecken und weitere Kooperationen für die Seepferdchen Kampagne einsetzen.** Auch das Angebot an Schwimmkursen soll zunehmen.
- **ungenutzte und geeignete Dachflächen öffentlicher und privater Gebäude für Sportanlagen nutzbar machen.**
- **Bewegungs- und Sportangebote für alle in allen Stadtteilen fördern**, unter anderem durch die Ausweitung von erfolgreichen Konzepten wie „Be-Active.“
- **die Initiative „Wall of Will“ in Frankfurt umsetzen**, um junge Frauen und Mädchen durch Vorbilder für den Sport zu begeistern.
- **Mädchen und Frauen durch Aktionen wie das sehr erfolgreiche Mädchenfußballprojekt GRLSWNTD für den Sport begeistern.**
- **in Kooperation mit dem „Sportcoaches-Programm“ des Landes Hessen auch Geflüchtete erreichen.** Insbesondere geflüchtete Frauen haben sonst schwer Zugang zu Sportangeboten und Vereinen.
- **den Neubau und die Sanierung von Sportplätzen und -hallen unter Nachhaltigkeitsaspekten vorantreiben.**



- 57 • **für sportliche Großveranstaltungen verbindliche Klima- und Umweltstandards**  
58 **entwickeln.**
- 59 • **den Fairtrade-Selbstverpflichtung der Stadt auch auf den Sportbereich**  
60 **übertragen.** Wenn hier mehr fair hergestellte und gehandelte Produkte zum  
61 Einsatz kommen, unterstützt das entsprechende Initiativen.
- 62 • **für sportliche Großveranstaltungen verbindliche Klima- und Umweltstandards**  
63 **festlegen.** Ziel ist eineressourcenschonende, plastikfreie, wirtschaftlich  
64 und sozial verantwortliche Ausrichtung.
- 65 • **die Verbrechen des NS-Regimes im Sportbereich weiter umfassend aufarbeiten**  
66 **und an die damals verfolgten und ermordeten Sportler\*innen erinnern.**
- 67 • **den eSport in Frankfurt fördern.** Wir werten gemeinsam mit dem Sportkreis,  
68 entsprechenden Vereinen und Expert\*innen die bisherigen Erfahrungen mit  
69 eSport-Aktivitäten aus und testen durch Pilotprojekte, welche Art der  
70 Förderung dafür möglich ist.
- 71 • **im Deutsche Bank Park eine Autist\*innen-Loge für reizsensible Menschen**  
72 **einrichten.** Dies erfordert eine besondere Ausstattung, Betreuung und  
73 Wegeführung.
- 74 • **die Bewerbungen als Host Town der Euro Games 2028 und der UEFA Womens Euro**  
75 **2029 vorantreiben** und diese Veranstaltungen im Falle eines Zuschlags in  
76 gleichem Maße materiell und organisatorisch unterstützen wie die Euro  
77 2024: mit Fanmeile, Kulturprogramm und vielfältigen Kooperationen.
- 78 • **große Sportveranstaltungen mit mehr barrierefreien Plätzen im**  
79 **Zuschauerraum ausstatten** und Zu- und Fluchtwege barrierefrei ausweisen.
- 80 • **den geplanten Bau einer Multifunktionsarena am Stadion unterstützen –**  
81 **unter der Bedingung, dass die Eingriffe in den Stadtwald so gering wie**  
82 **möglich sind und die ÖPNV-Verbindungen zum Stadion und der neuen Arena**  
83 **verbessert werden. Dafür braucht es ein Mobilitätskonzept.**

## **A19 Vielfalt: Unsere Stärke**

Antragsteller\*in:            Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt:    2.19 Vielfalt: Unsere Stärke

### **Antragstext**

Frankfurt ist eine Stadt der Vielfalt: ethnisch, kulturell, religiös und geschlechtlich. Diese Vielfalt ist keine Momentaufnahme, sondern tief in der Geschichte und der Gegenwart unserer Stadt verwurzelt. In Frankfurt leben Menschen aus fast allen Ländern der Welt. Über 180 Sprachen werden hier gesprochen und über die Hälfte der Frankfurter\*innen hat Migrationsgeschichte, bei den unter 18-Jährigen sind es über 70 Prozent. Frankfurt ist queer, religiös vielfältig, solidarisch – und das ist kein Zufall, sondern Ergebnis politischer Arbeit.

Doch die offene Gesellschaft steht unter Druck. Rechtsextreme, autoritäre Bewegungen gewinnen an Einfluss. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Allgemeinen und Angriffe auf Schutzsuchende, queere Menschen, Jüdinnen und Juden sowie auf zivilgesellschaftliches Engagement im Besonderen nehmen auch in unserer Stadt zu. Wir setzen diesen Angriffen eine klare Haltung entgegen. Frankfurt soll eine Stadt bleiben, die Vielfalt schützt, Teilhabe ermöglicht und Menschenrechte sichert. Das sehen wir als unsere Pflicht an. In Frankfurt sollen alle Menschen sicher, frei und selbstbestimmt leben können.

Politik für Vielfalt ist Querschnittsaufgabe. Sie gehört in alle Bereiche: von Stadtplanung über Gesundheit, Arbeit und Bildung bis hin zur Verwaltung. Unser Ziel ist eine Stadt, in der Teilhabe keine Frage von Pass, Sprache, Religion, Geschlecht, körperlichen Voraussetzungen oder Herkunft ist, eine Stadt, in der Migration als Normalität anerkannt wird und Willkommenskultur gelebte Kultur ist.

### **Unsere grüne Vision für Frankfurt:**

Wir wollen...

- **eine diskriminierungssensible, barrierefreie und empowernde Stadtverwaltung.**

- **Schutzräume, Anlaufstellen und verlässliche Förderung für marginalisierte Gruppen in allen Lebensbereichen.**
- **kulturelle, soziale und politische Teilhabe unabhängig vom Aufenthaltsstatus.**
- **institutionell abgesicherte Diversitätsarbeit mit dauerhaften Strukturen.**
- **eine solidarische Stadtgesellschaft, die klar gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eintritt.**

## **Diversität gestalten**

Frankfurt ist eine Stadt der Unterschiede und genau das macht ihre Stärke aus. Diese Unterschiede wahrzunehmen, anzuerkennen und Angebote für eine gute Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu schaffen, ist unser Ziel. Menschen mit Einschränkungen verschiedenster Art benötigen und bekommen Unterstützung. Ebenso müssen wir die sozialen Anlaufstellen entlasten. Diversitätspolitik, die ausgleicht und absichert, darf nicht beim Symbolischen stehen bleiben, sondern muss strukturell verankert sein. Wir wollen, dass Verwaltung, Bildung, Stadtentwicklung und Kultur diskriminierungskritisch, teilhabefördernd und mehrsprachig gestaltet werden – in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Communities.

Wir werden...

- **ein Bildungszentrum Diversität aufbauen**, das diskriminierungskritische Bildung und Empowerment für Verwaltung, Schulen, Vereine und Stadtgesellschaft anbietet.
- **den städtischen Diversitätsbericht weiterentwickeln**, auswerten und zur Steuerung nutzen.
- **die Umsetzung der Handlungsfelder aus dem Diversitätsbericht ämterübergreifend koordinieren.**
- **den interreligiösen Dialog mit allen religiösen und säkularen Gemeinschaften stärken.**
- **den stadtRAUMfrankfurt dauerhaft sichern und zum Ort interkultureller Begegnung ausbauen.**

- **einen Diversitätspreis vergeben** und um Kategorien wie Antidiskriminierung und Teilhabe erweitern.
- **ein Haus für Roma nach dem Berliner Vorbild prüfen** und gemeinsam mit Roma-Vereinen konzipieren.

## **Antidiskriminierungsarbeit als demokratischen Auftrag stärken**

Diskriminierung ist für viele Frankfurter\*innen Alltag. Sie begegnet ihnen in Behörden, auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitswesen, in der Schule. Antidiskriminierung ist deshalb alles andere als ein Nischenthema, sondern demokratischer Auftrag. Wir wollen, dass alle Menschen in Frankfurt sicher, respektiert und frei von Ausgrenzung leben können. Dazu braucht es verbindliche Strukturen, qualifizierte Ansprechpartner\*innen, eine öffentlich sichtbare Haltung und eine Stadtverwaltung, die mit gutem Beispiel vorangeht.

Wir werden...

- **die Stabsstelle Antidiskriminierung um zwei zusätzliche Vollzeitstellen erweitern** und mit einem strukturellen Jahresbudget von 500.000 Euro ausstatten. Damit ermöglichen wir dauerhaft professionelle Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen, Workshops und Schulungen.
- **die Meldestelle für Diskriminierung weiterentwickeln** mit digitaler Erreichbarkeit, eigener Website, barrierefreier Hotline und einem stärkeren Fokus auf rechtliche Beratung und psychosoziale Begleitung.
- **eine öffentliche Informationskampagne zur Ombudsstelle und den Antidiskriminierungsangeboten der Stadt umsetzen.** Das wollen wir in enger Kooperation mit migrantischen, queeren und behindertenpolitischen Organisationen realisieren.
- **die wissenschaftliche Auswertung der Diskriminierungsdaten durch das AmKA und externe Fachstellen verstärken** und jährlich veröffentlichen.
- **regelmäßige Briefings für städtische Ämter, verpflichtende Fortbildungen und öffentliche Workshops zu Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und Behindertenfeindlichkeit durchführen.**
- **die Aktionspläne gegen Antisemitismus und Antirassismus mit Schulen, zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und Community-Vertreter\*innen auswerten, weiterentwickeln und verbindlich implementieren.**

- **uns gegen Racial Profiling einsetzen.**
- **Stadtrundgänge zur Erinnerungskultur (analog „Wege der Erinnerung“) entwerfen** und digital zugänglich machen. Das Gedenken an die Opfer von Hanau durch ein öffentliches Denkmal mit digitaler Plattform sichtbar machen.

## **Willkommenskultur für eine weltoffene Stadt**

Frankfurt ist eine Weltstadt und eine weltoffene Stadt – und profitiert davon seit Jahrhunderten. Wir setzen uns dafür ein, dass das so bleibt. Ob Geflüchtete, zugewanderte Arbeitskräfte, Studierende aus allen Teilen Deutschlands und der Welt oder europäische Nachbarn. Uns sind alle Menschen willkommen, ganz gleich aus welchem Grund sie sich für Frankfurt entschieden haben. Sie alle brauchen Unterstützung von Anfang an, sei es beim Zugang zum Arbeitsmarkt, beim Spracherwerb, bei der Gesundheitsversorgung und um eine Wohnung zu finden. Sie alle sollen möglichst schnell Teil unserer Gesellschaft werden und das Gefühl bekommen: Wir gehören dazu.

Frankfurt ist Zufluchtsort für viele Menschen, die vor Krieg, Gewalt, politischer Verfolgung oder Klimakrisen fliehen mussten. Diese Menschen brauchen nicht nur Sicherheit, sondern auch Perspektiven. Wir setzen uns für eine klare Menschenrechtsorientierung ein: für Schutz, Teilhabe und menschenwürdige Aufnahmebedingungen unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Familien brauchen Schutz – und zwar alle Familien. Deshalb stehen wir hinter dem Familiennachzug, der auch ein elementarer Faktor für gute Integration ist. Die Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir gemeinsam gestalten wollen mit Verantwortung, Fairness und unterstützenden Strukturen.

Frankfurt ist nicht nur ein sicherer Hafen, sondern ein Zuhause für Menschen aus aller Welt. Doch Ankommen allein reicht nicht. Menschen brauchen Räume, Ressourcen und Respekt, um sich einbringen zu können. Gerade in Zeiten wachsender Unsicherheit und Angriffe auf die Solidargemeinschaft wollen wir den Zusammenhalt in einer vielfältigen Zivilgesellschaft stärken. Willkommenskultur ist für uns ein klarer Auftrag an Politik und Verwaltung.

Auf Bundesebene setzen wir uns für die Verstetigung des Chancenaufenthaltsrechts ein, damit geduldete Menschen Aufenthaltsperspektiven erhalten. Menschen die seit Jahren hier leben, hier arbeiten, zu Freund\*innen und Nachbar\*innen geworden sind, sollte der Weg aus der Duldung in ein dauerhaftes Bleiberecht geebnet werden. z.B. durch die Ermöglichung des sogenannten Spurwechsels. (Aus dem von GB verschickten Aufruf. )

Die Arbeitskräfte von morgen haben unterschiedliche Lebenswege und Hintergründe. Sie kommen mit und ohne akademischen Abschluss oder Ausbildung, aus Deutschland und dem Ausland. Damit ihre Talente sich entfalten können, braucht es gezielte Unterstützung beim Einstieg in Ausbildung und Beruf und bei der Anerkennung von Qualifikationen. Frankfurt kann hier auf lokaler Ebene viel bewirken. Die enge Zusammenarbeit mit Betrieben eröffnet Zugänge in den Arbeitsmarkt.

Wir werden...

- **Frankfurts Willkommenskultur und bestehende Initiativen wie das "Frankfurt Welcome & Information Center" (FWIC) weiter stärken.** Wir wollen, dass FWIC, Immigration Office und weitere integrationsrelevante Einrichtungen künftig unter einem Dach und mit klarer Zuständigkeit zusammenarbeiten. Als zentrale Anlaufstelle sollen sie sich im Verbund um Aufenthalt, Integration, Anerkennung, Sprachförderung, berufliche Perspektiven und Gesundheitsversorgung kümmern.
- **Uns dafür einsetzen, dass die Ausländerbehörden wieder besser erreichbar sind, Anträge zügiger bearbeiten und serviceorientierter handeln.** Dazu ist eine Personal- und Digitalisierungsinitiative erforderlich. Frankfurt braucht hier mehr Unterstützung von Bund und Land.
- **ein Zentrum für Familienzusammenführung einrichten,** das rechtliche Beratung, Begleitung und Hilfen für Nachzugsverfahren bündelt. Das Kindeswohl und der Schutz der Familie muss oberste Priorität haben. Die Einheit der Familie ist auch ein wichtiger Integrationsfaktor.
- **auch jenseits der Erstintegration Sprachkurse mit Teilhabefokus sichern.** Mit wohnortnahen Sprachkursen in den Stadtteilen und Sozialräumen erreichen wir auch Menschen, die schon länger hier leben und binden sie gesellschaftlich ein. Kinderbetreuung während der Kurse senkt die Zugangshürden.
- **ein Modellprojekt zur KI-gestützten Antragsbearbeitung am FWIC starten,** das Verfahren vorsortiert, doppelte Anträge erkennt, Bearbeitungszeiten verkürzt und Antragsteller\*innen digital Rückmeldungen gibt. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet und ist datenschutzkonform.
- **das Personal im neuen Einwanderungsamt um 15 % aufstocken** und gezielt in interkultureller Kompetenz schulen. Attraktive Arbeitsbedingungen mit umfassendem Gesundheitsmanagement tragen zur Nachfrage und Motivation bei.
- **ein modernes Raumkonzept mit VHS und Beratungsstellen realisieren,** das Orientierung stiftet und Abläufe vereinfacht, statt Menschen von Amt zu

163 Amt zu schicken.

- 164 • **eine kommunale Arbeitsmarktoffensive für Geflüchtete und EU-Bürger\*innen**  
165 **starten.** Daran mitwirken sollen IHK, Agentur für Arbeit, Jobcenter,  
166 Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen. Unser Ziel ist die  
167 schnelle Integration in Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.
- 168 • **uns für ein sicheres, selbstbestimmtes Leben, eine menschenwürdige**  
169 **Versorgung und dezentrale Wohnräume für geflüchtete Menschen in ganz**  
170 **Frankfurt einsetzen.**
- 171 • **einen Code of Conduct gegen Abschiebungen aus Schulen, Kitas und Behörden**  
172 **einführen,** der Fachkräften Handlungssicherheit gibt und Bildungsräume  
173 schützt.
- 174 • **eine kommunale Schiffspatenschaft mit der Sea-Watch 5 übernehmen,** um  
175 zivile Seenotrettung sichtbar und solidarisch zu unterstützen.
- 176 • **Frankfurts Rolle in Netzwerken wie der Seebrücke aktiv wahrnehmen** und als  
177 **sicherer Hafen auftreten.**
- 178 • **uns dafür einsetzen, dass Engagement für Menschenrechte und Demokratie**  
179 **anerkannt bleibt.** Ehrenamtliche Initiativen und demokratiefördernde,  
180 gemeinnützige Organisationen sind das Rückgrat des sozialen Zusammenhalts.  
181 Sie müssen vor Diffamierung geschützt werden.
- 182 • **migrantische, queere, interreligiöse und antirassistisch arbeitende**  
183 **Organisationen strukturell fördern.** Durch eine transparenter  
184 Antragstellung und mehrjährige Zuwendungen erhalten sie  
185 Planungssicherheit.
- 186 • **ein Empowerment-Förderprogramm auflegen, das explizit Projekte von, mit**  
187 **und für marginalisierte Gruppen unterstützt,** z. B. in den Bereichen  
188 Bildung, Gesundheit, Kultur und Soziales.
- 189 • **ein Beratungszentrum für Projektentwicklung und Fördermittelzugang**  
190 **schaffen,** das Organisationen bei Anträgen, Konzepten und Abrechnung  
191 unterstützt.
- 192 • **Co-Finanzierungstöpfe samt aufsuchender Beratung zur unkomplizierten**  
193 **Förderung kleiner Initiativen einführen.**
- 194 • **migrantische Selbstorganisationen mit einem**

**Migrantenselbstorganisationsförderfonds (MSO-Förderfonds) stärken**

–dauerhaft, transparent und partizipativ verwaltet.

- **uns für eine bessere Integration von Anfang an einsetzen.** Dazu müssen Sprach- und Integrationskursen sowie Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote angemessen finanziert sein. Die Stadt muss asylrechtliche Beratungsstrukturen sicherstellen, eine umfassende psychosoziale und medizinische Versorgung gewährleisten und, wo immer möglich, eine dezentrale Unterbringung ermöglichen.
- **die Anerkennung ausländischer Qualifikationen kommunal begleiten.** Die Stadt unterstützt bereits Beratung und Lotsen für internationale Fachkräfte. Das Angebot soll aber deutlich ausgebaut, besser koordiniert und mit digitalen Antragsprozessen verknüpft werden. Ziel ist es, Anerkennungs- und Einstiegsprozesse zu beschleunigen und transparenter zu gestalten.
- **Beschäftigungsperspektiven für Zugewanderte mit Aufenthaltstitel verbessern.** Um einen zügigen Berufseinstieg und gleichberechtigten Weg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, soll Frankfurt sich für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und die Erteilung der Arbeitserlaubnis einsetzen. – etwa über landesweit abgestimmte Modellprojekte mit städtischer Begleitung.
- **Arbeitskräften im Sozialbereich Mitarbeiterwohnungen anbieten.** In Neubaugebieten und dem Bestand städtische Wohnungsbaugesellschaften sollen gezielt Kontingente für Fachkräfte aus sozialen Berufen vorgehalten werden.

**Prävention, Empowerment und politische Bildung**

Gesellschaftliche Teilhabe setzt voraus, dass Menschen wissen, welche Rechte sie haben und wie sie sich gegen Gewalt und Diskriminierung wehren können. Demokratie und Vielfalt beruhen also auf Bildung, aber auch auf Selbstbewusstsein und Schutz. Deshalb setzen wir, besonders im Schul-, Jugend- und Gesundheitsbereich, auf die Kombination aus politischer Bildung, Empowerment und Gewaltprävention sowie die Professionalisierung von Fachkräften.

Wir werden...

- **Unterrichtsmaterialien zu Gewaltprävention und Antidiskriminierung entwickeln** und breit einsetzen.



- **die Safer Spaces-Kampagne auf Jugendhäuser, Nachtleben und Stadtteilzentren ausweiten.**
- **das Suizidpräventionsnetzwerk FRANS für queere Jugendliche verstetigen und sichtbarer machen.**
- **eine Schulungs- und Coachingreihe für queere Vereine und Initiativen mit den Schwerpunkten Diskriminierungsschutz, Vereinsrecht und professionelle Öffentlichkeitsarbeit etablieren.**
- **Sensibilisierungstrainings für Fachkräfte in Kitas und den Bereichen Sport, Gesundheit und Verwaltung zu Themen wie Rassismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus. verpflichtend einführen**
- **ein Empowerment-Zentrum für BIPOC und antikoloniale Bildungsarbeit schaffen.** Als Anlaufstelle sowie Arbeits- und Lernort erhält sie ein eigenes Budget und liegt in der Verantwortung der Community.

## **Queeres Leben schützen und stärken**

Frankfurt gehört bundesweit zu den Vorreitern in der Queerpolitik. Doch Rechte, Schutzräume und Community-Strukturen geraten zunehmend unter Druck. Wir setzen uns dafür ein, dass queere Menschen in Frankfurt sichtbar, sicher und gleichberechtigt leben können, unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht, Identität oder Wohnort. Dafür wollen wir Räume und Strukturen dauerhaft absichern, Versorgungslücken schließen und Queerpolitik als kommunale Querschnittsaufgabe etablieren.

Wir werden...

- **ein Schutzhaus für queere Menschen schaffen**, das Notunterkünfte und psychosoziale Beratung für akut gefährdete Personen bietet.
- **ein queeres Mehrgenerationenhaus entwickeln** – mit barrierefreiem Wohnraum, Beratungsangeboten, Pflegeplätzen und Community-Zentrum.
- **die Angebote für ältere, queere Menschen ausbauen.**
- **die Einrichtung eines Regenbogenfamilienzentrums weiter vorantreiben** und bedarfsgerecht mit Angeboten der Familienberatung, mit Kinderbetreuung und offenen Treffpunkten ausstatten.

- **queere Treffpunkte und Beratungsangebote für Kinder unter 14 Jahren, ihre Eltern und ihre Familienangehörigen schaffen – mit pädagogischer Begleitung, Peer-Beratung und niedrigschwelligen Zugängen.**
- **gezielte Sportangebote für queere Jugendliche in Zusammenarbeit mit Sportvereinen und Verbänden fördern.**
- **die EuroGames-Bewerbung um queersensible Infrastruktur ergänzen.**
- **queere Vereine finanziell absichern und institutionell fördern insbesondere für Empowerment, Beratung und Sichtbarkeit im Sozialraum.**
- **Sensibilisierungstrainings für Verwaltung, Gesundheitswesen und Sozialarbeit verpflichtend einführen.**
- **eine Schulungs- und Coachingreihe zu Antidiskriminierung, Vereinsrecht, Projektförderung und professioneller Öffentlichkeitsarbeit für queere Vereine etablieren.**

## **A20 Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention**

Antragsteller\*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 2.20 Starkes Sicherheitsnetz: Schutz, Hilfe  
und Prävention

### **Antragstext**

Wir schaffen eine Stadt, in der sich alle Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Lebenslage oder Tageszeit – sicher fühlen. Sicherheit bedeutet Schutz vor Gewalt, verlässliche Hilfe im Notfall, soziale Prävention, eine starke Zivilgesellschaft und eine inklusive Stadtplanung, die niemanden ausgrenzt.

Wir verfolgen ein modernes, präventives und feministisches Sicherheitsverständnis, das auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht und sich an den Menschenrechten orientiert. Eine progressive Ordnungspolitik stellt dabei die Bedürfnisse besonders vulnerabler Gruppen in Zentrum: im öffentlichen Raum, in der Wohnungslosenhilfe, im Katastrophenschutz und im digitalen Raum.

### **Unsere grüne Vision für Frankfurt:**

Wir wollen...

- eine Sicherheitspolitik, die schützt, statt zu spalten.
- eine Stadt, in der Frauen, Queers und marginalisierte Gruppen sich Tag und Nacht sicher bewegen können.
- eine Gefahrenabwehr, die auf Resilienz, Inklusion und Professionalität setzt.
- ein starkes Netz für Schutz, Hilfe und Prävention in allen Stadtteilen.
- einen „Masterplan Sicherheit“ aufstellen.

### **Öffentlicher Raum für alle**

Nicht alle erleben den öffentlichen Raum gleich: Frauen, queere Menschen,

Jugendliche und andere marginalisierte Gruppen fühlen sich an vielen Orten unsicher. Wir setzen auf eine feministische und inklusive Stadtplanung, die allen Schutz, Sichtbarkeit und Teilhabe ermöglicht.

#### **Unsere grünen Ziele für Frankfurt:**

Wir werden...

- **öffentliche Räume gezielt dort sicherer machen**, wo marginalisierte Gruppen – insbesondere Mädchen und junge Frauen – durch Belästigung oder Anfeindungen verdrängt werden. Das gilt u.a. auf der Zeil, in Unterführungen und Parks oder an Haltestellen.
- **bauliche Schutzmaßnahmen im öffentlichen Raum wie bessere Beleuchtung, klare Sichtachsen und sichere Aufenthaltsbereiche stärken.**
- **öffentliche Räume mit Sicherheitsinfrastruktur wie Notrufsäulen, Infopoints in einfacher Sprache und konsumfreien Rückzugsorten ausstatten.**
- **partizipative Sicherheitsgestaltung fördern:** Jugendliche, Frauen, queere Menschen und sonstige betroffene Gruppen werden wir an Planung und Prävention gezielt beteiligen.
- **quartiersbezogene Sicherheitsdialoge in Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf einführen** und die Bevölkerung vor Ort einbeziehen.

#### **Rettungskräften den Rücken stärken**

Feuerwehr, Rettungsdienste und Polizei halten unsere Stadt am Laufen. Viele Rettungskräfte arbeiten ehrenamtlich und unter erschwerten Bedingungen. Angriffe auf sie nehmen zu. Wir stärken ihre Sicherheit und verbessern die Arbeitsbedingungen unserer Rettungskräfte.

Wir werden...

- **Einsatzkräfte besser schützen** durch gezielte Maßnahmen gegen Gewalt im Einsatz und für die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Arbeit.
- **Rettungsdienste personell, organisatorisch und finanziell stabilisieren** sowie für zuverlässige Hilfe und faire Arbeitsbedingungen sorgen.

- **den Bedarfs- und Entwicklungsplan 2033 umsetzen** mit Investitionen in Personal, Ausstattung und die Standorte der Feuerwehr.
- **die** Feuerwehr mit passender Ausrüstung, Knowhow und personeller Verstärkung **auf Extremwetterereignisse vorbereiten.**
- **die Freiwillige Feuerwehr gezielt fördern:** durch bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf, Ehrenamtsförderung, Nachwuchswerbung und gute Ausbildung.
- **durch die Fortschreibung des Programms zum Neu- und Umbau der Wachen die Feuerwehrhäuser der Freiwilligen Feuerwehr modernisieren.**
- **als starkes Angebot der Frankfurter Jugendarbeit die Mini- und Jugendfeuerwehren ausbauen.**
- **Diversität in der Feuerwehr stärken.** Mit Programmen für Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und mit Behinderung werben wir für eine offene, inklusive Feuerwehrkultur.
- **Feuerwehr und Rettung bei Verkehrsplanung, Baustellenregelung und Mobilitätswende frühzeitig einbinden.**
- **für freie Rettungswege sorgen:** durch bauliche Sicherung, Kontrolle und auch unter Mitwirkung der Feuerwehr.

## **Resiliente Stadt: den Krisen von morgen gewachsen sein**

Klimakrise, Pandemien, Cyberangriffe und weitere Risiken zeigen: Frankfurt muss krisenfester werden. Resilienz bedeutet Vorsorge, klare Strukturen und eine Stadtgesellschaft, die auch in Notlagen sicher funktioniert.

Wir werden...

- **den Katastrophenschutz durch regelmäßige Übungen, digitale Infrastruktur und klare Verantwortung weiterentwickeln.**
- **Informationsangebote zur Krisenvorsorge barrierearm, mehrsprachig und alltagstauglich gestalten.**
- **Barrierefreiheit im Bevölkerungsschutz sicherstellen, z. B. bei**

79            **Notunterkünften, Evakuierungen und Großveranstaltungen.**

- 80            • **die AG Frankfurter Hilfsorganisationen (AGFH) strukturell stärken und ihre**  
81            **Arbeit sichtbarer machen.**

82            **Problemen mit Prävention und Dialog begegnen**

83            Eine wirksame und nachhaltige Sicherheitspolitik basiert auf Fakten statt Angst.  
84            Sie begegnet Problemen mit Prävention, De-Radikalisierung und sozialer  
85            Konfliktlösung. Sicherheit entsteht nicht durch Symbolpolitik, sondern im  
86            Dialog.

87            Wir werden...

- 88            • **gemeinsam mit Stadtverwaltung, Polizei und Zivilgesellschaft einen**  
89            **integrierten Masterplan Sicherheit umsetzen.** In gefährdeten Quartieren  
90            erhöhen wir die objektive Sicherheit und stärken gezielt das  
91            Sicherheitsgefühl.
- 92            • **ein stadtweites Sicherheitsaudit etablieren** Die Ergebnisse regelmäßiger  
93            Befragungen zum Sicherheitsempfinden und zu Ursachen von  
94            Kriminalitätsfurcht fließen in Präventionsmaßnahmen ein. In Stadtteilen  
95            mit besonderem Handlungsbedarf folgen gezielte Sicherheitsdialoge vor Ort.
- 96            • **institutionelle Diskriminierung auch im Sicherheitsbereich durch**  
97            **diskriminierungskritische Standards beim Ordnungsdienst abbauen.** Hinzu  
98            kommt ein städtisches Monitoring von Kontrollpraktiken. Außerdem richten  
99            wir eine unabhängige Beschwerde- und Beratungsstelle ein.
- 100           • **ressortübergreifende soziale Konfliktlösungen stärken:** etwa durch  
101           kommunale Konfliktlots\*innen, Frühwarnsysteme und lokale  
102           Präventionsnetzwerke.
- 103           • **die Videoüberwachung und die Wirksamkeit von Waffenverbotszonen regelmäßig**  
104           **auswerten.** Dabei prüfen wir kritisch die Verhältnismäßigkeit auch im  
105           Hinblick auf mögliche Verdrängungseffekte.
- 106           • **organisierte Drogenkriminalität strukturell bekämpfen.** Statt hauptsächlich  
107           den Straßenhandel in den Blick zu nehmen, wollen wir dafür eintreten, dass  
108           durch Fokus auf Geldflüsse, Lieferketten und internationale Kooperationen  
109           der organisierte Drogenhandel gezielt bekämpft wird.

## **A21 Demokratie und Bürger\*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie**

Antragsteller\*in:            Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt:    2.21 Demokratie & Bürger\*innenbeteiligung:  
Raum, Ressourcen und Rückhalt für  
Demokratie

### **Antragstext**

Frankfurt hat mit der Nationalversammlung in der Paulskirche deutsche Demokratiegeschichte geschrieben. Demokratie gehört zur DNA der Stadt, so wie Vielfalt, Zusammenhalt und politisches Engagement. Doch Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie braucht Orte, an denen Menschen sich begegnen. Sie braucht Beteiligung, die wirkt. Sie braucht Bildung, die Mut macht. Und sie braucht eine Stadtgesellschaft, die ihre demokratische Kultur verteidigt gegen Hetze, Hass, rechte Einflussnahme und wachsende Polarisierung.

In Frankfurt leben Menschen aus über 180 Nationen. In ihren vielfältigen Lebensrealitäten muss Demokratie sichtbar, verständlich und erlebbar werden. Deshalb begreifen wir Demokratiep Politik nicht nur als Verwaltungsthema, sondern als gemeinsame Aufgabe der Stadtgesellschaft: in Schulen und Stadtteilen, in Vereinen und Parlamenten, auf der Straße und im Netz. Wir setzen auf neue Räume der Begegnung, politische Bildung von klein auf und eine klare Haltung gegenüber antidemokratischen Kräften. Frankfurt soll eine Stadt sein, in der Menschen mitgestalten können, unabhängig von Pass, Herkunft oder Einkommen.

### **Unsere grüne Vision für Frankfurt:**

Wir wollen...

- eine Stadt, in der Demokratie gelebt, gelernt und geschützt wird.
- eine engagierte Zivilgesellschaft mit Raum, Ressourcen und Rückhalt.
- wirksame und bindende Bürger\*innenbeteiligung auf Augenhöhe.
- eine wehrhafte Demokratie, die Rechtsextremismus und Hetze entgegentritt.

- **ein Frankfurt, das Haltung zeigt für alle Frankfurter\*innen.**

## **Beteiligung ermöglichen**

Demokratie lebt vom Mitmachen und muss alle Menschen erreichen – unabhängig von Alter, Herkunft oder Sprache. Beteiligungsangebote müssen dafür einfach, verständlich und transparent sein. Wir wollen, dass Beteiligung so nicht nur möglich, sondern auch wirklich wirksam wird: digital und analog, in allen Stadtteilen. Demokratieförderung verstehen wir als Querschnittsaufgabe: Wir wollen Menschen, quer durch die Gesellschaft, mit attraktiven Angeboten dazu einladen, ihre Stadt selbst zu gestalten. Wir möchten sie für Demokratie begeistern und den Willen entfachen, an demokratischen Prozessen teilzuhaben. Das ist unser Rezept gegen Politikverdrossenheit.

Wir werden...

- **das Amt für multikulturelle Angelegenheiten stärken und eine Anlaufstelle für Demokratietarbeit einrichten**, die zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen als transparente, nachhaltige und niedrigschwellige Schnittstelle dient.
- **die Zugänglichkeit von Ämtern und Behörden durch den Ausbau von einfacher Sprache verbessern.**
- **Jugendliche systematisch zur Mitgestaltung einladen** und sie an Vorhaben in ihrem Sozialraum verbindlich beteiligen. Wir wollen, dass junge Menschen ernst genommen und eingebunden werden.
- **ein Kinder- und Jugendparlament mit Initiativrecht einführen.** Kinder und Jugendliche sollen bei allen politischen Entscheidungen ein echtes Mitspracherecht erhalten – für eine jugendgerechte Demokratie von Anfang an.
- **ein klares Zeichen für mehr demokratische Teilhabe setzen und uns auf Landes- und Bundesebene für ein kommunales Wahlrecht für alle einsetzen.** Wir prüfen, wie Frankfurt sich über Anträge, Bündnisse und Resolutionen dafür stark machen kann, dass auch Drittstaatsangehörige nach mehrjährigem Aufenthalt kommunal mitbestimmen dürfen.

## **Orte der Demokratie**

Demokratie braucht Orte. Nicht nur Parlamente, sondern Nachbarschaftsräume, nicht nur im Zentrum, sondern in jedem Stadtteil: zum Beispiel Schulhöfe,



Stadtteilzentren und Stadtteilquartiere. In ganz Frankfurt sollen sie zum Austausch einladen und zu Vielfalt und gemeinsamem Engagement motivieren. Demokratische Begegnung muss überall möglich sein.

Wir werden...

- **Schulen zu offenen Begegnungsorten im Stadtteil machen.** Die Nutzung von Schulräumen außerhalb der Unterrichtszeiten ist bereits möglich. Den Zugang wollen wir insbesondere zivilgesellschaftlichen Initiativen aber zusätzlich erleichtern. Mit digitalen Anmeldeverfahren, Betreuung und Förderungen schaffen wir wohnortnahe Orte für Dialog, Engagement und Teilhabe.
- **die Veranstaltung „Frankfurt feiert Demokratie“ weiter fördern,** die seit 2024 immer am 23. Mai, dem Geburtstag des Grundgesetzes, stattfindet.
- **Quartiersbüros als Orte gelebter Demokratie stärken.** Wir schaffen dauerhaft finanzierte Stellen für hauptamtliches Quartiersmanagement in noch mehr Stadtteilen als bisher. Sie unterstützen Beteiligungsprozesse, Engagement und Begegnung vor Ort verlässlich. So können wir insbesondere das demokratische Miteinander migrantischer, queerer, integrativer und zivilgesellschaftlicher Initiativen wohnortnah fördern.
- **dezentrale Ehrenamtsmessen in den Stadtteilen** veranstalten, um bürgerschaftliches Engagement sichtbar zu machen und neue Mitwirkende zu gewinnen.
- **öffentliche Orte in allen Stadtteilen identifizieren, kartieren und barrierefrei gestalten** – als Grundlage für eine gerechte und zugängliche demokratische Infrastruktur.

### Demokratiebildung stärken

Demokratie beginnt in der Schule. Sie braucht Räume für Mitbestimmung, Debatten und die Erprobung demokratischer Prozesse. Kinder und Jugendliche müssen erleben, dass ihre Stimme zählt – ob in Gremien, bei Wahlen oder im Alltag. Politische Bildung muss unabhängig, engagiert und praxisnah sein.

Wir werden...

- **Demokratiebildung in Schulen als Querschnittsaufgabe durch Beteiligungsgremien stärken, deren Ergebnisse maßgeblich und verbindlich sind.** Dazu sollen außerschulische Kooperationspartner\*innen und praxisnahe

Projekte gewonnen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass politische Bildung im Schulalltag systematisch verankert und von der Stadt aktiv unterstützt wird.

- **digitale Beteiligungstools wie „Aula“ in Schulen unterstützen, um direkte Mitbestimmung von Jugendlichen zu ermöglichen.** Schulen erhalten dafür die technische Ausstattung sowie Schulungen und personelle Begleitung.
- **politische Bildung stärken und Lehrkräfte unterstützen.** Politische Bildung in Frankfurter Schulen darf nicht aus Angst vor Kontroversen unterbleiben. Lehrer\*innen sollen jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten, die im Grundgesetz verankert ist. Als Stadt entwickeln wir gemeinsam mit Schulen und zivilgesellschaftlichen Partnern klare Leitlinien für Lehrkräfte, Schüler\*innen und Schulleitungen, die ihre demokratische Haltung stärken und Rechtssicherheit schaffen.

## Demokratie verteidigen

Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Frauen- und Behindertenfeindlichkeit nehmen zu. Diese Ideologien bedrohen Menschen, spalten Gesellschaften und untergraben die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Bei Angriffen auf die Demokratie trägt Frankfurt eine ganze besondere Verantwortung, Haltung zu zeigen. Wir setzen uns für eine wehrhafte Demokratie ein: mit klarer Kante gegen Hass und Ausgrenzung. Wir fördern den Schutz aller, die sich engagieren und den Erhalt der demokratischen Strukturen in der Stadt.

Wir werden...

- **kommunale Demokratieförderprogramme mit mindestens 250.000 Euro jährlich absichern und ausbauen** – zur Unterstützung von Initiativen, die sich aktiv gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung engagieren.
- **zivilgesellschaftliche Strukturen absichern und stärken.** Durch verlässliche Fördermittel, Schutzräume und Rückhalt für migrantische, queere, antifaschistische, feministische und bildungspolitische Projekte schützen wir Demokratiearbeit gegen politische Angriffe und Einsparungen von rechts.
- **den rechtsextremen Einfluss auf Parlamente offen benennen und begrenzen.** Wir prüfen rechtssicher, wie die AfD überall dort von Veranstaltungen, parlamentarischen Abläufen oder Delegationsreisen ausgeschlossen werden

- 122 kann, wo ihre Beteiligung demokratische Prozesse oder Dritte gefährdet.
- 123 • **den „Pavillon der Demokratie“ als mobiles Format für Beteiligung, Protest**  
124 **und Erinnerung weiter einsetzen**, das in den Stadtteilen ein sichtbares  
125 Zeichen für Demokratie setzt und vielfältige Akteur\*innen offensteht.
- 126 • **Städtepartnerschaften an demokratische Mindeststandards binden**, um unsere  
127 Solidarität mit Menschenrechten international sichtbar zu machen.
- 128 • **den gezielten Aufbau und die dauerhafte Verstetigung von Stellen in der**  
129 **Stadtverwaltung vorantreiben**, die sich der Demokratieförderung,  
130 politischen Bildung und Teilhabe widmen, um demokratische Institutionen zu  
131 stärken und rechtsextremen Tendenzen frühzeitig entgegenzutreten.

## **Ä1 zu GRÜN fängt beim Menschen an**

Antragsteller\*innen      Manuel Stock (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 8 bis 9 einfügen:**

Frankfurt ist eine Stadt der Möglichkeiten und der Vielfalt - nicht ohne die damit verbundenen Herausforderungen. Menschen aus über 180 Nationen leben hier zusammen und gestalten Wirtschaft, Kultur und

### **Begründung**

Wir Grüne sind stolz auf die Vielfalt unserer Stadt. Ein friedliches Zusammenleben gelingt aber nicht einfach so. Es braucht für alle verbindliche Werte sowie Unterstützungsangebote. Es sollte bereits in der Präambel anklingen, dass wir uns dem bewusst sind und die Herausforderungen für die Stadtgesellschaft wahrnehmen.

### **Unterstützer\*innen**

Mirjam Luise Glanz (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

## **Ä2 zu GRÜN fängt beim Menschen an**

Antragsteller\*innen      Manuel Denkwitz (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 38 bis 39 einfügen:**

Ein Frankfurt, das erfolgreich und nachhaltig wirtschaftet, Innovationen fördert und gute Arbeitsplätze schafft.

### **Unterstützer\*innen**

Manuel Stock (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt), Michael Falk (KV Frankfurt)

## **Ä4 zu GRÜN fängt beim Menschen an**

Antragsteller\*innen      Christoph Rosenbaum (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 33 bis 34 einfügen:**

Wir wollen ein Frankfurt, in dem alle Menschen selbstbestimmt und sicher teilhaben können. Viele Menschen fühlen sich in diesen Zeiten verunsichert. Mehr soziale Sicherheit und mehr innere Sicherheit sind für uns wichtige Voraussetzungen für den notwendigen ökologischen Wandel.

### **Begründung**

Das aktuell wichtige Thema Sicherheit auch in der Präambel aufführen und dabei klarstellen, dass Sozialpolitik Sicherheitspolitik ist.

### **Unterstützer\*innen**

Wendel Burkhardt (KV Frankfurt)

## **Ä1 zu Frankfurt: Europas GRÜNES Herz**

Antragsteller\*innen      Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 41 bis 44:**

Den großen Herausforderungen unserer Zeit – ob Klimakrise, Energieabhängigkeit oder soziale Spaltung – können wir nur gemeinsam begegnen. Wir GRÜNE ~~tragen bereits seit fünf Jahren~~übernehmen Verantwortung für unsere weltoffene Metropole und bekennen uns in Zeiten eines erstarkenden Nationalismus und zunehmender

### **Begründung**

So ist es nicht richtig formuliert. Grüne sind schon deutlich länger als fünf Jahre in Regierungsverantwortung.

Wichtiger ist aber nicht, dass wir diese Verantwortung seit x Jahren tragen (rückblickend), sondern für die Zukunft weiter übernehmen (vorausblickend und ganz grundsätzlich).

### **Unterstützer\*innen**

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## Ä2 zu Frankfurt: Europas GRÜNES Herz

Antragsteller\*innen      Bastian Bergerhoff (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 23 bis 24 einfügen:

logistisches Drehkreuz in Europa – ein wirtschaftliches Kraftzentrum im Herzen des Binnenmarkts. Und diese zentrale Rolle hat Frankfurt auch bei den Zukunftsthemen: mit einem der größten Datenknotenpunkte weltweit und an zentraler Stelle auch in den neuen, auf Energie aus erneuerbaren Quellen ausgerichteten Infrastrukturen ebenso wie als Hochschul- und Forschungsstandort mit klugen Köpfen aus aller Welt.

#### Von Zeile 42 bis 44:

oder soziale Spaltung – können wir nur gemeinsam begegnen. Wir GRÜNE tragen bereits seit ~~fünf~~vielen Jahren Verantwortung für unsere weltoffene Metropole und bekennen uns in Zeiten eines erstarkenden Nationalismus und zunehmender

#### Von Zeile 53 bis 59:

- Zuflucht für bedrohte Journalist\*innen und Kunschtchaffende sowie ein Residency-Programm für Menschenrechts-Aktivist\*innen schaffen.
- ~~ein Frankfurt Climate Finance Forum schaffen. Dazu wollen wir eine jährliche Konferenz mit EZB, EIB, AMLA und anderen Finanzplatz-Akteur\*innen zu Green-Bond-Standards und sozial gerechter Transformation organisieren.~~ die Rolle Frankfurts in der Nachhaltigkeit weiter stärken. Dazu wollen wir die Aktivitäten der Finanzplatzakteure wie der Bundesbank, der KfW, der EZB, der EIB, der AMLA und der ISSB rund um "Green finance" weiter unterstützen und mit privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren Frankfurt zum führenden Ort für grüne und sozial gerechte Transformationsfinanzierung machen. Außerdem wollen wir uns gemeinsam mit unseren Partnerstädten für den Titel der „European Green Capital“ bewerben.



Miriam Dahlke (KV Frankfurt), Manuel Denkwitz (KV Frankfurt), Bernd Ackermann (KV Frankfurt), Christian Groß (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt), Gabriele Trah (KV Frankfurt), Wendel Burkhardt (KV Frankfurt), Michael Falk (KV Frankfurt), Hanna Tekin (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

## Ä3 zu Frankfurt: Europas GRÜNES Herz

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### Antragstext

#### Von Zeile 60 bis 63:

- **Mobilität junger Frankfurter\*innen innerhalb Europas fördern.** Dazu wollen wir ~~an-dem~~das Programm zur jährlichen Vergabe von ~~200~~-kostenlosen Interrail-Tickets ~~an-junge~~ausweiten und die Beschränkung auf eine Zahl von 200 Stück aufheben. Damit wollen wir allen jungen Frankfurter\*innen unter 25 Jahren ~~festhalten-und-ihre~~ Anzahl sogar weiter aufstockenermöglichen, ein solches Ticket zu erhalten.

### Begründung

Allein in der Altersgruppe von 20 bis 24 leben in Frankfurt ca. 44.000 Menschen, dazu kommen noch die Jüngeren. In dieser großen Altersgruppe nur 200 Tickets zu vergeben, fördert nicht die "Mobilität junger Frankfurter\*innen", wie es im Antrag heißt, sondern nur die von einem Bruchteil der jungen Frankfurter\*innen.

Wir möchten, dass alle jungen Frankfurter\*innen die Möglichkeit bekommen, Europa kostengünstig mit dem Zug zu bereisen. Deswegen wollen wir die Beschränkung der Zahl der jährlich zu vergebenden Tickets im Zuge dieses Programms aufheben.

### Unterstützer\*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Hanna Tekin (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## Ä1 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller\*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 145 bis 147:

- den Preis „Familienfreundlichste Arbeitgeber“ einführen, basierend auf klaren Kriterien wie ~~Vollzeit~~Angleichung der Arbeitszeit-Quoten von Frauen und Männern, hohen Anteilen von Männern in Elternzeit sowie flexiblen Arbeitszeitmodellen.

### Begründung

Vollzeitbeschäftigungen sind nicht unbedingt familienfreundlich. Arbeitgeber, die auf Vollzeit pochen, bei Vätern wie bei Müttern, agieren nicht familienfreundlich.

Entscheidend ist, dass sich die Anteile von Care- und Lohn-Arbeit angleichen. Darum sollte das das Kriterium sein.

## **Ä2 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung**

Antragsteller\*innen      Frauen AG (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 144 einfügen:**

- uns weiterhin beim Bund dafür einsetzen Qualifizierungsprogramme und Sprachkurse mit Kinderbetreuung für migrantische Frauen ausreichend finanziell abzusichern, denn nur so können sowohl die Erwerbstätigkeit von Frauen – insbesondere von Frauen mit Migrationsgeschichte – gesteigert als auch strukturelle Barrieren abgebaut werden.

### **Begründung**

Frauen mit Migrationsgeschichte haben häufig erschwerten Zugang zu einer regelmäßigen Kinderbetreuung. Wenn Mütter aufgrund unzureichender Betreuungsangebote dann nicht am Integrationskurs teilnehmen können, werden die Abschlüsse häufig auf A2-Niveau verbleiben. Dies schließt sie von vielen Berufsfeldern aus, erschwert ihre Integration erheblich und drängt sie in Abhängigkeitsverhältnisse.

### **Unterstützer\*innen**

Hanna Tekin (KV Frankfurt)

## **Ä3 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung**

Antragsteller\*innen      Frauen AG (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 94 bis 96 einfügen:**

- die Beratungsmöglichkeiten zu digitaler Gewalt und Cybermobbing für Frauen und Mädchen verbessern, insbesondere für Frauen und Mädchen mit Behinderungen, wie bereits im Jugend- und Sozialamt sowie im Frauensoftwarehaus geschehen.

### **Begründung**

Der digitale Bereich spielt bei Menschen mit Behinderungen eine große Rolle. Doch gerade hier sind sie vielen Angriffen stark ausgeliefert, am meisten Mädchen und Frauen mit kognitiven Einschränkungen.

### **Unterstützer\*innen**

Hanna Tekin (KV Frankfurt)

## Ä4 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller\*innen      Frauen AG (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### Antragstext

#### Von Zeile 5 bis 10:

~~Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein akutes, systemisches und damit — leider — alltägliches Problem, das in vielen Fällen verborgen bleibt. Noch immer erleben Frauen das eigene Zuhause als den gefährlichsten Ort. Hinter verschlossenen Türen gedeiht die Gewalt, die meist vom Partner oder der Familie ausgeht. Das muss aufhören und ins Bewusstsein der Stadtgesellschaft gelangen.~~ Geschlechtsspezifische Gewalt ist ein systemisches und strukturelles Problem. Gewalt bestimmt den Alltag vieler Frauen und Mädchen. Das Risiko, Gewalt zu erleben, ist für Mädchen und Frauen in den eigenen vier Wänden am höchsten – dort, wo sie sich am sichersten fühlen sollten. Sie ist noch immer stark tabuisiert und nimmt trotz aller Anstrengungen aktuell zu. Das muss aufhören und ins Bewusstsein der Stadtgesellschaft gelangen. Wir setzen uns konsequent dafür ein, bestehende Schutzangebote und

### Begründung

Frauen und Mädchen *erleben* nicht ihr Zuhause als gewalttätigen Ort - es ist einer, statistisch belegt. Nirgendwo sonst schreiben wir, dass etwas – *leider* – ein alltägliches Problem sei. Es wird von den Opfern oft *verborgen*, ja. Aber der Grund dafür ist das gesellschaftliche Tabu und die Schuldzuweisung an die Opfer, die daraus entsteht – und die Frauen und Mädchen allein lässt. Gewalt *gedeiht* nicht, sie herrscht höchstens.

### Unterstützer\*innen

Hanna Tekin (KV Frankfurt), Roman Sztyler (KV Frankfurt)

## **Ä5 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung**

Antragsteller\*innen      Frauen AG (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 51 bis 53:**

- spezifische Schutzangebote für besonders gefährdete Gruppen wie ~~prostituierte~~ prekärer Prostitution nachgehende, obdachlose, geflüchtete, trans\*, lesbische, ältere Frauen und Frauen mit Behinderungen ausbauen – inklusive Schutzwohnungen mit

### **Begründung**

Es heißt nicht „prostituierte“ Frauen, sondern „sie prostituieren sich“. Außerdem zählen nicht alle sich prostituierende Frauen zu den besonders gefährdeten Gruppen, sondern nur diejenigen in prekärer Prostitution.

## Ä6 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller\*innen      Frauen AG (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 142 bis 143:

- Frauenquoten ~~in Führungspositionen~~ in Führungs- und Leitungspositionen auf allen Ebenen der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben konsequent ~~durchsetzen~~ umsetzen.

### Begründung

- Es geht nicht nur um die obersten Führungspositionen, Frauen sollen Leitungsverantwortung auf allen Ebenen übernehmen können und
- ~~Es geht nicht um das, was durchzusetzen, sondern Wege zu entwickeln, wie Frauen für Führungsaufgaben gewonnen und gefunden werden können. Z.B. fehlt es in technischen Bereichen an Bewerberinnen, da braucht es statt Durchsetzungsvermögen eher Kreativität und gute Strategien für die Nachwuchsförderung.~~

### Unterstützer\*innen

Hanna Tekin (KV Frankfurt)



## **Ä7 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung**

Antragsteller\*innen      Frauen AG (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### **Antragstext**

**Von Zeile 143 bis 144 einfügen:**

- Frauen für Führungsaufgaben qualifizieren und fördern, Frauen in Führungspositionen als Role Models sichtbar machen, Netzwerke und Mentoring für Frauen in Führung stärken.

### **Begründung**

Wir wollen verschiedene Möglichkeiten nutzen, um das Ziel zu erreichen.

## **Ä8 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung**

Antragsteller\*innen      Frauen AG (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### **Antragstext**

**Von Zeile 148 bis 149:**

- ~~die Frauendezernentin dauerhaft~~ im Leitungsgremium der SWAK (Ständige Wirtschafts- und Arbeitsmarktkonferenz der Stadt Frankfurt) dauerhaft einen Platz für die Frauendezernentin verankern.

### **Unterstützer\*innen**

Hanna Tekin (KV Frankfurt)

## Ä9 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller\*innen      Frauen AG (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 154 bis 155:

- ~~mit~~ IHK, HWK und ~~Verbänden gezielte Übergänge~~ Verbände dafür gewinnen, mit gezielten Anreizen und einer gemeinsamen Informationskampagne zu mehr Übergängen aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ~~ermöglichen~~ beizutragen. Die Stadtverwaltung soll entsprechende Anreize auch als Arbeitgeberin setzen.

### Begründung

Wir können die Arbeitgeber für dieses Ziel gewinnen und deren Aktivitäten mit einer Kampagne flankieren – ermöglichen können wir als Stadt die Übergänge nicht (bzw. nur innerhalb der Stadtverwaltung).

## **Ä10 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung**

Antragsteller\*innen      Frauen AG (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### **Antragstext**

**Von Zeile 169 bis 170 einfügen:**

- die medizinische Versorgung schwangerer Frauen ohne Versicherungsschutz und insbesondere von Mutter und Kind während und nach der Geburt garantieren und absichern.

### **Begründung**

Das Entscheidende ist die Übernahme der Kosten für die stationäre Versorgung während und nach der Geburt.

### **Unterstützer\*innen**

Hanna Tekin (KV Frankfurt)

## Ä11 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller\*innen      Frauen AG (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 181 bis 182:

- die Arbeit ~~des LIBS (inkl. der Lesben-Informationen- Frauen\*Festival)~~ und Beratungsstelle LIBS langfristig ~~fördern~~sichern und ~~sichern~~darüber hinaus Initiativen und Maßnahmen zur Förderung der Sichtbarkeit lesbischer Frauen unterstützen.

### Begründung

Das LIBS deckt Beratung und Information ab. Zur Förderung der Sichtbarkeit und Vernetzung gibt es über das Lesbenfestival hinaus eine Vielfalt an Initiativen, die unterstützungswürdig sind.

## Ä12 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller\*innen      Frauen AG (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### Antragstext

**Nach Zeile 160 einfügen:**

Sexarbeit und Prostitution

Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung stellt eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung dar, die vor allem Frauen betrifft.

Wir werden...

- uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz zu stärken, um die internationalen Netzwerke von Menschenhandel und Zwangsprostitution aufzudecken und zu zerschlagen. Dabei verfolgen wir einen menschenrechtsbasierten Ansatz und rücken die Rechte und die Unterstützung der Betroffenen in den Fokus.
- fordern, dass Opfer von Menschenhandel ein sicheres Bleiberecht bekommen, unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft im Strafverfahren.
- Wir wollen die Selbstbestimmtheit, die Rechte, die Gesundheitsversorgung und den Schutz von Sexarbeiter\*innen und Prostituierten in prekären Situationen in Frankfurt deutlich stärken und ihre Arbeitsbedingungen verbessern. Wir setzen uns dafür ein.
- dass Prostitutionsstätten strenger kontrolliert, die gesetzlichen Standards für die Betriebserlaubnis erhöht und die Befugnisse des Zolls erweitert werden, um gesetzlich vorgeschriebene Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und die Selbstbestimmung und Sicherheit der Betroffenen sicherzustellen – ohne sie zu stigmatisieren oder zu kriminalisieren.
- Wir werden
- die in Frankfurt vorhandene Struktur der medizinischen Versorgung, aufsuchenden Hilfen, Information und Beratung sowie Ein- und Ausstiegshilfen finanziell sichern und ausbauen.

- sobald die Ergebnisse der bundesweiten Evaluation des Prostitutionsschutzgesetzes und unserer Frankfurter Studie „Sexarbeit und Prostitution“ vorliegen, diese mit Betroffenen und Expert\*innen auswerten.
- ergebnisoffen beraten, welche Maßnahmen daraus für Frankfurt abzuleiten sind, um die Situation in der Sexarbeit und der Prostitution weiter zu verbessern.
- den Frankfurter Fachbeirat Prostitution als wichtiges Austauschforum für alle Akteur\*innen im Feld erhalten. Er soll die Entwicklung weiter begleiten.
- uns für gesellschaftliche Aufklärung stark machen. Dazu zählen umfassende sexuelle Bildung und Beratung, Prävention sexueller Gewalt, Sensibilisierung für Menschenhandel und Zwangsprostitution sowie Methoden wie die sogenannte „Loverboy-Masche“.

### **Begründung**

Der Abschnitt fehlt bisher komplett bzw. wurde im Erarbeitungsprozess des Programms vergessen.

## Ä13 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller\*innen

Wendel Burkhardt

### Antragstext

Von Zeile 123 bis 124:

- ~~Frankfurt zur stillfreundlichen Stadt machen~~ Das beschlossene Programm der "stillfreundlichen Kommune" weiter umsetzen: mit weiteren Stillräumen in öffentlichen Gebäuden, Wickelmöglichkeiten in allen Toiletten und einem

### Begründung

Der Beschluss dass Frankfurt "stillfreundliche Kommune" werden soll hat es erfreulicherweise in den derzeitigen Koa Vertrag geschafft. erste Schritte wurden auch geangen . Daher muss das Programm fortgesetzt und ausgebaut aber nicht neu beschlossen werden,.

### Unterstützer\*innen

Hanna Tekin (KV Frankfurt)



## Ä14 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller\*innen      Frauen AG (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### Antragstext

#### Von Zeile 132 bis 138:

Frauen verdienen nach wie vor weniger als Männer und sind in Führungs- und Leitungspositionen viel seltener vertreten. Weiterhin können viele Frauen nicht gleichberechtigt an Entscheidungen beteiligt in dem Umfang am Erwerbsleben teilnehmen, wie sie es gerne möchten. Ein Hauptgrund dafür ist eine unzureichende Kinderbetreuung. Konkrete Maßnahmen dagegen haben wir im Kapitel „2.12 Soziale Gerechtigkeit“ aufgeführt. Wir Grüne wollen, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, die gleichen Chancen und Rechte haben. Gleichberechtigung bedeutet für uns auch gleiche Bezahlung ~~und~~ faire Chancen für Frauen ~~in Führungspositionen, denn am Erwerbsleben teilzunehmen und mehr Frauen in Führungs- und Leitungspositionen. Denn~~ Erwerbstätigkeit schützt vor Altersarmut und stärkt die[Zeilenumbruch] Unabhängigkeit. Deshalb wollen wir strukturelle Hürden, auf die Frauen immer[Zeilenumbruch] wieder stoßen, beseitigen.

### Begründung

In diesem Kapitel soll es nicht nur um Frauen in Führungspositionen gehen, sondern um alle Frauen. Eins der größten Hindernisse für Frauen im Erwerbsleben ist die mangelnde Kinderbetreuung. Die wird zwar in einem anderen Kapitel behandelt, sollte hier aber auf keinen Fall unerwähnt bleiben.

## Ä15 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller\*innen      Frauen AG (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### Antragstext

#### Von Zeile 123 bis 125:

- Frankfurt zur ~~stillfreundlichen~~still- und familienfreundlichen Stadt machen: mit Stillräumen in öffentlichen ~~Gebäuden~~,und anderen Gebäuden und mit Wickelmöglichkeiten in allen Toiletten~~-und einem familienfreundlichen~~. Wir wollen ein Label in Form eines Qualitätssiegels für Betriebestill- und familienfreundlich eingerichtete Gastronomie, Geschäfte, Unternehmen und öffentliche Gebäude vergeben.

## Ä16 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller\*innen      Frauen AG (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### Antragstext

#### Von Zeile 21 bis 22:

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der ~~Care-Arbeit~~Haus- und Sorgearbeit fair verteilt und wertgeschätzt wird, in der Frauen wirtschaftlich unabhängig leben können und in

#### Von Zeile 108 bis 112:

### ~~Care~~Haus- und Sorgearbeit fair verteilen

Für andere Menschen zu sorgen, sowohl beruflich als auch privat, ist essenziell für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aber nach wie vor ~~ist Care-Arbeit ungleich~~sind Haus- und Sorgearbeit ungleich verteilt und ~~wird~~werden weiterhin insbesondere von Frauen geleistet. Sie haben weniger Zeit für sich, erwirtschaften geringere Einkommen und erwerben

#### Von Zeile 114 bis 117:

Altersarmut mündet. Wir Grüne setzen uns für ein Ende der stereotypen Zuschreibung und die faire Verteilung von ~~Care~~Haus- und Sorgearbeit ein. Wir kämpfen für die Entlastung von Frauen und die Anerkennung des gesellschaftlichen Stellenwerts von ~~Care-Arbeit~~Haus- und Sorgearbeit.

#### Von Zeile 120 bis 122:

- eine großangelegte Kampagne zur Anerkennung und gerechten Aufteilung von

~~Care-Arbeit~~ Haus- und Sorgearbeit starten, inkl. Aktionstagen, Preisverleihungen und starken Vorbildern.

### **Begründung**

Das Wort „Care“ und „Sorge“ bedeutet eigentlich das gleiche. Es ist einmal Englisch und einmal in Deutsch. In der Fachwelt wird von „Haus- und Sorgearbeit“ gesprochen. Weil das beides Deutsche Begriffe sind und damit auch für alle verständlicher wird, um was es genau geht, würde ich diese Begriffe im gesamten Wahlprogramm nutzen. Auch, weil die Hausarbeit so explizit genannt ist und damit sichtbar wird. Sie nimmt einen großen Anteil bei den Arbeiten an und darum wäre es nur richtig, diese auch zu benennen.

Weiterhin wird im gesamten Kapital mal das Wort „Carearbeit“ und mal das Wort „Sorgearbeit“ und mal „Care- und Sorgearbeit“ genutzt. Es ist sehr unklar, was wir wann damit meinen.

## Ä17 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller\*innen      Frauen AG (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### Antragstext

#### Von Zeile 109 bis 112:

~~Für andere Menschen zu sorgen, sowohl beruflich als auch privat, ist essenziell für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.~~ Unsere Gesellschaft funktioniert nur durch unbezahlte Haus- und Sorgearbeit. Aber nach wie vor ist ~~Care-~~diese Arbeit ungleich verteilt und wird weiterhin insbesondere von Frauen geleistet. ~~Sie~~Dadurch ermöglichen sie ihren meist männlichen Partnern in Vollzeit zu arbeiten. Frauen haben weniger Zeit für sich, erwirtschaften geringere Einkommen und erwerben

#### Von Zeile 114 bis 117:

Altersarmut mündet. Wir Grüne setzen uns für ein Ende der stereotypen Zuschreibung und die faire Verteilung von ~~Care~~Haus- und Sorgearbeit ein. Wir kämpfen für die Entlastung von Frauen und die Anerkennung des gesellschaftlichen Stellenwerts ~~von Care-Arbeit~~dieser unbezahlten Arbeiten.

### Begründung

Das Intro soll direkt den Stellenwert dieser Arbeiten für unsere Gesellschaft klar machen und darum sollte es etwas verschärft werden.

## Ä18 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung

Antragsteller\*innen      Frauen AG (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 129 bis 130:

- Alleinerziehende mit Frankfurt-Pass einführen: zur gezielten Entlastung und ~~gegen prekäre Arbeitsverhältnisse~~ zugleich für die Stärkung von regulären, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

### Begründung

Dieser Punkt muss etwas ausführlicher formuliert sein, damit klarer wird, was wir meinen.

## **Ä20 zu Frauen: Feminismus und Gleichstellung**

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 85 einfügen:**

- Neue ÖPNV-Haltestellen und Quartiere sollen so geplant werden, dass die Menschen sicher durch bewohnte und belebte Bereiche von den Haltestellen nachhause gehen oder sich gegenseitig besuchen können.

### **Begründung**

Spezifizierung des Punktes zur feministischen Stadtplanung, die von Beginn an berücksichtigt werden muss. Gerade in nächster Zeit entstehen eine Reihe von neuen Quartieren und ÖPNV-Haltestellen, die von Beginn an in diesem Sinn mitgeplant werden und von übergeordneter Ebene betrachtet werden müssen.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä1 zu Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft**

Antragsteller\*innen      Jürgen Eiselt (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 39 bis 40 einfügen:**

Leitplanken. So verbinden wir Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Chancen. Durch ein Sonderförderprogramm für Härtefälle unterstützen wir energetische Sanierungen für Privatpersonen, welche sich hohe Investitionen für Photovoltaik, bauliche Sanierungen oder den Einbau einer Wärmepumpe nicht leisten können.

### **Begründung**

Menschen, die sich beispielsweise eine Wärmepumpe nicht können oder die Investitionssumme den Immobilien überschreitet oder die Eigentümer/innen wegen Altersdiskriminierung >70 Jahre keinen Kredit mehr bekommen, sollen Sonderförderungen erhalten.



## **Ä2 zu Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft**

Antragsteller\*innen      Christian Marx (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 85 einfügen:**

- die Digitalisierung konsequent umsetzen und über die Mainova als digitales Energieversorgungsunternehmen mit Echtzeitdaten und einer eigenen Cloud die Energieflüsse zu den Haushalten und den Unternehmen über ein intelligentes Stromnetz zu steuern.

### **Begründung**

Die Erzeugung von Energie aus Sonne oder anderen temporären Schwankungen unterliegenden Energiequellen ist sehr volatil. Um hier jederzeit eine Stromversorgung sicherstellen zu können, ist z.b. die Verwendung von Smart Grids sinnvoll. Dafür braucht es Informations- und Kommunikationstechnik, um eine effiziente Steuerung der Energieflüsse in einem intelligenten Stromnetz zu ermöglichen.

## Ä3 zu Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft

Antragsteller\*innen      Jürgen Eiselt (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 78 bis 80 einfügen:

- transparent, wann und wie der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern im Wärmebereich gelingt. Hierzu wird bis Ende 2026 ein konkreter und detaillierter Zeitplan aufgestellt, wann der Umstieg von Erdgas auf Wasserstoff, oder anderen erneuerbaren Energiequellen, abgeschlossen ist. Zusätzlich zu den 245 Millionen Euro, die wir in den Jahren 2022 bis 2025 für Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen

#### Von Zeile 111 bis 113:

- **die Abwärme der Rechenzentren in die Wärmeplanung integrieren.** In Frankfurt gibt es dahingehend noch viel ungenutztes Potenzial. Im Gallus zum Beispiel wird ein neues Areal mit 1300 Wohnungen in Kürze

### Begründung

Die Bevölkerung braucht belastbare Informationen für eine Heizungs-Investitionsentscheidung. Diese ist abhängig, ob es preislich akzeptable Fernwärme vor der Haustür gibt, wann diese kommt und ob die Preissteigerungen in der Fernwärme durch Erdgas sie betrifft.

Durch die Ausweitung vom EU-Emissionshandel auf Verkehr und Gebäudeheizung, absehbare Entwicklungen auf dem Gasmarkt sowie anderen gesetzlichen Vorgaben, steigen spätestens Anfang 2027 die Erdgaspreise in unverantwortbare Höhen. Dies betrifft auch die Fernwärmeerzeugung im Heizkraftwerk West. Eine unverantwortbare Kostenexplosion müsste dann an die Kunden weitergegeben werden. Dies ist nur dann abzuwenden, wenn feststeht: wann und in welchen Mengen Erdgas durch kostengünstigen grünen Wasserstoff ersetzt wird. Die Mainova kann Wasserstoff auch anteilig selbst erzeugen, um die Erzeugerpreise drücken. Dies ist der optimale,

vermutlich auch der einzige betriebswirtschaftliche Weg, um aus der Disruptionsspirale durch Erdgas herauszukommen.

## **Ä4 zu Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft**

Antragsteller\*innen      Kilian Vitt (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 135 einfügen:**

- die überproportional Betroffenen jungen Menschen besonders durch Befragungen an Prozessen des Maßnahmenbeschlusses teilhaben lassen und umweltpädagogische Angebote in Bildungseinrichtungen fördern.

### **Begründung**

Forderung der Grünen Jugend Frankfurt.

## **Ä5 zu Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft**

Antragsteller\*innen      Manuel Stock (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 73 bis 75 einfügen:**

- **die Fernwärmenetze massiv ausbauen, damit in Zukunft umweltfreundlich erzeugte Wärme Wohnungen und Büros heizen kann.** Hierbei wollen wir dafür sorgen, dass die Bestandskund\*innen der Mainova den Ausbau nicht weiterhin durch höhere Preise mitfinanzieren müssen. Bis Sommer 2026 soll die Kommunale Wärmeplanung, an der derzeit gearbeitet wird, beschlossen

### **Begründung**

Die Verbraucherzentrale spricht von einer "Fernwärmepreis-Explosion" bei der Mainova. Diese hat eine Monopolstellung inne und begründet die stärkere Gewichtung des Grundpreises u.a. mit "Investitionen im Zuge des Umbaus auf klimaneutrale Erzeugung." Die Bestandskund\*innen müssen somit den Ausbau mitfinanzieren und durch die stärkere Gewichtung des Grundpreises wird die Verringerung des Wärmeverbrauchs weniger attraktiv. Beides wirkt sich negativ auf die Akzeptanz der Energiewende aus und trifft bspw. in der Nordweststadt häufig Haushalte mit kleinem Geldbeutel.

### **Unterstützer\*innen**

Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

## Ä6 zu Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft

Antragsteller\*innen      Bastian Bergerhoff (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 41 bis 42 einfügen:

Wir haben in der vergangenen Koalition bereits mit vielem angefangen: Die Mainova ist mit dem Umbau des HKW mehr als 10 Jahre vor der gesetzlichen Frist aus der Kohle ausgestiegen. Wir haben die Erstellung der kommunalen Wärmeplanung auf den Weg gebracht, wir haben mit

#### Von Zeile 81 bis 82 einfügen:

- bereitgestellt haben, werden wir für die Jahre ab 2026 weitere Gelder in mindestens gleicher Größenordnung investieren. Auch die unter GRÜNER Führung beschlossene und begonnene Eigenkapitalstärkung der Mainova setzen wir wie geplant fort, so dass wir insgesamt über 1 Milliarde Euro in die Dekarbonisierung investiert haben.

### Begründung

1. Mit dem Umbau des Heizkraftwerks West, den die GRÜNEN bereits in der letzten Wahlperiode forciert haben, steigt die Mainova Ende 2025 aus der Kohle aus. Bundesgesetzlich ist der Kohleausstieg bis 2038 (!) festgeschrieben. Dieses Frankfurter Alleinstellungsmerkmal sollten wir
2. ~~erwähnen~~ erwähnen 245 Millionen Euro in den "Klimatöpfen" haben wir eine Eigenkapitalstärkung der Mainova in Höhe von 750 Millionen Euro beschlossen und umgesetzt bzw. in der Haushaltsplanung verankert. Auch das sollten wir erwähnen.

### Unterstützer\*innen

Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

## **Ä1 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima**

Antragsteller\*innen      Christian Marx (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 117 bis 118 einfügen:**

- mit der Ausweisung ökologischer Dunkelzonen tragen dazu bei, störende Lichtquellen sukzessive abzuschalten. Nutzungsabhängige Beleuchtungssysteme an Straßen und Radwegen, die sich nur bei Bedarf aktivieren, helfen Strom zu sparen und die „Lichtverschmutzung“ zu reduzieren.

### **Begründung**

Die bedarfsabhängige Beleuchtung von öffentlichen Wegen sollte wo umsetzbar Bestandteil eines umfassenden Smart City-Konzeptes für Frankfurt sein.

### **Unterstützer\*innen**

Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

## Ä2 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller\*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### Antragstext

Nach Zeile 53 einfügen:

- Frankfurts Straßengrüner und kühler machen. Wir brauchen mehr Bäume in der Stadt, nicht nur in Parks, sondern in den Wohnquartieren. Haupthindernis sind unterirdische Leitungen, deren genauer Verlauf oft nicht bekannt ist. Daher werden wird Schritt für Schritt die Leitungen in allen Straßen ohne Bäume erfassen und „freie“ Standorte konsequent für Baumpflanzungen nutzen. Bei allen künftigen Straßen- und Gehwegsanierungen werden wir die Prüfung neuer Baumstandorte zum Bestandteil der Planungen machen, auch wenn dadurch Leitungen verlegt werden müssen. Dabei folgen wir bei alle Baumpflanzungen dem Schwammstadtprinzip.

### Begründung

Alle Ortsbeiräte, die schon einmal eine Straßenbaum vergeblich beantragt haben, kennen das Problem. Unter dem Untergrund liegen Leitungen - schier kreuz und quer. Der genaue Verlauf ist oft nicht dokumentiert und es sind große Abstände zu diesen einzuhalten, wenn Bäume gepflanzt werden. Es gibt bereits ein städtisches Projekt zur Kartierung der Leitungen, das ausgeweitet werden sollte. Daraus ergeben sich dann freie Flecken, an denen Bäume gepflanzt werden können. Zusätzlich müssen eben auch Leitungen verlegt werden, um Bäume zu ermöglichen. Da das ein gewaltige Aufwand ist, macht man das nicht einfach mal so. Aber Straßensanierungen können hierfür gut genutzt werden, da der Straßenbelag ohnehin angegangen wird. Nur sind Leitungsprüfungen und Baumpflanzungen hier nicht obligatorisch. Die Planungen für die Sanierung sind dann irgendwann fertig und werden beauftragt. Dann ist eine Prüfung für Baumpflanzungen quasi nicht mehr möglich, da die Planungen dafür wieder aufgeschnürt werden müssten. Daher muss die Prüfung der Leitungen und möglicher Baumpflanzung eben obligatorischer Bestandteil der Planung sein.



## **Ä3 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima**

Antragsteller\*innen      Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 117 bis 118 einfügen:**

- mit der Ausweisung ökologischer Dunkelzonen tragen dazu bei, störende Lichtquellen sukzessive abzuschalten. Hier nehmen wir auch Leuchtreklame und beleuchtete Werbetafeln in den Blick.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä4 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima**

Antragsteller\*innen      Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 375 bis 376 einfügen:**

- Frankfurt gibt es bereits Unternehmen, die Baustoffrecycling aktiv betreiben. Auch die Stadt soll in ihren Bauvorhaben als Vorbild voran gehen und verstärkt Recycling-Baustoffe nutzen.

### **Begründung**

Der Punkt ist in Kapitel 6 schon enthalten. Es fehlt aber der Punkt, dass die Stadt nicht nur vorschreibt, oder Anreize setzt, sondern eben auch als gutes Beispiel fungiert und die eigenen Ansprüche selbst umsetzt.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## Ä5 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller\*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 184 bis 186:

- ~~einen „runden Tisch“ einberufen, an dem sich Umweltgruppen, Stadtforst, Umweltamt und andere Stakeholder austauschen und Konzepte für eine zukunftsfähige Bewirtschaftung des Waldes entwickeln.~~
- die Konzepte für eine zukunftsfähige Bewirtschaftung des Waldes weiterentwickeln und dafür nicht nur Umweltamt und Stadtforst, sondern auch Umweltgruppen und andere Stakeholder an einen Tisch bringen.

### Begründung

Vorher schien dieser Absatz den davor abzuschwächen.

### Unterstützer\*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä6 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima**

Antragsteller\*innen      Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 214 bis 216:**

- **die Ausweisung neuer Klein-Naturschutzgebiete[Leerzeichen]für die Genehmigung durch die Untere Naturschutzbehörde vorbereiten, um sogenannte Trittsteinbiotope zu gewinnen, die Tieren und Pflanzen die teils weiten Wege zwischen den größeren Naturschutzgebieten ~~zu gewinnen~~erleichtern.**

### **Begründung**

zur Klärung, was ein "Trittsteinbiotop" ist

## **Ä7 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima**

Antragsteller\*innen      Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 264 bis 268 löschen:**

- wollen wir eine Basisberatung mit Informationsveranstaltungen, Flyern und Online-Services zur Schadensprävention anbieten. ~~Am Frankfurter Berg sollen Anwohner\*innen über öffentliche und private Maßnahmen der Starkregenvorsorge informiert werden. Das Modell werden wir auch in anderen Stadtteilen nutzen.~~

### **Begründung**

Das erscheint redundant. Der Frankfurter Berg ist laut Starkregengefährdungskarte nicht signifikant stärker betroffen, als andere Stadtteile. Die beiden Sätze bringen somit keine neuen Informationen/Vorhaben.

## **Ä8 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima**

Antragsteller\*innen      Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 295 bis 296 einfügen:**

- vorgeschriebenen Mindestabstands zu Gewässerrändern kontrollieren. So stellen wir sicher, dass keine Schadstoffe aus der Landwirtschaft in die Gewässer gelangen.

### **Begründung**

Klärung, worum es geht, und damit niemand auf die Idee kommt, es ginge um Spaziergänger\*innen oder Radfahrer\*innen an Main und Nidda.

## **Ä9 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima**

Antragsteller\*innen      Manuel Stock (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 1 bis 3:**

Grün in der Stadt ist nicht nur wichtig für das Klima, sondern auch für ~~das Lebensgefühl~~die Lebensqualität der Menschen in Frankfurt. Wir wollen, dass sie sich wohl fühlen und ihre Umgebung als angenehm empfinden. Bäume und Blumen, Sträucher und Wiesen

### **Begründung**

Es geht nicht nur um ein subjektives Empfinden.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt), Denise Felix (KV Frankfurt), Wendel Burkhardt (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

## Ä10 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller\*innen      Miriam Dahlke (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 205 bis 209:

- einwerben. Wir werden Veranstaltungen zum Arten- und Biotopschutzkonzept anbieten und Menschen stärker an der Umsetzung beteiligen. ~~In wirtschaftsstarken Branchen wie der Finanzbranche wollen~~, in dem wir ~~Akteur\*innen die Möglichkeit~~ Möglichkeiten anbieten, sich persönlich finanziell an Artenschutzprojekten zu beteiligen.

### Begründung

Die Finanzbranche ist nicht die einzige "wirtschaftsstärke" Branche und sollte an dieser Stelle nicht herausgehoben werden.

### Unterstützer\*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Cornelia Walther (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)



## **Ä11 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima**

Antragsteller\*innen      Philipp Magiera (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 252 bis 254 einfügen:**

- neben Straßen, auf Spielplätzen und Sportanlagen wollen wir – je nach Möglichkeit – Wasser in Mulden auffangen. Bei großen Flächenversiegelungen durch Parkplätze oder Gewerbeflächen sind ebenfalls ausreichend große Versickerungsmulden anzulegen. Dies mildert die Folgen von Starkregenereignissen ab und bringt an heißen Tagen auch Kühlung.

#### **Von Zeile 267 bis 268 einfügen:**

- Starkregenvorsorge informiert werden. Das Modell werden wir auch in anderen hochwassergefährdeten Stadtteilen wie Niederursel und Heddernheim nutzen.

### **Begründung**

Versickerung ist nicht nur ein Thema für Grünanlagen, Straßen, Spielplätze und Sportanlagen, sondern insb. für großflächige Versiegelung durch Parkplätze, Gewerbeimmobilien, Rechenzentren etc. Dort muss entsprechende Retention- und Versickerungsinfrastruktur geplant und gebaut werden.

Der Zusatz bzgl. Starkregen dient nur der Konkretisierung.

### **Unterstützer\*innen**

Christine Holch (KV Frankfurt)

## **Ä12 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima**

Antragsteller\*innen      AG Tierschutz (dort beschlossen am:  
22.10.2025)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 378 bis 379 löschen:**

Auch Tiere ~~—ob Haustiere, Nutztiere oder Stadtwild—~~ lieben es grün. Sie sollen in Frankfurt ein möglichst gutes Leben haben. Eine tierfreundliche Stadt ist

### **Begründung**

Der Begriff "Nutztiere" ist abzulehnen. Wenn man von Tierschutz spricht, kann man nicht gleichzeitig das Wort Nutztiere verwenden. Das ist unglaublich.  
Am einfachsten die Aufzählung löschen.

## Ä13 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller\*innen      AG Tierschutz (dort beschlossen am:  
22.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 404 bis 406:

- ~~die Tierheime stärken und finanziell absichern. Das Frankfurter Tierheim und ähnliche Tierschutzvereine und Auffangstationen brauchen ausreichende Unterstützung. Sie übernehmen eine wichtige öffentliche Aufgabe.~~
- die Tierheime stärken und finanziell absichern. Die Tierheime und tierheimähnlichen Einrichtungen (z.B. Auffangstationen), die Leistungen für die Stadt Frankfurt erbringen, sollen ausreichend vergütet werden. Dabei sollen die Empfehlungen des Deutschen Tierschutzbundes angewendet werden.

### Begründung

Konkretisierung. Es gibt nicht nur EIN Tierheim, sondern mehrere.

Man kann nicht schreiben, dass diese "eine wichtige öffentliche Aufgabe übernehmen", und gleichzeitig feststellen, dass die Vergütung nicht passt. Da fragt sich ja jede lesende Person, warum die Vergütung trotz unseres Mitregierens nicht ausreichend ist. In der Branche schüttelt da jede/r mit dem Kopf, wenn Sie/er das lesen.

### Unterstützer\*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

## Ä14 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller\*innen      AG Tierschutz (dort beschlossen am:  
22.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 415 bis 418:

- ~~das professionelle Stadtaubenmanagement weiter ausbauen. Wir wollen mehr betreute Taubenschläge und -türme in Frankfurt einrichten. Dort erhalten die Tiere artgerechtes Futter. Ihre Eier werden gegen Attrappen ausgetauscht.~~
- das Stadtaubenmanagement auf das Augsburger Modell ausrichten. Wir wollen mehr betreute Taubenschläge, die durch ehrenamtliche Helfer betreut werden. Hierbei ist das Augsburger Modell die einzige Methode, die sich langfristig bewährt hat. Durch den systematischen Eiertausch wird für eine stabile, gesunde Population gesorgt. Aushungern und andere tierschutzwidrige Methoden sind für uns Tabu. Unser Ziel für die Legislaturperiode wird sein, wenigstens 10 Taubenschläge in städtischen Gebäuden einzurichten.

### Begründung

Wir brauchen ein klares Commitment zu der einzig funktionierenden tierschutz- und gesetzeskonformen Methode zum Umgang mit Stadtauben. Das Augsburger Modell funktioniert, wenn man es richtig anwendet. Einzelne konzeptlose Projekte dagegen bieten keinen wesentlichen Impact. Das Augsburger Modell ist zudem eine urgrüne Forderung der BAG Tierschutzpolitik und die einzige Methode, die von Fachleuten als nachhaltig und wirksam (in Verbindung mit kleineren flankierenden Maßnahmen) angesehen wird.

Das Thema bewegt viele Menschen in Frankfurt und sollte daher auch im Verhältnis zu anderen Themen entsprechend ausgeführt werden.

Inhaltlich: "Taubentürme" haben nicht die Kapazität, die wir brauchen und sind daher keine zu priorisierende Lösung. Daher sollte dieses Wort in Anbetracht des recht kurzen Abschnitts gestrichen werden, da die Thematik nicht ausreichend erläutert werden kann.

## Ä15 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller\*innen      AG Tierschutz (dort beschlossen am:  
22.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 407 bis 414:

- ~~der Umsetzung der Katzenschutzverordnung mehr Gewicht geben.~~ Frankfurt hat eine solche Verordnung für das gesamte Stadtgebiet erlassen. Sie schreibt vor, dass freilaufende Katzen kastriert, gekennzeichnet und registriert sein müssen. Wir begrüßen diesen wichtigen Schritt und werden auf eine effektive Umsetzung drängen. Die Zahl von geschätzt 18.000 streunenden Katzen zeigt, wie groß das Problem ist. Unkontrollierte Vermehrung führt zu großem Leid: Viele Streuner sind krank, unterernährt und brauchen Hilfe.
- die Umsetzung der Katzenschutzverordnung konsequenter vorantreiben und besser finanzieren. Durch die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht können die wild lebenden Katzenpopulationen kleiner und gesünder gehalten werden. Wir werden uns für eine bessere finanzielle Unterstützung für ehrenamtliche Vereine im Katzenschutz einsetzen.

### Begründung

Konkretisierung.

## Ä16 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller\*innen      AG Tierschutz (dort beschlossen am:  
22.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 419 bis 425:

- ~~Beschränkungen der Einsatzzeiten von Mährobotern zum Schutz von Igel und anderen Wildtieren aussprechen.~~ Mähroboter stellen, besonders für nachtaktive Tiere wie Igel, eine große Gefahr dar, da die Tiere nicht fliehen und so leicht verletzt oder getötet werden. Die Stadt Hildesheim untersagt den Einsatz aus Gründen des Tierschutzes und zum Schutz vor Lärm sowohl nachts als auch zur Zeit der Mittagsruhe und an Sonn- und Feiertagen. Diesem Beispiel wollen wir folgen.
- uns für tierfreundliche Einsatzzeiten von Mährobotern einsetzen. Damit bleiben nachtaktive Tiere wie Igel ungestört und haben sichere Rückzugszeiten. Städte wie Köln zeigen bereits, dass solche Regelungen wirksam und gut umsetzbar sind.

### Begründung

Der Absatz wurde sprachlich positiver gefasst und gekürzt, um den Fokus stärker auf den Schutz und das Wohl der Tiere zu legen. Statt von Beschränkungen sprechen wir nun von tierfreundlichen Einsatzzeiten, die einen konstruktiven Ansatz betonen. Mit Köln wird zudem ein größeres Praxisbeispiel genannt, das zeigt, dass solche Regelungen bereits erfolgreich umgesetzt werden.

### Unterstützer\*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

## Ä17 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller\*innen      AG Tierschutz (dort beschlossen am:  
22.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 426 bis 429:

- ~~Zirkussen mit Wildtieren keine städtischen Flächen zur Verfügung stellen.~~  
~~Sie können Tieren kein artgerechtes Leben bieten. Ständiger Transport, beengte Käfige und mangelnde Beschäftigung führen zu massivem Stress und Leiden. Mit dem Nutzungsverbot zeigt Frankfurt Verantwortung.~~
- Zirkusse mit Tieren keine städtischen Flächen zur Verfügung stellen. Tierleid begeistern können. Der Verzicht auf Tiere bedeutet kein Ende der Zirkustradition, sondern das Ende großen Tierleids.

### Begründung

Die neue Formulierung rückt den positiven Wandel in den Mittelpunkt: Sie betont, dass der Verzicht auf Tiere im Zirkus kein Verlust, sondern ein Fortschritt hin zu einer modernen, tierfreundlichen Form der Unterhaltung ist.

## **Ä18 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima**

Antragsteller\*innen      AG Tierschutz (dort beschlossen am:  
22.10.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 429 einfügen:**

- den Zoo Frankfurt langfristig zu einem Bildungs-, Begegnungs- und Naturschutzort weiterentwickeln, der auf Tierhaltung zunehmend verzichtet. In Zukunft soll der Zoo Wissen über Biodiversität, Ökologie und globale Schutzkonzepte vermitteln – ohne Tiere als Schauobjekte.

### **Begründung**

Die Ergänzung formuliert eine langfristige, realistische Perspektive für den Wandel des Zoos. Sie rückt Bildung, Begegnung und Naturschutz in den Mittelpunkt und beschreibt den schrittweisen Verzicht auf Tierhaltung als natürlichen Entwicklungsprozess. Damit wird der Fokus von der Tierhaltung hin zu einem modernen Verständnis von Arten- und Umweltschutz verlagert – ohne den Zoo als wichtigen Lern- und Erlebnisort für die Stadtgesellschaft infrage zu stellen.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)



## Ä19 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller\*innen      AG Tierschutz (dort beschlossen am:  
22.10.2025)

### Antragstext

Nach Zeile 213 einfügen:

- den Uferschutz auf dem Main verbessern. Am Mainufer leben und brüten viele Tiere, die häufig unnötig von Sportbooten und deren Wellen gestört werden. Zum Schutz werden wir Maßnahmen ergreifen und bei Bedarf das Wellenschlagverbot ausweiten.

### Begründung

Das Betreten des Ufers als auch das rücksichtslose Herumposen mit Speedbooten und Jetskis stören Brut- und Laichgebiete unnötig.

Eine Ausweitung des Wellenschlagverbots ist immer wieder in Diskussion, um nicht nur der Umwelt, sondern auch den Rudersport und Segelsport zu schützen. Durch Corona hatten sich einige Menschen Motorboote gekauft, womit es auf dem Main immer voller wird. Hierunter leiden nicht nur die Wassersportler, sondern auch die Umwelt. Ökosysteme an den Ufern leiden darunter. Explizit sind es die Sportboote, die teilweise viel heftigere Wellen, als die Frachtschiffe erzeugen. Während die Frachtschiffe auch verlässliche ihre Route einhalten, sind es vor allem Sportboote, die sehr nah an Uferbereiche oder in bestimmte Regionen hineinfahren, in die die Frachtschiffe gar nicht hinkommen.

## **Ä20 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima**

Antragsteller\*innen      AG Tierschutz (dort beschlossen am:  
22.10.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 216 einfügen:**

- Gefahren und Schäden durch Jagd und Fischfang minimieren. Wir werden die Jagd an Orten untersagen, an denen Mindestabstände zum Schutz von Menschen nicht eingehalten werden können. Auch werden wir dort intervenieren, wo natürliche Kreisläufe der Natur durch Jagd und Fischfang gestört werden.

### **Begründung**

In der Jagdsaison wird immer wieder an Orten gejagt, die überhaupt nicht geeignet sind, weil Wege und Straßen in der Nähe sind. Die Stadt muss diese Orte "befrieden" und das Jagen explizit untersagen (z.B. Höchster Stadtpark).

Wenn wir in der Nidda wieder durchgängig Fische haben wollen, dann müssen wir auch auf das Gleichgewicht im Fluß (Main, Nidda) achten. Der sogenannte "Fischbesatz" mit Fischen und das intensive Angeln wurde bereits von Ämtern als Gefahr kritisiert. Mit dieser Formulierung hätten wir auch einen "politischen Ansatz", den Naturschutz im Sinne funktionierender Kreisläufe besser umzusetzen.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä21 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima**

Antragsteller\*innen      Manuel Denkwitz (AG Tierschutz)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 379 bis 381 löschen:**

in Frankfurt ein möglichst gutes Leben haben. Eine tierfreundliche Stadt ist eine lebenswerte Stadt. ~~Dies ist nicht nur aus ethischen Gründen geboten, sondern stärkt auch das Verantwortungsbewusstsein und das soziale Miteinander.~~

### **Begründung**

Das Thema Tierschutz ist schon ein sehr ernstes Thema. Und wenn wir da bspw. bei der Tierheimfinanzierung derzeit nur 50% Zielerreichung haben, dann sollten wir da nicht von Ethik sprechen. Sowas provoziert die Branche. Wenn es doch ethisch geboten ist, Tierheime ausreichend zu vergüten, warum ist es dann in Frankfurt nicht so?!? - Solche Worthülsen mit "Ethik" sollten wir uns daher sparen und möglichst sachlich bleiben.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## Ä22 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller\*innen      Martina Feldmayer (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 175 bis 186:

- ~~den Stadtwald noch stärker nach ökologischen Kriterien bewirtschaften und die aktuelle Waldstrategie dahingehend weiterentwickeln.~~ Mulden und Gräben tragen dazu bei, dass das Regenwasser versickert. Im Wald der Stadt Frankfurt am Taunushang sind wir mit solchen Maßnahmen schon sehr erfolgreich. Im Gegensatz zum Land Hessen wenden wir hier das weltweit anerkannte FSC-Siegel an. Grundsätzlich sollen die vielfältigen klimatischen, ökologischen und sozialen Funktionen des Waldes im Vordergrund stehen, also Erholung, Arten- und Biotopschutz, sowie der Erhalt einer gesunden, klimaresilienten ~~Mischwaldstruktur.~~ gegen Eingriffe verteidigen und noch stärker nach ökologischen Kriterien bewirtschaften und die aktuelle Waldstrategie dahingehend weiterentwickeln. Grundsätzlich sollen die vielfältigen klimatischen, ökologischen und sozialen Funktionen des Waldes im Vordergrund stehen, also Erholung, Arten- und Biotopschutz, sowie der Erhalt einer gesunden, klimaresilienten Mischwaldstruktur. Der Frankfurter Stadtwald bleibt weiterhin FSC zertifiziert. Zudem sollen Naturwaldentwicklungsflächen ausgewiesen werden und die Stadt Frankfurt soll ein Waldwildnisgebiet in den Waldwildnisfond der Bundesregierung einbringen. Mulden und Gräben tragen dazu bei, dass das Regenwasser versickert. Im Wald der Stadt Frankfurt am Taunushang sind wir mit solchen Maßnahmen schon sehr erfolgreich.
- ~~einen „runden Tisch“ einberufen, an dem sich Umweltgruppen, Stadtforst, Umweltamt und andere Stakeholder austauschen und Konzepte für eine zukunftsfähige Bewirtschaftung des Waldes entwickeln.~~

### Begründung

Walderhalt in Zeiten der Klimakrise ist oberste Priorität. Das sollten wir deutlich machen. Dass der Stadtwald aktuell FSC zertifiziert ist, ist gut. Er soll es aber auch zukünftig sein. Wir sollten, wie andere Kommunen auch, einen Teil des Waldes in

den Waldwildnisfonds der Bundesregierung als Naturwald einbringen. Zumal das durch die Bundesregierung finanziell gefördert wird. Runde Tische, Kampagnen, Konzepte etc. Gab es genug , jetzt handeln wir. Das sollten wir in unserem Wahlprogramm deutlich machen.

**Unterstützer\*innen**

Michael Falk (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

## **Ä23 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima**

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 81 einfügen:**

- Baumstreifen in Wohngebieten sollen durchgängig als Grünstreifen mit dichtem Unterbewuchs gestaltet werden, um deutlich klimawirksam zu wirken und das Regenwasser der Straße nach dem Schwammstadtprinzip optimal nutzen zu können. Dies kann auch zulasten von Straßenrandparken realisiert werden. Diese Straßen werden nach Vorbild unserer Partnerstadt Lyon als Spiel- oder Schulstrassen ausgewiesen.

### **Begründung**

Hiermit zeigen wir, dass wir Best Practices aus unserer Partnerstadt Lyon übernehmen und lassen Ergebnisse aus dem Austausch direkt in unserer Wahlprogramm einfließen.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## Ä24 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller\*innen      Holger Scheel

### Antragstext

Von Zeile 175 bis 177:

- ~~den~~Der Stadtwald ~~noch stärker~~wird naturgemäß bewirtschaftet nach ~~ökologischen Kriterien bewirtschaften und die aktuelle Waldstrategie dahingehend weiterentwickeln~~den Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft naturgemäße Waldwirtschaft (ANW) mit dem Ziel der Etablierung eines Dauerwaldes ohne Kahlschläge. Mulden und Gräben tragen dazu bei, dass das Regenwasser versickert. Im Wald der Stadt

Von Zeile 181 bis 183:

- klimatischen, ökologischen und sozialen Funktionen des Waldes im Vordergrund stehen, also Erholung, Arten- und Biotopschutz, ~~sowie~~Klima- und Trinkwasserschutz. ~~Durch einen klimagerechten Waldumbau wird der Erhalt einer gesunden, klimaresilienten Mischwaldstruktur~~Stadtwald zum Klimaschutzwald. ~~Dabei werden europaheimische Baumarten getestet, auf Bäume aus anderen Kontinenten wird verzichtet~~.

### Begründung

Die sehr allgemein gehaltene Formulierung wird durch eine konkrete Vorgabe für die Waldbewirtschaftung ersetzt.

Die Beschränkung auf europaheimische Baumarten beim Waldumbau, verhindert das Einbringen von fremdländischen Baumarten und sichert damit die ökologische Funktion des Waldes.

### Unterstützer\*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Dirk Trull (KV Frankfurt), Michael Falk (KV Frankfurt)

## **Ä25 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima**

Antragsteller\*innen      AG Tierschutz (dort beschlossen am:  
22.10.2025)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 117 bis 118 einfügen:**

- mit der Ausweisung ökologischer Dunkelzonen tragen dazu bei, störende Lichtquellen sukzessive abzuschalten. Weniger Licht bedeutet mehr Artenvielfalt – und zugleich mehr Energieeffizienz. Wir wollen den Schutz der Nacht in Frankfurt strategisch verankern – als Beitrag zum Klima-, Natur- und Tierschutz gleichermaßen.

### **Begründung**

Neue gesetzliche Vorgaben wie § 41a Bundesnaturschutzgesetz und die EU-Biodiversitätsstrategie verpflichten zur Reduzierung von Lichtverschmutzung.



## Ä26 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller\*innen      AG Tierschutz (dort beschlossen am:  
22.10.2025)

### Antragstext

Nach Zeile 406 einfügen:

- Hundesteuer tierschutzgerecht gestalten - Adoption belohnen. Wir wollen die Hundesteuer als Instrument für den Tierschutz nutzen. Konkret streben wir an, dass für aus dem Tierheim adoptierte Hunde die Steuer erlassen oder deutlich reduziert wird. Eine solche Regelung würde einen Anreiz bieten, Tiere aus dem Tierheim zu adoptieren, statt Hunde vom Händler zu kaufen. Zudem wollen wir, dass bei der Erhebung der Hundesteuer die Rasseliste nicht mehr berücksichtigt wird und alle Hunde gleich besteuert werden.

### Begründung

In vier Bundesländer wurde die sogenannte Rasseliste bereits wieder abgeschafft, da individuelle Gefährlichkeitsprüfungen zielführender sind. Ungerechtigkeit für verantwortungsbewusste Hundehalter wird damit abgestellt. Offenbach und Wiesbaden verzichten auf die Anwendung der sogenannten Rasseliste.

## Ä27 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima

Antragsteller\*innen      AG Tierschutz (dort beschlossen am:  
22.10.2025)

### Antragstext

Nach Zeile 429 einfügen:

- Tierversuche abschaffen und durch moderne tierfreie Methoden ersetzen. An den Frankfurter Hochschulen und Forschungsinstituten sollen verstärkt die 3R-Prinzipien (Replace, Reduce, Refine) verfolgt werden. Wir begrüßen die hessische Initiative, Stiftungsprofessuren für Alternativmethoden zu fördern, und möchten, dass Frankfurt sich als Standort für tierversuchsfreie Innovationen etabliert. Konkret schlagen wir vor, einen städtischen Förderpreis für tierversuchsfreie Forschung auszuloben, um lokale Wissenschaftlerinnen zu Auswegen aus dem Tierversuch zu motivieren.

### Begründung

Frankfurt soll auch in der Wissenschaft zum Vorreiter im Tierschutz werden.

Tierversuche sind mit erheblichen Schmerzen und Leiden für die Tiere verbunden, während die Übertragbarkeit mancher Ergebnisse auf den Menschen fraglich ist. In Hessen wurden allein 2017 über 162.000 Wirbeltiere für Versuchszwecke getötet.

## **Ä28 zu Umweltmetropole: Frankfurt blüht für Menschen, Tiere und das Klima**

Antragsteller\*innen      STG 6 / AG Grünes Leben am Stadtrand  
(dort beschlossen am: 22.10.2025)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 162 bis 163 einfügen:**

- Bonames zum Grüngürtel anschließen, der sich im Westen zukünftig bis Zeilsheim erstrecken soll. Zwischen Nieder-Eschbach, Nieder Erlenbach und Harheim, sowie im Sossenheimer und Schwanheimer Unterfeld Feldgehölzinseln, Biotope und Brachflächen forcieren, sowie vorhandene Streuobststrukturen erhalten und ergänzen.

#### **Nach Zeile 286 einfügen:**

- die vorliegenden, genehmigten Planungen zur Renaturierung des Sindlinger Mainufers, auch in Fortsetzung der Maßnahmen Flörsheims, voranbringen.

### **Begründung**

Ergänzungen auf Wunsch der STG 6 und im Vorfeld durch die AG Grünes Leben am Stadtrand beschlossener Inhalte.

## **Ä1 zu Klimaanpassung: Stadt gestalten, Klima schützen**

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 20 einfügen:**

- Wir werden die städtische Hitzeplanung weiterentwickeln und für ausreichend Rückzugmöglichkeiten in gekühlten Gebäuden sorgen.

### **Begründung**

Bisher läuft der Prozess zur Ausweisung von kühlen Orten, nicht nur im öffentlichen Raum, sondern vor allem in Gebäuden schleppend. Die ämterinterne Koordination, v.a. mit dem Amt für Bau und Immobilien läuft nicht wie gewünscht. Das muss beschleunigt werden. Daher soll dieser Punkt i.R. der städtischen Hitzeresilienz unterstrichen werden. Dies ist nicht nur eine klimapolitische und gesundheitsschützende Notwendigkeit, sondern auch eine Vorgabe seitens der europäischen Ebene.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä1 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle**

Antragsteller\*innen      Jürgen Eiselt (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 274 bis 275 einfügen:**

- Wärmeplanung geben wir ihnen Planungssicherheit und fördern quartiersbezogene Ansätze. Wir werden einen Forschungsauftrag in der Wärmewende an die Frankfurt School of Finance, Goethe-Universität oder der University of Applied Sciences vergeben mit dem Ziel: "Optimalste kommunale Handlungsoptionen" zu erreichen.

### **Begründung**

Hier sollen die gesetzlichen, rechtlichen, organisatorischen und logistischen Rahmenbedingungen der Wärmewende analysiert werden. Finanzierungen, Informationsweitergabe, Strukturwende in der Energieberatung und Weiterbildungsmaßnahmen sind daran auszurichten, um so viele Gas- und Ölheizungen wie möglich aus allen kommunalen, öffentlichen, gewerblichen und besonders privaten Gebäuden durch erneuerbare Energieanlagen zu ersetzen. Frankfurt hat eine hohe Kompetenz in der Energiewende-Forschung, beispielsweise durch Frau Prof. Klärle.

Die Forschungsergebnisse können zu einer Blaupause für deutsche Kommunen werden

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä2 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle**

Antragsteller\*innen      Jürgen Eiselt (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 79 bis 80 einfügen:**

- Toiletten mit Wasseranschluß und Komposttoiletten sowie sauberes Trinkwasser in der Stadt flächendeckend zugänglich machen.

### **Begründung**

Anfragen aus Ortsbeiräten nach Toiletten beispielsweise in großen Spielarks wurde von der Stadtverwaltung u.a. mit der Begründung abgelehnt, dass kein Wasseranschluss vorhanden ist. Ein weiterer Nachfolgeantrag, ob Komposttoiletten möglich sind, wurde nicht inhaltlich beantwortet und abgelehnt, obwohl Komposttoiletten für viele öffentliche Orte endlich eine menschenwürdige Versorgung bringt. Das muss sich ändern.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt), Dagmar Sadkowiak (KV Frankfurt)

## Ä3 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller\*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 272 bis 274 einfügen:

- Modernisierungsbonus brauchen wir ein aktives Beratungsnetzwerk für private Eigentümer\*innen. Mit einem Sonderförderprogramm für Härtefälle unterstützen wir energetische Sanierungen für Privatpersonen, die die hohen Investitionen für Photovoltaik, bauliche Sanierungen oder den Einbau einer Wärmepumpe nicht finanzieren können. Durch die Verknüpfung mit der kommunalen Wärmeplanung geben wir ihnen Planungssicherheit und fördern

### Begründung

Der Antrag ergibt sich aus der modifizierten Übernahme des Antrags Ä1 zu *Klimaneutrale Stadt: Voller Energie in die Zukunft* von Jürgen Eiselt.

### Unterstützer\*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä4 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle**

Antragsteller\*innen      Christine Holch (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 161 bis 162 einfügen:**

- –verträglich für alle Seiten und unter Berücksichtigung eines sehr hohen Anteils an bezahlbarem Wohnraum und Grünflächen. Der neue Stadtteil soll ein Vorzeigeprojekt werden, das höchsten Ansprüchen genügt - ökologisch, sozial, ästhetisch, klimatisch, stadtplanerisch.

### **Begründung**

Neubaugebiete in Frankfurt geraten meist mittelmäßig und uninspiriert. Ein Neubaugebiet voller Ideen kann Identität und Zugehörigkeitsgefühl stiften.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt), Philipp Magiera (KV Frankfurt), Gesa Maria Aden (KV Frankfurt)



## **Ä5 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle**

Antragsteller\*innen      Christine Holch (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 162 einfügen:**

- Der neue Stadtteil soll so gestaltet sein, dass er auch für die Menschen in den umliegenden Quartieren attraktiv ist.

### **Begründung**

Die Ablehnung des Neubauvorhabens ist derzeit verbreitet. Neue Möglichkeiten - etwa vielfältige kostenlose Räume für Gruppen, attraktive neue Freizeitwege und Spielplätze, neue Wohnformen für alte Menschen usw. - könnten Akzeptanz fördern.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt), Philipp Magiera (KV Frankfurt), Gesa Maria Aden (KV Frankfurt)

## Ä6 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller\*innen      Burkhard Schwetje (KV Frankfurt)

### Titel

#### Ändern in:

Wohnraum, Grünraum, Freiraum... Redaktionelle Änderung Trinkbrunnen statt Trinkwasser

### Antragstext

#### Von Zeile 79 bis 80:

- Toiletten und ~~sauberes Trinkwasser~~Trinkbrunnen in der Stadt flächendeckend ~~zugänglich machen~~bereitstellen.

### Begründung

"sauberes Trinkwasser in der Stadt flächendeckend zugänglich machen." klingt für mich so als ob wir keine flächendeckende Versorgung mit Trinkwasser in der Stadt hätten. Was nicht der Fall ist, alle Bürger\*innen sind zuhause mit Trinkwasser versorgt.

Ich halte die Formulierung "Trinkbrunnen bereitstellen" deshalb für klarer.

### Unterstützer\*innen

Mirjam Luise Glanz (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä7 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle**

Antragsteller\*innen      Manuel Denkwitz (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 164 bis 167 löschen:**

- zeigt sich, wie urbane Produktion, Handwerk und Wohnen in Innenstadtnähe in Zukunft aussehen können. ~~Den Gutleuthafen verstehen wir als Leuchtturm, von dem starke Entwicklungsimpulse für die ganze Stadt ausgehen.~~ Mittels ämterübergreifender Zusammenarbeit und unter Beteiligung der

### **Begründung**

Wir sollten da nicht von einem "Leuchtturm" sprechen. Für die Anwohnenden ist dies jetzt erstmal sehr viel Unsicherheit und Baulärm. Nachdem auch teilweise die Kommunikation seitens des Planungsdezernats nicht perfekt war, beäugt man das Weitere auch kritischer und vorsichtiger. Wir haben das Projekt zudem nicht unter Kontrolle, da es nicht in unseren Dezernaten läuft. Wir haben als Stadtteilgruppe vor Ort einen Nachteil, wenn wir die Erwartungen sehr hoch schrauben und es aber vor Ort einige Problemchen gibt.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä8 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle**

Antragsteller\*innen      Martina Feldmayer (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 230 einfügen:**

- Weiter konsequent für das Einhalten sämtlicher Passivhausbeschlüsse eintreten und dafür sorgen, dass Frankfurt Passivhaushauptstadt bleibt.

### **Begründung**

Die Passivhausbeschlüsse und deren Umsetzung müssen weiterhin verteidigt und umgesetzt werden, wenn wir als Stadt klimaneutral werden wollen.

### **Unterstützer\*innen**

Mirjam Luise Glanz (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt), Miriam Dahlke (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

## **Ä9 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle**

Antragsteller\*innen      Martina Feldmayer (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 231 bis 232 einfügen:**

- den kommunalen Gebäudebestand bis spätestens 2030 klimaneutral machen und dazu konsequent ökologisch nachhaltig sanieren – mit konsequent nachhaltigen Baumaterialien, Kreislaufwirtschaft und

### **Begründung**

Hinter die Beschlusslage sollten wir nicht zurück geben.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt), Miriam Dahlke (KV Frankfurt), Michael Falk (KV Frankfurt)

## **Ä11 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle**

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 42 einfügen:**

- Der Schwerpunkt soll dabei auf Nachverdichtung und Bestandsentwicklung liegen. Die Leitprojekte des ISTEK 2030+ sollen weiterhin umgesetzt werden.

### **Begründung**

Definition unseres Schwerpunktes bei der Weiterentwicklung des ISTEK. Offene Leitprojekte sollen abgearbeitet werden.

## **Ä12 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle**

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### **Antragstext**

**Von Zeile 69 bis 70:**

- für alle Neubauvorhaben verbindliche Klimaneutralitätsziele in städtebaulichen **Verträgen**Projekten festlegen.

### **Begründung**

So wie es da steht, ist nicht erlaubt. Städtebauliche Verträge können nur vor Beschluss eines neuen Bebauungsplans abgeschlossen werden, ansonsten herrscht Baufreiheit im Rahmen der Gesetze. Inhaltliche Festlegungen in zivilrechtlichen Verträgen sind ansonsten nur möglich, wenn man selbst das Grundstück verkauft.

## Ä13 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 79 bis 80:

- öffentliche, barrierefreie Toiletten und **sauberes**  
**~~Trinkwasser~~Trinkwasserbrunnen** in der Stadt flächendeckend zugänglich  
machen.

### Begründung

Änderung macht deutlicher, was daran wichtig ist. Trinkwasserbrunnen zur Versorgung im öffentlichen Raum und den Ausbau an öffentlichen und barrierefreien Toiletten gerade im Umfeld von Grünanlagen, wo sich Personen aufhalten.



## **Ä14 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle**

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### **Antragstext**

**Von Zeile 121 bis 124 einfügen:**

- Für eine kuratierte Nutzung der Erdgeschosszonen und leerstehenden Läden in neuen und bestehenden Wohngebieten soll eine Gesellschaft gegründet werden, die diese Läden langfristig anmietet und nach Konzeptverfahren vermietet. Dabei sollen örtliche soziale Träger, regionale Produkte und notwendige Dienstleistungen Vorrang haben. Für ökologische Lebensmittel aus der Region, sowie ein Mittagessen, soll es nach Vorbild unserer Partnerstadt Lyon Vergünstigungen für Menschen mit Frankfurt-Pass geben.
- **uns für eine sozial gerechte und inklusive Stadtentwicklung einsetzen.** Eine gute soziale und funktionale Durchmischung stärkt den Zusammenhalt und fördert gleiche Chancen für alle.

### **Begründung**

Für die Verwaltung der Erdgeschosszonen und das Leerstandsmanagement bietet sich die Gründung einer Gesellschaft an. Dies kann auch eine Untergesellschaft der ABG sein. Gemeinwohlorientierte Angebote und soziale Dienstleistungen sollten vergünstigte Konditionen angeboten bekommen, da sie die soziale Infrastruktur bereichern und alles, was für das Leben vor Ort benötigt wird, in fußläufiger Entfernung bereitstellen.

## **Ä15 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle**

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### **Antragstext**

**Von Zeile 143 bis 144 einfügen:**

- konsumfreie Räume, auch für die Stadtteilzentren außerhalb der Innenstadt,  
mit hoher Aufenthaltsqualität schaffen, die vor Ort mitgestaltet werden.

### **Begründung**

Konsumfreie Räume dürfen nicht nur in der Innenstadt oder innenstadtnahen Stadtteilen entstehen. Wir haben die gesamte Stadt im Blick.

## Ä16 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### Antragstext

Nach Zeile 177 einfügen:

- Auf bereits seit Jahrzehnten im regionalen Flächennutzungsplan enthaltenen Wohnbauflächen (z.B. an der U2 in Bonames-Ost, an der S6 in Berkersheim-Ost) sollen ökologische, autoarme und bezahlbare Quartiere entwickelt werden.  
Kleinere Arrondierungen in unmittelbarer Nähe von S- und U-Bahn-Haltestellen (z.B. zwischen Ginnheim und der S-Bahn-Station Ginnheim, in Kalbach nördlich der U 2) sollen im Rahmen städtebaulicher Voruntersuchungen geprüft und im Neuen Regionalen Flächennutzungsplan dargestellt werden.

### Begründung

Weitere Antwort darauf, wo gebaut werden kann. Zudem sind diese Baugebiete an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. In diese Auflistung gehört auch das Gebiet westlich von Unterliederbach, welches allerdings im Seveso-Einzugsbereich liegt. Zur Schaffung von dringend benötigten Wohnraum müssen diese Nachverdichtungsprojekte vorangetrieben und die schon lange in der Planung befindlichen Quartiere abgeschlossen werden.

## Ä17 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 178 bis 180:

- den Kulturcampus als innovatives Quartier mit dem „Offenen Haus der Kultur“, dem Frankfurt LAB, Freiflächen und Angeboten für gemeinschaftliches studentisches/gemeinschaftliches Wohnen realisieren. Der Umbau des Juridicums soll demonstrieren, wie eine Umbaukultur gelingen kann, die

### Begründung

Ergänzung, was zum Kulturcampus gehört. Entsprechend zu der Einigung, die zwischen Stadt und Land vorliegt.

## Ä18 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 182 bis 185:

- ~~das VGF-Depot in Eckenheim nachhaltig und multifunktional umgestalten. Mit seiner wachsenden Bahnflotte braucht Frankfurt dringend weitere Kapazitäten. Statt jedoch neue Flächen zu versiegeln, setzen wir auf die Reaktivierung der Bestände.~~
- das VGF-Depot in Eckenheim nachhaltig und multifunktional umgestalten. Unser Vorbild ist die Kalkbreite in Zürich, wo über einem Tramdepot zahlreiche innovative Wohnprojekte, Gewerbeeinheiten und öffentliche Freiflächen entstanden sind.

### Begründung

Der Umbau des VGF-Depots sollte zur Bereitstellung von Wohnraum, z.B. Werkwohnungen für die VGF-Mitarbeitenden, genutzt werden. Das Züricher Beispiel ist nachahmenswert.

## **Ä19 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle**

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### **Antragstext**

**Von Zeile 205 bis 208 löschen:**

- ~~auch auf gezielte Nachverdichtungspotenziale und die Transformation von Gewerbe-, Industrie- und Büroflächen setzen. Damit erzielen wir eine stärkere funktionale Durchmischung und integrieren urbane Produktion in die Quartiere.~~

### **Begründung**

Gewerbeflächen werden als solche gebraucht. Die Hoffnung auf Wohnungsbau führt zu spekulativem Leerstand im Fall von Einzelfallgenehmigungen und unguten Gemengelagen.

## Ä20 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 213 bis 216 einfügen:

- den Frankfurter Baulandbeschluss mit seinen verbindlichen Quoten konsequent bei allen neuen Bebauungsplänen anwenden, zu gegebener Zeit evaluieren und weiterentwickeln. Unser Ziel ist ein „Frankfurter Baukasten“ für bezahlbares Wohnen und gute Stadtentwicklung nach dem Vorbild München. Sofern sich die Situation der Wohnungsbaubranche entspannt, werden wir die Quote für den sozialen Wohnungsbau auf 50% (35 % für den 1. und 15% für den 2. Förderweg) erhöhen.

### Begründung

Der Baulandbeschluss ist ein wichtiges Mittel, um für eine soziale Durchmischung in neuen Baugebieten zu sorgen. Die Anhebung der Quote auf 50% entspricht dem Bedarf. 49% aller Miethaushalte haben den Anspruch auf eine Sozialwohnung und weitere 18% auf eine geförderte Wohnung nach dem zweiten Förderweg. Die Erhöhung stand schon im Koa-Vertrag der Wahlperiode 2021-16. Wegen der steigenden Baukosten und Zinsen wurde diese aber aufgeschoben. Wir sollten daran festhalten.

## **Ä21 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### **Antragstext**

**Von Zeile 213 bis 216 einfügen:**

- **den Frankfurter Baulandbeschluss mit seinen verbindlichen Quoten[Leerzeichen]anwenden, evaluieren und weiterentwickeln.** Unser Ziel ist ein „Frankfurter Baukasten“ für bezahlbares Wohnen und gute Stadtentwicklung nach dem Vorbild München.Bei der Fortschreibung des Baulandbeschlusses sollen folgende Quoten gelten: 60 % für den sozialen Wohnungsbau (40% für den ersten und 20% für den zweiten Förderweg), 15 % für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte nach Konzeptverfahren, 5 % für Studierende, Azubis und weitere Personen mit dringendem Wohnungsbedarf (z.B. Geflüchtete, Frauen aus Frauenhäusern und Obdach-/Wohnungslose) und 15% für den frei finanzierten Mietwohnungsbau.

### **Begründung**

Unsere Forderung im letzten Kommunalwahlprogramm. Im Koa-Vertrag wurden daraus 50%. Aufgrund der ansteigenden Baukosten und der Baukrise allerdings nicht umgesetzt. Mittlerweile gibt es nur noch ca. 28.000 Sozialwohnungen in Frankfurt und der Bedarf weiter ungebrochen hoch. Von den Frankfurter Miethaushalten haben 49% Anspruch auf eine sozial geförderte Wohnung nach dem ersten Förderweg und weitere 18% über den 2. Förderweg.

### **Unterstützer\*innen**

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)



## Ä22 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller\*innen      STG 6 (dort beschlossen am: 22.10.2025)

### Antragstext

#### Nach Zeile 30 einfügen:

- in den Ortskernen der Stadtteile verkehrsberuhigte, teilentsiegelte und damit begrünte, beschattete Aufenthaltsflächen schaffen, dies idealerweise verbunden mit für Fußgehende und Radfahrende angenehm zu nutzende, vom MIV weitgehend befreite Flanierachsen, die auf diese Ortszentren/Orte des Treffens zulaufen.  
Pilotprojekte dafür sind:
  - Die Marktstraße in Bergen-Enkheim
  - Die Antoniterstraße in Höchst
  - Das Dorfzentrum in Seckbach
  - Die Sindlinger Bahnstraße (durch Nutzung der bestehenden Zufahrt Kläranlage als öffentliche Umgehungsstraße)

#### Von Zeile 161 bis 162 einfügen:

- –verträglich für alle Seiten und unter Berücksichtigung eines sehr hohen Anteils an bezahlbarem Wohnraum und Grünflächen. Dazu gehört, dass der Stadtteil autoarm wird, mit von Beginn an gutem Anschluss an den ÖPNV, z.B. im Zuge des Anschlusses der Regionaltangente West an das Nordwestzentrum.

### Begründung

Ergänzungen auf Wunsch der STG 6 und im Vorfeld durch die AG Grünes Leben am Stadtrand beschlossener Inhalte.

## Ä23 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle

Antragsteller\*innen      Roman Sztyler (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 160 bis 161:

- die Planung für den „Stadtteil der Quartiere“ [Leerzeichen] weiter **voranbringen** kritisch begleiten und klimagerecht gestalten –verträglich für alle Seiten und unter Berücksichtigung eines sehr hohen

### Begründung

Die Formulierung "voranbringen" könnte verwirren, denn warum sollten ausgerechnet wir die Versiegelung eines klimatisch wichtigen Kaltluftentstehungsgebietes aktiv vorantreiben wollen? Meines Kenntnisstandes nach wurde die SEM-4 zähneknirschend von uns aus Koalitionsgründen unterstützt, nicht auf Grund eigenen politischen Willens.

Nichtsdestotrotz sind die mögliche Entspannung des Wohnungsmangels und die Voranschreitung der Maßnahme nicht zu leugnen oder ignorieren. Der Anspruch unserer Partei sollte daher darin liegen, die klimatischen und ökologischen Folgen zu minimieren.

## **Übernahme aus Ä37 Kapitel 7 zu Wohnraum, Grünraum, Freiraum: eine Stadt für alle**

Antragsteller\*innen      STG 6 (dort beschlossen am: 22.10.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 110 einfügen:**

- bei der Erschließung neuer Wohnquartiere einen schienengebundenen ÖPNV-Anschluß von vornherein mitplanen, so dass dieser zum Bezug der Wohnungen betriebsbereit zur Verfügung steht.

### **Begründung**

übernommen aus Ä37 in Kapitel 7

**Modifizierte Übernahme aus Ä20 Kapitel 2 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen & Wohnen

**Antragstext**

**Nach Zeile 131 einfügen:**

- Neue ÖPNV-Haltestellen und Quartiere sollen so geplant werden, dass die Menschen sicher durch bewohnte und belebte Bereiche von den Haltestellen nachhause gehen oder sich gegenseitig besuchen können.

## **Ä1 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      Falko Görres (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 71 bis 76:**

- auf der anderen Seite der U5 die Verlängerung von Preungesheim bis zur Station Frankfurter Berg[Leerzeichen]anstreben und damit den Anschluss der U5 an die S6 erreichen.
- uns für eine Verlängerung der U7[Leerzeichen]aussprechen, um den neuen Stadtteil der Quartiere im Nordwesten anzubinden und von ~~vornherein~~vornherein als autoarmen Stadtteil zu planen.

**Von Zeile 337 bis 338:**

- die vom ~~Verkehrsdezernat~~Mobilitätsdezernat entwickelte Fußverkehrsstrategie für Frankfurt umsetzen. Ziel ist es, den Fußverkehr zu fördern und sicherzustellen, dass

### **Begründung**

redaktionelle Änderungen.

## Ä2 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller\*innen      Falko Görres (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 303 bis 305:

- den Ausbau von ~~Schnellradwegen~~Radschnellwegen weiter vorantreiben. Die Planungen für den ~~Schnellradweg~~Radschnellweg nach Darmstadt wurden kürzlich vorgestellt. Für die Routen nach Wiesbaden und Hanau hat die Planung begonnen.

#### Von Zeile 310 bis 311 einfügen:

- Aufenthaltsqualität ist deutlich gestiegen. Wir wollen diese bundesweit beachteten Erfolgsmodelle ausweiten. Auch entlang der Hauptstraßen wollen wir durchgängige und sichere Radwege errichten.

### Begründung

Die Einrichtung von Radwegen sollte nicht nur auf Nebenstraßen begrenzt bleiben. Auch Hauptstraßen wie die Friedberger Landstraße benötigen durchgängige und sichere Radinfrastruktur!

Die andere Korrektur ist rein redaktionell: Es sind "Radschnellwege", keine "Schnellradwege".

### Unterstützer\*innen

Frank Frisius (KV Frankfurt), Norbert Szép (KV Frankfurt), Christine Holch (KV Frankfurt), Dagmar Sadkowiak (KV Frankfurt), David Vydra (STG 8), Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

## **Ä3 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      Falko Görres (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 373 bis 374 einfügen:**

- Menschen müssen nebeneinander auf dem Gehweg laufen können. Das gilt ganz besonders, wenn Menschen mit Behinderung eine Begleitperson benötigen. Dafür werden wir z.B. das Gehwegparken, wo nötig, abschaffen, und auch bei Sondernutzungserlaubnissen für die Gastronomie und den Handel darauf achten, dass genug Gehwegbreite frei bleibt.

### **Begründung**

Wichtig ist, dass aus der Forderung ("müssen nebeneinander laufen können") konkrete Maßnahmen abgeleitet. Diese werden mit diesem Antrag dem Wahlprogramm hinzugefügt.

### **Unterstützer\*innen**

Frank Frisius (KV Frankfurt), Norbert Szép (KV Frankfurt), Christine Holch (KV Frankfurt), Julia Eberz (KV Frankfurt), David Vydra (STG 8), Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

## Ä4 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller\*innen      Frank Frisius (KV Frankfurt)

### Antragstext

Nach Zeile 326 einfügen:

- Die Fahrradankunft zum Waldstadion wird neu konzipiert, sodass der Autoverkehr zum Stadion entlastet wird und auch Familien mit Kindern sicher mit dem Fahrrad zum Spiel fahren können.

### Begründung

Die Fahrradwege zum Stadion sind nicht sicher. Aus diesem Grund kommen nur knapp 1000 Fans pro Spiel mit dem Rad. Freiburg erreicht bei einem halb so großen Stadion 5000 Fans. Familien mit Kindern muss man von der Anreise mit dem Fahrrad abraten. Die katastrophale Parkplatzsituation um das Stadion kann durch eine bessere Fahrradankunft deutlich entschärft werden.

*P.S. Aus irgendeinem Grund kann ich unten keine Unterstützer angeben. Bekomme immer die Fehlermeldung "zu viele Unterstützer"*

Ich hätte sonst eingetragen:

Norbert Szep, Matthes Müller, Christoph Seehase

### Unterstützer\*innen

Norbert Szép (KV Frankfurt), David Vydra (STG 8), Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)



## **Ä5 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      Jürgen Eiselt (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 196 einfügen:**

- Der Anteil für eine Stellplatzabgabe wird bei einem E-Autos um 1/3 pro Abstellplatz reduziert. Sollte die Batterien rückladefähig (bidirektional) sein, halbiert sich die Abgabe. Wird zusätzlich noch ein Platz für ein Lastenfahrrad-Abstellplatz geschaffen, sinkt die Abgabe auf 2/3. Bei jedem weiteren Platz für ein Lastenfahrrad entfällt die Abgabe pro Parkplatz.

### **Begründung**

Für neue Gebäude sind Stellplatzabgaben für Verbrennerfahrzeuge kontraproduktiv. Es verteuert auch das Bauvorhaben und das Projekt kann im ungünstigen Fall daran platzen. E-Autos tragen zur Wärme- und Energiewende bei, besonders wenn diese in die Gebäude rückladefähig sind. Lastenfahrräder sind eines der Grundpfeiler zur Verringerung des Verkehrsaufkommens und damit der Verkehrswende. Eine Verringerung der Abgabepflicht für Gebäude ist der richtige Weg.

### **Unterstützer\*innen**

Norbert Szép (KV Frankfurt), Christine Holch (KV Frankfurt), Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

## **Ä6 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      Jürgen Eiselt (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 273 bis 274 einfügen:**

- **Parkhäuser stärker auf E-Mobilität mit Rücklademöglichkeit in das Stromnetz auslegen** und, wie in der vergangenen Wahlperiode bereits begonnen, die dortigen Lademöglichkeiten stark

### **Begründung**

Parkhäuser sind in naher Zukunft eine Energiequelle. Durch das Rückladen in das Stromnetz können die Parkhausgebühren bezahlt werden und zusätzliche Einnahmen sowohl für die Parkhausbetreiber, als auch für die Besitzer\*innen der Fahrzeuge generiert werden. Spätere Nachrüstung für Zweirichtungs-Wallboxen verursacht später unnötige Kosten.

### **Unterstützer\*innen**

Norbert Szép (KV Frankfurt), David Vydra (STG 8), Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

## **Ä7 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### **Antragstext**

#### **In Zeile 116:**

- ~~weitere günstige Flat-Angebote für den ÖPNV entwickeln.~~
- uns dafür einsetzen, die Ticketpreise des RMV im Jahr 2026 um die Hälfte zu senken. Perspektivisch verfolgen wir das Ziel eines kostenlosen ÖPNV für alle.

### **Begründung**

erfolgt mündlich

### **Unterstützer\*innen**

Maria Meinhardt (KV Frankfurt), Kilian Vitt (KV Frankfurt), Christine Holch (KV Frankfurt), David Vydra (STG 8), Pascal Schieferstein (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä8 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 201 einfügen:**

- die Innenstadt innerhalb des Anlagenrings vom Autoverkehr befreien. Darüber hinaus möchten wir uns mittelfristig für die Vision einer autofreien Stadt auf dem gesamten Stadtgebiet einsetzen.

### **Begründung**

erfolgt mündlich

### **Unterstützer\*innen**

David Vydra (STG 8), Pascal Schieferstein (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä9 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 119 bis 120 einfügen:**

- 29 Euro erwerben. Diese und ähnliche vergünstigten Flat-Angebote wollen wir auf weitere bedürftige Gruppen ausweiten. Zudem führen wir ein vergünstigtes Deutschlandticket zum Preis von 19 Euro für Menschen in Ausbildungsverhältnissen ein.

### **Unterstützer\*innen**

David Vydra (STG 8)

## **Ä10 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 208 einfügen:**

- die Berger Straße, die Leipziger Straße sowie die Schweizer Straße vom Autoverkehr befreien und als Fußgänger\*innen-Zonen gestalten.

### **Unterstützer\*innen**

Christine Holch (KV Frankfurt), Dagmar Sadkowiak (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä12 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 173 einfügen:**

- bei Änderungen am ÖPNV-Angebot auf eine breite Jugendbeteiligung setzen. Das betrifft sowohl den Ausbau sowie Änderungen des Angebots.

### **Begründung**

erfolgt mündlich

### **Unterstützer\*innen**

David Vydra (STG 8)

## **Ä13 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 137 einfügen:**

- beim RMV erwirken, dass die Mitnahme von E-Scootern in Bus und Bahn erlaubt ist.

### **Begründung**

erfolgt mündlich

### **Unterstützer\*innen**

David Vydra (STG 8), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)



## **Ä14 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 379 bis 381 einfügen:**

- fortsetzen und Hindernisse auf Gehwegen beseitigen. Umgekehrt darf es keine neuen Parkscheinautomaten, Ladesäulen, temporäre Verkehrsschilder oder ähnliches Mobiliar auf Gehwegen geben. Auch E-Scooter gehören auf die Straße oder an Mobilitätsstationen abgestellt, nicht auf dem Gehweg.

### **Begründung**

eine kleine aber im Alltag mit Kinderwägen, Rollstühlen etc. wichtige Erweiterung.

### **Unterstützer\*innen**

Christine Holch (KV Frankfurt), David Vydra (STG 8)

## **Ä16 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 208 einfügen:**

- in Abstimmung mit den betroffenen Gewerbetreibenden und Anwohner\*innen die Berger Straße, die Leipziger Straße sowie die Schweizer Straße vom Autoverkehr befreien und als Fußgänger\*innen-Zonen gestalten.

### **Unterstützer\*innen**

David Vydra (STG 8)

## **Ä17 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      Frank Frisius (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 326 einfügen:**

- Die Fahrradankündigung zum Waldstadion wird neu konzipiert, sodass der Autoverkehr zum Stadion entlastet wird und auch Familien mit Kindern sicher mit dem Fahrrad zum Spiel fahren können.

### **Begründung**

Die Radwege aus der Innenstadt zu den Eingängen des Stadions sind gefährlich und werden aus diesem Grund nur sehr gering genutzt. Es kommen nur knapp 1000 Fans mit dem Rad zum Spiel. In Freiburg sind es bei einem halb so großen Stadion 5000 Fans. Die Parkproblematik um das Stadion und in Niederrad kann durch eine bessere Radverbindung entschärft werden.

## Ä18 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller\*innen      Beatrix Baumann (AG  
Soziales+Gesundheit, AG Frauen)

### Antragstext

Von Zeile 71 bis 73:

- auf der anderen Seite ~~der U5~~ die ~~Verlängerung~~ U5 von Preungesheim bis zur Station Frankfurter Berg[Leerzeichen]~~anstreben~~ verlängern und damit den Anschluss der U5 an die S6 erreichen.

### Begründung

"Anstreben" ist viel zu zaghaft ausgedrückt. Die Mittel für nächste Planungsphase werden gerade bewilligt, es muss weiter zügig vorangegangen werden, viele Menschen am Frankfurter Berg warten darauf. Manche sind aufgrund des Versprechens, dass die U5 im Norden verlagert wird, an den Frankfurter Berg gezogen.

## **Ä19 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      KernTeam Stadt-am-Main (dort  
beschlossen am: 24.10.2025)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 360 bis 361 einfügen:**

- Städte wie Paris, wo noch weit größere Straßen entlang der Seine vom Autoverkehr befreit wurden, können uns zum Vorbild dienen. Zudem wollen wir am Mainufer den Fuß- und Radverkehr möglichst konfliktfrei gestalten. Wir werden am nördlichen Ufer prüfen, wie wir parallel zum Uferweg einen Radweg als Verbindung zwischen Gutleutviertel und Ostend einrichten.

### **Begründung**

Nach der europäischen Verordnung TEN-V müssen "städtische Knoten" bis Ende 2027 einen konkreten Maßnahmen- und Umsetzungsplan u.a. für Maßnahmen zur Umverteilung des Straßenraums zu Gunsten des Umweltverbunds vorweisen. Dazu brauchen wir konkrete Maßnahmen. Die Verbindung der einzelnen Fernradwege wäre hierbei ein wichtiger Schritt.

Diese Ergänzung sorgt dafür, dass die Radschnellwege aus Wiesbaden und Hanau miteinander durch eine Radwegeverbindung am Mainufer verbunden werden. Diese Radwegeverbindung hätte den großen Vorteil, dass nahezu keine Ampeln auf dem Weg sind, da der Radweg unter den Mainbrücken geführt werden würde.

Die exakte Umsetzung müsste für jeden Abschnitt dieses Weges vorher im Detail geplant werden. Für einen konkreten Vorschlag zur Trassenführung ist es zu früh. Daher ist diese Ergänzung als "prüfen" formuliert.

### **Unterstützer\*innen**

Christine Holch (KV Frankfurt)

## **Ä20 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### **Antragstext**

**Von Zeile 67 bis 68 einfügen:**

- beim Lückenschluss für die U4 zwischen Ginnheim und Bockenheimer Warte die festgelegte, umweltverträgliche und attraktive Variante verfolgen. Die beiden Haltestellen im Bereich der Platensiedlung sollen städtebaulich und sozial sicher eingebunden und mit der Siedlung eng verknüpft werden.

**Von Zeile 97 bis 98 einfügen:**

- die Innenstadt miteinander verbinden, Wege verkürzen und die Innenstadtlinien stark entlasten. Die Haltestelle der Ringstraßenbahn in der Wilhelm-Epstein-Straße in Höhe Bundesbank soll städtebaulich und sozial sicher mit der Platensiedlung verknüpft werden.

### **Begründung**

Verbesserung der verkehrlichen Erschließung der Platensiedlung durch den ÖPNV

## **Ä22 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 326 einfügen:**

- Wir streben langfristig eine durchgehende Radverbindung nördlich des Mains von Sindlingen bis nach Fechenheim an.

### **Begründung**

Der Mainuferradweg ist eine beliebete Fahrradstrecke. Zwischen Sindlingen und Fechenheim ist sie allerdings nicht durchgehend befahrbar. Hiermit könnte eine attraktive Route vom Frankfurter Westen in den Osten Frankfurts geschaffen werden.

### **Unterstützer\*innen**

Christine Holch (KV Frankfurt)

## Ä23 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 368 bis 370 einfügen:

- Platz. Das gilt z.B. auf der Berger Straße, der Leipziger Straße oder der Schweizer Straße. Auch wichtige Einkaufsstraßen (z.B. Königsteiner Straße und die Radilostraße) und lokal bedeutsame Straßen für den Einzelhandel in den Stadtteilzentren der peripheren Stadtteile wollen wir fußgängerfreundlich umgestalten und damit den Einzelhandel stärken. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort und den Gewerbetreibenden entwickeln wir entsprechende Konzepte.

### Begründung

Die aufgeführten Straßen liegen alle ziemlich zentral. Den Autoverkehr aus den Einkaufsstraßen herauszuholen und damit den lokalen Einzelhandel zu stärken, sollte auch den peripheren Stadtteilen zu Gute kommen.



## Ä24 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller\*innen      Thomas Schlimme (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 99 bis 104:

- ~~durch eine Verlängerung der U4 die Anbindung von Bergen vorantreiben. Die vom RMV vorgestellte Variante einer Regionaltangente Ost durch den Berger Hang direkt unterhalb von Bergen sehen wir kritisch, denn der Bau darf so wenig wie möglich in den Natur- und Erholungsraum eingreifen. Deswegen haben wir uns für eine vergleichende Variantenuntersuchung stark gemacht, die alle Aspekte für Mensch und Umwelt mitberücksichtigt.~~
- durch eine Verlängerung der U4 die Anbindung von Bergen vorantreiben. Dadurch kann Bergen auch ohne eine Regionaltangente Ost an das Schienennetz angebunden werden. Die vom RMV vorgestellte Variante einer Regionaltangente Ost durch den Berger Hang mit erheblichen Eingriffen in die Natur und die Landschaft lehnen wir ab.

### Begründung

Es gibt neue Erkenntnisse, dass die Anbindung von Bergen durch eine Verlängerung der U4 sehr gut möglich ist. Auf dieser Grundlage können wir uns darauf festlegen, die in Bergen extrem umstrittene Variante der Regionaltangente Ost durch Bergen ohne wenn und aber abzulehnen. Wir werden derzeit in Bergen wegen unserer hinhaltenden Haltung zu dieser Variante der Regionaltangente Ost hart kritisiert.

### Unterstützer\*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)

## Ä25 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller\*innen      Wolfgang Siefert (KV Frankfurt)

### Antragstext

In Zeile 116:

- ~~weitere günstige Flat-Angebote für den ÖPNV entwickeln.~~
- Wir setzen uns dafür ein, dass der RMV eine grundlegende Tarifreform durchführt mit einfachen günstigen Angeboten unterhalb des Deutschlandtickets. Kinder und Jugendliche sollen perspektivisch den ÖPNV kostenlos nutzen können.

### Unterstützer\*innen

Christine Holch (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä26 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      Wolfgang Siefert (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 115 einfügen:**

- Die Anbindung des Waldstadions muss spätestens mit dem Bau der Multifunktionsarena auch im ÖPNV deutlich verbessert werden. Essentiell ist die Ausweitung der S-Bahn Anbindung in alle Richtungen und der hierfür notwendige weitere Ausbau des Bahnhofs Stadion. Zusätzlich soll eine zusätzliche Straßenbahnanbindung über die Mörfelder Landstraße vertieft geprüft und wenn möglich vorangetrieben werden.

## **Ä27 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 53 einfügen:**

- die Pläne zur Verlängerung der Regionaltangente West zum NordWestZentrum vorantreiben

## **Ä28 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 106 bis 107 einfügen:**

- Dazu wollen wir die Blockade der Busspuren z.B. durch abgestellte Fahrzeuge verhindern und zusätzliche Busspuren einrichten. Zusätzlich sollen Busse an Ampeln eine priorisierte Grünschaltung vor Autos bekommen ("Queue Jumps")

### **Unterstützer\*innen**

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä29 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 121 bis 122:**

- **die Technik im S-Bahntunnel so digitalisieren, dass ~~28~~bis zu 32 statt 24 Züge pro Stunde durch den Tunnel fahren können.** Bei einer wachsenden Stadt wie

### **Begründung**

Ich habe noch einmal zu den Zahlen nachgeforscht und durch den einbau von ETCS würden bis zu 32 Züge pro Stunde platz haben. In Ramen zu Stuttgart 21 wird der Dortige S-Bahntunnel mit ETCS ausgestattet und es wird heirbei von bis zu 32 Zügen Pro Stunden ausgegangen.

[Quelle](#)

## **Ä30 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 138 bis 139 einfügen:**

- auf die Deutsche Bahn einwirken, damit ein flächendeckendes und sauberes Angebot an Toiletten in den S-Bahnhöfen besteht.

## **Ä31 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 145 bis 147 einfügen:**

- bewährt und die Technik schreitet schnell voran. Elektrisch angetriebene Busse sind abgasfrei und klimafreundlich, aber auch leiser. Hierbei soll auch der Einsatz von O-Bussen in betracht gezogen werden. Für Anwohner\*innen sind sie deshalb ein Segen. Mittelfristig möchten wir die

### **Begründung**

O-Busse (Oberleitungsbusse) sind wie Batterielektische Busse Leise und Klimaneutral.

Das einrichten von O-Busbetrieb bringt zusätzlich zu den Vorteilen von E-Bussen auch eine gleichmäßiger Belastung des Stromnetzes über den laufe des Tages, anstatt nur Abends wenn alle E-Busse aufgeladen werden.

Durch das geringere Fahrzeuggewicht (wegen Kleinerer Batterie) belasten sie die Straßen weniger und können Steile Straßen besser erklimmen.

Heutzutage ist der O-Bus nicht mehr komplett abhängig von der Oberleitung, sondern kann mittels Behelfsbatterie auch ohne Oberleitung fahren um Streckenabschnitte ohne Oberleitung zu bedienen oder Baustellen umfahren.



## Ä32 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden

Antragsteller\*innen      Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 152 bis 153:

- autonomes Fahren im ÖPNV unterstützen, um ~~fehlendes Fahrpersonal~~ mehr Kapazitäten durch dichtere Zugfolgen zu ~~kompensieren~~ schaffen und Angebotsausweitungen schneller umzusetzen. Dazu müssen die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen werden.

### Begründung

"um fehlendes Fahrpersonal zu kompensieren" kommt einfach sehr negativ rüber. Es gibt der Politischen Konkurrenz Angriffspunkte das wir Grüne nicht genug getan hätten um Fahrpersonal auszubilden und einzustellen.

Mit dieser Formulierung fokussiert man auf den Positiven Aspekten der Automatisierung ohne ein mögliche Schlechte Politik einzugestehen.

## **Ä33 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 131 einfügen:**

- prüfen wie das Schnellbahnnetz mehr von Frankfurt anbinden kann. Durch Zusätzliche Haltepunkte die Anbindung einzelner Quatiere verbessert werden kann.

### **Begründung**

Wie z.B in Ginnheim 2024 ein Neuer S-Bahnhof eröffnet wurde, kann geprüft werden wo weiter Haltepunkte entstehen können um FRankfurt noch besser an yu binden

## **Ä34 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 274 bis 275 einfügen:**

- Wahlperiode bereits begonnen, die dortigen Lademöglichkeiten stark ausbauen. Dabei sollen besonders die Städtischen und Anwohnerparkhäuser im Fokus stehen.

### **Begründung**

E-Ladesäulen z.B für die Anwohnerparkhäuser der AGB.

## **Ä35 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 294 einfügen:**

- uns dafür einsetzen, dass Radwege und Gehwege priorisiert von Laub, Eis und Schnee befreit werden um aktive Mobilität bei jedem Wetter zu fördern.

### **Unterstützer\*innen**

Christine Holch (KV Frankfurt)

## **Ä36 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      Pascal Schieferstein (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 345 bis 348:**

- **Kreuzungen und Fahrbahnüberquerungen sicherer machen.** Die größte Gefahr für Fußgänger\*innen besteht beim Überqueren von **Autostraßen** der Fahrbahn. Damit das sicherer wird, müssen gerade die Sichtachsen der Kreuzungen in Tempo-30-Zonen freigehalten werden indem Gehwegnasen errichtet werden und die Fahrbahn im Kreuzungsbereich erhöht wird.

### **Begründung**

Durch Gehwegnasen wird die Länge der zu kreuzenden Fahrbahn für die Fußgänger verkürzt, zugleich wird die Straße physikalisch schmaler, was Autofahrer dazu anregt langsamer zu fahren. Eine zusätzliche Erhöhung der Fahrbahn führt zu einer weiteren Geschwindigkeitsreduktion durch Autofahrer, da dieser für den Fahrkomfort zum Bremsen angeregt ist.

### **Unterstützer\*innen**

Christine Holch (KV Frankfurt)

## **Ä37 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      STG 6 (dort beschlossen am: 22.10.2025)

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 31 einfügen:**

- bei der Erschließung neuer Wohnquartiere einen schienengebundenen ÖPNV-Anschluß von vornherein mitplanen, so dass dieser zum Bezug der Wohnungen betriebsbereit zur Verfügung steht.

#### **Von Zeile 69 bis 73 einfügen:**

- den Ausbau der U5 über das Europaviertel hinaus bis zum künftigen Wohngebiet Römerhof und perspektivisch bis nach Höchst vorantreiben.
- auf der anderen Seite der U5 die Verlängerung von Preungesheim bis zur Station Frankfurter Berg und weiter nach Bonames und Kalbach anstreben und damit den Anschluss der U5 an die S6 erreichen.

#### **Nach Zeile 98 einfügen:**

- Möglichkeiten der Verlängerungen der Straßenbahnlinien 11 von der Zuckschwerdtstraße und der Linie 12 von der Rheinlandstraße, jeweils in die Höchster Innenstadt untersuchen.
- das bestehenden Straßenbahnnetz um neue Linienführungen ergänzen, so dass wichtige, stark nachgefragte Relationen umsteigefrei angeboten werden können, auch mit Blick auf den Schüler\*innenverkehr (z.B. Schwanheim - Sachsenhausen)

#### **Von Zeile 103 bis 104 einfügen:**

- haben wir uns für eine vergleichende Variantenuntersuchung stark gemacht, die alle Aspekte für Mensch und Umwelt mitberücksichtigt und auch das Wohngebiet

Atzelberg anbinden würde.

- das Angebot der öffentlichen Nahverkehrslinien, auch in den peripheren Stadtteilen, durchgehend in einem Grundtakt von zehn Minuten während der Tageszeiten und 20 Minuten in den Abendstunden anbieten. Die jeweiligen Stadtteile werden damit flächendeckend erschließen, um die Nutzung attraktiv zu machen.

**Von Zeile 194 bis 196 einfügen:**

- sollen bevorzugt in der Nähe ihrer Wohnungen parken dürfen, um unnötigen Parkplatzsuchverkehr zu vermeiden. Dafür führen wir insbesondere in den engen Stadtteil-Kernbereichen flächendeckendes Anwohner-Parken ein, um vor allem das dauerhafte Parken von Fluggästen (Urlaubsparker), von Wohnmobilen und Kleinlastern zu verhindern. Auswärtige sollen nach Möglichkeit direkt zu Parkhäusern geleitet werden oder den ÖPNV nach Frankfurt nehmen.

**Nach Zeile 201 einfügen:**

- in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden und mit Hessen Mobil neue P&R-Parkplätze im Umland und an den Stadträndern errichten, um Pendlerverkehre in den peripheren Stadtteilen zu reduzieren.

**Nach Zeile 302 einfügen:**

- funktionierende, sichere Radwegeverbindungen zu den Mobilitätsstationen und den ÖPNV-Stationen herstellen, um Umsteige- und Kombinationsmöglichkeiten zu erleichtern. An den Mobilitätsstationen gibt es sichere Unterstellmöglichkeiten für Fahrräder in ausreichender Zahl (Bike & Ride), sowie Abstellmöglichkeiten für E-Roller/Scooter.

**Von Zeile 325 bis 326 einfügen:**

- **die Planung von neuen Radwegen außerhalb von Wohngebieten vorantreiben,** sodass auch dezentralere Stadtteile gut mit dem Rad erreichbar

sind. An wichtigen Verbindungspunkten sehen wir Neubauten vor, dazu gehören die Brücke am Berkersheimer Bahnhof, die Nidda-Querung neben der A661 und eine Mainquerung im Westen, speziell für Fußgehende, Radfahrende und zweirädrige E-Mobilität.

**Von Zeile 366 bis 369:**

- **die Einkaufsstraßen attraktiver machen.** In den Einkaufsstraßen der Quartiere, den Zugangspunkten zu den Mobilitätsangeboten, zu Einzelhandel, Gastronomie, und Treffpunkten auf entsiegelten Flächen, wo viele Menschen zu Fuß unterwegs sind, braucht es dafür mehr Platz. Das gilt z.B. auf der Berger Straße, der Leipziger Straße[Leerzeichen], der Bolongaro- und Hostatostraße oder der Schweizer Straße. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort und den

**Nach Zeile 387 einfügen:**

- im Falle von baustellenbedingten Umleitungen diese konsequent so auf den Fuß- und Rad-Verbindungen vorzusehen, dass zeit- und kraftintensive Umwege und Gefahrenpunkte vermieden werden.

**Begründung**

Ergänzungen auf Wunsch der STG 6 und im Vorfeld durch die AG Grünes Leben am Stadtrand beschlossener Inhalte.



## **Ä38 zu Mobilität: Frankfurt gut verbunden**

Antragsteller\*innen      Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 143 einfügen:**

- uns dafür einsetzen, dass an möglichst allen ÖPNV-Haltestellen und Stationen Sitzbänke mit Rückenlehnen errichtet werden. Dies ist besonders für Menschen wichtig, für die längeres Stehen anstrengend ist. Rückenlehnen bieten zusätzliche Stabilität für Menschen, die beim Sitzen Unterstützung benötigen.

## Ä2 zu Nachhaltige Wirtschaft: im Haushalt auf Wirkung setzen

Antragsteller\*innen      Bastian Bergerhoff (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 36 bis 39 einfügen:

- **soziale Härten bei der Grundsteuer und bei Gebühren abfedern.** Wir werden die Verteilung der Steuerlasten durch die neue Grundsteuer analysieren, um soziale Härten zu identifizieren. Betroffene wollen wir gezielt durch Unterstützungsleistungen entlasten. Wir wollen in diesem Zuge auch bei nebenkostenrelevanten Gebühren eine gezielte Entlastung für solche Gebühren, die sich nicht durch individuelle Verhaltensänderungen beeinflussen lassen, in den Blick nehmen.

### Begründung

Der Härtefallfonds, den wir als GRÜNE im Magistrat bereits vorgeschlagen haben, würde nicht nur die Grundsteuer sondern auch andere Elemente der Nebenkosten umfassen. Hier ist zu unterscheiden: Teile der Nebenkosten lassen sich durch individuelles Verhalten beeinflussen (Wärme, Wasserverbrauch, ...). Andere Teile lassen sich nicht beeinflussen (Grundsteuer, Straßenreinigung, ...). Für diese anderen Teile sollte gezielte Unterstützung für Menschen ermöglicht werden, die diese Hilfe benötigen. Ein entsprechender von mir als Kämmerer ausgearbeiteter Vorschlag ist derzeit in der Koalition leider nicht mehrheitsfähig gewesen, er wäre aber wichtig um über gezielte Hilfen soziale Härten abzufedern statt immer unter Hinweis auf schwierige Einzelfälle "mit der Giesskanne" allgemeine Kostensteigerungen zu ignorieren und sie damit zu Lasten der Allgemeinheit unter den Teppich zu kehren.

### Unterstützer\*innen

Sebastian Hakan Deckwarth (KV Frankfurt), Heike Westenberger-Breuer (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

## **Ä3 zu Nachhaltige Wirtschaft: im Haushalt auf Wirkung setzen**

Antragsteller\*innen      Manuel Denkwitz (AG Wirtschaft)

### **Titel**

#### **Ändern in:**

Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik: Mittel wirksam einsetzen

### **Begründung**

Überschrift anpassen. Es geht hierbei nicht um Wirtschaft, sondern um Haushalt.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt), Helmut Trompeter (AG Wirtschaft), Bernd Ackermann (KV Frankfurt), Sebastian Hakan Deckwarth (KV Frankfurt), Heike Westenberger-Breuer (KV Frankfurt), Denise Felix (KV Frankfurt), Martina Düwel (KV Frankfurt)

## **Ä4 zu Nachhaltige Wirtschaft: im Haushalt auf Wirkung setzen**

Antragsteller\*innen      Martina Düwel (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 39 einfügen:**

- den Hebesatz für die **Gewerbesteuer weder anheben noch senken**. Wir achten auf die Ausgewogenheit zwischen Gewerbeanforderungen und kommunaler Aufgabenerfüllung. Wir werden uns jedoch vorbehalten, eine Prüfung einer Hebesatzänderung vorzunehmen, falls die künftige Entwicklung, insbesondere die Ressourcenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen, dies erfordert.

### **Begründung**

Die Abgabe einer klaren parteipolitischen Absichtserklärung wie dieser ist essentiell, um in Koalitionsverhandlungen eine feste und nicht verhandelbare Ausgangsbasis (roter Faden) zu schaffen. Sie dient nicht nur der transparenten Kommunikation des eigenen politischen Willens an die Wählerschaft, sondern definiert den Verhandlungsrahmen gegenüber potenziellen Partnern, minimiert Interpretationsspielräume und erhöht die Glaubwürdigkeit und Durchsetzungskraft der eigenen Position in kritischen Kernbereichen.

### **Unterstützer\*innen**

Sebastian Hakan Deckwarth (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

## **Ä5 zu Nachhaltige Wirtschaft: im Haushalt auf Wirkung setzen**

Antragsteller\*innen      AG Tierschutz (dort beschlossen am:  
22.10.2025)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 30 bis 32 einfügen:**

- und nachhaltiger gestalten, den Schutz von Umwelt und Menschenrechten entlang der Produktions- und Lieferkette sicherstellen, bei der Beschaffung tierleidfreie und pflanzenbasierte Produkte bevorzugen und Leistungen möglichst regional einkaufen.

### **Begründung**

Die Ergänzung erweitert den Nachhaltigkeitsbegriff der städtischen Beschaffung um Tierwohl und pflanzenbasierte Alternativen. So wird die ökologische und ethische Verantwortung der Stadt gestärkt und Frankfurts Rolle als Vorbild für klimafreundliche, zukunftsorientierte Beschaffung unterstrichen.

### **Unterstützer\*innen**

Manuel Denkwitz (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä7 zu Nachhaltige Wirtschaft: im Haushalt auf Wirkung setzen**

Antragsteller\*innen      Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 35 einfügen:**

- den Gewerbesteuerhebesatz auf 490 Punkte erhöhen.

### **Begründung**

Eine moderate Erhöhung ist vertretbar und dient als zusätzliche Einnahmequelle für die Stadt. Die Forderung war auch schon im Kommunalwahlkampf 2021 enthalten.

### **Unterstützer\*innen**

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä1 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt**

Antragsteller\*innen      Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 144 einfügen:**

- Das Prinzip der Bibliothek der Dinge in die Stadtteile tragen. Dazu weiten wir das bestehende Angebot der Stadtbücherrei am Standort Sachsenhausen zur Ausleihe von Werkzeugen, Haushaltsgeräten, Instrumenten u.v.m. auf die übrigen Stadtteilbibliotheken aus.

### **Begründung**

Das ist ein tolles Angebot in Sachsenhausen. Leider erreicht es Menschen in den umliegenden Stadtteilen wenig bis gar nicht. Hier gäbe es einen tollen Hebel für die Stadt, das Prinzip Leihen statt Kaufen in die Fläche zu tragen.

### **Unterstützer\*innen**

Christine Holch (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt), Dagmar Sadkowiak (KV Frankfurt)

## Ä2 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller\*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 163 bis 167:

Stadtentwicklung und Stadtplanung müssen diese Entwicklungen künftig mitdenken, ~~und~~ Anpassungen möglich machen ~~und dabei~~. Dabei muss auch die gute Erreichbarkeit dieser neuen pulsierenden Zentren ~~muss im Rahmen der über~~ über entsprechende Verkehrskonzepte mitgedacht werden ~~sicherstellen~~. Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept wollen wir entsprechend fortschreiben.

#### Von Zeile 176 bis 180:

- Gastronomie, Räume für temporäre Ausstellungen und Kleinkunst-Theater ~~ö~~schaffen. Ferner ~~soll es Platz für~~ werden wir Gründer\*innen und kleine Shops ~~geben, die sich die Lage~~ unterstützen z.B. durch subventionierte Standortmieten und ~~Umbaukosten~~ Förderung bei Umbaukosten, die sich die Lage sonst nicht leisten können ~~enten~~. Wir wollen in den Zentren mehr Räume ohne Konsumzwang für Begegnung, Kreativität und zum „Abhängen“ schaffen.

#### Von Zeile 185 bis 186:

- Vereinbarungen zwischen Anwohner\*innen und ihrem berechtigten Interesse nach Ruhe sowie Gastronomie und Kiosken ~~te beanregen~~ anregen.

### Begründung

Sprachliche Berichtigungen und eine klarstellende Umformulierung



**Ä3 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt**

Antragsteller\*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

**Antragstext**

Von Zeile 29 bis 30 löschen:

**Finanzplatz Frankfurt: Stärken nutzen und ausbauen[Leerzeichen]**

Von Zeile 55 bis 56 löschen:

**Frankfurt soll moderner Industrie- und Logistikstandort bleiben[Leerzeichen]**

In Zeile 69 löschen:

**Räume für Industrie und Gewerbe effizient nutzen[Leerzeichen]**

In Zeile 85 löschen:

**Gewerbegebiete nachhaltig entwickeln[Leerzeichen]**

In Zeile 113 löschen:

**Potenziale der Kreislaufwirtschaft heben[Leerzeichen]**

Von Zeile 209 bis 213:

- langfristig die Stadtteilwirtschaft durch ~~die~~eine dezentrale Verlagerung ~~von allen~~aller Ämter, die direkten Kontakt mit Bürger\*innen haben, in ~~die Außenbezirke verlagern~~äußere Stadtteile stärken. Durch Mitarbeiter\*innen und Kund\*innen der Behörden- entsteht vor Ort u.a. zusätzliche Kaufkraft. Hierbei achten wir darauf, dass diese Ämter mit dem ÖPNV mindestens genauso gut erreichbar sind wie aktuell.

## Handwerk stärken[Leerzeichen]

In Zeile 236 löschen:

## Gründungsmetropole Frankfurt[Leerzeichen]

In Zeile 284 löschen:

## Tourismus-Stadt Frankfurt[Leerzeichen]

In Zeile 302 löschen:

## Rechenzentren zum Nutzen aller gestalten[Leerzeichen]

In Zeile 347 löschen:

## Eine Zukunft für den Flughafen[Leerzeichen]

### Begründung

Es ist für solche Ämter und nicht immer sinnvoll in Außenbezirken zu sein. Mehr noch gilt für die Bürger\*innen, die zu diesen Ämtern müssen. Das sei an einem extremere Beispiel illustriert: Wenn man plötzlich von Fechenheim nach Sossenheim oder Bonames muss, ist das für die Bewohner\*innen der Außenbezirke keine Verbesserung. Daher sollte hier etwas eingeschränkt werden und die Erreichbarkeit weiterhin ein wesentliches Standortkriterium genannt werden.

(Die ganzen gestrichenen Leerzeichen bei den Überschriften waren nicht gewollt. Ich weiß nicht, was Antragsgrün hier gemacht hat.)

**Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt), David Vydra (STG 8)

## Ä4 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller\*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### Antragstext

Nach Zeile 180 einfügen:

- uns zusammen mit anderen Großstädten und dem Deutschen Städtetag dafür einsetzen, dass das bundesweite Gewerbemietrecht für innerstädtische Lagen und Stadtteilzentren endlich zugunsten kleiner und mittlerer Einzelhandelsbetriebe, gastronomischer Betriebe und sozialer Einrichtungen reformiert wird. Entsprechende Gesetzesvorschläge liegen dem Bundestag seit mehreren Legislaturperioden vor, wurden aber bislang blockiert. Dabei soll gewährleistet werden, dass Kleingewerbe insbesondere in Milieuschutzgebieten besonderen Schutz genießen.

### Unterstützer\*innen

Kilian Vitt (KV Frankfurt)

## Ä5 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller\*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 334 bis 346:

- genutzt werden kann. Dazu gehört auch, dass immer genügend Platz für eine Großwärmepumpe eingeplant werden ~~vorhanden sein~~ muss, außerdem muss und die Stromversorgung von Rechenzentrum und Großwärmepumpe ~~ohne Einbußen an anderer Stelle in der Stadt~~ sicher gestellt ist sein, ohne dass dieser Strom an anderer Stelle fehlt. ~~Über den Deutschen Städtetag werden wir darauf hinwirken, dass~~ Damit die notwendigen Prioritäten bei der Anmeldung von großen Stromverbrauchern gesetzt werden können, werden wir über den Deutschen Städtetag auf die Bundesebene einwirken. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ~~und~~ neue nur noch Rechenzentren nur noch mit Wasserkühlung zugelassen werden.
- uns für die nachhaltige und ~~möglichst mehrgeschossige~~ kompakte Bauweise von Rechenzentren ~~einsetzen~~ einsetzen, um den Flächenbedarf und die ~~Hitzebelastung~~ Umweltbelastungen möglichst gering zu halten.

### Begründung

Rechenzentren werden ohnehin schon groß, auch die die Höhe, gebaut. In diesem Sinne sind sie "mehrstöckig". Höhere Rechenzentren bedeuten übrigens keine geringere Hitzebelastung, sondern das Gegenteil. Je größer das Rechenzentrum, desto mehr Wärme muss von den Servern an die Umgebung (oder hoffentlich bald die Wärmenetz) abgeführt werden.

### Unterstützer\*innen

Christine Holch (KV Frankfurt)

## **Ä6 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### **Antragstext**

**Von Zeile 51 bis 52 einfügen:**

- in enger Abstimmung mit der Finanzbranche das Thema Geldwäschebekämpfung angehen. Wir setzen uns für die lückenlose Aufklärung des größten Steuerraubs der deutschen Geschichte durch u.a. Frankfurter Banken und Akteure ein.
- im Rahmen nachhaltiger Finanzplanung uns auf Bundes- und Europaebene dafür einsetzen, dass es keinen Wettbewerb um die geringsten Steuersätze gibt und sagen Nein zur Steuervermeidung von Großkonzernen.

### **Begründung**

Die Bedeutung des Finanzplatzes Frankfurt kann nur vermittelt werden, wenn wir uns klar gegen etablierte illegale und semi-legale Praktiken von Banken und Großunternehmen positionieren.

### **Unterstützer\*innen**

Tom Oettinger (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä7 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 84 einfügen:**

- seit mehr als fünf Jahre brach liegende (un)vollständige Gewerbebauten aufkaufen, anmieten oder wo nötig nach 176 Baugesetzbuch enteignen und einer (Zwischen)nutzung für Kultur, Gründungen oder Handwerk zuführen.

### **Begründung**

Wir müssen der Spekulation mit wertvollen Gewerbeimmobilien ein Ende setzen, denn darunter leiden vor allem Frankfurter\*innen, die Raum brauchen um zu schaffen.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä9 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt**

Antragsteller\*innen      Bastian Bergerhoff (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

Nach Zeile 369 einfügen:

- multimodale Verkehre fördern und den Flughafen als multimodalen Hub stärken. Mit dem hervorragenden Knotenpunkt zwischen Schiene, Straße und Luftverkehr hat der Frankfurter Flughafen beste Voraussetzungen für eine nachhaltige multimodale Entwicklung. Diese gilt es auch bei der Fracht zu nutzen, die eine oft unterschätzte Rolle am Frankfurter Flughafen spielt. Multimodale Verkehre reduzieren auch unnötige Belastungen für Mensch und Umwelt und ermöglichen effiziente und nachhaltige Mobilität der Zukunft.

### **Begründung**

Die Verzahnung der verschiedenen Verkehrsmittel ist auch am Flughafen Schlüssel für eine nachhaltige Mobilität. Die Rolle des Frankfurter Flughafens als Frachtflughafen verdient in diesem Zusammenhang besondere Erwähnung.

### **Unterstützer\*innen**

Bernd Ackermann (KV Frankfurt), Michael Falk (KV Frankfurt)



## **Ä10 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt**

Antragsteller\*innen      Manuel Denkwitz (AG Wirtschaft)

### **Titel**

#### **Ändern in:**

Wirtschaftsmetropole Frankfurt, Weltstadt, Wohnstadt: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

### **Begründung**

Das Kapitel zu Wirtschaft sollte mit dem Begriff "Wirtschaft" beginnen. Sonst sucht man vergeblich nach dem Kapitel.

Besprochen und entschieden in der AG Wirtschaft am 20.10.2025

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt), Helmut Trompeter (AG Wirtschaft), Bernd Ackermann (KV Frankfurt), Christian Groß (KV Frankfurt), Heike Westenberger-Breuer (KV Frankfurt), Denise Felix (KV Frankfurt), Dominik Wiese (KV Frankfurt)

## **Ä11 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt**

Antragsteller\*innen      Manuel Denkwitz (AG Wirtschaft)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 348 bis 351:**

Frankfurt und der Frankfurter Flughafen – das ist eine ~~spannungsreiche Beziehung. Die Region leidet massiv unter dem Flugverkehr – viel zu viele Menschen jeden Tag und jede Nacht.~~ zwiespältige Beziehung. Die Region leidet unter dem Fluglärm. Auch die Gefährdungen durch erhöhte Ultrafeinstaub-Werte machen wirksame Gegenmaßnahmen erforderlich. Andererseits

### **Begründung**

Der Absatz kam von der AG Wirtschaft. Wir würden sie aber entschärfen wollen.  
In der AG Wirtschaft besprochen und abgestimmt.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt), Helmut Trompeter (AG Wirtschaft), Bernd Ackermann (KV Frankfurt), Christian Groß (KV Frankfurt), Heike Westenberger-Breuer (KV Frankfurt), Denise Felix (KV Frankfurt), Dominik Wiese (KV Frankfurt)

## **Ä12 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt**

Antragsteller\*innen      Manuel Denkwitz (AG Wirtschaft)

### **Antragstext**

**Von Zeile 380 bis 382 löschen:**

- **weiter für ein echtes Nachtflugverbot von 8 Stunden kämpfen.** Wir setzen uns außerdem für ~~Lärmpausen am Tag und~~ eine Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene ein. Wir wachen darüber, dass die

### **Begründung**

Lärmpausen gibt es schon morgens und abends. Eine Ausweitung auf andere Tageszeiten wäre mit erheblichen operativen Einschränkungen und praktischen Herausforderungen im Flugbetrieb, sowie der Bewirtschaftung, verbunden. Die Flugzeuge bewegen sich in engen Start- und Landeslots.

<https://www.fraport.com/de/nachhaltigkeit/nachbarschaftsdialog/laerm-und-luft/massnahmen/aktives-schallschutzprogramm.html#:~:text=Das%20L%C3%A4rmpausenverfahren%20ist%20seit%20dem,den%20Flughafen%20um%20eine%20Stunde.>

In der AG Wirtschaft mit breiter Unterstützung beschlossen.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt), Helmut Trompeter (AG Wirtschaft), Bernd Ackermann (KV Frankfurt), Christian Groß (KV Frankfurt), Denise Felix (KV Frankfurt), Dominik Wiese (KV Frankfurt)

## **Ä13 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt**

Antragsteller\*innen      Manuel Denkwitz (AG Wirtschaft)

### **Antragstext**

**Von Zeile 51 bis 52:**

- in ~~enger~~-Abstimmung mit der Finanzbranche und der Wissenschaft das Thema Geldwäschebekämpfung ~~angehen~~sichtbarer machen und Frankfurt als Stadt der Geldwäschebekämpfung etablieren.

### **Begründung**

Mißverständlich. So, wie es geschrieben ist, scheinen wir selbst ein Problem mit Geldwäsche zu haben. Es muss so formuliert werden, wie in der Vorlage der AG Wirtschaft.

In der AG Wirtschaft abgestimmt und beschlossen.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt), Helmut Trompeter (AG Wirtschaft), Bernd Ackermann (KV Frankfurt), Christian Groß (KV Frankfurt), Heike Westenberger-Breuer (KV Frankfurt), Denise Felix (KV Frankfurt), Dominik Wiese (KV Frankfurt)

## Ä14 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller\*innen      Manuel Denkwitz (AG Wirtschaft)

### Antragstext

#### Von Zeile 237 bis 240:

Die vielfältige Wirtschaft Frankfurts spiegelt sich auch in der Startup-Szene wider. Wir wollen die Rolle der Stadt als Gründungsmetropole ~~gegenüber anderen Standorten stärken. Neben etablierten Programmen wie „Frankfurt Forward“ legen wir den Fokus auf Gründungen von Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte.~~ sichtbarer machen.

#### Von Zeile 242 bis 247:

- im Gründungszentrum „Kompass“ ~~alle~~ die wesentlichen Gründungsaktivitäten der Stadt bündeln. ~~und~~ Wir werden zudem gezielt Formate fördern, die Gründer\*innen mit Kunden und Investoren aus dem Rhein-Main-Gebiet zusammenbringen. ~~So mobilisieren wir Vermögen für junge Ideen. Ein weiterer Schwerpunkt soll~~ Schwerpunkte sollen die Förderung und Beratung von Gründer\*innen Gründerinnen und von Menschen mit Migrationsgeschichte sein.
- ~~die erfolgreiche Gründungsförderung für Gründerinnen bauen wir aus.~~
- den Frankfurter Gründer\*innenfonds weiterführen.

#### Von Zeile 256 bis 257:

- das Programm „Frankfurt Forward“ weiterführen und einen weiteren Fokus auf die Zusammenarbeit mit städtischen Gesellschaften legen.
- ~~„Futury“ als Gründungszentrum fördern.~~
- mit „Futury“ als Start-Up Space kooperieren.

### **Begründung**

Der bisherige Text beinhaltete einige Unstimmigkeiten.

In der AG Wirtschaft besprochen und beschlossen.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt), Helmut Trompeter (AG Wirtschaft), Bernd Ackermann (KV Frankfurt), Christian Groß (KV Frankfurt), Denise Felix (KV Frankfurt), Dominik Wiese (KV Frankfurt)

## **Ä15 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt**

Antragsteller\*innen      AG Wirtschaft (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### **Antragstext**

**In Zeile 129 löschen:**

- ~~für die Logistik der Kreislaufwirtschaft an kurzen Wegen arbeiten.~~

### **Begründung**

Die eingereichte Vorlage der AG wurde hier stark gekürzt. Zudem wurde der vorangehende Punkt (Erhalt Osthafen für Kreislauflogistik), auf den sich dieser Punkt bezieht, in ein anderes Kapitel verschoben. In der jetzigen Form ergibt der Satz keinen Mehrwert, die Aussage bleibt unklar. Er sollte wenn überhaupt dann auch nicht an erster / wichtigster Stelle stehen. So besprochen in der AG Wirtschaft.

### **Unterstützer\*innen**

Christian Groß (KV Frankfurt), Denise Felix (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt), Dominik Wiese (KV Frankfurt)

## **Ä16 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt**

Antragsteller\*innen      Manuel Denkwitz (AG Wirtschaft)

### **Antragstext**

**Von Zeile 196 bis 197:**

- die bestehende **Wirtschaftsf**örderung absichern und durch eine stadtteilübergreifende **Gewerbestrategie** ergänzen.

### **Begründung**

Missverständlich.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)



## **Ä19 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt**

Antragsteller\*innen      STG 6 (dort beschlossen am: 22.10.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 202 einfügen:**

- ein besonderes Augenmerk auf den Erhalt und die Entwicklung der historischen, teils denkmalgeschützten Höchster Altstadt richten, um hier wieder ein Quartier mit Kleingewerbe, Gastronomie und qualitativ hochwertigen Aufenthaltsflächen zu etablieren.

**Nach Zeile 208 einfügen:**

- die Anmietung von örtlichen, leerstehenden Gewerbeflächen durch die Stadt wird mit dem Ziel geprüft, diese als Stadtteilläden zu entwickeln und anschließend den Bürgern als Treffpunkt und lokalen Gewerbebetrieben beispielsweise zum Verkauf ihrer Produkte zur Verfügung zu stellen. Diese Stadtteilläden sollen flexibel und intensiv genutzt werden: Durch verschiedene Nutzer oder Zusammenschlüsse, bspw. tageweise Künstlern, Kleinstbetrieben, regionalen Lebensmittelproduzenten zum Verkauf ihrer Produkte oder wechselnder Gastronomie.

### **Begründung**

Ergänzungen auf Wunsch der STG 6 und im Vorfeld durch die AG Grünes Leben am Stadtrand beschlossener Inhalte.

## Ä20 zu Wohnstadt, Weltstadt, Wirtschaftsmetropole: für ein faires und nachhaltiges Frankfurt

Antragsteller\*innen      STG 6 (dort beschlossen am: 22.10.2025)

### Antragstext

Nach Zeile 202 einfügen:

- ein besonderes Augenmerk auf den Erhalt und die Entwicklung der historischen, teils denkmalgeschützten Höchster Altstadt richten, um hier wieder ein Quartier mit Kleingewerbe, Gastronomie und qualitativ hochwertigen Aufenthaltsflächen zu etablieren.

Von Zeile 208 bis 211:

- die Anmietung von örtlichen, leerstehenden Gewerbeflächen durch die Stadt wird mit dem Ziel geprüft, diese als Stadtteilläden zu entwickeln und anschließend den Bürgern als Treffpunkt und lokalen Gewerbebetrieben beispielsweise zum Verkauf ihrer Produkte zur Verfügung zu stellen. Diese Stadtteilläden sollen flexibel und intensiv genutzt werden: Durch verschiedene Nutzer oder Zusammenschlüsse, bspw. tageweise Künstlern, Kleinstbetrieben, regionalen Lebensmittelproduzenten zum Verkauf ihrer Produkte oder wechselnder Gastronomie.
- **langfristig die Stadtteilwirtschaft durch die Verlagerung von ~~allen Ämtern, die direkten Kontakt mit Bürger\*innen haben~~ mtern, in die Außenbezirke verlagern.** Durch Mitarbeiter\*innen und Kund\*innen der Behörden.

### Begründung

Ergänzungen auf Wunsch der STG 6 und im Vorfeld durch die AG Grünes Leben am Stadtrand beschlossener Inhalte.

## Ä1 zu Frankfurter Stadtwirtschaft: klimaneutral, sozial, digital

Antragsteller\*innen      Christian Marx (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 48 bis 50:

- Verwaltungstätigkeiten und Entscheidungen verfolgen wir die Idee des „~~Digital Twin~~“. ~~Wir wollen für alle wichtigen Verwaltungsprozesse eine gute Datenbasis verhalten und Entscheidungen zunächst simulieren.~~ „Digitalen Zwilling“. Wir wollen für alle wichtigen Verwaltungsprozesse Entscheidungen mit Hilfe geeigneter Daten auch simulieren können. Dabei orientieren wir uns an den Ergebnissen des ConnectedUrbanTwin Projektes (CUT), in dem ein DIN Standard (Spec 91607) für digitale Zwillinge entwickelt worden ist. Dieser legt Anforderungen an diese für Städte und Kommunen fest und soll Anwendenden als Leitfaden dienen.

#### Von Zeile 58 bis 60 löschen:

- ~~die Informationsfreiheitssatzung der Stadt Frankfurt nach den Bedürfnissen der Bürger\*innen weiterentwickeln.~~ ~~Wir setzen uns für einen offenen und transparenten Umgang der Verwaltung mit Daten und Vorgängen ein.~~

### Begründung

Besser Digitaler Zwilling als Digital Twin (wie in Kapitel 2.11) und weil die Verwendung einheitlicher Standards das Ziel ist gleich den im bundesweiten Modellprojekt in Berlin, Hamburg und Leipzig entwickelten DIN-Standard mit benennen.

Die Informationsfreiheitssatzung ist bereits in Kapitel 2.11 Smart-City enthalten und wäre hier eine unnötige Dopplung.

### Unterstützer\*innen

Manuel Denkwitz (STG1)

## **Ä2 zu Frankfurter Stadtwirtschaft: klimaneutral, sozial, digital**

Antragsteller\*innen      Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### **Titel**

#### **Ändern in:**

Frankfurter Stadtverwaltung: Vorbild für Transparenz und Nachhaltigkeit

### **Begründung**

Der ursprüngliche Titel passt nicht, das im Kapitel zu Wirtschaft nichts steht. Es geht hier außer am Anfang bei Veranstaltungen um die Verwaltung als Dienstleistern und Arbeitgeberin.

### **Unterstützer\*innen**

Manuel Denkwitz (KF Frankfurt)

## Ä3 zu Frankfurter Stadtwirtschaft: klimaneutral, sozial, digital

Antragsteller\*innen      Bastian Bergerhoff (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 51 bis 54 einfügen:

- **die ämterübergreifende Zusammenarbeit fördern[Leerzeichen]und agiler vorgehen.** Dazu werden wir Projekte über Organisationsgrenzen hinweg ausrichten, mit entsprechenden Personalressourcen ausstatten und zügig umsetzen. Das regt auch zum Wissensaustausch zwischen den Ämtern an. Entsprechende Beispiele aus der Vergangenheit zeigen: Die Verwaltung ist offen, gelegentlich offener als die Dezernate.

#### Von Zeile 56 bis 57:

- Freiräume zu schaffen und Stellen gezielt zu entlasten. Wir wollen die Kommunikation innerhalb der Ämter ~~stärken~~ und ~~eine~~ die Fehlerkultur ~~einführen~~ stärken.

#### Von Zeile 59 bis 60 einfügen:

- der Bürger\*innen weiterentwickeln. Wir setzen uns für einen offenen und transparenten Umgang der Verwaltung mit Daten und Vorgängen ein. Er dient dem vertrauensvollem Miteinander zwischen Bürger\*innen und Verwaltung.

#### Von Zeile 96 bis 98 einfügen:

Zufriedenheit ist uns sehr wichtig. Die Stadt verzichtet bereits auf eine Befristung von Stellen. Wir haben in den letzten Jahren die Zahl der Ausbildungs- und Studienplätze erheblich gesteigert. Wir haben die Verfahren zur Stellenbesetzung deutlich verschlankt. An vielen weiteren Verbesserungen arbeiten wir. Das volle Potenzial der multikulturellen

Frankfurter Gesellschaft soll sich auch in

#### Von Zeile 107 bis 118:

- und interdisziplinäre Zusammenarbeit, die der Transformation der Verwaltung zugute kommen. Wir wollen verstärkt Führungs- und Fachkarrieren unterscheiden: Nicht immer fallen fachliche Exzellenz und exzellente Führungsqualitäten zusammen, beides ist aber extrem wichtig für die Stadtverwaltung.
- **die Diversität in Führungspositionen sowohl in der Verwaltung als auch in den Unternehmen der Stadt Frankfurt weiter steigern.**
- **uns für mehr Arbeits- und Praktikumsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung einsetzen.** Dazu gehören auch [Leerzeichen]Praktikumsplätze für kognitiv behinderte Menschen. Die Stadt nimmt ihre Verantwortung als inklusive Arbeitgeberin weiter ernst und wir wollen den Anteil von Mitarbeitenden mit Behinderungen auch weiter deutlich über der gesetzlichen Quote halten.
- **Pendler\*innen nachhaltig unterstützen.** ~~Angestellte der Mitarbeitenden~~ der Stadt erhalten weiterhin günstige Tickets für den ÖPNV. Für noch mehr nachhaltigen Verkehr zu Fuß und mit dem Rad ~~prüfen~~ wollen wir die in der letzten Wahlperiode geschaffene Möglichkeit ~~von Jobrädern~~ des Jobradleasings für Tarifangestellte auch Beamt\*innen zugänglich machen und gehen für die dazu nötige Änderung des Beamtenrechts auf das Land zu. Wir schaffen, sofern noch nicht vorhanden, in allen Ämtern auch sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder.

#### Begründung

1. Es ist leider Tatsache, dass ämterübergreifende Initiativen immer wieder auch von Dezernaten als "Machtinstrument" wahrgenommen und torpediert werden. Das sollte man erwähnen, um die "Verwaltung" nicht dafür haftbar zu
2. ~~Die Fehlerkultur~~ ist Teil unserer Verabredungen und des stadtweiten Führungsverständnisses. Wir sollten sie weiter stärken, müssen sie aber nicht
3. ~~Die Informationsfreiheitssatzung~~ hat einen Sinn, den man hier auch erwähnen sollte um sich bei gelegentlich vorkommenden Missbrauchsfällen
4. ~~Es gibt auch Führungspositionen~~ im Bereich Personal, die ich für
5. ~~Führungsverantwortliche (Ausbildung, Stellengesetzungen)~~
6. ~~Die Diversität~~ kann und sollte weiter gesteigert werden, wir müssen uns aber

7. Die Quote der Mitarbeitenden mit Behinderungen ist leider im letzten Jahr erstmals unter 10 % gesunken (gesetzlich ist 5 % gefordert) - wir wollen sie wieder über 10 % heben.
8. Jobtickets sind schon eingeführt - leider gibt es sie nicht für Beamt:innen. Jobtickets gibt es aber auch für Beamt:innen, nicht nur für Angestellte. Damit das mit dem Jobrad auch geht brauchen wir aber das Land...



## **Ä4 zu Frankfurter Stadtwirtschaft: klimaneutral, sozial, digital**

Antragsteller\*innen      Nicole Lauterwald (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 113 einfügen:**

- uns für eine Frankfurt-Zulage für unsere Mitarbeiter\*innen einsetzen. Damit wollen wir ein klares Signal an sie senden: so wird das Leben bezahlbarer - eine notwendige Voraussetzung für ihre auch weiterhin gute Arbeit für die Stadt Frankfurt am Main und ihre Bürger\*innen.

### **Begründung**

Mit vorausschauenden, motivierenden Arbeitsimpulsen müssen und wollen wir als Arbeitgeberin Stadt Frankfurt am Main gerade mit unserem wertvollsten Gut - unseren Mitarbeiter\*innen - als gutes Beispiel für andere Arbeitgeber\*innen voran gehen.

Zudem schaffen wir weitere Anreize, in Zeiten des Fachkräftemangels bei der Stadt Frankfurt am Main zu arbeiten.

## Ä5 zu Frankfurter Stadtwirtschaft: klimaneutral, sozial, digital

Antragsteller\*innen      Manuel Denkwitz (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 1 bis 5:

Wir wollen nachhaltiges ~~und faires Wirtschaften in Frankfurt populärer machen. Das stärkt auch Betriebe, die bereits lokal produzieren. Die Stadt Frankfurt selbst muss hier als Vorreiterin und Vorbild für Wirtschaft und Zivilgesellschaft auftreten.~~ Wirtschaften in Frankfurt zum Standard machen. Die Stadt Frankfurt selbst muss hier als Vorreiterin und Vorbild auftreten. Seit 2011 ist Frankfurt „Fairtrade-Stadt“. Maßgeblich für zentrale Einkaufsentscheidungen ist das Fairtrade-Siegel: Die

### Begründung

Ich würde da weniger dick auftragen, denn so vorbildlich ist die Stadt derzeit nicht. Mit den Kürzungen hört sich der Text nun weiterhin ambitioniert an, ohne den Mund zu voll zu nehmen.

### Unterstützer\*innen

Michael Falk (KV Frankfurt)

## Ä6 zu Frankfurter Stadtwirtschaft: klimaneutral, sozial, digital

Antragsteller\*innen      Beatrix Baumann (AG  
Soziales+Gesundheit, AG Frauen)

### Antragstext

Von Zeile 109 bis 110:

- die Parität und Diversität in ~~Führungspositionen~~ Führungs- und Leitungspositionen sowohl in der Verwaltung als auch in den Unternehmen der Stadt Frankfurt weiter steigern.

### Begründung

Die Stadtverwaltung ist auf einem guten Weg, aber Parität in Führungspositionen ist noch längst nicht in allen städtischen Ämtern, Betrieben und Unternehmen (Aufsichtsräten!) erreicht. Diese Ziel muss weiter verfolgt werden.

Um Parität und Diversität in Führungspositionen zu erreichen, müssen städtische Mitarbeitende von Beginn an gefördert werden und "aufsteigen" können - also früh Leitungsaufgaben übernehmen.

## Ä1 zu Smart City: Mit digitalen Mitteln Demokratie fördern

Antragsteller\*innen      Christian Marx (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 26 bis 28 einfügen:

Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin erhöhen. Der systematische Aufbau digitaler Kompetenzen in der Stadtverwaltung gehört dazu. Breit angelegte Schulungsprogramme u.a. zum Einsatz von KI-Tools tragen zur erfolgreichen digitalen Transformation der Stadt bei.

#### Von Zeile 55 bis 57 einfügen:

- Verwaltungsarbeit und bessere Dienstleistungen. Die systematische Analyse und Verknüpfung von Daten über einen digitalen Zwilling der Stadt Frankfurt ermöglicht sowohl Bürger\*innen als auch Verwaltungsmitarbeiter\*innen die bessere Nutzung von Daten.

#### Von Zeile 103 bis 106 einfügen:

- **die[Leerzeichen]Zusammenarbeit mit Landes- und Bundesbehörden intensivieren, um eine flächendeckende Versorgung mit digitalen Dienstleistungen zu erreichen.** Hierfür setzen wir konsequent auf die bundID (zukünftig DeutschlandID) als bundesweit einheitlichem Nutzerkonto und ein stadtweites Verwaltungsprozessmanagement.

### Begründung

Der Einsatz von KI-Tools ist wichtige Zukunftsperspektive für die Stadtverwaltung. Die Verwendung eines digitalen Zwillings sollte angestrebt werden, um Daten, Geodaten und Anwendungen sowohl für Bürger:innen als auch für

Verwaltungsmitarbeiter;innen besser zugänglich zu machen. Ein stadtweites Verwaltungsprozessmanagement fördert die Zentralisierung der Digitalisierung der Stadtverwaltung, die Verwendung einheitlicher Standards sowie evtl. die Übernahme von Anwendungen anderer Kommunen nach dem "Eine für Alle"-Prinzip.

## Ä2 zu Smart City: Mit digitalen Mitteln Demokratie fördern

Antragsteller\*innen      Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 61 bis 62 einfügen:

- sowie Ausstiegsszenarien und Migrationsstrategien für den Umstieg auf quelloffene Programme kommen wir diesem Ziel näher. Wann immer bei Software-Beschaffungen keine geeignete Open-Source-Lösung zu Verfügung steht und auf proprietäre Software zurückgegriffen werden muss, wird die Entwicklung einer Open-Source-Alternative beauftragt.

### Begründung

Das Ziel des Umstiegs zu Open-Source-Software ist schon länger erklärtes Ziel. Leider wird es nicht konsequent verfolgt. Sobald kein passgenaues Open-Source-Programm zur Verfügung steht, wird ohne jede weitere Konsequenz auf proprietäre Software von Microsoft und Co zurückgegriffen, anstatt zumindest parallel die Entwicklung der entsprechenden Open-Source-Lösung anzustoßen. Das ist auf lange Sicht teuer und bringt die Stadt in riskante Abhängigkeiten. Microsoft hat bereits gezeigt, dass es seine Dienste durchaus auch mal für öffentliche Auftraggeber\*innen sperrt. Im konkreten Fall im September '25 ging es um KI- und Cloud-Dienste für das israelische Verteidigungsministerium.

Die Probleme von Open-Source-Software liegen teils nur in der Verknüpfung verschiedener Anwendungen, also den Schnittstellen zwischen verschiedenen Software-Anwendungen. Das ist behebbar.

Im akuten Bedarfsfall kann es durchaus sein, dass man nicht umhin kommt, kurzfristig proprietäre Software zu beschaffen. Problematisch ist, wenn daraus keine Konsequenzen folgen, die mittel- und langfristig einen Weg aus der Abhängigkeit weisen. Daher sollte die Regel sein: Habe ich eine Open-Source-Lösung, kaufe ich notgedrungen die proprietäre Software, lasse aber gleichzeitig die Open-Source-Alternative dafür entwickeln, um später umsteigen zu können.

## Ä3 zu Smart City: Mit digitalen Mitteln Demokratie fördern

Antragsteller\*innen Carsten Zecher (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 58 bis 61:

- ~~soweit möglich~~ auf freie und offene Software sowie Open-Source-Lösungen und herstellerunabhängige Standards setzen. Dadurch erhöhen wir die digitale Souveränität der Stadt. Durch reformierte Vergaberichtlinien, eine starke interkommunale Zusammenarbeit und Bündelung von Ressourcen bei Beschaffung und Betrieb von IT-Lösungen, sowie Ausstiegsszenarien und Migrationsstrategien für den Umstieg auf

### Begründung

Keine Einschränkung "soweit möglich" um Forderung nicht zu verwässern. Indem Kommunen (wie Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt) ihre Ressourcen bündeln, ihr Know-How austauschen und koordiniert handeln, lassen sich Kosten sparen und bessere Lösungen erzielen im Vergleich dazu, dass jede Stadt ihr „eigenes Süppchen kocht“.

### Unterstützer\*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Christian Marx (KV Frankfurt)

## **Ä4 zu Smart City: Mit digitalen Mitteln Demokratie fördern**

Antragsteller\*innen      Christian Marx (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 63 bis 64 einfügen:**

- den verantwortungsvollen und systematischen Einsatz von KI gemäß der deutschen Umsetzung der europäischen KI-Verordnung fördern, um Verwaltungsmitarbeiter\*innen gezielt bei ihrer

### **Begründung**

Auf Vorschlag der Antragskommission wurde der Ä1 aus Kapitel 8 zurückgezogen und in gekürzter Form hier eingebaut. Damit geht zwar der direkte Bezug zur Kostenersparnis im Haushalt verloren. Der Effekt wird aber durch den Einsatz der KI-Systeme gleichwohl erzielt.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)



## **Ä1 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht**

Antragsteller\*innen      Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 376 bis 377 einfügen:**

- dafür einsetzen, dass es überall im Stadtgebiet kostenlos nutzbare Rechner mit Internet-Zugang bzw. Internet-Räume gibt. Dafür weiten wir das bestehende Angebot an PCs und Internet-Terminals der Stadtteilbibliotheken aus.

### **Begründung**

Es schadet nicht, einen konkreten Umsetzungsvorschlag für eine gute Idee zu nennen.

Viele (alle?) Stadtteilbibliotheken bieten bereits zeitlich begrenzt nutzbare Internet-Terminals an. Einige stellen darüber hinaus auch Rechner mit Office-Programmen zur Nutzung zur Verfügung. Diese bestehenden Strukturen zu nutzen und auszubauen, ist gegenüber der Schaffung völlig neuer - unbekannter, weil im Entwurf nicht genannter - Strukturen wahrscheinlich effizienter.

### **Unterstützer\*innen**

Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

## **Ä2 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 61 einfügen:**

- Ehrenamtliches Engagement fördern, indem die Stadt als Arbeitgeber ehrenamtliches Engagement von Mitarbeitenden fördert und ermöglicht. Zusätzlich kommunizieren wir der Frankfurter Wirtschaft klar die Wichtigkeit von Ehrenamt für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft und für persönliche Skills. Die Stadt setzt eine Kampagne für das Ehrenamt auf und baut die Ermäßigungen für Menschen mit Juleica aus.

### **Begründung**

Forderungen aus dem Austausch der GJ mit ehrenamtlich aktiven Menschen aus Frankfurt und aus dem Austausch mit dem Frankfurter Jugendring.

### **Ä3 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

#### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 403 einfügen:**

Junge Geflüchtete werden wir besonders schützen, und keine Abschiebungen von Kindern / Jugendlichen unter 27 Jahren sowie von Familien zulassen. Wir bauen Ankommensstrukturen aus (Beratung / Schutz), sichern den Jugendmigrationsdienst und bauen diesen weiter aus, ermöglichen jugendgerechte Sprachkurse, bauen auf und fördern Jugendprojekte sowie stellen Endgeräte zur Förderung des digitalen Lernens zur Verfügung.

Junge Geflüchtete haben gleiche Rechte auf Kinderschutz in Unterkünften. Nur ohne eine Unterbringung in Hallen und die Bereitstellung von Jugendräumen können Kinderrechte garantiert und erfolgreiche Schularbeit und Ausbildung ermöglicht werden.

#### **Unterstützer\*innen**

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## Ä4 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragsteller\*innen

Sebastian Hakan Deckwarth (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 127 bis 130:

Quartiersmanager\*in, haben, die auf besonders betroffene Menschen aktiv zugehen: auf ältere Menschen, psychisch Erkrankte, Studierende, Alleinerziehende usw..~~Einsamkeit zu bekämpfen, trägt auch zur Stärkung der sozialen Integration und Zusammengehörigkeit der gesamten Gesellschaft bei.~~

Einsamkeit zu bekämpfen, trägt zur Stärkung der sozialen Integration und des Zusammengehörigkeitsgefühls von Bürgerinnen und Bürgern bei - und verringert nebenbei einen unterschätzten Risikofaktor für politische Radikalisierung unter sich ausgegrenzt und orientierungslos fühlenden Menschen.

### Begründung

Insgesamt freue ich mich, dass dem wichtigen Thema entsprechend meiner Eingabe im Programmprozess so viel Raum - und damit Priorität - gewährt wird.

Zur Änderung: Angesichts der akuten politischen Entwicklungen v.a. nach Rechts soll die Ergänzung die Möglichkeit dezidiert herausstellen, dass Einsamkeit das Gefühl sozialer Ausgrenzung und Orientierungslosigkeit verstärkt. Dadurch können Menschen anfälliger für extremistische Ideologien werden, die einfache Antworten und Zugehörigkeit versprechen. Radikale Gruppen nutzen dies bewusst aus. Der gesamte Satz sollte durch einen Absatz vom vorherigen getrennt werden, um keine unmittelbare gedankliche Verbindung zu den vorab genannten Gruppen herzustellen.

### Unterstützer\*innen

Christine Holch (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä5 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht**

Antragsteller\*innen      AG Soziales und Gesundheit (dort  
beschlossen am: 20.10.2025)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 141 bis 142:**

- Arbeit besser vernetzen, zum Beispiel die Quartiersmanager\*innen, Nachbarschaftshelfer\*innen oder ~~Stadtbezirksvorsteher\*innen~~ Sozialbezirksvorsteher\*innen.

### **Begründung**

Richtige Funktionsbezeichnung

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä6 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht**

Antragsteller\*innen      AG Soziales und Gesundheit (dort  
beschlossen am: 20.10.2025)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 47 bis 51:**

- soll es jeweils mindestens einen offenen, gut erreichbaren und barrierefreien Ort für günstiges Mittag- oder Abendessen geben. ~~Ältere Menschen, die dort nicht alleine hingelangen, und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sollten die Möglichkeit erhalten, einen Fahrdienst zu nutzen.~~ Um das zu erreichen, sollen bereits bestehende Angebote weiterentwickelt werden, z.B. in Altenpflegeheimen die sog. Seniorenrestaurants oder Essensangebote in Familienzentren.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä7 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht**

Antragsteller\*innen      AG Soziales und Gesundheit (dort  
beschlossen am: 20.10.2025)

### **Antragstext**

**Von Zeile 283 bis 284 einfügen:**

- mehr Jugendliche, die weder zur Schule gehen, noch in Ausbildung oder Beschäftigung sind, durch geeignete aufsuchende Hilfen erreichen.

### **Begründung**

Es gibt schon aufsuchende Hilfen für die Zielgruppe. Es kann also nur um Ausbau und Passgenauigkeit gehen

### **Unterstützer\*innen**

Wendel Burkhardt (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä8 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht**

Antragsteller\*innen      AG Soziales und Gesundheit (dort  
beschlossen am: 20.10.2025)

### **Antragstext**

**Von Zeile 285 bis 286:**

- ~~für~~ die bereits bestehenden Angebote ~~werbensichern und stärker bewerben~~:  
die Gesellschaft für Jugendbeschäftigung (gjb), die Frankfurter Jugendberufshilfe,  
das

### **Begründung**

Die genannten Vereine sind erfahrene und erfolgreiche Akteure in diesem Bereich.  
Sie brauchen finanzielle Absicherung und Unterstützung bei der Bewerbung ihrer  
Angebote und Maßnahmen.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)



## **Ä9 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht**

Antragsteller\*innen      Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 5 bis 6 löschen:**

Wir wollen ein ~~buntes~~, vielfältiges Frankfurt, an dem alle Menschen selbstbestimmt teilhaben können – frei von Ausgrenzung, Diskriminierung und

### **Begründung**

Wir sind vielfältig Punkt. Bitte den Begriff "bunt" in Bezug auf Menschen aus dem Wortschatz streichen, wir sind mittlerweile sprachlich drei Schritte weiter. :)

## Ä11 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragsteller\*innen      Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 272 bis 280:

Wir wollen auch ältere Menschen, die noch arbeiten möchten, bei der Suche nach geeigneten Arbeitsplätzen unterstützen und sehen hier viel Potenzial. ~~Gleiches gilt für die in Frankfurt besonders wichtige Gruppe sind von Menschen mit Migrationshintergrund: Sie haben teilweise selbst dann, wenn sie schon lange hier leben oder sogar hier geboren und Deutsche sind, Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Noch mehr gilt das für Geflüchtete und Menschen aus anderen EU-Staaten.~~ Das gilt auch für Menschen mit Migrationsgeschichte, selbst wenn sie hier geboren wurden, Geflüchtete und Menschen aus anderen EU Staaten. Viele von ihnen haben mit Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen.

Diese vulnerablen Gruppen brauchen besonders Unterstützung und ~~Zugang~~ niedrigschwellige Zugänge zum Arbeitsmarkt von ~~Anfang~~ Beginn an. Wir wollen auch die Integration von Menschen mit Schwerbehinderung in Arbeit

### Unterstützer\*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## Ä12 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht

Antragsteller\*innen      Elke Voitl (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 365 bis 370:

- Wir werden beim Bund ein Pilotprojekt beantragen, um eine Clearingstelle und eine digitale Plattform einzuführen, auf der Nutzer\*innen sich nur einmal ~~anmelden müssen~~(an)melden müssen (Once-ONLY-Prinzip). Danach werden ~~sie auf~~ alle ihre Ansprüche automatisch geprüft. Die Nutzer\*innen können ~~dann~~in diesem Rahmen erlauben, dass diese Daten gespeichert werden, und Anträge auf Basis der frei gegebenen Daten ~~ausgefüllt werden. Die Plattform macht Leistungsansprüche auf Knopfdruck sichtbar und entlastet auch~~in die Verwaltung Wege geleitet werden.

### Unterstützer\*innen

Michael Falk (KV Frankfurt), Beatrix Baumann (KV Frankfurt)

## **Ä13 zu Soziale Gerechtigkeit: Gut ist, wenn es allen gut geht**

Antragsteller\*innen      Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 342 bis 343 einfügen:**

- Wohnungslosigkeit bedroht sind, möglichst früh helfen kann, muss die Kooperation und Kommunikation zwischen den Behörden noch besser werden.

## Ä1 zu Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationengerechtigkeit

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### Antragstext

Von Zeile 23 bis 24 einfügen:

- kulturelle und politische **sowie integrationsfördernde** Bildung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit etablieren. Die Stadt Frankfurt soll einen "Fördertopf" für das Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) einrichten, der neue migrantische Vereine mit Startgeld Unterstützung sowie der Organisationsentwicklung bietet. Dabei muss eine transparente Vergabep Praxis den Grundbaustein bilden.

### Begründung

Köln vergibt bereits erfolgreich über einen zentralen Fördertopf Stadtgelder und bietet Coaching für neue Projekte, die Nachhaltigkeit der Initiativen stärken und besitzt feste Strukturen, in denen migrantische Vereine beteiligt sind.

## Ä2 zu Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationengerechtigkeit

Antragsteller\*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### Antragstext

#### Nach Zeile 27 einfügen:

- 2 Vollzeitäquivalente an Fachpersonal je Einrichtung der OKJA. Aufbau bzw. Aufstockung gemäß den identifizierten Bedarfen aus den Lebenslage-Karten des Bündnisses gegen Kinderarmut. Zusätzliche Zuschüsse für die Einrichtungen für den Ausbau politischer Bildung, zu Umsetzung von Inklusion und für medienpädagogische Angebote

#### Nach Zeile 29 einfügen:

- junge Menschen fördern indem wir psychologische Betreuung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Erziehungshilfe und -beratung ermöglichen, die Erziehungsberatungsstellen fördern und Dolmetscher finanzieren, die Jugendhilfe an Grundschulen und Gymnasien ausbauen.
- ein kostenloses RMV-Ticket für alle Schüler\*innen und Frankfurt Pass Inhaber\*innen ermöglichen
- die Gesundheit fördern, insbesondere durch den Bau weiterer Schwimmbäder und deutlich mehr Schwimmkurse
- Jugendverbände fördern, durch Zuschüsse für den FJR um eine queere Jugend-Selbstorganisation aufzubauen, zusätzliche Mittel für die Umsetzung von Inklusion zur Verfügung stellen und zusätzliche Mittel für neu entstehende und entstandene Selbstorganisationen junger Menschen zur Verfügung stellen
- mit der Jugend gemeinsam Politik machen, indem wir ein Jugendparlament und Jugendräte einrichten, Beteiligung auch auf der Stadtteilebene erlebbar machen und junge Menschen in alle politischen Entscheidungen ihrer Stadt einbeziehen.
- das Personal des Stadtschüler\*innenrats auf drei Stellen aufstocken (GF, Pädag. Referent\*in, Sachbearbeitung)
- Armut von Kindern gezielt bekämpfen, basierend auf den Informationen der

### Lebenslage-Karte

#### **Begründung**

Durch den Austausch mit anderen Frankfurter Jugendorganisationen und dem Frankfurter Jugendring entstandene Forderungen.

#### **Unterstützer\*innen**

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä3 zu Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationengerechtigkeit**

Antragsteller\*innen      AG Soziales und Gesundheit (dort  
beschlossen am: 20.10.2025)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 25 bis 27:**

- **offene Jugendsozialarbeit sichern und ausbauen** ~~;~~ **durch** Investition in die Gebäudeunterhaltung und Modernisierung der Einrichtungen, Abbau von Barrieren und eine bedarfsgerechte Personalausstattung.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)



## **Ä4 zu Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationengerechtigkeit**

Antragsteller\*innen      AG Soziales und Gesundheit (dort  
beschlossen am: 20.10.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 29 einfügen:**

- die spezifischen Bedarfe für Mädchen und junge Frauen im Blick behalten und die Angebote für sie weiter ausbauen.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## Ä5 zu Stadt für jedes Alter: Sozialpolitik für Generationengerechtigkeit

Antragsteller\*innen

Elke Voitl (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 45 bis 49:

- ~~Wege suchen, um Familien auf Hilfe aktiv aufmerksam zu machen, z.B. nach der Geburt eines Kindes. Hier könnte die Familie automatisch von den zuständigen Ämtern kontaktiert werden und Informationen dazu erhalten, welche Hilfen ihr zusteht. Die Leistungen werden den Eltern aktiv angeboten und die Antragstellung unterstützt.~~
- Familien werden aktiv auf Hilfsangebot aufmerksam gemacht, insbesondere direkt nach der Geburt eines Kindes. Die Praxis, dass alle Familien mit Neugeborenen vom Sozialdezernat angeschrieben werden, direkte Beratungsangebote in ihrem Quartier bekommen und zu den Willkommenstagen in die Angebote der Familiennetzwerke eingeladen werden, wird beibehalten. Darüber hinaus wird das Angebot der Babyslotsen, die Familien mit besonderen Bedarfen ab dem Zeitpunkt der Geburt begleiten, ausgebaut.

### Unterstützer\*innen

Michael Falk (KV Frankfurt), Wendel Burkhardt (KV Frankfurt)

## **Ä1 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht**

Antragsteller\*innen      Kilian Vitt (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 155 bis 156:**

- mindestens eine ~~5%~~15%-Quote für Studierende und Auszubildende bei allen Neubauprojekten der ABG und Nassauischen Heimstätte durch freiwillige

### **Begründung**

Auch wenn Studis und Azubis nur 5% der Bevölkerung ausmachen, sind sie unter den Wohnungssuchenden überproportional vertreten.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä2 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht**

Antragsteller\*innen      Kilian Vitt (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 132 bis 133:**

- lokale ~~Unternehmen~~Handwerksunternehmen als Partner für Aufstockungen gewinnen und gezielt Wohnen für Beschäftigte fördern, um den allgemeinen Wohnungsmarkt zu entlasten.

### **Begründung**

konkretisiert

## **Ä3 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht**

Antragsteller\*innen      Kilian Vitt (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 116 einfügen:**

- 50.000 neue öffentliche geförderte Wohnungen in den nächsten 20 Jahren mit Mitpreisbindungen von mindestens 50 Jahren bauen.

### **Begründung**

Frankfurt verfügt aktuell über nur rund 28.000 Sozialwohnungen - in Hinblick auf die aktuelle Entwicklung muss bereits jetzt groß gedacht werden, um die weitere Verarmung der Frankfurter\*innen zu stoppen.

### **Unterstützer\*innen**

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä4 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht**

Antragsteller\*innen      Kilian Vitt (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 180 einfügen:**

- einen Frankfurt-spezifischen kommunalen Mietendeckel etablieren, indem wir die Mietensenkung bei der ABG auf Anspruchsberechtigte ohne Sozialwohnung ausweiten und eine generelle Beschränkung auch für geförderte Wohnungen durchsetzen.
- den Ankauf / die Enteignung von Wohnungsbeständen großer Wohnungskonzerne ermöglichen, welche in den letzten 15 Jahren mit außerordentlich hohen Mietsteigerungen aufgefallen sind. Die Wohnungen gehen in den Bestand der ABG über.

### **Begründung**

Die Forderungen sind das Ergebnis des Dialogs mit Bürger\*innen von Dein Wunsch für Frankfurt, bei dem der Reallohnrückgang durch Mieterhöhungen großer Aktiengesellschaften ein verbindender Punkt war.

### **Unterstützer\*innen**

David Vydra (STG 8), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä5 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht**

Antragsteller\*innen      Kilian Vitt (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 167 bis 169 einfügen:**

- Verbänden schmieden, die als Finanzierungspartner und Träger fungieren. Mit dem Azubiwerk wollen wir in den kommenden 10 Jahren mindestens 2500 bezahlbare Wohnplätze für Auszubildende schaffen. Hierfür setzen wir auf den Neubau von klimaneutralen Azubiwohnheimen. Wir achten auf einen sozialverträglichen Übergang nach abgeschlossener Ausbildung.

### **Begründung**

Laut Machbarkeitsstudie fehlen in Frankfurt mind. 1900 Wohnheim Plätze für Azubis. Die Azubis mit denen wir als Grüne Jugend geredet haben, beklagen Pendelzeiten von oft über einer Stunde. Ebenso klagen viele Kleingewerbe in der Innenstadt über fehlendes Personal und insbesondere Azubis, da diese durch die Mietpreise verdrängt wurden.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä8 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht**

Antragsteller\*innen      Philipp Magiera (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 109 bis 110:**

- außerhalb des schon bebauten Gebiets, wie dem neuen Stadtteil der Quartiere ~~vorantreiben~~, nur dann vorantreiben, wenn sie höchsten sozialen und ökologischen Stadtentwicklungsstandards entsprechen und die Versiegelung minimiert wird.

### **Begründung**

Dieser Passus widerspricht dem in A4 geforderten Nettonullprinzip, was die Versiegelung von Flächen angeht. So viel Fläche, wie bspw. im Stadtteil der Quartiere versiegelt werden wird, kann Frankfurt gar nicht parallel entsiegeln. Daher sollte mit Planungen auf bisher unbaubauten Flächen zugunsten von Wasserhaushalt und Stadtklima äußerst restriktiv umgegangen werden.

### **Unterstützer\*innen**

Christine Holch (KV Frankfurt), David Vydra (STG 8)



## Ä9 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller\*innen      Martina Feldmayer (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 181 bis 182:

- ~~uns dafür einsetzen, dass auf Landesebene die Möglichkeit erhalten bleibt, als Kommune einen Umwandlungsvorbehalt geltend zu machen.~~
- Uns auf Landesebene einsetzen, damit das Vorhaben den Genehmigungsvorbehalt abzuschaffen, den die Stadt aktuell noch zur Verhinderung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen hat, nicht umgesetzt wird. Außerdem soll es auch in Milieuschutzgebieten nach dem Willen des Landes nicht mehr möglich sein, den Genehmigungsvorbehalt zu nutzen. Dies muss verhindert werden. Auch gegen die Verkürzung der Kündigunssperfrist auf 6 Jahre setzen wir uns ein. Wir wenden uns gegen alle Versuche des Landes, die kommunalen Instrumente zur Mietenbegrenzung und gegen Verdrängung zu beschneiden. Das Vorhaben der Landesregierung, die Mietpreisbremse nur um ein Jahr zu verlängern ist ebenso zu verhindern.

### Begründung

Die Landesregierung lässt die Mieter\*innen im Stich und nimmt der Stadt Frankfurt die wesentlichen Instrumente zum Schutz der Mieter\*innen gegen exorbitante Mieten und Verdrängung aus der Hand. Dies wollen wir nicht zulassen.

### Unterstützer\*innen

Michael Falk (KV Frankfurt)

## Ä10 - Abstimmung zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 93 bis 96:

- ~~den Baulandbeschluss konsequent anwenden. Den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, wie der ABG und der Nassauischen Heimstätte kommt dabei eine besondere wohnungspolitische Rolle zu, die sie auch erfüllen sollen.~~
- den Frankfurter Baulandbeschluss mit seinen verbindlichen Quoten konsequent bei allen neuen Bebauungsplänen anwenden, zu gegebener Zeit evaluieren und weiterentwickeln. Unser Ziel ist ein „Frankfurter Baukasten“ für bezahlbares Wohnen und gute Stadtentwicklung nach dem Vorbild München. Sofern sich die Situation der Wohnungsbaubranche entspannt, soll es für öffentliche und private Projektentwickler\*innen verbindliche Quoten von 50% für den sozialen Wohnungsbau (35 % für den 1. und 15% für den 2. Förderweg), 15 % für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte nach Konzeptverfahren, 5 % für u.a. Studierende, Auszubildende, weitere Personen mit dringendem Wohnungsbedarf sowie 10 % für freifinanzierten Mietwohnungsbau geben.

### Begründung

Der Baulandbeschluss ist ein wichtiges Mittel, um für eine soziale Durchmischung in neuen Baugebieten zu sorgen. Die Anhebung der Quote auf 50% entspricht dem Bedarf. 49% aller Miethaushalte haben den Anspruch auf eine Sozialwohnung und weitere 18% auf eine geförderte Wohnung nach dem zweiten Förderweg. Die Erhöhung stand schon im Koa-Vertrag der Wahlperiode 2021-16. Wegen der steigenden Baukosten und Zinsen wurde diese aber aufgeschoben. Wir sollten daran festhalten.

## Ä10 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### Antragstext

#### Von Zeile 7 bis 9 einfügen:

Grüne Politik steht für gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik. Wir setzen uns für mehr sozialen Wohnungsbau ein. Frankfurt braucht wieder mehr Sozialwohnungen und weitere bezahlbare Wohnungen, sowohl im Bestand als auch im Neubau. Jede\*r, der in Frankfurt arbeitet und lebt, und nach den Einkommensgrenzen Anspruch auf eine Sozialwohnung hätte, soll eine leistbare Wohnung in Frankfurt finden können.

#### Von Zeile 30 bis 31 einfügen:

- selbstverständliche und attraktive Option für alle sein, die sich nach echter Nachbarschaft und gemeinsamer Verantwortung sehnen. Wir fördern gemeinschaftliche Wohnungen verschiedenster Art und für unterschiedliche Zielgruppen im Miet- und Genossenschaftswohnungsbau, sowie durch die GIMA.

#### Nach Zeile 44 einfügen:

- die städtischen Fördermittel für bezahlbares Wohnen und Sozialwohnungen deutlich erhöhen.

#### Von Zeile 93 bis 96:

- ~~den Baulandbeschluss konsequent anwenden. Den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, wie der ABG und der Nassauischen Heimstätte kommt dabei eine besondere wohnungspolitische Rolle zu, die sie auch erfüllen~~

~~sollen.~~

- den Frankfurter Baulandbeschluss mit seinen verbindlichen Quoten konsequent bei allen neuen Bebauungsplänen anwenden, zu gegebener Zeit evaluieren und weiterentwickeln. Unser Ziel ist ein „Frankfurter Baukasten“ für bezahlbares Wohnen und gute Stadtentwicklung nach dem Vorbild München. Sofern sich die Situation der Wohnungsbaubranche entspannt, soll es für öffentliche und private Projektentwickler\*innen verbindliche Quoten von 50% für den sozialen Wohnungsbau (35 % für den 1. und 15% für den 2. Förderweg), 15 % für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte nach Konzeptverfahren, 5 % für u.a. Studierende, Auszubildende, weitere Personen mit dringendem Wohnungsbedarf sowie 10 % für freifinanzierten Mietwohnungsbau geben.
- ein „Frankfurter Bündnis für Wohnen“ gründen. Alle größeren Akteure auf dem Wohnungsmarkt (Bau und Vermietung) sollen sich gemeinsam freiwillig verpflichten, Wohnungen zu bauen, Anteile an Wohnungen entsprechend des Baulandbeschlusses für geförderte Wohnungen, studentisches Wohnen, Wohnen für Azubis und gemeinschaftliches Wohnen zur Verfügung stellen und Sozialwohnungen dauerhaft als solche vermieten. Dies gilt ab der Realisierung von 30 Wohnungen, auch wenn hierfür kein neues Planungsrecht geschaffen werden muss.
- den Frankfurt-Standard für bezahlbares Wohnen etablieren: im Wohnungsneubau entwickeln wir einen „Frankfurt-Standard“ zur Kostenreduzierung, der die Baukosten deutlich senkt und Miethöhen festsetzt. Der Vorschlag wird im Vorfeld durch ein breit aufgestelltes Gremium entwickelt, indem die Interessen aller relevanten Stakeholder einbezogen werden.

Von Zeile 111 bis 112 löschen:

- Wohnungstausch für lebensphasen-gerechtes Wohnen im heimischen Stadtteil anregen und koordinieren.

Nach Zeile 180 einfügen:

- uns für eine Einstufung von Wuchermieten als Officialdelikt einsetzen, das von Amts wegen verfolgt werden kann.

**Begründung**

Der Erhalt und die Ausweitung des bezahlbaren Wohnens wollen wir durch genannte Strategien erreichen. Selbst wenn der Baulandbeschluss nicht greift, brauchen wir verbindliche Quoten. Das soll durch ein Frankfurter Bündnis für Wohnen erreicht werden. Hamburg hat es schon vorgemacht. Frankfurt ist bereits Vorreiterin beim Kampf gegen Wuchermieten (§5 Wirtschaftsstrafgesetz). Hier brauchen wir endlich eine Ausweitung der rechtlichen Regelung von Bundesebene. Mit dem Frankfurt-Standard schaffen wir einheitliche Regelung für günstiges Bauen ohne, dass wichtige Anforderungen, wie z.B. für die Barrierefreiheit und Klimaschutz, vernachlässigt werden. Gemeinschaftliches und Genossenschaftliches Wohnen ist eine wichtige Säule für bezahlbaren Wohnraum. Ein anderer sind genügend verfügbare Sozialwohnungen. Dafür müssen ausreichend Fördermittel bereit gestellt werden.

## **Ä11 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht**

Antragsteller\*innen      Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 44 einfügen:**

- jede freiwerdende freifinanzierte Wohnung der ABG übernehmen wir in die Mietpreisbindung. Belegungsrechte kaufen wir an und verlängern diese rechtzeitig.

**Von Zeile 183 bis 184 einfügen:**

- auf Bundesebene die Möglichkeit längerfristiger, dauerhafter (mind. 50 Jahre) und nicht vorzeitig ablösbarer Sozialbindungen einfordern.

### **Begründung**

Auslaufende Bindung sind ein Problem für den sozialen Wohnungsbau. Die Vereinbarung mit der ABG freiwerdende, freifinanzierte Wohnungen der ABG in die Mietpreisbindung zu übernehmen, gilt nur für jede Vierte. In den letzten 3,5 Jahren konnten dadurch 1800 Wohnungen gesichert werden. Dies kann jedoch ausgebaut werden.

### **Unterstützer\*innen**

Brigitte Abraham (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## Ä12 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller\*innen      Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 60 bis 61 einfügen:

- Wohnungsbaugesellschaft ABG und der Nassauischen Heimstätte bei Mieterhöhungen (durchschnittlich 1% p.a.) erneut verlängern und eine Beschränkung der Modernisierungsumlage einfügen.
- Die ABG nach den Prinzipien der Gemeinnützigkeit ausrichten. Sofern die Bundesregierung die Neue Wohngemeinnützigkeit durch Investitionskostenzuschüsse attraktiv macht, werden wir dafür sorgen, dass die ABG diese in Anspruch nimmt.

#### Von Zeile 187 bis 188 einfügen:

- Stadtverordnetenversammlung einsetzt. Bei wohnungspolitischen Maßnahmen soll er gehört werden. Zudem wird zur Demokratisierung der ABG ein gesonderter Mieter\*innenbeirat eingesetzt, der sich gegenüber Geschäftsführung und Aufsichtsrat positioniert.

### Begründung

Die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, insbesondere die städtische ABG, haben eine besondere Verantwortung. Die Chancen der Neuen Wohngemeinnützigkeit sollte die ABG nutzen. Zukünftig sollte der Mietenstopp auch eine Modernisierungskomponente beinhalten, der Bestandssanierungen sozial verträglich gestaltet. Auf einem angespannten Markt wie Frankfurt ist die Einrichtung eines Mieter\*innenbeirats eine Möglichkeit um die Mieter\*innen an der Gestaltung ihres Wohnraums teilhaben zu lassen und für Akzeptanz sowie für erschwingliche Mieten zu sorgen.

**Unterstützer\*innen**

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)



## **Ä13 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht**

Antragsteller\*innen      Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 74 einfügen:**

- bei der ABG und der NH die bei der Wohnungsbewerbung anzugebenen Daten auf das notwendige Minimum reduzieren.

### **Begründung**

Vermeidung von Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe.

### **Unterstützer\*innen**

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## Ä14 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller\*innen      Christine Holch (KV Frankfurt)

### Antragstext

In Zeile 105 einfügen:

- Büros in Wohnungen umwandeln und große Parkplätze doppelnutzend überbauen.

### Begründung

*Die Doppelnutzung von Parkflächen vermeidet weitere Versiegelung. In München wurde z.B. der Parkplatz beim Dantebad mit 100 Wohnungen überbaut (Stelzenbauweise), die Stadt hat weitere städtische Parkflächen freigegeben zur Überbauung, die städtische Wohnungsbaugesellschaft ist mit Discountern im Gespräch*

## Ä15 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller\*innen      Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 152 bis 154 einfügen:

- das „Frankfurter Programm zur Wohnraumförderung“ als Basis für mehr bezahlbaren Wohnraum konsequent anwenden und dafür die Fördermittel aufstocken, um bedarfsdeckend preisgünstige Wohnheimplätze zu schaffen.

Von Zeile 158 bis 160 einfügen:

- eine 5%-Quote im aktualisierten Baulandbeschluss für neu entwickelte Baugebiete oder bereitgestellte Flächen verankern, auf denen das Studierendenwerk bauen kann und Azubi-Wohnheime errichtet werden können.

Von Zeile 164 bis 169:

- auch für Auszubildende den Wohnungsbau deutlich verstärken und die Gründung eines Frankfurter Azubiwerks nach Münchner Vorbild vorantreiben. Hierzu werden wir strategische Partnerschaften mit Unternehmen, Kammern, dem DGB und Verbänden schmieden, die als Finanzierungspartner und Träger fungieren. Mit dem Azubiwerk wollen wir ~~in den kommenden 10 Jahren~~ die mindestens 500-bezahlbare 1.900 notwendigen, bezahlbaren Wohnplätze für Auszubildende schaffen.
- Studierenden- und Azubiwohnheime im Passivhausstandard oder gemäß unseren Klimaneutralitätszielen errichten.

### Begründung

Bezahlbarer Wohnraum für junge Menschen in Ausbildung wird dringend gebraucht.

Während es für Studierende schon Wohnheime gibt, sind diese für Azubis bisher noch nicht realisiert worden. Eine Machbarkeitsstudie hat einen Bedarf von mind. 1.900 Wohnheimplätzen ergeben. Dem wollen wir gerecht werden. Die Gründung des Azubi-Werks ist dafür ein wichtiger Schritt. Diese Neubauten müssen selbstverständlich den Klimaneutralitätszielen der Stadt entsprechen und bestenfalls im Passivhausstandard errichtet werden. Eine Verankerung einer 5% Quote im Baulandbeschluss würde ebenso helfen, wie die Bereitstellung von ausreichend Fördermitteln.

### **Unterstützer\*innen**

Christine Holch (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä16 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht**

Antragsteller\*innen      Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 112 einfügen:**

- minderjähriges und generationsübergreifendes Wohnen in den Fokus nehmen

#### **Von Zeile 132 bis 133 einfügen:**

- **lokale Unternehmen als Partner gewinnen** und gezielt Wohnen für Beschäftigte fördern, um den allgemeinen Wohnungsmarkt zu entlasten. Wir befürworten die Gründung von Werkwohnungsgenossenschaften.

### **Begründung**

Werkwohnungsgenossenschaften sorgen für langfristigen bezahlbaren Wohnraum und sorgen für demokratische Mitbestimmung. Minderjähriges, sog. U18-Wohnen, läuft oft unter dem Radar. Dies betrifft junge Menschen, die früh aus dem eigenen Elternhaus ausziehen, z.B. um eine Ausbildung zu beginnen.

Generationsübergreifendes Wohnen reduziert laufende Kosten einer Betreuungsperson. Gegenseitige Unterstützung kann angeboten werden und der vorhandene Wohnraum wird effizient ausgenutzt.

### **Unterstützer\*innen**

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä17 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht**

Antragsteller\*innen      Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 129 einfügen:**

- eine Untergesellschaft bei der ABG für gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen gründen.
- die Abgabe/Verkauf von Grundstücken öffentl. Wohnungsbauunternehmen an gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte anregen, wenn solche für diese nicht rentabel sind, aber auf denen genossenschaftliche und gemeinschaftliche Wohngruppen bauen könnten.

### **Begründung**

Bisher gab es Probleme bei der Entwicklung von Projekten für Gemeinschaftliches und Genossenschaftliches auf ABG-Grundstücken. Wirtschaftlichkeit für Wohnungsunternehmen beginnt oft ab 50 Wohneinheiten. Durch das zur Verfügung stellen von Flächen werden G+G-Projekte gestärkt.

### **Unterstützer\*innen**

Christine Holch (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## Ä18 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht

Antragsteller\*innen

Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 191 bis 195:

- ~~das „Faire-Mieten-Gesetz“ der Grünen Bundestagsfraktion~~uns auf Bundesebene für ein echtes soziales Mietrecht unterstützen einsetzen. Für den Schutz von Mieter\*innen ist es dringend notwendig, die Mietpreisbremse zu erhalten, Ausnahmen für neue und möblierte Wohnungen abzubauen und die Möglichkeit zur Mieterhöhung bei bestehenden Mietverträgen einzuschränken.Außerdem sollten das kommunale Vorkaufsrecht wieder angewandt werden können, Bodenwertsteigerungen abgeschöpft und der Betrachtungszeitraum des Mietspiegels verlängert sowie unveränderte, preisstabile Mietverträge in Bestandsimmobilien miteinbezogen werden.

### Begründung

Was im Faire-Mieten-Gesetz drin steht, ist nicht bekannt. D.h. niedrigschwellig nicht verständlich, was wir uns von Bundesebene wünschen. Für die Anwendung des kommunalen Vorkaufsrecht fehlt derzeit die Rechtsgrundlage. Die Wiedereinführung wird von zahlreichen Kommunen, so auch Frankfurt, gefordert, da dies ein hilfreiches Instrument gegen Gentrifizierung war.

Bodenwertsteigerungen resultieren aus der wirtschaftlichen Lageattraktivität, sollten damit aber auch der Gemeinschaft wieder zugutekommen, die diese erwirtschaftet hat.

Der Mietspiegel (sog. ortsübliche Vergleichsmiete) ist nach derzeitiger Ausgestaltung, es zählen die Neu- und Wiedervermietungen der letzten sechs Jahre, ein „Mieterhöhungsspiegel“ und führt zu immer höheren Mieten, da Bestandsverträge, die sich über Jahre nicht verändert haben und wo Mieten niedrig geblieben sind, nicht einberechnet werden.

### Unterstützer\*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)



## **Ä19 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 95 bis 96 einfügen:**

- kommt dabei eine besondere wohnungspolitische Rolle zu, die sie auch erfüllen sollen. Bei der Fortschreibung des Baulandbeschlusses sollen folgende Quoten gelten: 60 % für den sozialen Wohnungsbau (40% für den ersten und 20% für den zweiten Förderweg), 15 % für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte nach Konzeptverfahren, 5 % für Studierende, Azubis und weitere Personen mit dringendem Wohnungsbedarf (z.B. Geflüchtete, Frauen aus Frauenhäusern und Obdach-/Wohnungslose) und 15% für den frei finanzierten Mietwohnungsbau.

### **Begründung**

Änderung parallel zum Kapitel 6 (Zeile 213-216). Daher gleichlautende Begründung: Unsere Forderung im letzten Kommunalwahlprogramm. Im Koa-Vertrag wurden daraus 50%. Aufgrund der ansteigenden Baukosten und der Baukrise allerdings nicht umgesetzt. Mittlerweile gibt es nur noch ca. 28.000 Sozialwohnungen in Frankfurt und der Bedarf weiter ungebrochen hoch. Von den Frankfurter Miethaushalten haben 49% Anspruch auf eine sozial geförderte Wohnung nach dem ersten Förderweg und weitere 18% über den 2. Förderweg.

### **Unterstützer\*innen**

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä20 zu Wohnen für alle: Bezahlbar und gerecht**

Antragsteller\*innen      Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 74 einfügen:**

- die Vergabekriterien für Sozialwohnungen durch städtische Wohnungsbaugesellschaften evaluieren und anpassen, damit besonders vulnerable Gruppen stärker berücksichtigt werden.

### **Unterstützer\*innen**

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä1 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### **Antragstext**

**Von Zeile 133 bis 134:**

- ~~die sehr hohen Investitionsmittel~~ ein Sondervermögen über 2,5 Mrd Euro für den Schulbau und die Schulsanierungen schnell und effizient nutzen. Dazu brauchen wir eine

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä2 zu Bildungsinitiative: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### **Antragstext**

**Von Zeile 185 bis 186 einfügen:**

- dafür Sorge tragen, dass Demokratiebildung fester Bestandteil von Unterricht und Schulalltag wird. Im Zuge dessen wollen wir das Modell Schüler\*innenhaushalt einführen, bei dem sich Schulen für ein begrenztes Budget bewerben können, über dessen Verwendung die Schüler\*innen demokratisch entscheiden; organisiert und begleitet von einem zuständigen Dezernat der Stadt.

### **Ä3 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

#### **Antragstext**

**In Zeile 193 einfügen:**

- Erzieher\*innen und Lehrer\*innen Fortbildungen zu Demokratiebildung, Rechtsextremismus, politische Neutralität und Beutelsbacher Konsens anbieten.

## **Ä4 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 100 einfügen:**

- die personellen Voraussetzungen für den Ganzttag schaffen, indem wir die pädagogische Betreuung analog der Horte gestalten.
- Angebote von Jugendverbänden und der OKJA in Ganzttagsschulen fördern

**Von Zeile 189 bis 190 einfügen:**

- finanziell und ideell fördern werden. Öffentliche Gremien wie die Ortsbeiräte sollten regelmäßig in verschiedenen Schulen tagen. Kinder und Jugendliche sollen generell an allen Entscheidungen beteiligt werden, die die Schule betreffen.

### **Begründung**

Forderungen entstanden aus dem Austausch der Grünen Jugend Frankfurt mit Jugendverbänden, Kindern und Jugendlichen.

## Ä5 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller\*innen      Christine Rückert (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 197 bis 206:

\*  
—

### ~~Rückenwind für digitale Bildung an Schulen~~

#### Kritisch und kreativ mit mehr Medienkompetenz

~~Wir wollen Frankfurt zur Vorreiterin bei der digitalen Bildung machen. Mit den erforderlichen Geräten sind viele Schulen bereits ausgestattet. Nun gilt es, deren sinnvollen Einsatz zu festigen. Es mangelt aber an praktikablen Regeln, an der Administration durch Fachpersonal und einer an den Unterrichtsinhalten orientierten Fortbildung des Lehrkörpers.~~

Mediale Kommunikation wird in unserer Gesellschaft immer wichtiger und ist im Alltag allgegenwärtig. Der digitale Raum ist neben (eingefügt) dem analogen Raum längst zu einer Realität verwoben. Das macht Medienbildung immer bedeutender. Sie ist unabdingbar für die gesellschaftliche Teilhabe sowie die individuelle Selbstverwirklichung, umfasst sämtliche Medien und betrifft alle Altersgruppen.

~~Wir Grüne wollen digitale Bildung sozial und ökologisch nachhaltig voranbringen. Dabei begreifen wir die Digitalisierung an Bildungseinrichtungen auch als wertvolle Möglichkeit, Inklusion und Teilhabe für alle zu fördern.~~

Medienbildung trägt dazu bei, dass Menschen Medien lesen und verstehen, sie kritisch hinterfragen und Desinformationen erkennen können. Darüber hinaus vermittelt Medienbildung viele Fähigkeiten, um Medien selbst einzusetzen – von Bildgestaltung bis Filmproduktion. Das bewegte Bild (statt Bewegtbild) wird immer wichtiger. Der eigene kreative Einsatz trägt auch zum besseren Verständnis bei. Schließlich gehört zur Medienkompetenz auch die Kenntnis der Bandbreite und Eignung von Medien. Medienbildung fördert grundsätzlich eine kritische Haltung und schützt im Effekt Gesellschaft und Demokratie vor Manipulation und Deep Fakes. Eine wichtige Zielgruppe von Medienbildung sind Eltern und Lehrkräfte, die Medien beurteilen können müssen und

auch mit Bewusstsein als Mittel der Vermittlung einsetzen.

**Von Zeile 208 bis 211:**

- ~~die digitale Ausstattung und deren Einsatz im Unterricht vorantreiben~~ und Frankfurt zur Vorreiterin bei der digitalen Bildung machen. Dafür statten wir alle Schulen und Lernräume mit digitalen Lernmitteln aus und fördern digitale Kompetenzen ab der Grundschule.
- die Zusammenarbeit von Schulen mit dem Medienzentrum Frankfurt weiter ausbauen und fördern.
- problembasiertes Lernen und den Einsatz von Medien als Kollaborationstools fördern.
- die Medienkompetenz zum kritischen Umgang mit Deep Fakes, Chatbots und KI intensiv fördern.
- die Bild- und Filmkompetenz gezielt fördern, um sowohl Desinformationen besser zu erkennen, als auch um Medien selbst nutzen zu lernen. Dazu fördern wir die Vernetzung der Frankfurter Kultur- und Bildungseinrichtungen.
- die vorbildliche Arbeit des AK Medien weiter unterstützen. Der Arbeitskreis widmet sich vor allem der Medienbildung von Kindern und Jugendlichen.

\*\*

---

- uns dafür einsetzen, das Angebot an Medienbildung für Lehrkräfte und Eltern zu verbessern.
- uns dafür einsetzen, dass es ein besseres Medienbildungsangebot für alle Bürger gibt. Dazu wollen wir die Akteur\*innen im Bereich Medienbildung und Erwachsenenbildung an einen Tisch holen und eine Initiative nach dem Vorbild des AK Medien schaffen.

Rückenwind für digitale Bildung an Schulen

Wir wollen Frankfurt zur Vorreiterin bei der digitalen Bildung machen. Mit den erforderlichen Geräten sind viele Schulen bereits ausgestattet. Nun gilt es, deren sinnvollen Einsatz zu festigen. Es mangelt aber bisher an praktikablen Regeln, an der Administration durch Fachpersonal und einer an den Unterrichtsinhalten orientierten Fortbildung des Lehrkräften.

Wir Grüne wollen digitale Bildung sozial und ökologisch nachhaltig voranbringen. Dabei begreifen wir die Digitalisierung der Bildungseinrichtungen auch als wertvolle Möglichkeit, Inklusion und Teilhabe für alle zu fördern.

Wir werden...

- die digitale Ausstattung und deren Einsatz im Unterricht weiterhin



vorantreiben und Frankfurt zur Vorreiterin bei der digitalen Bildung machen. Dafür  
statten wir alle Schulen und Lernräume bedarfsgerecht mit digitalen Lernmitteln  
aus, sorgen für Support und Pflege und fördern digitale Kompetenzen ab der  
Grundschule.

**Von Zeile 223 bis 225 einfügen:**

- **Lehrkräfte optimal auf den digitalen Unterricht vorbereiten.** Deshalb intensivieren wir die Kooperation mit Universitäten, Hochschulen und der Bildungsforschung. Wir setzen uns für mehr Medienkompetenz, vielfältige

**Von Zeile 228 bis 234:**

- ~~eine städtische Plattform für Schulen und Lehrkräfte einrichten, auf der alle wichtigen Informationen für die pädagogische Praxis gebündelt zu finden sind: von Formularen, einer Übersicht aller Fristen (beispielsweise zur Meldung von pädagogischem Förderbedarf) sowie beispielhafte Abläufe und Vorgehensweisen (z.B. beim Übergang von Jahrgangsstufe 4 zu 5) oder Budget-Übersichten und ihre Verwendungszwecke. Dazu gehören auch alle relevanten Informationen des Hessischen Kultusministeriums.~~
- hier ist ein Abschnitt gelöscht, uns war die Notwendigkeit einer Plattform auf Frankfurter Ebene nicht klar, es gibt das "Schulportal Hessen"

**Von Zeile 384 bis 419 löschen:**

## ~~Kritisch und kreativ mit mehr Medienkompetenz~~

~~Mediale Kommunikation wird in unserer Gesellschaft immer wichtiger und ist im Alltag allgegenwärtig. Der digitale Raum ist mit dem analogen Raum längst zu einer Realität verwoben. Das macht Medienbildung immer bedeutender. Sie ist unabdingbar für die gesellschaftliche Teilhabe sowie die individuelle Selbstverwirklichung, umfasst sämtliche Medien und betrifft alle Altersgruppen.~~

~~Medienbildung trägt dazu bei, dass Menschen Medien lesen und verstehen, sie kritisch hinterfragen und Desinformationen erkennen können. Darüber hinaus vermittelt Medienbildung viele Fähigkeiten, um Medien selbst einzusetzen — von Bildgestaltung bis~~

Filmproduktion. Bewegtbild wird immer wichtiger. Der eigene kreative Einsatz trägt auch zum besseren Verständnis bei. Schließlich gehört zur Medienkompetenz auch die Kenntnis der Bandbreite und Eignung von Medien. Medienbildung fördert grundsätzlich eine kritische Haltung und schützt im Effekt Gesellschaft und Demokratie vor Manipulation und Deep Fakes. Eine wichtige Zielgruppe von Medienbildung sind Eltern und Lehrkräfte, die Medien beurteilen können müssen und auch mit Bewusstsein als Mittel der Vermittlung einsetzen.

Wir werden...

- **die Zusammenarbeit von Schulen mit dem Medienzentrum Frankfurt weiter ausbauen und fördern.**
- **problembasiertes Lernen und den Einsatz von Medien als Kollaborationstools fördern.**
- **die Medienkompetenz zum kritischen Umgang mit Deep Fakes, Chatbots und KI intensiv fördern.**
- **die Bild- und Filmkompetenz gezielt fördern**, um sowohl Desinformationen besser zu erkennen, als auch um Medien selbst nutzen zu lernen. Dazu fördern wir die Vernetzung der Frankfurter Kultur- und Bildungseinrichtungen.
- **die vorbildliche Arbeit des AK Medien weiter unterstützen.** Der Arbeitskreis widmet sich vor allem der Medienbildung von Kindern und Jugendlichen.
- **uns dafür einsetzen, dass es ein besseres Medienbildungsangebot für Erwachsene gibt.** Dazu wollen wir die Akteur\*innen im Bereich Medienbildung und Erwachsenenbildung an einen Tisch holen und eine Initiative nach dem Vorbild des AK Medien schaffen.
- **uns dafür einsetzen, das Angebot an Medienbildung für Lehrkräfte und Eltern zu verbessern.**

## Begründung

\* wir schlagen vor, den Abschnitt "Kritisch und kreativ..." vor "Rückenwind... (Digitales)" zu ziehen.

Damit stellen wir das Allgemeine: "kritische und kreative Medienkompetenz.." vor das Spezielle: "Digitale Bildung"

bitte verzeiht, dass sich durch das Verschieben der Abschnitte die Schriftgröße verändert hat. Hab ich nicht weggeklippt

\*\* wir schlagen den Tausch der beiden letzten Aspekte vor( erst Schule, Lehrkräfte, Eltern...), dann Erweiterung zum Thema lebenslanges Lernen.

Übrigens: tausend Dank für Eure Mühe!!

**Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## **Ä6 zu Bildungsinitiative: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Antragsteller\*innen      Valeska Simon (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 200 bis 206:**

erforderlichen Geräten sind viele Schulen bereits ausgestattet. Nun gilt es, deren sinnvollen Einsatz zu festigen. Es mangelt bisher aber an praktikablen Regeln, an der Administration durch Fachpersonal und einer an den Unterrichtsinhalten orientierten Fortbildung ~~des Lehrkörpers~~ der Lehrkräfte.

Wir Grüne wollen digitale Bildung sozial und ökologisch nachhaltig voranbringen. Dabei begreifen wir die Digitalisierung ~~an~~ der Bildungseinrichtungen auch als wertvolle Möglichkeit, Inklusion und Teilhabe für alle zu fördern.

#### **Von Zeile 223 bis 225 einfügen:**

- **Lehrkräfte optimal auf den digitalen Unterricht vorbereiten.** Deshalb intensivieren wir die Kooperation mit Universitäten, Hochschulen und der Bildungsforschung. Wir setzen uns für mehr Medienkompetenz, vielfältige

### **Begründung**

rein redaktionelle Änderungen vornehmen. Keine Passagen streichen oder umstellen.

## **Ä7 zu Bildungsinitiative: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Antragsteller\*innen

Johannes Lauterwald (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 338 einfügen:**

- bei der Entwicklung des Campus für berufliche Bildung in Rödelheim auf eine Einbindung in das Quartier und die schwerpunktmäßige Erschließung mit dem Umweltverbund achten, sodass das strapazierte Verkehrsnetz in diesem Bereich nicht weiter belastet wird.

### **Begründung**

Der berufliche Campus in Rödelheim, der zusammen mit der Handwerkskammer auf dem ehem. Flint-Areal entstehen soll, ist wichtig für die Ausbildung weiterer Fachkräfte, u.a. im Bereich der Umwelttechnik. Laut dem Bericht des Magistrats B84/24 möchte die Philipp-Holzmann-Schule ihr Profil im Bereich Ökologie weiter stärken und die Schulform "Berufliches Gymnasium" um den Schwerpunkt Umwelttechnik erweitern. Zu berücksichtigen ist allerdings die angespannte verkehrliche Situation, gerade auf der Westerbachstraße. Zudem sollte der Campus in den Stadtteil geöffnet werden, sodass auch das soziale Umfeld davon profitieren kann.

### **Unterstützer\*innen**

Miriam Dahlke (KV Frankfurt)

## Ä8 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller\*innen

Wendel Burkhardt (AG Bildung FFM)

### Antragstext

Von Zeile 56 bis 59:

- für bessere Arbeitsbedingungen, sowohl der Erzieher\*innen als auch der Einrichtungsleitungen, sorgen. Sozialassistent\*innen Wir werden dafür sorgen, dass Sozialassistent\*innen, Auszubildende und Praktikant\*innen dürfen beim städtischen Träger " KiTa Frankfurt" nicht auf den Betreuungsschlüssel angerechnet werden. Zusätzliche Kräfte u.a. für Hausmeister- und

### Begründung

Dies dient der Präzisierung. Die Personalschlüssel kann die Stadt nur bei Ihren eigenen Einrichtungen, nicht aber den freien Trägern festlegen. Wir hoffen natürlich, dass diese dann nachziehen. Ob Azubis usw. aber angerechnet werden, wird über das Landesgesetz KiFÖG geregelt. Das bedeutet, dass es eine freiwillige, politische (begrüßenswerte) Entscheidung der Stadt ist.

## Ä9 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller\*innen

Wendel Burkhardt (AG Bildung FFM)

### Antragstext

#### Von Zeile 77 bis 80:

- des Kindes auf Bildung stärker berücksichtigt wird. Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung und dieses Recht beginnt in der Kita. ~~Bei der Platzvergabe sollen in Zukunft deshalb insbesondere Familien bedacht werden, die einen Kitaplatz sehr dringend benötigen.~~ Wir wollen die Platzvergabekriterien entsprechend evaluieren und ggf. überarbeiten.

### Begründung

Wir wollen deutlich machen, dass die Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz haben nicht nur die Familien. Auch in Frankfurt werden nach wie vor Kinder benachteiligt bei der Platzvergabe. Das Vergabesystem soll gerade evaluiert werden, was wir politisch unterstützen sollten.

## **Ä10 zu Bildungsinitiative: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Antragsteller\*innen

Wendel Burkhardt (AG Bildung FFM)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 64 bis 65 einfügen:**

- Kita-Plätzen einsetzen. Benachteiligte Familien sollen leichter Zugang zu Kita-Plätzen erhalten. Das digitale Anmeldeportal "Kinder- Net" soll barrierefreier und mehrsprachig gestaltet werden.

### **Begründung**

Das Anmeldeportal wird zum wiederholten Mal überarbeitet und funktioniert bisher nicht besonders. Schon lange ist eine mehrsprachige Variante versprochen, die es noch nicht gibt. Dies wäre ein praktisches Beispiel für das Vorhaben einer vereinfachten Anmeldung.

### **Unterstützer\*innen**

Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)



## **Ä11 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Antragsteller\*innen      AG Bildung (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### **Antragstext**

**In Zeile 71:**

- die Öffnungszeiten von Kitas ~~flexibilisieren~~ perspektivisch flexibilisieren und eine Öffnungszeit von 7.00-17.00Uhr als Regelöffnungszeit erreichen.

### **Begründung**

Viele Kitas können derzeit keine Öffnungszeit bis 7.00Uhr bis 17.00 anbieten.  
(Personelle Gründe) Es ist nichtt realistisch zum derzeitigen Zeitpunkt flexible ,  
längere Öffnungszeiten flächendeckend anzubieten. Perspektivisch ist dies aber  
sinnvoll. Eine verlässliche Öffnungszeit von 7.00Uhr- 17.00 wäre ein wichtiger erster  
Schritt.

## **Ä12 zu Bildungsinitiative: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Antragsteller\*innen      AG Bildung (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 104 bis 105 einfügen:**

- Der zügige Ausbau der notwendigen Infrastruktur und Kooperationen mit Vereinen vor Ort tragen dazu bei. Wir werden die gut funktionierenden Hortstrukturen in Ganztagschulen integrieren und Schulen und Horte dabei unterstützen, ein gemeinsames päd. Konzept zu erarbeiten. Damit wollen wir dem einsetzenden Auflösen guter Horteinrichtungen entgegenwirken.

### **Begründung**

Viele gute Horte, deren päd. Konzept von Eltern durchaus geschätzt wird, sind in letzter Zeit deswegen aufgelöst worden, weil sie andererseits in ihrer Struktur teurer sind als das Ganztagsangebot an Schulen. Qualität geht dabei auch verloren. Wir wollen damit die päd. richtige Ganztagschule ausbauen. Beide Systeme parallel laufen zu lassen wird auf Dauer nicht funktionieren. Dieser Vorschlag wird auch vom Ganztagsschulverband gemacht und könnte ein Alleinstellungsmerkmal grüner Bildungspolitik sein.

## Ä14 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller\*innen      Valeska Simon (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 228 bis 234:

- ~~eine städtische Plattform für Schulen und Lehrkräfte einrichten~~, auf der alle wichtigen Informationen für die pädagogische Praxis gebündelt zu finden sind: von Formularen, einer Übersicht aller Fristen (beispielsweise zur Meldung von pädagogischem Förderbedarf) sowie beispielhafte Abläufe und Vorgehensweisen (z.B. beim Übergang von Jahrgangsstufe 4 zu 5) oder Budget-Übersichten und ihre Verwendungszwecke. Dazu gehören auch alle relevanten Informationen des Hessischen Kultusministeriums.
- Absatz löschen. Wir folgen dem Vorschlag von Daniel Brenner.

### Begründung

*Zeile 228-234: hier ist ein Abschnitt gelöscht, uns war die Notwendigkeit einer Plattform auf Frankfurter Ebene nicht klar, es gibt das "Schulportal Hessen". Nach Klärung und Rücksprache folgen wir (Antragstellerinnen Dana Kube und Valeska Simon) dem ursprünglichen Änderungsantrag in dem Abschnitt.*

## Ä15 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller\*innen      AG Bildung (dort beschlossen am:  
20.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 322 bis 323:

- ein Investitionsprogramm ~~zur Unterstützung der kommunalen Schulträger für die Modernisierung von beruflichen Schulen auf den Weg bringen~~ für die Modernisierung von beruflichen Schulen auf den Weg bringen. Sie können damit beispielsweise innovative technische Geräte anschaffen, oder die Voraussetzung einer inklusiven Beschulung schaffen

### Begründung

Damit wird deutlicher was gemeint ist. Berufliche Schulen brauchen dringend mehr Ausstattung für technische Geräte oder die Umsetzung inklusiver Beschulung. Die Verwendung Schulträger ist für Laien schwer nachvollziehbar.

## **Ä16 zu Bildungs Offensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Antragsteller\*innen      Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 63 bis 65 einfügen:**

- **die Kita-Anmeldung erleichtern** und uns für eine transparente Vergabe von Kita-Plätzen einsetzen. Das Anmeldeplattform Kindernet Frankfurt wird mehrsprachig angeboten. Benachteiligte Familien sollen leichter Zugang zu Kita-Plätzen erhalten.

### **Begründung**

Ein Antrag in der Muttersprache senkt Hemmschwellen und beugt Missverständnissen vor.

### **Unterstützer\*innen**

Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt), Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

## **Ä17 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Antragsteller\*innen      Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 66 bis 67 einfügen:**

- die Kommunikation zwischen Kita-Leitung, Erzieher\*innen und Eltern mit Hilfe von digitalen Mitteln unter Beachtung des Datenschutzes vereinfachen.

### **Unterstützer\*innen**

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä18 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Antragsteller\*innen      Brigitte Abraham (KV)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 70 einfügen:**

- In allen Kitas mit mehreren Krippen-Gruppen eine Wachgruppe für Mittagsschlafzeit einführen.

### **Begründung**

Kinder entwickeln sich im Kleinkindalter sehr unterschiedlich. Ab 2 Jahren ist der übliche zweistündige Mittagsschlaf nicht mehr für alle Kinder sinnvoll und stört mitunter den für die kognitive Entwicklung wesentlichen Nachtschlaf.

## **Ä19 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Antragsteller\*innen      Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**In Zeile 71:**

- die Öffnungszeiten von Kitas ~~flexibilisieren~~ausweiten.

### **Begründung**

**Wir wollen möglichst in allen Einrichtungen verlässliche Öffnungszeiten von 7 bis 17 Uhr erreichen.**

### **Unterstützer\*innen**

Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)



## Ä20 zu Bildungsinitiative: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller\*innen      Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 76 bis 80:

- ~~beider Kitaplatz-Vergabe künftig dafür eintreten, dass der Rechtsanspruch des Kindes auf Bildung stärker berücksichtigt wird.~~ Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung und dieses Recht beginnt in der Kita. Bei der Platzvergabe sollen in Zukunft deshalb insbesondere Familien bedacht werden, die einen Kitaplatz sehr dringend benötigen.
- Kitas künftig noch stärker als Bildungseinrichtungen verstehen. Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung und dieses Recht beginnt in der Kita.

### Begründung

Der städtische Eigenbetrieb Kita Frankfurt setzt das bereits um. Wir wollen diesen Grundsatz bei allen Trägern und allen Eltern verankern.

Die Berücksichtigung der besonderen Dringlichkeit wurde bereits oben erwähnt und passt hier nicht in den Kontext.

### Unterstützer\*innen

Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

## **Ä21 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Antragsteller\*innen      Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 101 einfügen:**

- ein unkontrolliertes Hortsterben verhindern.

### **Begründung**

In Horten findet sich eine hohe pädagogische Qualität, die wir auch dort bewahren wollen, wo Schulen in den Ganztag Profil 2 oder 3 (bis 16 bzw. 17 Uhr) gehen. Dazu sollen diese Schulen beim Übergang in den Ganztag eng mit den Horten im Schulbezirk kooperieren. Grundschulen und Horte gestalten das Ganztagsangebot an der Schule gemeinsam. Hierfür notwendige Steuerungs- und Unterstützungssysteme werden von der Stadt zügig erarbeitet und bereit gestellt. Nur so ist ein sinnvoller Übergang auf ein Gesamtschulkonzept gewährleistet.

### **Unterstützer\*innen**

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä22 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Antragsteller\*innen      Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 142 bis 143 einfügen:**

- **einen umfassenden städtischen Hitzeschutzplan für Schulen erarbeiten** und Schulen bei der Erstellung von Hitzeaktionsplänen unterstützen. Ein zentrales Element muss hierbei die Möglichkeit der nächtlichen Abkühlung sein.
- Ein Hitzemonitoring an den Schulen durchführen. Entsprechend der Auswertung soll eine Priorisierung der kurz- und mittelfristigen Hitzeschutzmaßnahmen erarbeitet werden.
- Kurzfristig die am stärksten betroffenen Schulen mit Hitzeschutzfolien an den Fenstern ausstatten.
- in Fassaden- und Dachbegrünung als mittelfristiger Hitzeschutz investieren.
- Schulhöfe entsiegeln und durch mehr Grünflächen, Bäume und Wasserelemente umgestalten.

### **Begründung**

Der Anstieg der sommerlichen Temperaturen und die damit verbundene Erwärmung der Klassenräume macht gutes und gesundes Leben unmöglich. Hier muss schnell gegengearbeitet werden.

### **Unterstützer\*innen**

Marcus Schmitt (KV Frankfurt), Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)

## **Ä23 zu Bildungsoffensive: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf**

Antragsteller\*innen      Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 163 bis 165 löschen:**

- ~~in die Fassaden- und Dachbegrünung von Schulgebäuden investieren.~~
- ~~Schulhöfe entsiegeln und durch mehr Grünflächen, Bäume und Wasserelemente naturnah umgestalten.~~

### **Begründung**

Diese beiden Punkte wurden inhaltlich weiter oben angesiedelt.

## Ä24 zu Bildungsinitiative: Für ein gutes Lernklima von Kita bis Beruf

Antragsteller\*innen      Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 396 bis 399:

Medienbildung fördert grundsätzlich eine kritische Haltung und schützt im Effekt Gesellschaft und Demokratie vor den Auswirkungen von Manipulation und Deep Fakes. Eine wichtige Zielgruppe von Medienbildung sind Eltern und Lehrkräfte, die Medien beurteilen ~~können müssen~~ und ~~auch mit Bewusstsein als Mittel der Vermittlung einsetzen~~ Kinder und Jugendliche an eine bewusste und kritisch reflektierte Nutzung heranzuführen können müssen.

### Begründung

Schulung wird Deep Fake etc. nicht verhindern. Sie dient der Erkennung und richtigen Einordnung. Hier müssen Lehrer und Eltern unterstützt werden.

## **Ä1 zu Gesundheit: Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe**

Antragsteller\*innen      Jürgen Eiselt (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 62 einfügen:**

- das Rauchen verbieten an allen öffentlichen Haltestellen für ÖPNV, Einsteigeflächen für private Busse, an Taxistände und Spielplätze.

### **Begründung**

In der NRW-Gemeinde Holzwickede und in Mailand in den Fußgängerzonen sind im öffentlichen Raum wie auf Spielplätzen und Parks das Rauchen verboten. In Seoul werden drastische Strafen fällig für Rauchen in nicht ausgewiesenen Flächen (ca. 60 Euro) und jede weggeworfene Kippe = 30 Euro.

Die Stanford University hat das Problem Feinstaub des Passiv-Rauchens in Studien klar thematisiert. Außerdem werden Kinder durch das Verhalten geprägt. Somit ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass diese später ebenfalls Raucher\*innen werden.

Gleichzeitig werden die neuen Ordnungsstrafen strenger kontrolliert, um ein Bewusstsein zu schaffen.

Durch Schwermetallbelastung im Grund- und Abwasser, passives Mitrauchen und durch Feinstaub entstehen akute Gefahren für die Bevölkerung und die Umwelt. Es entstehen jetzt schon hohe Kosten für die Reinigung der Flächen.

Es kann nicht sein, dass das kostenintensive und umweltkritische Fehlverhalten durch Rauchen in Nähe von anderen Menschen sowie weggeworfene Kippen weiterhin geduldet wird.

Besonders die CDU lässt keine Sekunde aus, um die aus deren Sicht gesehene „extrem gesundheitsgefährdende“ Einnahme von Cannabis zu polemisieren. Aber Alkohol und Zigaretten nicht, obwohl diese weitaus gefährlicher sind. Aber durch das „Nicht-Thematisieren“ entsteht in der Bevölkerung der Verdacht, dass Zigarettenkippen wegwerfen erlaubt ist.

## Ä2 zu Gesundheit: Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe

Antragsteller\*innen      Philipp Magiera (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 56 bis 62 löschen:

- ~~Gebäude- und Fassadensanierungen fördern, insbesondere die Außenverschattung. Das gilt ausdrücklich auch für Gebäude mit günstigem Wohnraum oder Sozialwohnungen.~~
- ~~öffentliche Plätze mit Sitzgelegenheiten, kostenlosem Zugang zu Trinkwasser, Verschattung und intensiver Begrünung gestalten – insbesondere in der Innenstadt und Stadtteilen mit dichter Bebauung und hoher Einwohnerzahl.~~

### Begründung

Diese beiden Absätze könnten hier entfallen, da sie wörtlich bis sinngemäß in A6 und A9 enthalten sind. Das Wahlprogramm ist insgesamt so lang, dass jede Vermeidung von Dopplungen aus meiner Sicht hilfreich wäre.

### **Ä3 zu Gesundheit: Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe**

Antragsteller\*innen      AG Tierschutz (dort beschlossen am:  
22.10.2025)

#### **Antragstext**

##### **Von Zeile 89 bis 92 einfügen:**

- Flächen zum privaten und gemeinschaftlichen Obst- und Gemüseanbau ein. Wir fordern zudem, dass bei städtischen Veranstaltungen sowie in Kantinen und Einrichtungen der Stadt verstärkt auf ein umwelt-, tier- und sozialverträgliches Speisen- und Getränkeangebot geachtet wird – durch regionale, saisonale und möglichst pflanzliche Produkte und die

#### **Begründung**

Die Ergänzung weitet den bestehenden Ansatz einer nachhaltigen Ernährungspolitik auf städtische Einrichtungen aus und stärkt damit Frankfurts Vorbildrolle. Durch die Betonung pflanzlicher, regionaler und fair gehandelter Produkte wird der Zusammenhang von Klima-, Umwelt- und Tierschutz deutlich gemacht. So wird nachhaltige und tierfreundliche Ernährung als selbstverständlicher Teil kommunaler Verantwortung verankert.



## **Ä4 zu Gesundheit: Menschenrecht und Gemeinschaftsaufgabe**

Antragsteller\*innen      Sven Ganter (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 175 einfügen:**

- lokale Netzwerke zur Prävention, Entstigmatisierung und frühzeitigen Hilfe bei psychischen Erkrankungen dauerhaft stärken. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag zur Aufklärung, zur besseren Vernetzung von Hilfsangeboten und zur Suizidprävention.

### **Begründung**

Psychische Erkrankungen zählen zu den häufigsten und zugleich am stärksten stigmatisierten Gesundheitsproblemen. Lokale Netzwerke spielen eine zentrale Rolle, um Betroffene und Angehörige frühzeitig zu erreichen, über Hilfsangebote zu informieren und das gesellschaftliche Bewusstsein für seelische Gesundheit zu stärken. Beispiele dafür sind das bei der Psychiatrischen Universitätsklinik Frankfurt angesiedelte Frankfurter Bündnis gegen Depression, das erfolgreich Prävention, Öffentlichkeitsarbeit und lokale Hilfestrukturen verbindet sowie die später im Programm genannten Angebote FRANS und FraPPE. Solche Initiativen arbeiten meist projektbezogen und mit befristeter Förderung. Eine dauerhafte strukturelle und finanzielle Absicherung sorgt für Kontinuität, Wirksamkeit und Entstigmatisierung – und stärkt damit den öffentlichen Gesundheitsauftrag der Stadt Frankfurt.

### **Unterstützer\*innen**

Christine Holch (KV Frankfurt), Brigitte Abraham (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## Ä1 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international

Antragsteller\*innen      Julia Eberz (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 160 bis 161:

- ~~die Mietverträge für die städtischen Musikbunker verlängern und die Populärmusikszene bei der Suche nach geeigneten Räumen unterstützen.~~
- die Populärmusikszene bei der Suche nach geeigneten Räumen sowie bei der Instandhaltung und dem barrierefreien Umbau bestehender Räume (zum Beispiel in den städtischen Musikbunkern) unterstützen.

### Begründung

Die Mietverträge wurden in der jetzigen Wahlperiode um 15 Jahre verlängert, eine weitere Verlängerung steht daher in den nächsten beiden Wahlperioden nicht an. Die Herausforderungen in den Musikbunkern liegen eher in der Instandhaltung bzw. im Ausbau, bisher ist kein städtischer Musikbunker barrierefrei.

### Unterstützer\*innen

Mirjam Luise Glanz (KV Frankfurt), Brigitte Abraham (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä2 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international**

Antragsteller\*innen      Julia Eberz (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 56 bis 59:**

**Deshalb kämpfen wir für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie eine faire Bezahlung.einen ~~Kulturbeirat~~Kultur(bei)rat einführen**, der als Interessensvertretung der Kulturszene agiert ~~und die Politik und Verwaltung berät~~. Unter diesem Kulturbeirat werden wir den Theaterbeirat neu strukturieren und transparenter

### **Begründung**

Der gestrichene Halbsatz würde die Rolle eines Kultur(bei)rats von Anfang an auf eine beratende Funktion reduzieren, so haben wir mehr Spielraum, um die Selbstbestimmung und die Autonomie der Kultur zu stärken

### **Unterstützer\*innen**

Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

## **Ä3 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international**

Antragsteller\*innen      Julia Eberz (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 114 bis 116:**

- **uns weiter für den zügigen Neubau der Städtischen Bühnen in der Variante der Kulturmeile einsetzen:** energetisch klimaneutral geplant, flexibel ~~und~~ ganztägig ~~nutzbar~~, zugänglich und barrierefrei ~~zugänglich~~ nutzbar.

### **Begründung**

Wirkliche Barrierefreiheit bezieht sich nicht nur auf die Zugänglichkeit, sondern auf die gesamte Nutzung

### **Unterstützer\*innen**

Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

## **Ä4 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international**

Antragsteller\*innen      Julia Eberz (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 184 bis 185:**

- mithilfe einer Checkliste zur zunehmend barrierefreien Gestaltung von Märkten, Straßenfesten, Festivals und Veranstaltungen **anregen**die barrierefreie Nutzung sicherstellen.

### **Begründung**

"Anregen" ist zu schwach, sollte verpflichtender sein

### **Unterstützer\*innen**

Brigitte Abraham (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä5 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international**

Antragsteller\*innen      Julia Eberz (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 245 bis 247:**

- unsere Museen bei der Provenienzforschung, der Aufarbeitung der NS-Raubkunstbestände **und wie auch der Sammlung kolonialer Objekte aus kolonialen Kontexten den Sammlungen** unterstützen. Das gilt einschließlich der noch in der Nachkriegszeit erworbenen oder

### **Begründung**

Der ursprüngliche Satz war missverständlich

### **Unterstützer\*innen**

Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

## **Ä6 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international**

Antragsteller\*innen      Julia Eberz (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 56 bis 58 einfügen:**

**Deshalb kämpfen wir für gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie eine faire Bezahlung.**

**-einen Kulturbeirat einführen**, der als Interessensvertretung der Kulturszene agiert und die Politik und Verwaltung berät. Unter diesem

### **Begründung**

Eigener Spiegelstrich

### **Unterstützer\*innen**

Brigitte Abraham (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## Ä7 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international

Antragsteller\*innen      Nicole Lauterwald (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 243 bis 244:

- Frankfurts Erinnerungskultur stärken, indem wir das Institut für Stadtgeschichte in seiner Überlieferungsbildung unterstützen sowie Gedächtnisorte und ~~Gedächtnisorte~~~~Gedenkstätten~~Gedenkstätten in unserer Stadt gestalten. ~~und stärken~~

### Unterstützer\*innen

Johannes Lauterwald (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)



## Ä8 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 249 bis 253:

- die Paulskirche als Symbol der Demokratie durch das Haus der Demokratie stärken. ~~Wir werden die Ergebnisse des Wettbewerbsverfahrens zur Gestaltung von Paulskirche und Haus der Demokratie offen prüfen. Gemeinsam mit Land und Bund wollen wir das Konzept von 2019 und die Empfehlungen der Expert\*innen von 2023 Schritt für Schritt umsetzen.~~ Wir begrüßen die Sanierung der Paulskirche sowie die Planung und Realisierung eines offenen Hauses der Demokratie in diesem Zusammenhang und werden die Ergebnisse des Wettbewerbsverfahrens und der Bürger\*innenbeteiligung zur Gestaltung von Paulskirche und Haus der Demokratie offen prüfen. Das Haus der Demokratie soll ein einladender und offener Demokratie-Ort des Lernens, Ausprobierens und Diskurses werden und insbesondere unterrepräsentierte Gruppen der Stadtgesellschaft ansprechen. Der Paulsplatz soll als grüner und kommunikativer, kulturell geprägter Platz gestaltet werden.

### Begründung

Ergänzung wichtiger Punkte zum Prozess des Hauses der Demokratie. Außerdem wird dadurch deutlich, welche Zielvorstellung wir von Haus der Demokratie und Gestaltung des Paulsplatzes haben.

## **Ä9 zu Kultur für alle: lebendig, vielfältig, international**

Antragsteller\*innen      Julia Eberz (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 85 einfügen:**

- Frankfurt als Filmstandort stärken. So werden wir beispielsweise die Genehmigungsprozesse für Film- und Fernsehdreharbeiten verschlanken und die Koordination zwischen den Filmschaffenden und den beteiligten Ämtern, städtischen Gesellschaften und Dezernaten verbessern

### **Begründung**

In Frankfurt dreht sich was. In den vergangenen Jahren wurden und werden erfolgreiche Serien wie Skyline, Bad Banks, die Zweiflers oder der Klassiker "Ein Fall für Zwei" in Frankfurt gedreht. Frankfurt als Drehort konkurriert mit anderen Großstädten wie Köln, Berlin oder München, die in den vergangenen Jahren Programme aufgelegt haben, um als Drehstandort attraktiver zu werden. Ein solches Programm fehlt für Frankfurt, ebenso sind Genehmigungsverfahren nach wie vor extrem aufwendig und kompliziert und die Kommunikation zwischen Vertreter:innen der Filmindustrie und den entsprechenden Ämtern noch etwas zäh. Hier sollen in der kommenden Wahlperiode Verbesserungen vorgenommen werden

### **Unterstützer\*innen**

Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

## **Ä1 zu Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play**

Antragsteller\*innen      Falko Görres (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 27 bis 28 einfügen:**

- **eine bedarfsgerechte Sportinfrastruktur schaffen[Leerzeichen]und erhalten**  
sowie Sport allen Frankfurter\*innen niedrigschwellig zugänglich machen.

**Von Zeile 41 bis 43:**

- **uns für mehr Wasserflächen, mehr Schwimmlernbecken und weitere Kooperationen für die Seepferdchen[Leerzeichen]-Kampagne einsetzen.**  
Auch das Angebot an Schwimmkursen soll zunehmen.

**Von Zeile 50 bis 51:**

- **Mädchen und Frauen durch Aktionen wie das sehr erfolgreiche Mädchenfußballprojekt ~~GRLSWNTD~~ "GRLSWNTD" für den Sport begeistern.**

### **Begründung**

Redaktionelles.

### **Unterstützer\*innen**

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## Ä2 zu Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play

Antragsteller\*innen Daniel Brenner (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 44 bis 45:

- ungenutzte und für Sportanlagen geeignete Dachflächen öffentlicher und privater Gebäude, die sich für Sportanlagen ~~Solaranlagen~~ nicht eignen, für Sport nutzbar machen.

### Begründung

Hier besteht eine Flächenkonkurrenz, die man nicht ignorieren kann. Die Energiewende sollte bei diesen Flächen Vorrang haben.

### Unterstützer\*innen

Henry Schild (KV Frankfurt), Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

## Ä3 zu Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play

Antragsteller\*innen      Martina Feldmayer (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 80 bis 83:

- **den geplanten Bau einer Multifunktionsarena am Stadion unterstützen** – unter der Bedingung, dass ~~die Eingriffe in den Stadtwald so gering wie möglich sind und die ÖPNV-Verbindungen zum Stadion und der neuen Arena verbessert werden. Dafür braucht es ein Mobilitätskonzept.~~ für den Bau der Multifunktionshalle und dessen Infrastruktur keine Eingriffe in Grüngürtel oder den Stadtwald erfolgen. Schon jetzt ist die Verkehrssituation rund um Veranstaltungen im Stadion desolat und eine Katastrophe für Anwohnende. Wir fordern daher, dass jetzt gehandelt wird und jetzt ein Mobilitätskonzept erarbeitet wird.

### Begründung

Es kann nicht sein, dass in den Frankfurter Stadtwald noch weiter eingegriffen wird. Schon im letzten Koalitionsvertrag haben wir gesagt, dass wir ihn schützen und mehr wollen. Wir können nicht auf der einen Seite den Zustand des Waldes beklagen und mühsam aufforsten und dann auf der anderen Seite solche massiven Verluste zulassen. In den Stadtteilen Niederrad und Sachsenhausen kommt es schon jetzt bei Konzerten und bei Fußballspielen zu Verkehrschaos. Hier braucht es jetzt ein nachhaltiges Mobilitätskonzept.

### Unterstützer\*innen

Mirjam Luise Glanz (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt), Miriam Dahlke (KV Frankfurt), Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt), Natalie Becker (KV Frankfurt), Saskia Schnee-Wiese (KV Frankfurt), Dirk Trull (KV Frankfurt), Michael Falk (KV Frankfurt), Heike Stromidl (KV Frankfurt)

## **Ä4 zu Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play**

Antragsteller\*innen      Manuel Denkwitz (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 57 bis 58 löschen:**

- ~~für sportliche Großveranstaltungen verbindliche Klima- und Umweltstandards entwickeln.~~

### **Begründung**

Doppelt. Siehe Zeile 62.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## Ä5 zu Sportstadt für alle: Frankfurt fördert Fair Play

Antragsteller\*innen      Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 42 bis 43:

- Kooperationen für die Seepferdchen Kampagne einsetzen. Auch das Angebot an Schwimmkursen soll zunehmen, indem die städtischen Bäder auch Lehrbecken und einzelne Bahnen an private Schwimmschulen vermieten

### Begründung

Ergänzend zu Falcos Äa:

Im Vergleich zu anderen Kommunen (z.B. in Darmstadt das Nordbad, in Maintal das Hallenbad, in Hochheim das Hallenbad, in Groß-Gerau das Hallenbad, das Sportbecken der Rhein-Main-Therme in Hofheim, das TaunaBad in Oberursel... ich könnte die Liste ewig weiter fortsetzen.) gibt es in Frankfurt NICHT die Möglichkeit für private Schwimmschulen ein Lehrschwimmbecken oder eine einzelne Bahn zu mieten, was zu folgender Situation führt:

- 1) In Frankfurt gibt es in Bezug auf die Größe der Stadt deutlich weniger private Schwimmschulen im Vergleich zu anderen Städten, weil es massiv an Bädern mangelt, in denen Schwimmkurse durchgeführt werden können. Dies führt dazu, dass die nicht-Schwimmer\*Innenquote noch geringer ist als in anderen Städten.
- 2) die Kurse der privaten Schwimmschulen sind lange im Voraus ausgebucht, die Wartezeiten für Kinder und Eltern ewig lang.
- 3) Nach dem Seepferdchen ist Schluss. Die bisher angemieteten Bäder (in Hotels, Reha-Zentren, Schulen) bieten nur kleine Becken. Es ist nicht möglich, dort korrekt ein Bronze-Zeichen abzunehmen und dafür zu trainieren. Zur Info: Erst ab dem Bronze-Abzeichen gilt ein Mensch als "Schwimmer\*in". Vorher besteht ohne ständiger Aufsicht dringende Ertrinkungsgefahr! Das einzige (nicht-städtische) Bad, welches groß und tief genug ist, was mietbar ist, ist das Bad des Landessportbundes Hessen. Diese können sich vor Anfragen kaum retten und haben keinerlei mehr Zeiten, Schwimmschulen Kapazitäten zur Verfügung zu stellen
- 4) die soziale oder kulturelle Situation entscheidet oft darüber, ob ein Kind an einen

(Sport)Verein angebunden ist. Menschen mit Migrationsgeschichte haben meist weniger Bezug zum deutschen Vereinsweisen. Menschen mit weniger Geld im Portemonnaie haben nicht die Möglichkeit gleich eine Vereinsmitgliedschaft für ein Kind für ein ganzes Jahr zu schließen usw.

5) Geflüchtete Menschen haben kaum eine Möglichkeit das Schwimmen zu erlernen. In einem Mini-Bad mit einer Wassertiefe von einem Meter ist es schwer gleichmäßiges Schwimmen zu erlernen, wenn man sich schnell "ausruhen" kann, indem man sich hinstellen kann.

6) Sportlehrer\*innen von Schulen sind massiv überfordert. Früher kamen Kinder, die schon relativ gut schwimmen können in den Grundschulunterricht und die Fähigkeiten konnten verbessert werden. Nun betreuen sie alleine oder zu zweit (vom Beckenrand - nicht im Wasser, da dies aufgrund der Kinderzahl in den Schulklassen kaum möglich ist) 30 Kinder, von denen kaum jemand vorher auch nur ein bisschen schwimmen kann. Die Kinder haben dann auch nee der Schulzeit oft noch kein Seepferdchen, geschweige denn Bronze.

7) wenn nicht gerade Hochsaison ist, sind viele der städtischen Bäder am Tag ziemlich leer. Ein Mensch im Rentenalter hat dann gerne einmal 3 Bahnen für sich allein - das sei dem Mensch natürlich gegönnt, in Relation zu dem massiven Mangel an Schwimmkursen in Frankfurt, sollte die Priorität jedoch eher an niederschwelligen Angeboten für Schwimmkurse liegen, damit mehr Kinder und andere Menschen sicher im Wasser unterwegs sein können.



## **Modifizierte Übernahme aus Ä1 Kapitel 0 zu Vielfalt: Unsere Stärke**

Antragsteller\*innen

Manuel Stock

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 80 bis 81 einfügen:**

- Kooperation mit migrantischen, queeren und behindertenpolitischen Organisationen realisieren. Die Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit all ihren Herausforderungen, die wir gemeinsam gestalten wollen mit Verantwortung, Fairness und unterstützenden Strukturen.

### **Begründung**

Statt Ä1 in der Einleitung

## Modifizierte Übernahme Ä3 Kapitel 12 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller\*innen      Kilian Vitt

### Antragstext

#### Von Zeile 180 bis 181:

- gemeinnützige Organisationen sind das Rückgrat des sozialen Zusammenhalts. Sie müssen vor Diffamierung geschützt werden.
- uns gegen Abschiebungen von Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien aussprechen. Geflüchtete Kinder und Jugendliche bedürfen eines besonderen Schutzes. Wir bauen Willkommensstrukturen aus (Beratung / Schutz), sichern den Jugendmigrationsdienst und bauen diesen weiter aus, ermöglichen jugendgerechte Sprachkurse, bauen Jugendprojekte auf und fördern sie. Die Unterbringung muss so erfolgen, dass Kinder und Jugendliche altersgerechte Räume haben und erfolgreich für Schule und Ausbildung lernen können.

## **Ä1 zu Vielfalt: Unsere Stärke**

Antragsteller\*innen      Dimitrios Bakakis (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 244 bis 245:**

Frankfurt ~~gehört bundesweit zu den Vorreitern in der Queerpolitik~~ ist queerpolitisch gut aufgestellt. Doch Rechte, Schutzräume und Community-Strukturen geraten zunehmend unter Druck. Wir setzen

### **Begründung**

Etwas mehr Bescheidenheit, Vermeidung des Wortes "Vorreiter".

### **Unterstützer\*innen**

Brigitte Abraham (KV Frankfurt)

## **Ä2 zu Vielfalt: Unsere Stärke**

Antragsteller\*innen      Dimitrios Bakakis (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 257 bis 258 löschen:**

- **die Einrichtung eines Regenbogenfamilienzentrums ~~weiter~~-vorantreiben** und bedarfsgerecht mit Angeboten der Familienberatung, mit Kinderbetreuung und

### **Begründung**

Das Wort "weiter" passt insofern nicht, als dass wir in dieser Wahlperiode diesbezüglich nichts machen konnten.

### **Unterstützer\*innen**

Brigitte Abraham (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

### **Ä3 zu Vielfalt: Unsere Stärke**

Antragsteller\*innen      Sebastian Hakan Deckwarth (KV Frankfurt)

#### **Antragstext**

**Nach Zeile 60 einfügen:**

- die Vielfaltsstandards in der Stadtverwaltung sowie bei Trägerschaften und Stadtkonzernbeteiligungen selbstkritisch mit der von Frankfurt am Main unterzeichneten Charta der Vielfalt der gleichnamigen Arbeitgebendeninitiative abgleichen. Zugleich wollen wir als großer Unterzeichner kritisch wie aktivistisch darauf hinwirken, dass die Initiative vor allem von Unternehmen nicht für Diversewashing genutzt wird. Es braucht strengere Prüfungen der Ernsthaftigkeit der Selbstverpflichtungen im Rahmen der Charta, analog der regulatorisch-strengerer Handhabung von Greenwashing in der Wirtschaft.

#### **Begründung**

Die Stadt Frankfurt ist als Großstadt bedeutender Arbeitgeber und hat zugleich über ihre Beteiligungen, Trägerschaften und sonstigen Verbindungen hinreichende Wirkungsmacht dafür, eine wirksame Debatte zum Thema Diversewashing aktiv in die Öffentlichkeit und v.a. den Charta der Vielfalt e.V. einzubringen. Hier hinken wir Anti-Greenwashing-Diskussionen und -Restriktionen hinterher.

#### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt)

## Ä4 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller\*innen      Martina Feldmayer (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 59 bis 60:

- ein Haus für Roma ~~nach dem Berliner Vorbild prüfen~~ in Frankfurt  
~~und~~ gemeinsam mit Roma-Vereinen konzipieren und schaffen. Auch das bereits  
lang geforderte Roma- und Sinti Kulturzentrum muss endlich umgesetzt werden.  
Die Stadt Frankfurt soll sich weiterhin an der finanziellen Unterstützung des Roma  
Fördervereins beteiligen.

### Begründung

Wir haben dies bereits im letzten Wahlprogramm und im Koalitionsvertrag als Prüfauftrag drin gehabt. Es muss jetzt gehandelt werden.

### Unterstützer\*innen

Mirjam Luise Glanz (KV Frankfurt), Henry Schild (KV Frankfurt), Miriam Dahlke (KV Frankfurt)

## **Ä5 zu Vielfalt: Unsere Stärke**

Antragsteller\*innen      Martina Feldmayer (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 181 einfügen:**

- dafür sorgen, dass weiter  
Anlässlich des Jahrestags zum Gedenken an den Völkermord von 1915 an den  
Armenier\*innen im Osmanischen Reich jährlich am 24. April eine  
Gedenkveranstaltung in der Frankfurter Paulskirche stattfindet.  
  
Um auch ein sichtbares äußeres Zeichen der Solidarität und Anteilnahme der  
Frankfurter Stadtpolitik zu zeigen, soll an diesem Tag die armenische Flagge am  
Römer gehisst werden.

### **Begründung**

Es geht darum, ein sichtbares Zeichen zu setzen und deutlich zu machen, dass wir in Frankfurt den Völkermord an den Armenier\*innen anerkennen und mit ihnen trauern. Bisher wurde das Gedenken begangen, aber dem vielfach geäußerten Wunsch aus der armenischen Community nach dem Hissen der Flagge wurde nicht nachgekommen.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt), Miriam Dahlke (KV Frankfurt)

## Ä6 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller\*innen      AG Planen, Bauen, Wohnen (dort  
beschlossen am: 23.10.2025)

### Antragstext

Von Zeile 215 bis 218:

- ~~Arbeitskräften im Sozialbereich Mitarbeiterwohnungen anbieten. In Neubaugebieten und dem Bestand städtische Wohnungsbaugesellschaften sollen gezielt Kontingente für Fachkräfte aus sozialen Berufen vorgehalten werden.~~
- den Bau von Mitarbeitendenwohnungen für Arbeitskräften im Sozialbereich fördern. Wir unterstützen die Schaffung von Mitarbeitenden-/Werkswohnungen durch die Arbeitgeber/Betriebe über die städtischen Wohnungsförderungsprogramme und prüfen weiter, wie wir möglichst viele aus diesen Berufsgruppen bei der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung helfen und mit Wohnraum versorgen können.

### Begründung

Bezahlbarer Wohnraum für Fachkräfte ist wichtig. Jedoch sollte es nicht Aufgabe der Stadt oder der ABG sein, nur für eine spezifische Gruppe ein Kontingent vorzuhalten. Außerdem ist die Gruppe der sozialen Berufe zu ungenau definiert. Selbstverständlich unterstützen und begrüßen wir den Bau von Mitarbeitendenwohnungen durch die Arbeitgeber und Betriebe. Dafür stehen die städtischen Wohnungsförderprogramme bereit.

### Unterstützer\*innen

Henry Schild (KV Frankfurt)



## Ä7 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller\*innen      Beatrix Baumann (AG  
Soziales+Gesundheit, AG Frauen)

### Antragstext

Von Zeile 232 bis 233:

- ~~das Suizidpräventionsnetzwerk FRANS für queere Jugendliche verstetigen und sichtbarer machen.~~ Suizidprävention für queere Jugendliche verstetigen und sichtbarer machen und die Mitarbeit im Präventionsnetzwerk fortsetzen.

### Begründung

Im Suizidpräventionsnetzwerk FRANS arbeiten zahlreiche Organisationen zusammen. Sie richten ihre Angebote an verschiedene Zielgruppen. FRANS ist kein queeres Suizidnetzwerk. Queere Suizidprävention sollte natürlich im Netzwerk FRANS mitarbeiten. Suizidprävention für queere Jugendliche (und auch Erwachsene) ist sehr wichtig, auch weil die Suizidrate überdurchschnittlich hoch ist.

## **Ä8 zu Vielfalt: Unsere Stärke**

Antragsteller\*innen      Emre Telyakar

### **Antragstext**

**Von Zeile 49 bis 50 einfügen:**

- den städtischen Diversitätsbericht weiterentwickeln und durch ein stadtweites Monitorin antidemokratischer Einstellungen ergänzen, auswerten und zur Steuerung nutzen.

## **Ä9 zu Vielfalt: Unsere Stärke**

Antragsteller\*innen      Emre Telyakar

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 94 einfügen:**

- Die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich gegen menschenfeindliche Ideologien wie Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, religiösem und politischen Extremismus, Misogynie sowie Queerfeindlichkeit einsetzen, weiter ausbauen.

## Ä10 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller\*innen      Emre Telyakar

### Antragstext

In Zeile 90 einfügen:

- uns gegen Racial Profiling einsetzen, indem wir
  - bei der Stadtpolizei:
    - Schulungen im Bereich Anti-Rassismus, Traumasensibilität und interkulturelle Kompetenzen verstärken
    - auf soziale und präventive Ansätze in der Polizeipraxis setzen
    - transparente Kontrollstandards etablieren
    - und eine unabhängige Meldestelle für den Bereich des Ordnungsamtes/Stadtpolizei für in- und externe Vorfälle einführen.
  - Uns bei der Landesregierung und Landespolizei für die Einführung eines örtlich und zeitlich begrenzten Frankfurter Pilotprojekts einsetzen, in dem ein Quittungssystem bei Polizeikontrollen erprobt, wissenschaftlich begleitet und kontinuierlich evaluiert wird – mit dem Ziel, dieses MOdel perspektivisch stadtweit einzuführen.

## **Ä11 zu Vielfalt: Unsere Stärke**

Antragsteller\*innen      Emre Telyakar

### **Antragstext**

**Von Zeile 192 bis 193 löschen:**

- Co-Finanzierungstöpfe samt ~~aufsuchender~~ Beratung zur unkomplizierten Förderung kleiner Initiativen einführen.

## **Ä12 zu Vielfalt: Unsere Stärke**

Antragsteller\*innen      Emre Telyakar

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 196 einfügen:**

- Interreligiösen Dialog stärken und Zusammenhalt leben, indem wir die Zusammenarbeit mit christlichen, jüdischen, muslimischen sowie weiteren Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die das Stadtleben aktiv mitgestalten, gezielt vertiefen und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Darüber hinaus bauen wir Mentoringprogramme in den Religionsgemeinschaften weiter aus, um insbesondere junge Menschen für interreligiösen Austausch und Verständigung zu gewinnen.

## **Ä14 zu Vielfalt: Unsere Stärke**

Antragsteller\*innen      Emre Telyakar

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 48 einfügen:**

- Wichtige Maßnahmen der Willkommenskultur in Frankfurt vorantreiben, in dem wir die mehrsprachige Verwaltung mithilfe eines KI-Pilotprojektes vorantreiben und unsere Verwaltung und deren Informationen in die am häufigsten gesprochenen Sprachen Frankfurts übersetzen.

## Ä15 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller\*innen      Emre Telyakar

### Antragstext

In Zeile 133:

~~Wir werden...~~

Wir werden ein modernes Einwanderungsamt schaffen, das der Realität unserer vielfältigen und internationalen Metropole – mit all ihren Chancen und Herausforderungen – gerecht wird. Mit der Neuansiedlung des Frankfurt Immigration Office (FIO) im Dezernat für Diversität, Anti-Diskriminierung und gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie der Zusammenführung mit dem Frankfurt Welcome & Immigration Office richten wir die Verwaltung neu aus: Zuständigkeiten werden gebündelt, Verfahren verständlicher und Zugänge verlässlicher.

Wir werden damit ein Amt etablieren, das professionelle Kompetenz, transparente Kommunikation und niedrigschwellige Erreichbarkeit mit schnellen Wegen verbindet – und so zum sichtbaren Aushängeschild einer modernen Willkommens-, Aufenthalts- und Migrationspolitik für Frankfurt und alle Ankommenden wird.

Wir werden konkret:



## **Ä16 zu Vielfalt: Unsere Stärke**

Antragsteller\*innen      Emre Telyakar

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 156 bis 157 einfügen:**

- verkürzt und Antragsteller\*innen digital Rückmeldungen gibt. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet und ist datenschutzkonform. Ziel ist, Frankfurt als bundesweiten Modellstandort für eine rechtssichere, datenschutzkonforme, digitale Einwanderungsverwaltung zu etablieren und dafür gezielt Fördermittel von Land und Bund einzuwerben.

## **Ä17 zu Vielfalt: Unsere Stärke**

Antragsteller\*innen      Emre Telyakar

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 159 bis 160 einfügen:**

- interkultureller Kompetenz schulen. Attraktive Arbeitsbedingungen mit umfassendem Gesundheitsmanagement tragen zur Nachfrage und Motivation bei. Wir schützen die Beschäftigten gezielt vor struktureller Überlastung – durch klare Zuständigkeiten, entschlackte Abläufe, ein professionelles Gesundheitsmanagement und moderne Arbeitsumgebungen. Gute Einwanderungspolitik braucht gute Arbeitsbedingungen.

## Ä18 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller\*innen      Emre Telyakar

### Antragstext

Von Zeile 161 bis 163:

- ~~ein modernes Raumkonzept mit VHS und Beratungsstellen realisieren, das Orientierung stiftet und Abläufe vereinfacht, statt Menschen von Amt zu Amt zu schicken.~~
- Wir werden ein offenes, gut zugängliches Einwanderungsamt als Ort der Teilhabe schaffen: mit VHS, Sozialrathäusern und weiteren Beratungs- und Integrationsangeboten unter einem Dach. Dort werden Beratung, Qualifizierung, Begleitung und Verwaltungsschritte so aufeinander abgestimmt, dass Menschen ihre Wege in Frankfurt nicht alleine gehen müssen.

## Ä19 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller\*innen      Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 63 bis 67:

~~Diskriminierung ist für viele Frankfurter\*innen Alltag. Sie begegnet ihnen in Behörden, auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitswesen, in der Schule. Antidiskriminierung ist deshalb alles andere als ein Nischenthema, sondern demokratischer Auftrag. Wir wollen, dass alle Menschen in Frankfurt~~ Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus ist für viele Frankfurter\*innen Alltag. Das betrifft alle ihre Alltagsorte, wie zum Beispiel in Behörden, auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitswesen, in Schulen. Es ist unsere Pflicht Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus abzubauen. Alle Menschen in Frankfurt müssen sicher, respektiert und frei von Ausgrenzung leben können. Dazu braucht es verbindliche

### Begründung

Neben Diskriminierung müssen Rassismus und Antisemitismus benannt werden da sie nicht "mit gemeint" werden dürfen. Wenn wir gegen das Erstarken von Rechten angehen wollen dann schon richtig. Viele Menschen werden dankbar sein, dass wir klare Worte nutzen und Haltung zeigen.

## **Ä20 zu Vielfalt: Unsere Stärke**

Antragsteller\*innen      Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 76 bis 77 einfügen:**

- Erreichbarkeit, eigener Website, barrierefreier Hotline und einem stärkeren Fokus auf rechtliche Beratung und psychosoziale Begleitung. Als Ergänzung und in Zusammenarbeit mit schon bestehenden Projekten und Beratungsstellen.

#### **Von Zeile 84 bis 86:**

- regelmäßige Briefings für städtische Ämter, verpflichtende Fortbildungen und öffentliche Workshops zu Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit und Behindertenfeindlichkeit Traumasensibilität durchführen.

#### **In Zeile 90 einfügen:**

- uns gegen Racial Profiling und Polizeigewalt einsetzen.

### **Begründung**

Die Beratungspraxis zeigt, dass die neuen Vorwürfe zum Thema Polizeigewalt im Revier 1. & 4. keine Ausnahme sind. Politik hat die Verantwortung Beschwerdestrukturen mit Verfolgungsmöglichkeit zu etablieren außerhalb der Behörde, ist ja auch hier ein Punkt in A20, daher passend.

## Ä21 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller\*innen      Emre Telyakar

### Antragstext

Von Zeile 91 bis 94:

- **Stadtrundgänge zur Erinnerungskultur (analog „Wege der Erinnerung“) entwerfen** und digital zugänglich machen. ~~Das Gedenken an die Opfer von Hanau durch ein öffentliches Denkmal mit digitaler Plattform sichtbar machen.~~
- Das Gedenken an den Anschlag vom 19. Februar in Hanau wird durch die Einrichtung eines würdigen öffentlichen Gedenkortes mit angemessener Platzgestaltung – einschließlich Denkmal, Gedenktafel und digitalem Erinnerungsangebot – für die gesamte Stadtgesellschaft zugänglich gemacht. Darüber hinaus wird das städtische Erinnern am Jahrestag durch offizielle Trauerakte sowie durch jährlich stattfindende Bildungsprojekte und Veranstaltungen ergänzt und verstetigt.

## Ä22 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller\*innen      Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 93 bis 94 einfügen:

- Hanau durch ein öffentliches Denkmal mit digitaler Plattform sichtbar machen. Sowie rechte, rassistische und antisemitische Taten in Frankfurt aufarbeiten und dokumentieren, ihre Spuren sichtbar machen und in enger Zusammenarbeit mit Initiativen und Communities würdige Gedenkkarte schaffen- die wir durch gemeinsam entwickelte Konzepte einer lebendigen Erinnerungskultur langfristig begleiten.

### Begründung

Es gibt seit Jahrzehnten rechte, rassistische und antisemitische Taten in Frankfurt die teilweise unsichtbar sind oder aufgrund von Initiativen Gedenkkarte erkämpft wurden, wie zum Beispiel die Gedenktafel für Blanka Zmigrod. Die Verantwortung sollte bei der Stadt und nicht bei Einzelpersonen liegen.

## Ä23 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller\*innen      Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 98 bis 103:

Geflüchtete, zugewanderte Arbeitskräfte, Studierende aus allen Teilen Deutschlands und der Welt oder europäische Nachbarn. ~~Uns sind alle~~ Alle Menschen sind willkommen, ganz gleich aus welchem Grund sie sich für Frankfurt entschieden haben. Sie alle brauchen Unterstützung von Anfang an, sei es beim Zugang zum Arbeitsmarkt, beim Spracherwerb, bei der Gesundheitsversorgung ~~und~~ oder um eine Wohnung zu finden. Sie alle sollen möglichst schnell Teil unserer Gesellschaft

### Begründung

Kleine Worte machen einen Unterschied in der Wirkung.



## **Ä24 zu Vielfalt: Unsere Stärke**

Antragsteller\*innen      Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 158 bis 160 einfügen:**

- **das Personal im neuen Einwanderungsamt um 15 % aufstocken** und gezielt in interkultureller Kompetenz und Traumasensibilität schulen. Attraktive Arbeitsbedingungen mit umfassendem Gesundheitsmanagement tragen zur Nachfrage und Motivation bei.

### **Begründung**

Wissen um Traumasensibilität kann unter anderem ein Schlüssel für Personal in Behörden sein, um Menschen einschätzen und verstehen zu können. Im besten Fall bestimmte Abläufe für Menschen mit schweren Traumata zu verändern, da sie nicht umsetzbar sind.

## Ä25 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller\*innen      Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 228 bis 229:

- Unterrichtsmaterialien zu Gewaltprävention, Antidiskriminierung, Rassismus und Antidiskriminierung Antisemitismus werden ergänzend zu schon bestehenden Materialien entwickeln und breit einsetzen in Form einer digitalen Bibliothek Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt und aktuell gehalten.

### Begründung

Es gibt schon sehr viel wichtige Literatur, man muss nicht immer das Rad neu erfinden. Hier zum Beispiel ist schon eine sehr große Bibliothek zur Thematik Antidiskriminierung, Rassismus und Antisemitismus <https://www.ufuq.de/online-bibliothek/> .

## **Ä26 zu Vielfalt: Unsere Stärke**

Antragsteller\*innen      Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 237 bis 239 einfügen:**

- **Sensibilisierungstrainings für Fachkräfte in Kitas und den Bereichen Sport, Gesundheit und Verwaltung zu Themen wie Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus. verpflichtend einführen**

## Ä27 zu Vielfalt: Unsere Stärke

Antragsteller\*innen      Emre Telyakar

### Antragstext

Von Zeile 176 bis 177:

- ~~Frankfurts Rolle in Netzwerken wie der Seebrücke aktiv wahrnehmen und als sicherer Hafen auftreten.~~
- gemeinsam mit anderen Städten im Bündnis „Sichere Häfen“ einen Zukunftskongress ausrichten, der kommunale Erfahrungen in der Aufnahme und Integration Geflüchteter bündelt, Erfolge sichtbar macht und strukturelle Herausforderungen – auch durch den wachsenden Einfluss rechter Narrative – klar benennt. Daraus soll eine gemeinsame, menschenrechtsbasierte Vision moderner Aufnahmepolitik mit konkreten Handlungsempfehlungen und guter Praxis aus den Kommunen entstehen. Abschließend formulieren die Städte einen Forderungskatalog an Land und Bund, welche rechtlichen Rahmenbedingungen, finanziellen Mittel und Unterstützungsstrukturen nötig sind, um Schutz, Teilhabe und Zusammenhalt dauerhaft zu sichern.

## **Ä28 zu Vielfalt: Unsere Stärke**

Antragsteller\*innen      Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 180 bis 181 einfügen:**

- gemeinnützige Organisationen sind das Rückgrat des sozialen Zusammenhalts.  
Sie müssen vor Diffamierung geschützt und ihre wichtige Arbeit gesichert werden.

## Ä1 zu Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention

Antragsteller\*innen GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### Antragstext

Von Zeile 103 bis 104 löschen:

- die Videoüberwachung ~~und die Wirksamkeit von~~  
~~Waffenverbotszonen~~ regelmäßig auswerten. Dabei prüfen wir kritisch die  
Verhältnismäßigkeit auch im

Nach Zeile 105 einfügen:

- Symbolpolitik in Sicherheitsfragen ablehnen. Daraus folgt die Abschaffung der  
bisherigen Waffenverbotszonen.

### Begründung

Wenn es um Sicherheit geht, dürfen wir nicht symbolpolitische Maßnahmen treffen, da diese niemandem helfen und eher zu Stigmatisierung führen.

Waffenverbotszonen sorgen nur dafür, dass mehr Menschen anlasslos von der Polizei kontrolliert werden und geben somit Raum für racial profiling durch Polizist\*innen.

### Unterstützer\*innen

Pia Troßbach (KV Frankfurt)

## **Ä2 zu Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 47 einfügen:**

- Einsatzkräften in Situationen mit jungen Menschen helfen, indem wir die Polizeiausbildung um ein jugendspezifisches Pflicht-Modul ergänzen, das an den Umgang mit jungen Menschen heranhört, Kinderrechte und Jugendschutz in den Fokus nimmt und Expertise und Sensibilität für den Umgang mit migrantisierten Menschen sowie für Menschen mit psychischen Krankheiten schafft.

### **Begründung**

Wir haben im Rahmen der Dein Wunsch Aktion und im Austausch mit dem Frankfurter Jugendring sehr ähnliche Probleme identifiziert, die darauf fußen dass in Polizeieinsätzen Polizisten Hilfestellungen und Leitlinien für den Umgang mit jungen Menschen fehlen. Damit ein sicherer Einsatz nicht abhängig vom alarmierten Polizisten ist, würden wir gerne für alle in der Ausbildung ein Pflichtmodul etablieren, um das genannte zu vertiefen.

### **Unterstützer\*innen**

Pia Troßbach (KV Frankfurt)

### **Ä3 zu Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention**

Antragsteller\*innen      GRÜNE JUGEND Frankfurt (dort  
beschlossen am: 22.05.2025)

#### **Antragstext**

##### **Von Zeile 104 bis 105 einfügen:**

- auswerten. Dabei prüfen wir kritisch die Verhältnismäßigkeit auch im Hinblick auf mögliche Verdrängungseffekte. KI-gestützte Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen lehnen wir aufgrund der Verstöße gegen das Persönlichkeitsrecht, gerade von jungen Menschen, ab.

#### **Unterstützer\*innen**

Carsten Zecher (KV Frankfurt), Steen Müller (KV Frankfurt), Pia Troßbach (KV Frankfurt), Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)



## Ä5 zu Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention

Antragsteller\*innen      Christoph Rosenbaum (KV Frankfurt)

### Antragstext

#### Von Zeile 5 bis 9:

Wir verfolgen ein modernes, präventives und feministisches Sicherheitsverständnis, das auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht und ~~sich an den Menschenrechten orientiert.~~ ~~Eine progressive Ordnungspolitik stellt dabei die Bedürfnisse besonders vulnerabler Gruppen in Zentrum~~ Menschen- und Persönlichkeitsrechte bewahrt. Eine progressive Sicherheitspolitik ist Voraussetzung für soziale Teilhabe. Entsprechend unseres sozialpolitischen Ansatzes haben wir dabei alle Menschen im Sozialraum im Blick, denn soziale Balance betrifft uns alle und ist Grundlage für ein friedliches Zusammenleben. Damit tragen wir nachhaltig zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei und ermöglichen die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben, indem wir die Bedürfnisse besonders vulnerabler Gruppen ins Zentrum stellen: im öffentlichen Raum, in der Wohnungslosenhilfe, im Katastrophenschutz und im digitalen Raum.

#### In Zeile 19:

~~Öffentlicher~~ Sicherer öffentlicher Raum für alle

#### Von Zeile 40 bis 91:

### ~~Rettungskräften den Rücken stärken~~

- den Präventionsrat stärken und das Kursangebot "Gewalt sehen helfen" der Volkshochschule weiter ausbauen. Zivilcourage und gemeinsames Hinschauen bei Situationen, in denen Menschen ausgegrenzt und bedroht werden, sind ein wesentlicher Faktor für die Sicherheit im öffentlichen Raum.

~~Feuerwehr, Rettungsdienste und Polizei halten unsere Stadt am Laufen. Viele Rettungskräfte arbeiten ehrenamtlich und unter erschwerten Bedingungen. Angriffe auf sie~~

~~nehmen zu. Wir stärken ihre Sicherheit und verbessern die Arbeitsbedingungen unserer Rettungskräfte.~~

- Masterplan für mehr Sicherheit durch Prävention und Dialog Eine wirksame und nachhaltige Sicherheitspolitik basiert auf Fakten statt Angst. Sie begegnet Problemen mit Prävention, De-Radikalisierung und sozialer Konfliktlösung. Sicherheit entsteht nicht durch Symbolpolitik, sondern im Dialog. Wir werden...

~~Wir werden...~~

- gemeinsam mit Stadtverwaltung, Polizei und Zivilgesellschaft einen integrierten Masterplan Sicherheit umsetzen. Wir identifizieren potentiell gefährdete Quartiere und erhöhen dort die objektive Sicherheit und stärken gezielt das Sicherheitsgefühl. Dabei werden die unterschiedlichen sicherheitsbezogenen Perspektiven und Bedürfnisse aller Frankfurter\*innen berücksichtigt.
- ~~Einsatzkräfte besser schützen~~ durch gezielte Maßnahmen gegen Gewalt im Einsatz und für die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Arbeit.
- ~~Rettungsdienste personell, organisatorisch und finanziell stabilisieren~~ sowie für zuverlässige Hilfe und faire Arbeitsbedingungen sorgen.
- ~~den Bedarfs- und Entwicklungsplan 2033 umsetzen~~ mit Investitionen in Personal, Ausstattung und die Standorte der Feuerwehr.
- ~~die Feuerwehr mit passender Ausrüstung, Knowhow und personeller Verstärkung auf Extremwetterereignisse vorbereiten.~~
- ~~die Freiwillige Feuerwehr gezielt fördern:~~ durch bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf, Ehrenamtsförderung, Nachwuchswerbung und gute Ausbildung.
- ~~durch die Fortschreibung des Programms zum Neu- und Umbau der Wachen die Feuerwehrrhäuser der Freiwilligen Feuerwehr modernisieren.~~
- ~~als starkes Angebot der Frankfurter Jugendarbeit die Mini- und Jugendfeuerwehren ausbauen.~~
- ~~Diversität in der Feuerwehr stärken.~~ Mit Programmen für Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und mit Behinderung werben wir für eine offene, inklusive Feuerwehrkultur.
- ~~Feuerwehr und Rettung bei Verkehrsplanung, Baustellenregelung und Mobilitätswende frühzeitig einbinden.~~
- ~~für freie Rettungswege sorgen:~~ durch bauliche Sicherung, Kontrolle und auch unter Mitwirkung der Feuerwehr.

## ~~Resiliente Stadt: den Krisen von morgen gewachsen sein~~

~~Klimakrise, Pandemien, Cyberangriffe und weitere Risiken zeigen: Frankfurt muss~~

~~krisenfester werden. Resilienz bedeutet Vorsorge, klare Strukturen und eine Stadtgesellschaft, die auch in Notlagen sicher funktioniert.~~

~~Wir werden...~~

- ~~• den Katastrophenschutz durch regelmäßige Übungen, digitale Infrastruktur und klare Verantwortung weiterentwickeln.~~
- ~~• Informationsangebote zur Krisenvorsorge barrierearm, mehrsprachig und alltagstauglich gestalten.~~
- ~~• Barrierefreiheit im Bevölkerungsschutz sicherstellen, z. B. bei Notunterkünften, Evakuierungen und Großveranstaltungen.~~
- ~~• die AG Frankfurter Hilfsorganisationen (AGFH) strukturell stärken und ihre Arbeit sichtbarer machen.~~

## ~~Problemen mit Prävention und Dialog begegnen~~

~~Eine wirksame und nachhaltige Sicherheitspolitik basiert auf Fakten statt Angst. Sie begegnet Problemen mit Prävention, De-Radikalisierung und sozialer Konfliktlösung. Sicherheit entsteht nicht durch Symbolpolitik, sondern im Dialog.~~

~~Wir werden...~~

- ~~• gemeinsam mit Stadtverwaltung, Polizei und Zivilgesellschaft einen integrierten Masterplan Sicherheit umsetzen. In gefährdeten Quartieren erhöhen wir die objektive Sicherheit und stärken gezielt das Sicherheitsgefühl.~~

**Von Zeile 103 bis 105 einfügen:**

- die Videoüberwachung und die Wirksamkeit von Waffenverbotszonen regelmäßig auswerten. Alle bestehenden Sicherheitsmaßnahmen sollen auf ihre Notwendigkeit überprüft werden, indem effektiver Nutzen und Verhältnismäßigkeit abgewogen werden.** Dabei prüfen wir kritisch die Verhältnismäßigkeit auch im Hinblick auf mögliche Verdrängungseffekte.

**Nach Zeile 109 einfügen:**

- durch aufsuchende Sozialpolitik und gute Integrationsarbeit die Wurzel des Abrutschen in die Kriminalität angehen. Es ist besser, wenn Menschen durch den Staat als durch kriminelle Netzwerke unterstützt werden.**

- Rettungskräfte Rettung des Rückens und Polizei halten unsere Stadt am Laufen. Viele Rettungskräfte arbeiten ehrenamtlich und unter erschwerten Bedingungen. Angriffe auf sie nehmen zu. Wir stärken ihre Sicherheit und verbessern die Arbeitsbedingungen unserer Rettungskräfte.

Wir werden...

- Einsatzkräfte besser schützen durch gezielte Maßnahmen gegen Gewalt
- Rettungsdienst für die gesellschaftsorganisatorische und finanzielle Stabilisierung
- den Bedarfsentwicklungsplan 2033 umsetzen in Investitionen in
- die Feuerwehrtätigkeit und die Struktur der Feuerwehr personeller
- die freiwillige Feuerwehr gezielt fördern und den unsere Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf, Ehrenamtsförderung, Nachwuchswerbung und
- die Fortschreibung des Programms zum Neu- und Umbau der Wachen die Feuerwehrrhäuser der Freiwilligen Feuerwehr
- das Leistungsangebot der Frankfurter Jugendarbeit die Mini- und
- Die Jugendfeuerwehr stärken. Mit Programmen für Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und mit Behinderung werben wir für
- Feuerwehr und Rettungsdienst Verkehrsplanung, Baustellenregelung und
- Mobilitätswende Einbindung bauliche Sicherung, Kontrolle und auch unter Mitwirkung der Feuerwehr.

## Mehr Sicherheit durch eine resiliente Stadt: den Krisen von morgen gewachsen sein

Klimakrise, Pandemien, Cyberangriffe und weitere Risiken zeigen: Frankfurt muss krisenfester werden. Resilienz bedeutet Vorsorge, klare Strukturen und eine Stadtgesellschaft, die auch in Notlagen sicher funktioniert.

Wir werden...

- einen Bedarfsentwicklungsplan Katastrophenschutz entwickeln, um vor die Lage zu kommen.
- den Katastrophenschutz durch regelmäßige Übungen, digitale Infrastruktur und klare Verantwortung weiterentwickeln.
- Informationsangebote zur Krisenvorsorge barrierearm, mehrsprachig und alltagstauglich gestalten.
- Barrierefreiheit im Bevölkerungsschutz sicherstellen, z. B. bei Notunterkünften, Evakuierungen und Großveranstaltungen.
- die AG Frankfurter Hilfsorganisationen (AGFH) strukturell stärken und ihre Arbeit sichtbarer machen.

### **Begründung**

1. Änderungen in der Einleitung: Klarstellung, dass Sozialpolitik Sicherheitspolitik ist
2. Änderungen bei öffentlichen Raum: Der Präventionsrat und "Gewalt sehen helfen" sind bestehende und wichtige Projekte in der Präventionsarbeit
3. Masterplan Sicherheit nach vorne stellen und konkretisieren. Außerdem in dem Absatz Sozialpolitik hinzufügen
4. Bedarfsentwicklungsplan Katastrophenschutz (ähnlich zu Bedarfsentwicklungsplan Rettungsdienst) hinzugefügt, um damit mittelfristig im Katastrophenschutz vor die Lage zu kommen.

## Ä6 zu Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention

Antragsteller\*innen Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

### Antragstext

Von Zeile 12 bis 14 einfügen:

- eine Sicherheitspolitik, die alle Menschen schützt, statt zu spalten.
- eine Stadt, in der Frauen, Queers, Menschen mit Behinderung und marginalisierte Gruppen sich Tag und Nacht sicher bewegen können.

Von Zeile 35 bis 37:

- **partizipative Sicherheitsgestaltung fördern:** Jugendliche, Frauen, queere Menschen und ~~sonstige~~weitere betroffene Gruppen werden wir an Planung und Prävention gezielt beteiligen.

### Begründung

Kleine sprachliche Änderungen können große Wirkung haben

## **Ä7 zu Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention**

Antragsteller\*innen      Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 62 bis 63 einfügen:**

- mit Migrationsgeschichte und mit Behinderung werben wir für eine offene, inklusive Feuerwehrkultur. Wir arbeiten daran sichere Arbeitsorte für die zugewinnenden vulnerablen Gruppen zu gestalten.

### **Begründung**

Es reicht nicht aus, Menschen in die Berufe zu bekommen, sondern die Arbeitsplätze haben eine Verantwortung zu schauen, dass sie diese Gruppen schützen und einen offenen und diskriminierungssensiblen Arbeitsort zur Verfügung stellen.

## **Ä8 zu Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention**

Antragsteller\*innen      Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 63 einfügen:**

- Verpflichtende Fortbildungen zu Traumasensibilität und macht-, rassismus- und antisemitismuskritisches Arbeiten für Haupt- und Ehrenamtliche ausbauen.



## **Ä9 zu Starkes Sicherheitsnetz aus Schutz, Hilfe und Prävention**

Antragsteller\*innen      AG Tierschutz (dort beschlossen am:  
22.10.2025)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 47 einfügen:**

- Risiken minimieren. Ein Silvester ohne privates Feuerwerk aus Sicherheits-, Gesundheits-, Tier- und Umweltschutzgründen. Das fordern wir – und unterstützen damit auch Positionen von der Deutschen Umwelthilfe, der Gewerkschaft der Polizei und der Bundesärztekammer.

### **Begründung**

Die Zahl der Übergriffe auf Polizisten und Rettungskräften nimmt jährlich zu, von querschlagenden Raketen werden jedes Jahr Unbeteiligte verletzt. Vulnerable Menschen, Wild- und Haustiere leiden extrem unter den Gefahren. Gestützt durch das Grundgesetz Artikel 20a.

## **Ä1 zu Demokratie und Bürger\*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie**

Antragsteller\*innen      Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 49 bis 51:**

- Wir prüfen, wie Frankfurt sich über Anträge, Bündnisse und Resolutionen dafür stark machen kann, dass ~~auch~~1. Drittstaatsangehörige nach mehrjährigem Aufenthalt und 2. Menschen unter 18 Jahren auch kommunal mitbestimmen dürfen.

### **Unterstützer\*innen**

Valeska Simon (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä2 zu Demokratie und Bürger\*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie**

Antragsteller\*innen      Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Von Zeile 38 bis 39 einfügen:**

- **die Zugänglichkeit von Ämtern und Behörden durch den[Leerzeichen]Ausbau von einfacher Sprache verbessern.**

**Von Zeile 70 bis 72 löschen:**

- Engagement und Begegnung vor Ort verlässlich. So können wir insbesondere das demokratische~~s~~ Miteinander migrantischer, queerer, integrativer und zivilgesellschaftlicher Initiativen wohnortnah fördern.

**Von Zeile 76 bis 77 einfügen:**

- **öffentliche[Leerzeichen]Orte in allen Stadtteilen identifizieren, kartieren und barrierefrei gestalten** – als Grundlage für eine gerechte und zugängliche

**Von Zeile 91 bis 93:**

- **digitale Beteiligungstools wie „Aula“ in Schulen[Leerzeichen]unterstützen, um die[Leerzeichen]direkte Mitbestimmung von Jugendlichen zu ermöglichen.** Schulen erhalten dafür die technische Ausstattung sowie Schulungen und personelle

**Von Zeile 106 bis 107 löschen:**

Bei Angriffen auf die Demokratie trägt Frankfurt eine ganze besondere Verantwortung, Haltung zu zeigen. Wir setzen uns für eine wehrhafte Demokratie

### **Begründung**

Rechtschreibung,

aula ist der Eigenname des Projekts "aula", siehe "aula.de" und wird somit kleingeschrieben

### **Unterstützer\*innen**

Valeska Simon (KV Frankfurt)

## **Ä4 zu Demokratie und Bürger\*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie**

Antragsteller\*innen      Emre Telyakar

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 33 einfügen:**

- Wir werden eine Stabsstelle Demokratieförderung und Teilhabe im Dezernat Diversität, Anti-Diskriminierung und gesellschaftlichen Zusammenhalt einrichten, die – in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft – die inhaltliche Ausgestaltung des Hauses der Demokratie entwickelt und dafür sorgt, dass Demokratie in Frankfurt nicht nur erinnert, sondern im Alltag gelebt wird. Diese Stabsstelle wird demokratische Beteiligung niedrigschwellig in die Stadtteile bringen: durch flächendeckende „Büros der Demokratie“ auf Grundlage des Pavillon der Demokratie, durch dezentrale Demokratiebildungsangebote in den Quartieren und Nachbarschaften, durch die Verstetigung des Pavillon-Formats als wandernde Anlaufstelle in allen Stadtteilen. Die dort formulierten Anliegen der Menschen werden systematisch erfasst, aufbereitet und jährlich in einem öffentlichen Bericht zusammengeführt. Zudem wird die Stabsstelle die Fördermöglichkeiten aus dem Bundesprogramm „Partnerschaft für Demokratie“ für Frankfurter Initiativen gezielt ausbauen und kommunale Konzepte zum Schutz vor Rechtsextremismus und anderen antidemokratischen Haltungen entwickeln.

### **Unterstützer\*innen**

Henry Schild (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä5 zu Demokratie und Bürger\*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie**

Antragsteller\*innen      Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 24 bis 26 einfügen:**

Demokratie lebt vom Mitmachen und muss alle Menschen erreichen – unabhängig von Alter, sozialem Status, Herkunft oder Sprache. Beteiligungsangebote müssen dafür einfach, verständlich und transparent sein. Wir wollen, dass Beteiligung so nicht nur

#### **Von Zeile 38 bis 39 einfügen:**

- die Zugänglichkeit von Ämtern und Behörden durch den Ausbau von einfacher Sprache und Dolmetschung verbessern.

### **Unterstützer\*innen**

Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt), Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## **Ä6 zu Demokratie und Bürger\*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie**

Antragsteller\*innen      Liisa Yasmin Pärssinen (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 97 bis 99 einfügen:**

- Lehrer\*innen sollen jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten, die im Grundgesetz verankert ist. Und Unterberufung der UN-Menschenrechtskonvention sowie UN-Kinderechtskonvention.  
Als Stadt entwickeln wir gemeinsam mit Schulen und zivilgesellschaftlichen Partnern

### **Unterstützer\*innen**

Marcus Schmitt (KV Frankfurt)

## Ä7 zu Demokratie und Bürger\*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie

Antragsteller\*innen      Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)

### Antragstext

Nach Zeile 51 einfügen:

- uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass die Hürden und Fristen für direktdemokratische Elemente wie Bürgerentscheide abgebaut werden. So sollen beispielsweise die Mindestunterschriftenquoten und Zustimmungsquoten für Bürgerbegehren gesenkt werden. Der Zeitraum in dem die Unterschriften gesammelt werden müssen, soll verlängert werden. Im Weiteren sollen Bürgerentscheide auch in Angelegenheiten der Haushaltssatzung entscheiden dürfen.



## **Ä9 zu Demokratie und Bürger\*innenbeteiligung: Raum, Ressourcen und Rückhalt für Demokratie**

Antragsteller\*innen      Robin Jannis Kitten (KV Frankfurt)

### **Antragstext**

**Nach Zeile 46 einfügen:**

- die Mindestzahl an Unterschriften zur Prüfung von Anliegen durch den Magistrat auf der Ideenplattform der Stadt Frankfurt ([ffm.de/ideenplattform](https://ffm.de/ideenplattform)) von derzeit 200 auf 100 absenken.

### **Begründung**

Derzeit scheitern sehr viele Ideen auf der Ideenplattform am Quorum von 200 Unterschriften. Eine Absenkung des Quorums würde 1. mehr Ideen in die Prüfungsphase bringen und 2. die Anreize für mehr Engagement erhöhen. Ein Quorum von 100 Unterschriften wirkt überwindbarer als eines von 200.

### **Unterstützer\*innen**

Christine Holch (KV Frankfurt)